Mittwoch, 13. November 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 265 - 46. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Verbandsklage: Die saarländische Landesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Einführung der eingeschränkten Verbandsklage in das Landesnaturschutzgesetz beschlossen. Nach Angaben von Umweltminister Jo Leinen soll das Klagerecht für die derzeit fünf an der Saar anerkannten sogenannten grünen Verbände bei Eingriffen in die Natur „Waffengleichheit zwischen Bürgern und Behörden" herstellen.

Partnerschaft: Für eine weltweite Zusammenarbeit zwischen den USA und der Bundesrepublik in allen politischen, sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und technologischen Fragen plädiert US-Botschafter Burt. Dazu gehöre auch eine gemeinsame Strategie zur Verbesserung der Ost-West-Beziehungen. (S. 4)

Lufthansa: Auch am zweiten Tag des Streiks meldete die Fluggesellschaft gestern „alle Maschinen klar". Zwar habe es geringfügige Verspätungen gegeben, doch sei kein Flug ausgefallen.

Gipfel: 3500 Soldaten und Polizisten werden zum Schutz des Reagan-Gorbatschow-Gipfels in Genf eingesetzt. Sie sind befugt, nach einmaligem Anruf auf Verdächtige zu schießen.

Attentat: Bei einem Selbstmordanschlag mit einer Autobombe auf das Hauptquartier der christlichen Libanesischen Front in Ost-Beirut wurden vier Personen getötet und fünf christliche Politiker leicht verletzt. (S. 5)

Liberia: In dem westafrikanischen Staat ist offenbar ein Putschversuch des früheren Oberbefehlshabers der Streitkräfte, Thomas Quiwonkpa, gescheitert. Quiwonkpa hatte gestern morgen über den Rundfunk den Sturz von Präsident Samuel Doe mitgeteilt. Dieser zeigte sich später jedoch vor Journalisten in Monrovia und erklärte, der Aufstand sei niedergeschlagen worden.

Nahost: Israel und Jordanien stehen seit Monaten in direktem Kontakt über eine umfassende Friedensregelung, meldete der israelische Rundfunk. (S. 5)

Appell: Rund 1000 polnische Ärzte und andere Beschäftigte im Gesundheitswesen haben eine Überprüfung der Umstände des Todes des Studenten Marcin Antonowicz in Allenstein gefordert. Der Mann war Ende Oktober kurz nach seiner Festnahme durch die Polizei mit Kopfverletzungen auf der Straße aufgefunden worden und am 2. November gestorben.

WELT SERIE – Idole gestern heute

Wohltäter der Menschheit, herausragende Sportler, Künstler aus der Glamourwelt des Showbusiness: sie alle werden bewundert, zu Vorbildern gemacht. Welchen Leitbildern jagte die Nachkriegsgeneration nach, welche Idole „vergöttert" die heutige Jugend? *Im dritten Teil der WELT-Serie* werden heute zwei Sport-Idole vorgestellt: der ehemalige Boxweltmeister Max Schmeling und Wimbledonsieger Boris Becker. Seiten 6 und 7

WIRTSCHAFT

Steuern: Nur mit strenger Ausgabendisziplin sind nach Ansicht von Minister Stoltenberg die Ziele der Steuersenkung und der Konsolidierung gleichzeitig zu erreichen. Die Steuereinnahmen des Bundes wüchsen weiterhin unterdurchschnittlich. (S. 15)

Deutsche Bank: Die größte Kapitalerhöhung in der Geschichte der *deutschen Börse, mit der die* Deutsche Bank mehr als eine Milliarde DM mobilisiert, hatte einen hervorragenden Start. (S. 15)

Gewinne: Nur geringe Chancen werden US-Präsident Reagans Vorhaben eingeräumt, mit einem Bundesgesetz die Unitary Tax, eine einseitige Steuer der Bundesstaaten auf die Gewinne multinationaler Unternehmen, abzuschaffen. (S. 15)

Börse: An den deutschen Aktienmärkten kam es gestern zu Kursgewinnen; für eine Sensation sorgten die Springer-Aktien, die mit 630 DM ihren bisher höchsten *Stand erreichten. Der Renten*markt notierte schwächer. WELT-Aktienindex 250,14 (247,50). BHF-Rentenindex 104,176 (104,332). Performance-Index 107,751 (107,887). Dollarmittelkurs 2,6238 (2,6270) Mark. Goldpreis 323,10 (323,10) Dollar.

KULTUR

Jazz: Von Musikern aus den östlichen „Bruderländern" war wenig zu sehen und hören beim Jazzjamboree Warschau 1985. Die Bühne gehörte amerikanischen Größen wie Bobby McFerrin, Keith Jarrett und der „Polin in Amerika", Urszula Dudziak. (S. 25)

Klee: Eine glückliche Hand bewies das „Centre Georges Pompidou" in Paris mit seiner jüngsten Ausstellung „Paul Klee und die Musik". Sie ist der Stuttgarter Schau „Vom Klang der Bilder", die im vergangenen Sommer zu sehen war, weit überlegen. (S. 25)

SPORT

Motorsport: Das italienische Automobil-Werk Lancia hat ein Stadion für Rallye-Veranstaltungen gebaut. Auf einer 1400 m langen Piste sollen jeweils zwei Wagen gegeneinander starten. (S. 10)

Fußball: Die Berliner Zweitliga-Vereine Hertha BSC und Tennis Borussia lehnen die Gründung eines Großvereins („FV Berlin") ab. Nur Blau-Weiß 90 ist zu einer Fusion bereit. (S. 10)

AUS ALLER WELT

Lebenserwartung: Das Leben der Deutschen ist in den vergangenen 35 Jahren statistisch gesehen um rund sieben Jahre länger geworden. Die mittlere Lebenserwartung bei Männern beträgt derzeit 70,5, bei Frauen 77,1 Jahre. (S. 26)

Allergien: Aufgrund der sich ständig verändernden Lebensumstände des Menschen nimmt die Zahl der allergischen Krankheiten zu. Mit dem Thema „Allergie und Umwelt" befaßt sich heute in Frankfurt ein Symposion der chemischen Industrie. (S. 26)

Wetter: Wolkig mit Aufheiterungen und weitgehend niederschlagsfrei. Bis 6 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Weizsäcker wirbt für größere Anerkennung der Soldaten

Feier zum Gründungstag der Bundeswehr / „Abschreckung sichert Frieden"

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat den Festakt zum 30. Gründungstag der Bundeswehr zum Anlaß genommen, seine Vorstellungen von einer verantwortlichen Friedenspolitik zu definieren. „Es geht darum", sagte das Staatsoberhaupt an die mehr als 2000 Gäste im Bonner Verteidigungsministerium gerichtet, „die Fähigkeit und Bereitschaft zur Verteidigung im Rahmen einer Politik aufrechtzuerhalten, welche die atomare Abschreckung langfristig durch ein Netz der Zusammenarbeit über Blockgrenzen hinweg überlagert." Damit würden die Atomwaffen nicht alsbald abgeschafft: „Aber wir können *langfristig* ihre Dominanz verringern". Von Weizsäcker: „Damit kann Abschreckung, die den Frieden nicht stiften kann, dem Frieden dienen."

Der Bundespräsident bekundete Verständnis für die Schwierigkeit, das System von Abschreckung zu begreifen, „das die Bereitschaft zur Selbstvernichtung einschließt, um *denkbare Gegner von einem Angriff* abzuhalten". Es habe aber dazu beigetragen, in einer – historisch betrachtet – „ganz außergewöhnlich langen Zeitspanne einen Krieg zu verhindern". Dies sei nicht nur eine sicherheitspolitische Tatsache, sondern auch ein moralisches Element von großem Gewicht". Dennoch genüge es nicht, sich auf bewährte Programme und Erfahrungen der Vergangenheit allein zu verlassen. Rüstungsverminderung- und Kontrolle reichten nicht aus. Schließlich sei Entspannung keine Alternative zur Verteidigung, sondern ihr Bestandteil. Mit ihr sei nicht verbunden, einseitig die eigene Verteidigungsfähigkeit preiszugeben. „Wer sich in ein Lamm verwandelt, ruft Wölfe auf den Plan."

SEITE 3:
Im langen Mantel ins Gefecht

Dienen in der Bundeswehr, so das Staatsoberhaupt, sei kein Vergnügen, überhaupt sei Dienen unbequem. Umso wichtiger sei es für das Selbstgefühl der Soldaten, daß er in der Gesellschaft Verständnis finde. Weizsäcker, der zur Vorbereitung auf seine Rede bei den Bundeswehrfeier*lichkeiten vorher mit einer Reihe von* Soldaten, Reservisten und anderen an der Landesverteidigung Interessierten eingehende Gespräche geführt hatte, beklagte, daß es den Bundeswehrangehörigen in ihrer zivilen Umgebung „nicht immer leicht gemacht" werde. „Bei vielen Bürgern steht einem großen Fleiß und Eifer in ihrer privaten Sphäre eine Distanz in den Angelegenheiten des Staates gegenüber. Dabei ist es doch ihr Staat, unser Staat. Er kann nicht besser sein als unsere Gesinnung über ihn und unsere Bereitschaft, uns für ihn, also nicht für etwas Fremdes, sondern für die Gemeinschaft unseres Bürgers einzusetzen."

In dieses Engagement für den Staat schloß der Bundespräsident „auch die Landesverteidigung" ein. Wer für sie Dienst leiste, „muß sich von der allgemeinen Überzeugung getragen fühlen, daß es um unserer Freiheit willen notwendig ist, Lasten nicht nur in Form des Steuerzahlens, sondern auch des persönlichen Dienstes für das Gemeinwesen auf sich zu nehmen". Weil der Wehrdienst „oft unscheinbar und undankbar" sei, sei es schwer, für ihn Anerkennung und Verständnis zu finden, sagte Weizsäcker. *Die* Bundeswehr *und* ihre Soldaten hätten es aber nötig, nicht nur der Flugzeugführer, sondern vor

● **Fortsetzung Seite 14**

DER KOMMENTAR

Moskauer Wind

CARL GUSTAF STRÖHM

In Moskaus westlichem Vorfeld rollen die Köpfe – in Polen wurde Außenminister Stefan Ols*zowski abgelöst, nachdem vorher* bereits der stellvertretende Ministerpräsident Rakowski und der ZK-Sekretär Barcikowski entlassen worden waren. In Rumänien *verschwindet der langjährige Au*ßenminister Stefan Andrej von der Bildfläche. Ceausescu hat statt dessen – wie Gorbatschow nach Gromyko – einen außenpoli*tischen Neuling eingesetzt.*

Es ist klar, daß jene beiden osteuropäischen Staaten, in denen die Lage innen- wie wirtschaftspolitisch besonders kritisch ist, sich nun offensichtlich personell dem neuen Moskauer Wind anzupassen trachten. Der Rumäne Andrej galt als Mann der Verhandlungen und Kompromisse mit dem Westen und als Interpret der unabhängigen rumänischen Außenpolitik. Will Ceausescu ihn jetzt loswerden, weil er im Angesicht Gorbatschows und der heimischen Wirtschaftskrise kein so scharfes außenpolitisches Profil mehr zeigen kann? In Polen liegen die Probleme um einiges deutlicher sichtbar auf dem Tisch. Jaruzelski hat einerseits jene Genossen, *die mit* der „Solidarität" verhandelten und daher gewissermaßen lebende Denkmäler des turbulenten Jahres 1980 sind, in die Wüste geschickt. Zugleich aber hat er mit einem Sichelschnitt auch den Mann der anderen Seite, Außenminister und Politbüromitglied Olszowski gestürzt – wobei dem General die Tatsache zugute kam, daß sich der Außenminister in Moskau die falschen Freunde ausgesucht hatte: nämlich Romanow und die anderen Gegner Gorbatschows aus dem militärischen und rüstungstechnischen Bereich.

Olszowski spielte sicher in den Plänen Moskaus eine Rolle – für den Fall, daß es mit Jaruzelski schiefgehen sollte. Jetzt allerdings scheint für den Kreml der polnische General der bessere Mann zu sein. Der Reservespieler wird nicht mehr benötigt. Auch in Warschau hört man jetzt auf Gorbatschows Kommando.

Jaruzelski wertet Rolle der Regierung ab

Partei soll auch nach außen der mächtigste Faktor sein / Spekulationen um Olszowski

DW. Warschau

Die einschneidenden Änderungen im polnischen Ministerrat deuten darauf hin, daß sich das Regime in Warschau wieder der Führungs-Struktur in der Sowjetunion und in anderen *kommunistischen Staaten angleicht:* Nicht wie bisher die Regierung, sondern die Partei soll die wichtigste politische Rolle auch nach außen spielen. Parteichef General Jaruzelski will sich ganz auf die Parteiarbeit und die Vorbereitung des Parteitages konzentrieren, der in der ersten Hälfte des kommenden Jahres stattfinden soll. Von diesem Kongreß soll ein Signal an die Sowjets ausgeschickt werden, daß die „Normalisierung" auch in der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei erreicht worden sei.

Obwohl zahlreiche jetzt vollzogene Umbesetzungen in der Regierung erwartet worden waren, gab es Spekulationen um den „Rücktritt" des bisherigen Außenministers Stefan Olszowski von seinen Ämtern. Mit seinem Rückzug war allgemein erst für die Zeit nach dem Parteitag gerechnet worden. Olszowski, der als Vertreter eines harten Kurses gilt, hatte offensichtlich auf Rückendeckung aus Moskau gehofft; ihm wurden gute Verbindungen zum ausgebooteten Politbüro-Mitglied Romanow nachgesagt. Unterstützung blieb aus, weil der neue KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow seine Position inzwischen gefestigt hatte.

Aus diplomatischen Kreisen in Warschau verlautete, daß der bisherige Außenminister einem westlichen Botschafter noch vor wenigen Tagen versichert haben soll, er werde im Amt bleiben.

Abgelöst wurde auch ZK-Sekretär Kazimierz Barcikowski, der in das Ehrenamt eines stellvertretenden Staatsratsvorsitzenden berufen wurde. Barcikowski hatte im August 1980 das Abkommen mit den streikenden Arbeitern in Stettin unterzeichnet. Er war wie *Mieczyslaw Rakowski*, der vom Posten eines stellvertretenden Ministerpräsidenten auf die einflußlose Stelle eines stellvertretenden Parlamentspräsidenten abgeschoben wurde, ein häufiger Besucher in der Bundesrepublik Deutschland. Wer künftig General Jaruzelskis Westarbeit verantworten wird, war bis gestern unbekannt. Barcikowskis Position als ZK-Sekretär übernimmt der relativ unbekannte Marian Wozniak, der bisherige Sekretär des Parteikomitees von Warschau.

Regierungssprecher Jerzy Urban erklärte auf seiner wöchentlichen Pressekonferenz, daß bei einer Amnestie für politische Gefangene über jeden Fall einzeln entschieden werden soll. Friedensnobelpreisträger Lech Walesa werde nicht von der Amnestie profitieren können. Gegen Walesa waren wegen angeblicher „Fehlinformationen" über die jüngsten „Wahlen" in Polen, die an die westliche Presse geleitet wurden, gerichtliche Ermittlungen eingeleitet worden.

Walesa wandte sich mit einem *Appell an die Adresse* der westlichen Regierungen. In einer in der Universität Oxford verlesenen Rede des Arbeiterführers hieß es, es sei ein Fehler zu versuchen, einen dauerhaften Frieden in Europa zu erreichen, ohne auf die Unterdrückung der Rechte der polnischen Arbeiter hinzuweisen.

Geste Ceausescus gegenüber Gorbatschow?

DW. Wien

Die Entscheidung des rumänischen Präsidenten Nicolae Ceausescu, den seit 1978 amtierenden Außenminister Stefan Andrei durch den bislang unbekannten Ilie Vaduva zu ersetzen, hat zu Spekulationen über die Gründe dieser Regierungsumbildung Anlaß gegeben. So wird nicht ausgeschlossen, daß der kranke Ceausescu *auch angesichts der beunruhigenden* Energiekrise in seinem Land eine Geste mit Blickrichtung Sowjetunion gemacht und sich von jenem Minister getrennt hat, der als Mann der Kompromisse mit dem Westen galt, zumal Rumänien mehr denn je auf die sowjetische Unterstützung angewiesen ist.

In Bukarest wird nicht ausgeschlossen, daß Ceausescu beschlossen *hat, sich von Andrei zu trennen,* um einen bisher unbekannten Mann an die Spitze der rumänischen Diplomatie zu setzen, den später sein Sohn Nicu Ceausescu ersetzen könnte. Ceausescu versucht seit langem, seinen Sohn auf einen bedeutenden Posten zu bringen.

Auf Finanzamt verlassen: Spende ist absetzbar

DW. Köln

Firmenspenden an parteinahe Vereine können von der Steuer abgesetzt werden, wenn der zuständige Finanzamtschef dies vor der Zahlung zugesichert hat. Dies in Juristenkreisen als bemerkenswert eingestufte Urteil des Kölner Finanzgerichts vom Juni 1985 ist jetzt rechtskräftig. Wie das Gericht mitteilte, ist keine Revision eingelegt *worden.*

Rund 130 000 Mark hatten die Lemmerz-Werke (Königswinter) Ende der 70er Jahre an CDU-nahe „Spendenwaschanlagen" gezahlt. Der damalige Chef des Finanzamts St. Augustin, gleichzeitig Kreisschatzmeister der Bonner CDU, hatte dem Autoräderproduzenten dafür Spendenquittungen gemeinnütziger Vereine zugesagt. Als eine Steuernachforderung des *Finanzamtes* über *70 000 Mark* kam, klagte die Firma. Ihr Argument: Sie habe sich auf die Zusicherung des hohen Finanzbeamten verlassen und zudem nicht die CDU direkt unterstützen wollen. Das Gericht gab den Lemmerz-Werken recht. (Az.: VII K 52/85)

Albrecht will von FDP unabhängig sein

„Grüne verlieren für Protestwähler an Reiz" / WELT-Interview

ms. Bonn

Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) hat es als sein Ziel bei den Landtagswahlen in Niedersachsen im Juni 1986 bezeichnet, „daß Christliche Demokraten stärker werden als SPD und Grüne zusammen". In einem WELT-Interview sagte Albrecht, „das heißt im Klartext: Dann sind wir unabhängig vom Wahlergebnis, das die FDP erzielt". Der Ministerpräsident machte aber zugleich deutlich, daß die FDP, mit der es 1977 eine „gute Koalition" gegeben habe, „auch in Zukunft als Koalitionspartner willkommen" sei. Albrecht: „Aber wir wollen nicht davon abhängig sein".

Albrecht, nunmehr fast zehn Jahre Ministerpräsident, betonte, seine Bilanz könne sich sehen lassen. In der Strukturpolitik seien entscheidende Weichen gestellt und Rückstände bei *den Forschungseinrichtungen* seien aufgeholt worden. „Wir sind jetzt Forschungsland". Als solches zähle Niedersachsen nunmehr wieder zur „Spitzengruppe" in der Zukunftstechnologie. Auch in der Umweltschutzpolitik, so erklärte Albrecht, sei Entscheidendes geleistet worden. Mit den Sozialdemokraten werde er sich in der Sache *auseinandersetzen.* „Ich habe nie Wahlkampf geführt gegen Personen. Ich habe auch nicht

SEITE 8:
Das Interview im Wortlaut

die Absicht, Wahlkampf gegen Herrn Schröder zu führen". Es sei auchschwer, sich mit dessen Politik auseinanderzusetzen, „weil er sich in unverbindlichen Formeln bewegt". Konkrete Konzepte habe die SPD nicht.

Die weitere Entwicklung der Grünen sieht Albrecht eher negativ: „Sie hatten eine relativ starke Position aufgrund jener Mischung aus ehrlich besorgten Umweltschützern, linken Systemveränderern und Protestwählern. Aber seit sie im Parlament sind, zeigt sich, daß sie zunehmend in Schwierigkeiten geraten, weil sie sich nun nicht mehr auf ein oder zwei Themen spezialisieren können. Sie müssen die ganze Breite der Politik abdecken. Das können sie nicht. Und in dem Maße, wie sie versuchen es zu tun, werden sie den anderen Parteien immer ähnlicher. Sie verlieren also an Reiz, gerade für die Protestwähler. So muß man für Niedersachsen, wenn der derzeitige Trend anhält, sagen, sie sind auf dem absteigenden Ast".

Sein „Hauptwunsch an Bonn war und ist", so betonte Albrecht, „daß alle politisch Verantwortlichen der Koalition begreifen, daß wir gemeinsam Erfolg oder Mißerfolg haben werden". Meinungsverschiedenheiten seien natürlich, aber die Debatte „muß intern stattfinden".

Geißler wird in Oslo vorstellig

gba. Bonn

CDU-Generalsekretär Geißler hat das Nobelpreis-Komitee in Oslo aufgefordert, den an die „Internationale Vereinigung der Ärzte zur Verhinderung des Atomkrieges" verliehenen Friedensnobelpreis nicht an dessen *Mit-Vorsitzenden, den stellvertreten*den sowjetischen Gesundheitsminister Tschasow, zu übergeben. Geißler verweist in seinem Brief auf den auch von Tschasow unterschriebenen Aufruf gegen den sowjetischen Regimekritiker Sacharow. Dieser sei Grundlage für die „beispiellose Kampagne der Verleumdung und Freiheitsberaubung" Sacharows gewesen.

Seite 4: Pervertierung

Bundesvermögen „breit streuen"

Mk. Bonn

Bei der Privatisierung der Bundesunternehmen strebt die Bundesregierung eine Beteiligung der Belegschaften an. Es komme darauf an, das Vermögen breit zu streuen, betonte der parlamentarische Staatssekretär im Finanzministerium, Friedrich Voss. Für das nächste Jahr sei die Teilprivatisierung von zwei Unternehmen vorgesehen. Bei der VIAG AG (Stammkapital 560 Millionen Mark) sollte die Bundesbeteiligung um 40 Prozent, bei der Prakla-Seismos GmbH (Stammkapital 26 Millionen) um 50 Prozent reduziert werden. Die Einnahmen des Bundes werden auf 400 Millionen Mark veranschlagt.

Jugend sieht wieder mehr Sinn im Leben

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland beurteilen die Zukunft zuversichtlich, lehnen Gewalt als *politisches* Mittel *ab und* sehen beruflichen Erfolg als erstrebenswertes Ziel an. Dies sind die Trends einer Emnid-Erhebung für das Bundesbildungsministerium. Dessen Chefin Dorothee Wilms lobt: „Der Null-Bock ist überwunden."

1332 Jugendliche zwischen 14 und 21 Jahren bilden die Grundlage der Emnid-Erkenntnisse. Für sie gehört die Vorstellung, selbst einmal Kinder zu haben, stärker als in früheren Jahren zur Beschreibung eines „sinnerfüllten Lebens" hinzu. Freunde, Hobbies und Familie liegen ganz vorne auf der Skala zur „Erlangung persönlicher Zufriedenheit". Auf Platz vier folgt dann schon der Wunsch, „etwas Gemeinnütziges tun". Ebenfalls sehr viel höher ist der Stellenwert für „Freude am Beruf haben", „beruflicher Erfolg" und „viel Geld verdienen" gerutscht. „In den Tag hineinleben zu können", ist zum Restwert auf der Skala geworden.

Ministerin Wilms zog gestern als Fazit der Untersuchung aus den Monaten August / September 1985: „Die Ergebnisse zeigen deutliche Veränderungen im Denken und Verhalten der Jugendlichen gegenüber früheren Jahren." 66 Prozent beurteilen die Zukunft positiv.

Bei ähnlichen Umfragen von Emnid waren es 1983 rund 50 Prozent und 1981 *sogar nur 42 Prozent. Vor* vier Jahren blickte eine Mehrheit von 58 Prozent noch düster nach vorne. „Die resignative Entwicklung", so die Politikerin, „tritt also zurück." 78 *Prozent* sind heute „*sehr zufrieden*" oder „eher zufrieden" mit ihrem Leben.

Daß sich die nachwachsende Generation durch den Willen auszeichnet, „Probleme zu meistern", wie Frau Wilms betont, zeigt sich auch an der gestiegenen Wertigkeit beruflichen Erfolges. Der Wunsch nach Karriere ist stark ausgeprägt, für die Mehrheit gehören „Leistung und Erfolg zum Leben dazu". Drei Viertel finden es deshalb „in Ordnung, daß in unserer Wirtschaftsordnung derjenige, der viel leistet, auch viel erreichen kann".

Als vorrangige Aufgaben der Bildungspolitik sehen die Jugendlichen eine Steigerung des Ausbildungsplatzangebotes an, Erziehung zum Umweltschutz, Aus- und Weiterbildung von Arbeitslosen. An vierter Stelle folgen die besseren beruflichen Chancen für Frauen, auf Rang Acht das Verlangen nach Ausweitung der BAföG-Leistungen. *Das* unverändert hoch geschätzte Abitur wird inzwischen von 62 Prozent auch „ohne anschließendes Studium als nützlich" erachtet.

A

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ehmke fällt wieder auf

Von Bernt Conrad

Das Stichwort SDI löst in Bonn immer wieder Aufgeregtheiten aus, auch wenn gar nichts passiert. So in den letzten Tagen, als von einer angeblichen Einigung zwischen Kanzler und Außenminister über die staatliche Absicherung einer deutschen Beteiligung an dem amerikanischen Weltraum-Forschungsprogramm die Rede war und SPD-Chefpolemiker Host Ehmke sofort die rhetorische Schrotflinte zückte: „Die FDP fällt wieder einmal um."

Tatsächlich hat Ehmke ins Leere geschossen, denn zwischen Kohl und Genscher gibt es bisher nur eine Vereinbarung, daß bis Weihnachten eine Entscheidung fallen soll. Es gibt keine Verständigung über Form und Inhalt dieser Entscheidung. Von einer Zustimmung der FDP zu einem flankierenden SDI-Briefwechsel zwischen Bonn und Washington kann darum derzeit keine Rede sein. Umso klarer ist das Motiv für Ehmkes Schnellschuß: Jedes mögliche Arrangement über die deutsche SDI-Beteiligung soll für die FDP von vornherein mit dem Makel des „Umfallens" verbunden sein.

Auf so billige Art werden sich die Freien Demokraten gewiß nicht in eine politische Sackgasse treiben lassen. Der Zeitplan des Kanzlers jedenfalls bleibt unverändert: Nach dem Reagan-Gorbatschow-Gipfel wird die Bundesregierung darüber befinden, ob Verhandlungen mit den USA über eine SDI-Vereinbarung aufgenommen werden sollen, und gegebenenfalls eine Verhandlungskommission dafür benennen.

Kanzlerberater Horst Teltschik hat drei Möglichkeiten einer Absicherung vorgeschlagen: ein Rahmenabkommen, einen Briefwechsel und ein „Memorandum of Understanding". Kohl, der ursprünglich ein formelles Abkommen favorisierte, scheint jetzt der mittleren Lösung eines Briefwechsels zuzuneigen. Nach seiner Ansicht wird die Regelung dieser Frage „wesentlich geräuschloser vor sich gehen, als viele vermuten". Dies wäre in der Tat sehr zu wünschen – im Interesse der deutsch-amerikanischen Beziehungen, der Klarheit gegenüber dem Osten und nicht zuletzt des technologisch-geschäftlichen Vorteils der deutschen Industrie.

Bomben-Druck in Beirut

Von Peter M. Ranke

Mit knapper Not sind der alte „Tiger" des Libanon, Ex-Präsident Camille Chamoun, und sein ebenfalls politisch tätiger Sohn Dany im christlichen Ost-Beirut einem Bombenanschlag entgangen. Wären sie gefallen, wäre der christlich-maronitische Widerstand gegen eine Islamisierung und Arabisierung des Libanon im Kern getroffen worden.

Das Bombenattentat sollte die Chamouns zwingen, endlich der in Damaskus ausgehandelten „Friedenslösung" für Libanon zuzustimmen. Die drei stärksten Milizen, die „Lebanese Forces" der Christen, die „Amal" der Schiiten und die Drusen von Walid Dschumblatt, hatten sich auf eine Erweiterung des Parlaments, eingeschränkte Rechte des Staatspräsidenten und eine automatische Entkonfessionalisierung des Staatsapparates und der Armee geeinigt.

Doch seit Anfang November lehnen sich die Sunniten und die Christen Chamouns gegen ihre von anderen beschlossene Entmachtung auf. Sie wollen auch nicht dem antiamerikanischen Kurs des Drusenführers Dschumblatt folgen, der sich zu den „fortschrittlichen Kräften" unter Führung der Sowjetunion rechnet. Erst am Wochenende hatte Dschumblatt drohend behauptet, die „reaktionären Kräfte" der Christen und Sunniten hätten sich gegen ihn, Damaskus und Moskau verbündet.

In diesem Augenblick erhebt zum ersten Mal wieder Frankreich die Stimme: Der Außenminister dieser traditionellen Schutzmacht, Roland Dumas, betont die „speziellen Beziehungen" zu den libanesischen Christen. Frankreich lege Wert darauf, daß die Freiheiten, der Pluralismus, der Glaube und die Siedlungen der Christen respektiert würden. Vertreibungen und Massaker wie im Schufgebirge 1983 bewiesen die Gefahr, die den Christen und der Einheit des Libanon drohe.

Die Warnung ist zweifellos an Syrien und seine Verbündeten gerichtet, Drusen und Schiiten, die die neue muslimische Mehrheit in Libanon bilden. Sie kommt vielleicht noch rechtzeitig und spricht den Christen Mut zu. 80 000 Flüchtlinge und Vertriebene warten noch immer auf Hilfe und Rückkehr. Wenn Amerika und Westeuropa am Schicksal des Libanon desinteressiert sind, so hat Frankreich nun beteuert: wir nicht.

Warum Tschasow?

Von Enno v. Loewenstern

Wann verjährt Unmenschlichkeit? Millionen Fernsehzuschauer stellten sich am Montagabend die Frage, als der CDU-Generalsekretär Heiner Geißler im „Heute-Journal" den Professor Ulrich Gottstein mit der Hetze des Professors Tschasow gegen Andrej Sacharow konfrontierte.

Gottstein ist Vorsitzender der deutschen Sektion jener Anti-Atom-Ärzte IPPNW, die den Friedensnobelpreis bekommen haben. Tschasow ist, zusammen mit dem Amerikaner Lown, Ko-Vorsitzender der IPPNW weltweit. Dieser Tschasow, Kandidat des ZK der KPdSU und Mitglied des Obersten Sowjets, hat in einem offenen Brief gegen Sacharow diesen „verantwortungslos", „Werkzeug der feindlichen Propaganda", „am Zügel der aggressivsten imperialistischen Kräfte" usw. genannt.

Worauf Gottstein einwandte, daß der Brief aus dem Jahr 1973 und nicht von Tschasow allein stamme, vielmehr hätten ihn „sämtliche Mitglieder der Akademie der Wissenschaften verfaßt". Beides stimmt. Der Brief kam vor Sacharows Verbannung; er hat sie vorbereitet. Die sowjetische Akademie der Wissenschaften kann ihre Mitglieder schützen – wenn sie will; sie kann sie auch preisgeben. Das hat sie unter Mitwirkung Tschasows im Falle Sacharow getan. Im übrigen arbeitet diese politische Seite auch sonst mit Massen von Unterschriften; auch die IPPNW. Soll das jetzt ein Alibi sein?

Gottstein erging sich in Andeutungen, daß Geißler doch nicht wisse, was Tschasow seither alles in Sachen Sacharow getan habe. Nein, das weiß Geißler in der Tat nicht, das weiß keiner von uns. Das werden wir erst erfahren, wenn das Regime zusammengebrochen ist und seine Akten geöffnet werden. Dann werden wir auch über Tschasows Aufgabe in der IPPNW Näheres erfahren. Vorläufig wissen wir dies: während Gottstein auf seine „150 000 Ärzte in 52 Nationen" verwies, erinnerte Geißler ihn kühl daran, daß Millionen Menschen im GULag sitzen. Zählen sie weniger? Sie werden von den Folterknechten, denen Tschasow dient, zu Tode gequält, weil sie wirklich für den Frieden eintreten und nicht für kluge „Freeze"-Parolen, wie Gottstein sie aufsagte.

Warum wohl ist ein Tschasow Ko-Vorsitzender der IPPNW und nicht ein Sacharow? Wenn die Polit-Ärzte sich diese Frage stellten, täten sie tatsächlich etwas für den Frieden.



Leiche im Keller — KLAUS BÖHLE

Staat und Hilfs-Sheriffs

Von Herbert Kremp

Es ist ein Stück Erblast, das nun an den Tag gekommen ist. Weil die *FDP mit einigen ihrer sensibelsten* Gestalten in die Affäre verwickelt ist, deshalb und nur deshalb tut sich Bundeskanzler Kohl so schwer. Das „Notopfer Terrorismus", wie man die private Unterstützung des damals offenbar völlig verarmten und in der internationalen Recherche für inkompetent befundenen Bundesnachrichtendienstes nennen könnte, war regierungsamtlich gedeckt, es war eine Sache, wenn nicht sogar eine Inszenierung des Kabinetts Schmidt/Genscher. Dieser Umstand wird nicht jedem Bürger klar, der heute in elektronischen Medien die belegten Stimmen des Regierungssprechers und sämtlicher Parteivertreter hört, die schon wieder einmal nahe daran sind, „den Konsens der Demokraten" zu beschwören.

Nein, es ist keine neue Panne der Regierung Kohl, es ist eine Bö aus dem Bermuda-Dreieck Staatssekretär Schüler (Bundeskanzleramt, heute Vorstand der Kreditanstalt für Wiederaufbau), Bundesnachrichtendienst (geleitet von dem der FDP zugerechneten Präsidenten Kinkel, heute Justiz-Staatssekretär) und Eberhard von Brauchitsch (damals persönlich haftender geschäftsführender Gesellschafter der Firma Flick, Herr von tausend Namen und Notizen, dem die Öffentlichkeit die neueste Affären-Nachricht verdankt). Die Bö wirbelt aus den gehüteten, womöglich nicht sämtlich gelesenen Akten des Bundeskanzleramtes einen vertraulichen Vermerk hervor, wonach am 21. August 1979 ein Vertrag mit einem Detektivbüro abgeschlossen wurde, um die Auslandsaufklärung des Bundesnachrichtendienstes gegen international operierende Terroristen zu fördern. Die Summe von DM 650 000 (400 000 von Firmen, 250 000 vom BND) sei über das Konto eines BND-Mitarbeiters an eine Detektei *geflossen, der man Finderqualität beimaß.*

Warum dies ausgerechnet 1979 geschah, wird in der allgemeinen Erregung über den Fall leicht übersehen, obwohl es „historisch" von Belang sein könnte. Den Hintergrund bildet das Jahr 1977, das nach 1972, dem Jahr des Angriffs auf die israelische Olympia-Mannschaft in München, den Höhepunkt terroristischer Aktivitäten in der Bundesrepublik markiert. Ermordet wurden Generalbundesanwalt Buback, der Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Ponto, der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Schleyer. Die Lufthansa-Maschine „Landshut" wurde entführt und in Mogadischu (Somalia) von der GSG 9 erfolgreich gestürmt. Gegen die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe richtete sich ein Raketenwerfer (er ging nicht los), in Stammheim begingen die Terroristen Baader, Ensslin und Raspe Selbstmord. Das Jahr 1978 hatte einen anderen Akzent. Es war gefüllt mit Fahndungspannen, Hungerstreik, Häftlingsbefreiung (Moabit). Die jugoslawischen Behörden ließen die Terroristen Mohnhaupt, Boock, Wagner und Hofmann laufen, weil die Bundesregierung es abgelehnt hatte, Exil-Kroaten gegen sie zu tauschen. Ein Jahr der Mißerfolge, dem sich 1979 als das Jahr der wilden Schießereien mit Terroristen anschloß.

Im Verfassungsschutz-Bericht von 1979 hieß es, es habe keine neuen Mordanschläge mehr gegeben, die Terrorismus-Fälle seinen zahlenmäßig zurückgegangen, aber die Gefahr sei noch nicht gebannt. Die Gesetzgebung war verschärft worden, doch dies verbreitete Unbehagen unter den damaligen Regierungsparteien, besonders der SPD, die in der Tätigkeit von Terroristen gern eine Fortsetzung der Gesellschaftspolitik mit bedauerlichen anderen Mitteln erblickt. Bundeskanzler Schmidt stand seinen Mann als überragender Krisen-Manager, mußte aber im Bundestag die Ereignisse beipielsweise in Zürich



Was die Staatsanwälte einstellten: Brauchitsch — FOTO: DPA

aus einem Psychologen-Gutachten interpretieren, das Dichtern und Denkern gefiel, weil es die Randale auf die Konsum-Provokation der Bahnhofstraße zurückführte. Jeder, der Schmidt kennt, hörte beim Vortrag knurrende Töne.

Die Situation der Koalition, das Bonner Klima, war insgesamt so beschaffen, daß nach den Taten der Eifer in der Verfolgung der Täter nachzulassen schien. Dies rief Persönlichkeiten auf den Plan, die, auch mit Blick auf die eigene Gefährdung, zu der Meinung gelangt waren, man müsse dem Staat einige verstärkende Stäbe einziehen. Sie dachten an den Kanzler, mit dem sie sich einig waren, und bestellten sich zu Hilfs-Sheriffs. Das Kanzleramt jedenfalls machte mit. Staatssekretär Schüler war der Koordinator der Geheimdienste, und so startete mit Hilfe des BND-Präsidenten Kinkel das Unternehmen. Das Ganze bewegte sich am Rande der Legalität, das war wohl allen klar. Der Terrorismus allerdings gleicht einer Flut-Katastrophe, in deren Gezeit nichts anderes gefragt ist als die Tat. Dieser Gesichtspunkt überwog.

Die Bö, wie sie aus dem Bermuda-Dreieck bekannt ist, erfaßt jetzt mit ganzer Härte den Bundesnachrichtendienst, den der neue Präsident Wieck gerade „aus dem Tal herausführen" wollte, in das er durch Gehlen-Mystizismus und die tiefe Abneigung der ersten Brandt-Regierung gedrückt worden war. Eine Sonder-Bö, von der Verteidigung Eberhard v. Brauchitschs dirigiert, fährt mit Sausen mitten in die Bonner Staatsanwaltschaft, die aufgrund einer dringlichen Vorstellung Kinkels 1982 ein Ermittlungsverfahren gegen den Nachfolger des ermordeten Ponto bei der Dresdner Bank, Vorstandssprecher Friderichs, eingestellt hatte. Dabei ging es um den Weg einer Geldsumme (im Zusammenhang mit dem Notopfer Terrorismus), der heute von derselben Staatsanwaltschaft beharrlich nachgeschritten wird, um Spender wie Brauchitsch zur Strecke zu bringen. Man kann Brauchitsch verstehen, man muß es nicht. Damals hatten die Staatsanwälte doch ganz ordentlich reagiert: Nachdem sie von Kinkel gehört hatten, Friderichs gerate durch die Ermittlungen ins Visier der Terroristen, stellten sie ein.

IM GESPRÄCH Stefan Olszowski

Der harte Einzelgänger

Von Carl Gustaf Ströhm

Eine politische Karriere ist in Warschau zu Ende gegangen: Stefan Olszowski, von dem es hieß, er halte sich als möglicher Nachfolger für den Posten eines Parteichefs der PZPR (der polnischen KP) bereit, hat seinen Sitz im Politbüro niedergelegt und auch seinen Posten als Außenminister geräumt. Somit scheiterte der zweite Anlauf des bulligen, schwergewichtigen Mannes, die Politik seines Landes und seiner Partei entscheidend mitzubestimmen.

Der 1931 in Thorn – also im ehemals preußischen Teil Polens – geborene Sohn eines Lehrers absolvierte die Universität Lodz und begann seine Laufbahn in den späten vierziger Jahren in der polnischen KP-Jugend. Sein Weg führte ihn von lokalen Parteiaufgaben und von der Leitung des Pressebüros des ZK zum einflußreichen Posten eines ZK-Sekretärs für Presse und Propaganda. Bereits von 1971 bis 1976 war er Außenminister, kehrte aber dann als ZK-Sekretär in die Parteiführung zurück.

Hier geriet er in Konflikt mit der damaligen Führung – nicht zuletzt, weil er rechtzeitig auf die katastrophalen Folgen der polnischen Wirtschaftspolitik und der Verschuldung hinwies. Auf dem Parteikongreß im Februar 1980 entledigten sich die damaligen Machthaber des unbequemen Mannes, der ihnen unheimlich sein mußte: Olszowski hatte nämlich seine eigenen Verbindungen nach Moskau aufgebaut und strebte offenbar *bereits damals an, Parteichef zu* werden. Man schickte ihn als Botschafter nach Ost-Berlin.

Erst als die Ereignisse des Jahres 1980 seinen Warnungen recht gaben, kehrte er triumphierend nach Warschau zurück – wieder als Außenminister und als Mitglied des Politbüros. Olszowskis Name wurde mit einem harten Kurs in Verbindung gebracht. Zeitweise sah es aus, als bezichtige er Jaruzelski mangelnder Festigkeit und Konsequenz. Andererseits hielt sich Olszowski von allen innenpolitischen Querelen möglichst fern. Er ließ sich nicht, wie etwa seine „Parteifreunde" Rakowski und Barcikowski (deren Karrieren in Regierung bzw. Parteiführung jetzt gleichfalls abrupt beendet wurden) in Auseinandersetzungen mit der Gewerkschaft „Solidarität" verheizen. Olszowski blieb eine Gestalt für sich – distanziert zu General Jaruzelski ebenso wie zur Opposition. Hoffte er, eines Tages als Schiedsrichter in einer verfahrenen Situation auftreten zu können? Wartete er auf das Scheitern des Generals ohne Charisma, um dann – mit Billigung Moskaus, ja vielleicht sogar mit Hilfe der Sowjets – als letzter Mohikaner in Warschau die Macht zu übernehmen?



Ende einer Karriere: Olszowski — FOTO: DPA

Bekannt war seine Verbindung zum inzwischen abgesetzten sowjetischen *Politbüromitglied Grigori* Romanow. Beide Männer paßten zueinander: dem Alkohol und den Genüssen des Lebens nicht abhold, zugleich von straffer Natur, Gegner jeder Weichlichkeit und jeder Nachgiebigkeit. Aber Romanow stolperte über das Bein, das Gorbatschow ihm stellte. Und damit zeigte es sich, daß Olszowskis Drähte zum Kreml nicht die richtigen waren. General Jaruzelski, der sich bereits auf die neue Situation eingestellt hatte, fand einen willkommenen Vorwand, sich mit Moskau gleichzuschalten und einen gefährlichen Mann loszuwerden. Diesmal wohl endgültig.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Allgemeine

Zur Absetzung des Fassbinder-Stücks merkt sie an:

Im letzten Augenblick, zwei Tage vor der geplanten Uraufführung, hat der Intendant des Frankfurter Schauspiels, Günther Rühle, doch noch Einsicht gezeigt ... Viel wäre ihm und uns erspart geblieben, wenn er diese unschwer absehbaren Entwicklungen früher erkannt hätte. Etwas mehr Takt, etwas mehr Einfühlung hätten ihn dazu bringen können und müssen. Nun bleibt ein Scherbenhaufen, der die Bedeutung des Anlasses weit übersteigt.

WASHINGTON POST

Sie beschäftigt sich mit der Problematik von Verhandlungen mit Terroristen:

Amerikanische Bürger, ganz besonders Privatleute, die in die Räder des internationalen Terrorismus geraten, haben einen umfassenden Anspruch auf das Mitgefühl ihrer Landsleute und auf den Schutz ihrer Regierung. Doch kann dieser Anspruch nicht absolut sein. Gespräche oder Abmachungen in irgendeiner Form können letztendlich bei der Befreiung der Geiseln eine Rolle spielen. Doch muß dem Präsidenten angemessene taktische Diskretion zugebilligt werden. Er allein kennt den Spielraum. Und er allein hat die volle Verantwortung für die Bewahrung der nationalen Interessen wie auch für seine in eine Notlage geratenen Mitbürger.

Mannheimer MORGEN

Hier heißt es zur BND-Spendenaffäre:

Heute wirkt diese sicherlich als Solidaritätsgeste gemeinte Nothilfe degoutant und muß sich als Kumpanei verdächtigen lassen. Die damalige Psychose des Ausnahmezustands – Brauchitsch – ist nur noch schwer nachvollziehbar. Jedenfalls hat man 1979 die heiklen Aspekte des Vorgangs übersehen. Gerade in dem empfindlichen Bereich staatlichen Wirkens, dem Gewaltenmonopol, darf es am wenigsten eine Vermengung von Privatinteressen mit hoheitlichen Aufgaben geben.

WESER KURIER

Zum Lufthansa-Streik bemerkt die Bremer Zeitung:

Wenn schon Gewinnbeteiligung, dann bitteschön nach bewährtem kapitalistischem Vorbild und ohne Mätzchen. Dies möchte man dem Lufthansa-Chef und ehemaligen IG-Metall-Funktionär Heinz Ruhnau zurufen. Jeder ordentliche Aktionär würde es nämlich als Mätzchen nach dem Motto „Darüber lacht der Börsianer" ansehen, wenn ihm die Dividende über einen Mindestbetrag hinaus nach seinem Vermögen oder sonstwelchen Kriterien zugemessen würde.

Kein Grund für Rühle, den Pikierten zu spielen

Es ging in Frankfurt weder um Sozialtherapie noch um Kunstfreiheit / Von Günter Zehm

Das Frankfurter Schauspielhaus hat die Aufführung des fatalen Fassbinderstücks „Der Müll, die Stadt und der Tod" endlich storniert, doch die allgemeine Erleichterung darüber hält sich in Grenzen. Denn der bereits angerichtete Schaden ist groß, und die Form des Rückzugs zeugt von allem möglichen, nur nicht von Souveränität auf Seiten der Verantwortlichen.

Statt die Kalamität mit einem entschlossenen Federstrich wegzuräumen und Luft zu schaffen für Versöhnungsgesten, spielt Schauspielhaus-Intendant Rühle, offenbar unbeeindruckt von jeder Kritik, weiterhin die verfolgte Unschuld. Die Aussetzung der Aufführung, so verlautet er, sei „vorläufig", sie solle nur solange gelten, bis eine „rationale Diskussion" und eine „erkennende Wahrnehmung" wieder möglich seien. Mit anderen Worten: Irrationalisten und Ignoranten sind allemal die anderen. Für sich selbst aber reklamiert man den stolzen Part eines verhinderten Sozialtherapeuten und eines Hüters der künstlerischen Freiheit.

Da muß wohl mit Nachdruck daran erinnert werden, daß es bei der Affäre weder um verhinderte Sozialtherapie noch um den Schutz der künstlerischen Freiheit geht. Wenn jetzt einige Dramaturgen davon sprechen, daß mit der Nichtaufführung des Stückes ein unheilvoller Präzendenzfall geschaffen werde und daß das deutsche Nachkriegstheater in Frankfurt zur Zeit gewissermaßen seinen Sündenfall in puncto Geistesfreiheit erlebe, so ist das schlicht unredlich.

Gerade die deutschen Theaterdramaturgien haben sich nur allzu oft als erfolgreich kooperierende Verhinderungs-Instanzen gegenüber neuen Themen oder Stücken erwiesen. Die Gier, nun ausgerechnet „Der Müll, die Stadt und der Tod" aufzuführen, und zwar partout auf einer staatlich subventionierten Bühne, speist sich aus ganz anderen Antrieben als der Sorge um die künstlerische Freiheit.

Pinchas Lapide, der Frankfurter Religionswissenschaftler, hat dazu Nachdenkenswertes gesagt, als er kürzlich auf die Leichtigkeit hinwies, mit der in der Bundesrepublik – durchaus im Gegensatz zu anderen Demokratien – unter dem Mantel des Kunstvorbehalts selbstverständliche Regeln des Anstands und der Menschenwürde verletzt werden dürften. Horrende Fäkalsprache, hämische Religionsverhöhnung, sexuelle Exhibitionen jeglicher Art – nachgerade alles sei hier in den letzten Jahren auf die Bühne gehoben worden, und zwar mit beispielloser Brutalität. Merkwürdigerweise aber sei der öffentliche Widerstand dagegen äußerst gering gewesen.

Nur das „Tabu" des Antisemitismus, so Lapides Resümee, habe bisher der Zerfetzung standgehalten, und gerade das habe die Begehrlichkeit der Provokations-Profis geweckt. In Fassbinders Stück hätten sie ein ideales Instrument für die Schleifung auch dieses allerletzten „Tabus" gefunden. Denn „der reiche Jude" erschien hier, ganz im Stile des antisemitischen Klischees, als unheimlicher und objektiv gnadenloser Fremdling, als geborener Spekulant und abstrakter Funktionär eines kapitalistischen Wolfsgesetzes, und er ging seiner finsteren Bestimmung in einem Milieu voller Gemeinheit und Schmierigkeit nach.

Jeder Intendant und jeder Regisseur durchschaut natürlich auf Anhieb das Obszöne und für die jüdische Minderheit unerhört Beleidigende einer solchen Stückkonzeption, besonders da der geistige Anspruch und der künstlerische Rang des Fassbinder-Stückes gleich Null sind, sein „Wert" also ausschließlich in der Konzeption besteht. Die ewige Beschwörung der „Katharsis" in der Diskussion mit den Aufführungs-Gegnern war nichts weiter als Gerede. In Wirklichkeit ging es um bewußte Tabuverletzung auf Kosten einer gebeutelten Minderheit und um eine Provokation, die längst nur noch um ihrer selbst willen da war.

Am Beispiel der Affäre Fassbinder/Rühle zeigt sich geradezu paradigmatisch, daß die Meinung, Provokation und Tabuverletzung seien an sich schon wertvoll und willkommen, zu den größten Mißverständnissen unseres Kulturbetriebs gehört. Wieso soll es „heilsam" oder sozialtherapeutisch wichtig sein, einen möglicherweise noch vorhandenen Antisemitismus, der verdientermaßen zum Schweigen verurteilt ist, auf dem Umweg übers staatlich subventionierte Theater ausdrücklich herauszukitzeln und zu „verbalisieren"? Wer kann garantieren, daß schlafende Hunde, überflüssigerweise und aus purer Provokationsgier aufgeweckt, nicht wieder zu beißen anfangen?

Das Theater ist keine Psychoanalytiker-Couch und auch kein Laboratorium zur Erzeugung unartikulierter Urschreie. Und Theaterdirektoren sind keine Seelenärzte, die sich herausnehmen dürfen, die Öffentlichkeit insgesamt wie einen ins Serbski-Institut eingesperrten Patienten zu behandeln. Auch sie haben die Menschenwürde zu respektieren. Wenn sich das im Gefolge der Frankfurter Vorgänge herumsprechen sollte, hätten diese am Ende sogar noch ihr Gutes.

هكذا في الأصل

Der Kultur-Koloß und die Angst vor dem ‚Absaug-Effekt'

Philharmonie und Stadtbibliothek, Konservatorium und Volkshochschule, Experimentierbühne und Mehrzweckhalle – das alles und noch vieles mehr ist „der Gasteig" in München. Mehr als 5000 Menschen werden hier bald Tag für Tag ein und aus gehen. Einmalig in Deutschland, begeistern sich die einen. Doch andere finden hier auch Haare in der Suppe.

Von PETER SCHMALZ

Sie kamen nachts, als die 2400 Ehrengäste des Eröffnungsabends schon längst ihren Weg durch das für sie noch ungewohnte Foyer-Labyrint des neuen Münchner Kulturtempels gefunden hatten und der mächtige Bau am Gasteig im Dunkel lag. Sie kamen mit Sprühdosen und schmierten über zehn Meter der rostroten Backsteinwand das Wort „Kulturvollzugsanstalt". Keiner weiß, wer es war. Gestern kamen zwei Mitarbeiter einer Reinigungsfirma mit Dampfstrahler und Lösungsmitteln und beseitigten den nächtlichen Schmierprotest.

Die Sprühschrift ist den für die Kultur Verantwortlichen der Stadt ein Ärgernis. Nicht so sehr wegen der Reinigungskosten von etwa 2000 Mark, die bei einer Bausumme von 333 Millionen Mark kaum ins Gewicht fallen, als vielmehr wegen der tieferen Bedeutung: Die Nachtaktion ist nur die illegale Darstellung eines Unbehagens, das „der Gasteig" auslöst. Selbst Oberbürgermeister Georg Kronawitter, der überhastet und gegen den Rat von Fachleuten zwei Tage vor Ende seiner ersten Amtszeit 1978 publicity-wirksam zum ersten Spatenstich geschritten war, gesteht heute ein: „In der Form würde es heute sicher nicht mehr gebaut." Und auch Bürgermeister Klaus Hahnzog, zuständig für Kultur und Aufsichtsratvorsitzender der „Gasteig-Betriebsgesellschaft", mag seine Bedenken nicht verbergen. „Die dringend notwendige Förderung von Stadtteilkultur", schreibt er zur Eröffnung, „darf nicht unter der Zentralität des Gasteigs leiden."

Hier aber liegt die Quadratur des Kreises, mit der sich künftig Münchens Stadtkultur zu plagen hat. Der Gasteig, dem Bundespräsident Richard von Weizsäcker in einer Einweihungsrede lebendige Vielfalt und „einfallsreiche, zusammenwirkende Kreativität" wünschte, ist ein Multi-Media-Unternehmen, das wie kein anderes Haus in Deutschland Kunst und Kultur unter seinem Dach bündelt und dessen Attraktivität vor allem die 60 freien Bühnenbetreiber der Stadt mit Existenzsorgen erfüllt. Sie sprechen vom „Absaug-Effekt" und meinen damit ebenso Kartenkäufer wie Stadtzuschüsse.

Denn was auf dem „gachen Steig", wie früher ein steiler Weg genannt wurde, zwischen 448 000 Kubikmetern umbauten Raumes in 10 500 Sälen, Zimmern und Kammern Platz gefunden hat, wirkt schon jetzt wie ein Magnet:

Die Münchner Stadtbibliothek, die bereits im Mai vergangenen Jahres ihre Gasteig-Räume beziehen konnte, hat dort knapp eine Million ihrer insgesamt 2,4 Millionen Bücher, Illustrierten, Schallplatten und Kassetten konzentriert. Statistisch gesehen, hat sich schon im ersten Jahr jeder Münchener einmal ein Buch im Gasteig ausgeliehen, die Bibliothek ist damit die am meisten frequentierte in der Bundesrepublik.

Am „Richard-Strauß-Konservatorium" lernen 800 Studenten bei 110 Lehrkräften den richtigen Ton und demonstrieren ihre aufblühende Kunstfertigkeit bei kostenlosen Klein-Konzerten um die Mittagszeit, nach Ladenschluß und kurz vor Mitternacht. Der Kleine Konzertsaal (200 Sitze) zählt unter Münchens Kunstkennern längst zu den Geheimtips.

Gigantisch präsentiert sich die Münchner Volkshochschule: Sie ist die größte der Republik und lockt mit 600 übers Jahr verstreuten Kursen täglich mindestens 1000 Menschen in das Haus. Im Vortragssaal der Bibliothek lesen nicht nur Autoren wie Rosendorfer, hier haben auch Münchens Cineasten einen neuen Anlaufpunkt gefunden. Die „Black Box" (180 Plätze), eine Experimentierbühne, spannt das Programm von Travestie bis zum malaysischen Puppentheater, von Genet bis Cabaret.



Die Stadtbibliothek im Gasteig *FOTO: SIGRID NEUBERT*

Als Mehrzweckhalle für 600 Besucher kann der Carl-Orff-Saal für Vorträge und Tagungen, für Film- wie für Theateraufführungen genutzt werden, ein technisch manipulierbarer Nachhall läßt akustische Spielereien zu. Das Herz des Baus, wie der Bundespräsident sagte, aber ist die Philharmonie mit 2400 Plätzen und einer Akustik, über deren Qualitäten die Kenner noch grübeln. „Klumpt" nun der Klang, wie die „Abendzeitung" meint, oder ist er in manchen Reihen „beinahe erstickt" (WELT) oder sogar „irgendwie irritierend" synthetisch" (Süddeutsche)?

Egal, die Münchner hören ohnehin am besten, wenn man sie lobt, weshalb Generalintendant August Everding, der seine Pappenheimer kennt, den Mund gar nicht zu voll bekommen kann: „Einmalig. Sowas habe ich noch nirgendwo gehört." Ihm wollen nun Tausende nachhören: Lauschten den Philharmonikern bislang 4000 Abonnenten, so liegen jetzt 18 000 Anträge vor.

Ursprünglich, das wird heute leicht vergessen, war eigentlich nur geplant, dem seit einer Bombennacht 1944 heimatlosen Münchner Traditionsorchester ein eigenes Haus zu verschaffen, was der Münchner Bau- und Braulöwe Josef Schörghuber hinter seinem Arabella-Hochhaus für 32 Millionen Mark bauen und der Stadt zum Spottpreis von 16 Millionen Mark verkaufen wollte. Die Grube hatte er vorsorglich schon ausgehoben.

Aber der Trend war gegen ihn, der damalige Stadtbaurat Luther *schwärmte von einem* „repräsentativen Kulturzentrum samt Volksbildungshaus" und der Münchner Architekt Christoph Hackelsberger bedauert heute: „Schade, daß man die attraktiven Institute Stadtbibliothek und Volkshochschule nicht benachteiligten Stadtbezirken als dort wirksame und architektonisch profilierte kulturelle Mittelpunkte zugeordnet hat. Doch damals, als das Programm zusammenrann wie Milch und Käse, herrschte allenthalben die Zentrumsideologie; man baute Schulzentren, Pfarrzentren, Einkaufszentren, Kommunikationszentren und Bildungszentren."

Aber Münchens Kulturzentrum ist natürlich keineswegs mit einem Ein*kaufszentrum zu vergleichen, schon* gar nicht bei den Parkplätzen: Kein Stadtrat würde die Hand heben für eines dieser Kommerzzentren, könnte der Bauherr nicht ausreichende Parkflächen anbieten. Anders am Gasteig: Dort, wo schon vor Eröffnung der Philharmonie täglich mindestens 2000 Besucher ein- und ausgingen, wo künftig täglich 5500 erwartet werden und wo die Philharmoniker mit 126 Musikern ohne Chor anrücken, dort bietet eine mickrige Tiefgarage den Autofahrern nicht einmal 500 Parkplätze.

Schon jetzt droht der Stadtteil Haidhausen , das einstige Armen- und Arbeiterviertel, unter dem motorisierten Ansturm der abendlichen Schwärmer und Flaneure zu erstikken, denn Haidhausen ist seit einigen Jahren „in". Seither haben sich die Mieten vervierfacht und die Gehwege mit parkenden Autos gefüllt.

„Das Verkehrsproblem in unserem Stadtviertel muß jetzt schnell gelöst werden", sagt CSU-Stadtrat Otto Lerchenmüller, der nicht wenig zum *neuen Image beigetragen* hat und von Kulturreferent Jürgen Kolbe als „Bürgermeister von Haidhausen" tituliert wird. Lerchenmüller hat aber nicht nur eine Werbeagentur (und demnächst eine Kneipe in Haidhausen), er hat auch Ideen. Zum Beispiel die, wie die Autos auf wundersame Weise verschwinden könnten, ohne verschwunden zu sein: In Paternostertürmen von 22 Metern Höhe, zwei Dutzend Wagen auf nur 45 Quadratmeter. „Die passen", meint er, „hier in fast jeden Hinterhof." Und so hätte Münchens neue Kultur auch einen Parkplatz.





Bei graubehangenem Himmel und Nieselwetter rückten am 2. Januar 1956 die ersten Freiwilligen ins Lehrbataillon Andernach ein. Einer der ersten Befehle lautete „Antreten zum Mittagessen" (links). Wenig später ging es bei Schnee und Kälte im Tuchmantel zu Gefechtsübungen ins Gelände. Das Foto oben zeigt in der Mitte Siegfried Storbeck, der damals in Andernach seine Karriere als Berufssoldat begann.
FOTOS: DPA/DIE WELT

Im langen Mantel gings ins Gefecht

Siegfried Storbeck gehörte zu jenen Soldaten, die die Geburtsstunde der Bundeswehr miterlebten. Anfang 1956 begann er als Panzerschütze beim Lehrbataillon in Andernach seinen Weg als „Selbstgestrickter". Der Generalmajor und Kommandeur der 12. Panzerdivision erinnert sich.

Von SIEGFRIED STORBECK

Andernach, 2. Januar 1956. Nun war's soweit. Familie und Freunde, mit denen man zuvor *noch Silvester gefeiert hatte, standen* am Flughafen Tempelhof in Berlin und gaben dem zukünftigen Panzerschützen die letzten Ratschläge. Nach der Vorstellung und Prüfung am 24. November 1955 war sehr schnell die Antwort gekommen: „Meldung als Panzerschütze am 2. 1. 1956 beim Lehrbataillon der Bundeswehr in Andernach."

Die Entscheidung. Berufssoldat zu werden, war bestimmt worden in erster Linie von der politischen Überzeugung, daß unser Staat im Rahmen des Bündnisses einen Beitrag für seine Verteidigung zu leisten habe. Das Erlebnis der Berliner Blockade, der Kampf des westlichen Teils der Stadt um seine Freiheit hatten diesen Entschluß reifen lassen. Es bestand kein Zweifel daran, daß es in erster Linie für jeden von uns auch eine politische Entscheidung war, am 2. Januar 1956 – gut zehn Jahre nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches – Soldat zu werden. Es waren aber auch familiäre Bindungen an diesen Beruf und das Wissen, daß man als zukünftiger Offizier seine pädagogischen Fähigkeiten und Erfahrungen aus der Jugendarbeit einbringen könne, und daß dieser Beruf eine Existenzgrundlage bot.

So flog man als Berliner am 1. Januar mit der Abendmaschine nach Hannover, um dann mit dem Zug über Köln Andernach zu erreichen. Schon auf der letzten Strecke der Bahnfahrt hatte man sich mit zukünftigen Kameraden bekannt gemacht. Und als 23jähriger war man gespannt, was in Andernach auf uns wartete.

Auf dem Bahnsteig dort standen mehr Journalisten als Ausbilder. Letztere trugen schon die neuen Uniformen der Streitkräfte. Die Frage lautete immer wieder: „Warum werden Sie Soldat?" Diese Frage sollte uns in den ersten Wochen und Monaten immer wieder verfolgen. In der 4. Kompanie des Lehrbataillons der Bundeswehr, in der die Unteroffiziere und Offiziersanwärter der neuen Panzertruppe ihre Basis hatten, wurde man schnell heimisch. Die Kameradschaft war von Anfang an hervorragend. Das gemeinsame Ziel, eine Wehrpflichtarmee in der Demokratie und im Bündnis mit aufbauen zu helfen, ließ uns von Anbeginn an viele Schwierigkeiten mit einem fröhlichen Hauruck überstehen. Die Uniformen hätten aus unserer Sicht etwas schicker sein können: aber schon damals waren wir sehr stolz auf die Kragenabzeichen, die die Zugehörigkeit zu unserer Truppengattung sichtbar machten. Unsere Ausbilder waren erfahrene Soldaten, die sich nach Krieg, Gefangenschaft und Bewährung in zivilen Berufen wieder in den Dienst des Staates gestellt hatten. Der Ton war militärisch knapp. Doch man spürte Wissen und Können und immer wieder das Herz des erfahrenen Vorgesetzten und Ausbilders.

Die Grundausbildung wurde nach bewährtem Muster, das heißt nach dem „Reibert", einem Handbuch für *die Gefechtsausbildung, durchgeführt.* Denn Vorschriften gab es noch nicht. Die Weisungen aus Bonn ließen Spielraum auf der Grundlage der militärischen Erfahrung. Auf dem Hummerich, einem Berg aus Bims und Basaltgestein südwestlich Andernachs (heute Parkplatz an der Autobahn zwischen Koblenz und Bonn), machten wir unseren ersten Gefechtsdienst. Immerwährendes Übel dabei war, daß wegen noch fehlender ausreichender Winterbekleidung bei strenger Kälte der Tuchmantel getragen werden mußte. Dieser behinderte arg das schnelle Vorgehen, und beim „Auf, marsch, marsch" kippte einem immer wieder der Doppelhelm (eine Kunststoff- und eine Stahlausführung) auf die Nase und versperrte die Sicht. Aber das waren alles Dinge, über die wir nur lachten, und unsere Ausbilder lachten mit.

In der Stadt wußten wir sehr schnell, wo etwas los war. Und das erste Soldatenheim unter kirchlicher Regie bot sich als Treffpunkt auch mit den hübschen Rheinländerinnen an. Die Ausbilderteams der amerikanischen Streitkräfte, die Hilfestellung für die Ausbildung an der rein amerikanischen Ausrüstung boten, hatten engen Kontakt zu uns jungen deutschen Soldaten. Nie werde ich den Mastersergeant Saunders vergessen, ein Panzermann und Mastergunner, der nach Eintreffen der ersten fünf amerikanischen Panzer des Typs M 47 die Panzerausbildung leitete.

Am 20. Januar standen wir kompanieweise im großen Karree und erwarteten Bundeskanzler Adenauer und Theodor Blank, den ersten Verteidigungsminister unserer Republik, sowie die Generalität aus Bonn. Es war bitterkalt. Und besonders die Abordnung der Marine, die aus Wilhelmshaven herangeführt worden war, fror mit ihrer Wäsche nach achtern und blanker Brust erbärmlich. Wir alle spürten, daß dies eine historische Stunde war. Ernst und mit einfachen Worten sprach der Bundeskanzler uns an. Und wir wußten, daß vor uns als zukünftigen Unteroffizieren und Offizieren der Bundeswehr die Aufgabe lag, eine Armee mitzuschaffen, die anders als alle deutschen Streitkräfte vor ihr, eine Armee in der Demokratie zu sein hatte.

Am Abend dieses Tages waren wir Heeresleute in Andernach abgemeldet. Die blauen Jungs aus Wilhelmshaven und die Luftwaffensoldaten aus Nörvenich hatten die erste Garnison der Bundeswehr und vor allem die Töchter der Andernacher Bürger fest im Griff. Mit der Bevölkerung gab es keine Schwierigkeiten. Ich erinnere mich, wie ich während des Karnevals, den ich als Berliner in Andernach zum erstenmal erlebte (ein Flug nach Hause wäre zu teuer gewesen), spontan von einer Bürgerfamilie angesprochen und eingeladen wurde. Ein Tanzmariechen spielte dabei das Verbindungskommando.

So gingen die ersten Wochen schnell dahin. Die erste Fahrt in Uniform in den Ruhrpott, wo ich vor meinem Eintritt in die Bundeswehr Bergmann geworden war und in der Ausbildung zum Steiger gestanden hatte, wurde ein Erlebnis besonderer Art. Schon im Zug wurden nicht nur interessierte Fragen gestellt: Was man denn und wie es denn sei? Es gab auch kritische Kommentare. Doch ich erinnere mich, daß die Mehrzahl der Reisenden den jungen Soldaten in Uniform wohlwollend betrachtete. Auch auf der Schachtanlage, *auf der man fünf* Jahre unter Tage gearbeitet hatte, gab es großes Hallo. Und bis spät in die Nacht saßen wir Kumpels zusammen. Ich berichtete nicht nur über die ersten Wochen als junger Soldat, sondern erklärte auch meine Entscheidung, warum ich Soldat geworden bin. Sie wurde akzeptiert – auch von den Älteren, von denen man wußte, daß sie selbst Soldat gewesen waren und die in der vorausgegangenen Debatte die Wiederaufstellung deutscher Streitkräfte abgelehnt hatten.

Genauso war es beim ersten Heimaturlaub in Berlin. Verwandte und Freunde waren gespannt und wohl auch ein wenig stolz, als der junge Gefreite-Offiziersanwärter berichtete. Und er erntete auch manches Lächeln und manche Skepsis von alten Soldaten, als die Sprache darauf kam, daß die militärischen Werte dieser Armee in Übereinstimmung mit denen des demokratischen Staates entwikkelt werden sollten und mußten.

Anfang Mai wurden die Züge und Kompanien der jeweiligen Truppen*gattungen dann in die Standorte der* Truppenschulen verlegt. Über die Panzertruppenschule in Munster, die Heeresoffiziersschule in Hannover führte der Weg in das Panzerbataillon 13 in Flensburg, wo ich am 1. 7. 1957 als Leutnant meinen ersten Zug übernahm. Überzeugt von der politischen Forderung, ausgebildet durch vorbildliche deutsche und amerikanische Offiziere und Unteroffiziere, stellte ich mich der neuen Aufgabe. 56 Rekruten warteten auf ihren Zugführer, der vom Offizierskorps als „Selbstgestrickter" – das heißt als Offizier, der in der Bundeswehr ausgebildet worden war – begrüßt wurde.

Wenn ich heute zurückblicke, dann meine ich, daß es der Bundeswehr gelungen ist, Streitkräfte als Wehrpflichtarmee in einer Demokratie und im Bündnis aufzubauen, die ihren Auftrag erfüllen können und die in die demokratische Gesellschaft integriert sind.

Ärztekammer verurteilt Erzeugung von Angst

Scharfe Kritik am Komitee „Ärzte gegen den Atomtod"

PETER JENTSCH, Bonn

Die Bundesärztekammer (BÄK) hat der mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten Organisation „Internationale Ärzte für die Verhinderung des Atomkrieges" (IPPNW) vorgeworfen, auf der Grundlage des Schreckensbildes eines flächendeckenden Nuklearkrieges als Mittel politischer Pression mystische und diffuse Ängste auszulösen. Gleichzeitig wendet sich die Kammer in einer Erklärung gegen die „Verweigerung von ärztlichen Fortbildungs- und Vorbereitungsmaßnahmen auf Katastrophen, Unglücksfälle, letztlich auch auf einen Verteidigungsfall". Diese Verweigerung würde „den Tod vieler Menschen zur Folge haben, die sonst auch bei eingeschränkten Möglichkeiten ärztlicher Hilfe hätten gerettet werden können."

„Der Weltfrieden", so betont die Kammer, werde „nicht nur durch moderne Massenvernichtungsmittel (nukleare, biologische und chemische Kampfmittel), sondern auch und nicht weniger stark durch konventionelle Waffen bedroht". Abrüstungsmaßnahmen und Abbau von Gewalt hält die Bundesärztekammer für ebenso notwendig wie Schutzmaßnahmen für Leben und Gesundheit. „Die Ärzteschaft", so heißt es weiter, „tritt deshalb für eine umfassende Nothilfe, für organisatorische Vorbereitungsmaßnahmen und Fortbildung in Notfall- und Katastrophenmedizin ein. Dies entspricht dem Imperativ ärztlicher Berufsauffassung und menschlicher Nächstenliebe."

Die von der IPPNW geforderte Verweigerung von ärztlicher Fortbildungs- und Vorbereitungsmaßnahmen auf Katastrophen, Unglücksfälle, letztlich auch auf einen Verteidigungsfall führte nach Auffassung der Bundesärztekammer „zu eindeutiger Verschlechterung der ärztlichen Versorgung der notleidenden Bevölkerung". BÄK-Präsident Karsten Vilmar zur WELT: „Wenn ein drohendes Unheil wirklich eintreten sollte, wird diese Verweigerung rechtzeitiger Vorbereitung allein den Tod vieler Menschen zur Folge haben, die sonst auch bei eingeschränkten Möglichkeiten ärztlicher Hilfe hätten gerettet werden können."

In diesem Sinne müßten also Vorkehrungen getroffen werden, um unter Katastrophenbedingungen möglichst vielen Verletzten auch mit vielleicht unzulänglichen Mitteln ein Überleben zu ermöglichen und gesundheitliche Schäden abzuwehren oder zu mindern. Vilmar: „Wenn dazu in der Öffentlichkeit der Vorwurf erhoben wird, dies diene der Vorbereitung von kriegerischen Auseinandersetzungen bis hin zum Atomkrieg, ist das als absurd zu bezeichnen. Dieser Vorwurf pervertiert die Realitäten. Er läßt jede Kenntnis der Zusammenhänge vermissen und ist genauso unsinnig, als würde man behaupten, daß Löschübungen der Feuerwehr der Vorbereitung von Großbränden dienen."

Der Hauptgeschäftsführer der Kammer, Heinz Peter Brauer, verurteilt die Gleichsetzung der Unfall-, Notfall- und Katastrophenmedizin mit der Bezeichnung „Kriegsmedizin" durch die „Ärzte gegen den Atomkrieg". Brauer: „Es ist unverantwortlich, durch Induktion von Angstgefühlen bei der Bevölkerung und unter Ärzten einer organisierten Politisierung durch Falsch- und Fehlinformationen Vorschub zu leisten, deren Absicht auf der Hand liegt."

Unter diesen Prämissen wird die Bundesärztekammer jetzt eine von ihrem wissenschaftlichen Beirat unter Vorsitz von Professor Hans Peter Wolff erarbeitete „Denkschrift Katastrophenmedizin" vorlegen. Darin gibt die Kammer Anregungen zur Verbesserung und Harmonisierung der zur Zeit bestehenden gesetzlichen und organisatorischen Grundlagen des medizinischen Katastrophenschutzes, insbesondere auch mit Blick auf das Zusammenwirken mit Hilfsorganisationen (Rettungsdienst etc.) bei Großunfällen und Katastrophen im zivilen Bereich.

Geißler: Pervertierung der Wertordnung

DW. Bonn

Im „heute-journal" vom 11. November lieferten sich der CDU-Generalsekretär Heiner Geißler und Professor Ulrich Gottstein vom Komitee „Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges" ein Streitgespräch über die Verleihung des Friedensnobelpreises. Die WELT veröffentlicht Auszüge:

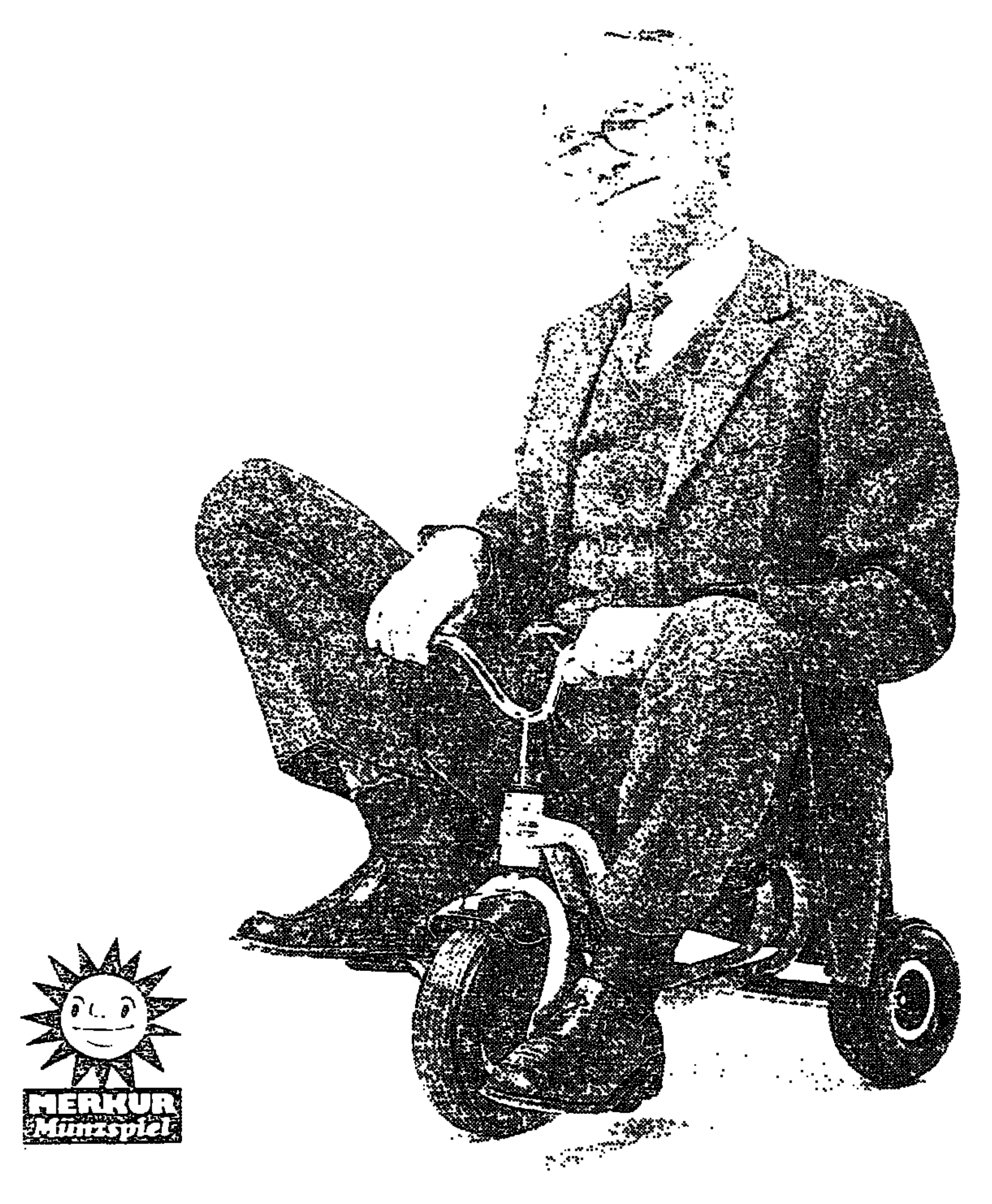
Geißler: Ich wende mich dagegen, daß der Friedensnobelpreis einem Menschen ausgehändigt wird, der weltweit den Frieden propagiert, aber in seinem eigenen Land die Unterdrückung der Menschenwürde und der Menschenrechte unterstützt. Dieser Vorwurf richtet sich gegen den Kopräsidenten der Vereinigung (Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs – IPPNW), nämlich gegen den sowjetischen Arzt Tschasow. Tschasow ist nicht nur stellvertretender Gesundheitsminister der Sowjetunion ..., sondern er gehört auch zu den Wissenschaftlern, die die Kampagne gegen den Bürgerrechtler und Nobelpreisträger Sacharow maßgeblich mitgetragen haben. Und ich stelle mir die Frage, ob es richtig sein kann, den Friedensnobelpreis am 10. Dezember, also am Tage der Menschenrechte, einem Manne auszuhändigen, der Sacharow, jetzt darf ich aus dem öffentlichen Brief zitieren, den Tschasow geschrieben hat, beleidigt und verleumdet, ihn als verantwortungslos bezeichnet, dem er vorwirft, daß Sacharow sich die Rolle eines Humanisten und Verteidigers der Bürgerrechte anmaße, der Sacharow bezeichnet als ein Werkzeug feindlicher Propaganda gegen die Sowjetunion, der behauptet, Sacharow gehe am Zügel der aggressivsten imperialistischen Kräfte. Ich bin der Meinung, daß jemand, der die Unterdrückung der Menschenrechte in seinem eigenen Land in dieser Weise propagiert gegen einen Mann wie Sacharow, nicht würdig ist, den Friedenspreis in Empfang zu nehmen.

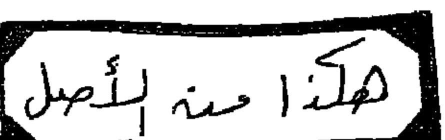
Gottstein: Haben sie zitiert ... aus einem Brief, den Prof. Tschasow allein geschrieben hat, oder haben Sie zitiert ... aus einem Schreiben, das sämtliche Mitglieder der Akademie der Wissenschaften 1973 verfaßt haben?

Geißler: ... dieser Brief ist die psychologische, die gesellschaftpolitische, die propagandistische Grundlage gewesen für die Kampagne gegen Sacharow, und zwar für eine Kampagne der Einschüchterung und der Freiheitsberaubung und der Unterdrückung von Sacharow und seiner ganzen Familie ...

Gottstein: Soweit ich weiß, ist das ein Schreiben von 1973 ... und hat nichts direkt damit zu tun, mit der Verbannung von Sacharow jetzt ... Der Friedensnobelpreis ist nicht an Professor Tschasow verliehen worden, sondern an 150 000 Ärzte in 52 Nationen. Und Sie als christlicher Politiker, Sie sollten mit den Millionen von Deutschen und Millionen in der Welt dankbar sein mit uns über die Verleihung des Friedensnobelpreises. 50 Prozent dieser Millionen Deutschen in unserem Land sind CDU-Wähler, und diese sind alle mit uns dankbar über die Verleihung des Friedensnobelpreises an die IPPNW, weil diese aufklärt über die Gefahren dieses wahnsinnigen nuklearen Wettrüstens ... Sie tun so, als ob der Friedensnobelpreis an Herrn Tschasow verliehen worden ist .. Sie verunglimpfen die 150 000 Ärzte ...

Geißler: Nein, dies ist nicht wahr; sondern ich wende mich dagegen, daß dieser Preis einem der führenden Repräsentanten der Sowjetunion ausgehändigt wird, der ja gleichzeitig – ich halte es für eine Irreführung der Öffentlichkeit und auch eine Pervertierung der Wertordnung – Mitglied des obersten Führungsgremiums der Sowjetunion ist. Glauben Sie, daß es richtig ist, daß der Friedensnobelpreis einem führenden Repräsentanten einer politischen Führung eines Landes ausgehändigt wird, das gleichzeitig sich in einem mörderischen, blutigen Krieg gegenüber dem afghanischen Volk befindet ...





Thälmann-Prozeß nutzt die DKP als Lehrstück

Der Widerstand gegen Hitler soll herausgestellt werden

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Nach dem Masssenansturm zum ersten Tag des sogenannten „Thälmann-Prozesses" gegen den jetzt 74jährigen ehemaligen SS-Oberscharführer Wolfgang Otto vor dem Krefelder Landgericht am 5. November *bleibt der Zulauf in den Zuschauerraum eher gebremst.* Was kann in dem Verfahren, dessen Dauer nicht abzusehen ist, noch Neues ans Tageslicht kommen?

„Ich habe nur Dienstleistungen im KZ erfüllt" war die Formel, auf die der Angeklagte sich in dem vermutlich letzten großen NS-Prozeß vor einem deutschen Gericht zurückzog, als er am zweiten Verhandlungstag erstmals persönlich befragt wurde.

Über das Geschehen in der Nacht vom 17. zum 18. August 1944, als der deutsche Kommunistenführer Ernst *(„Teddy") Thälmann der Anklage zu*folge im Konzentrationslager Buchenwald erschossen und sofort danach verbrannt wurde, ist er in den letzten Jahrzehnten schon so oft vom Vernehmungspersonal befragt worden, daß Spontanreaktionen oder Auskünfte fast ausgeschlossen erscheinen. Mit der Exekution „hatte er nichts zu tun", und dabei bleibt er.

Für die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) ist das Krefelder Verfahren eine Plattform, den kommunistischen Widerstand gegen Hitler in den Jahren 1933–45 ins Licht zu rükken. Fazit der Rede, die der DKP-Vorsitzende Herbert Mies anläßlich einer Demonstrationsveranstaltung vor dem Krefelder Gericht hielt: „Thälmann hat 1932 gesagt, daß Hitler Krieg bedeutet. Hätte man damals auf Ernst Thälmann gehört, dann brauchte die Menschheit jetzt nicht die 50 Millionen Toten des Zweiten Weltkrieges zu beklagen."

Eine „Staatsaffäre"

Als Mies sich in den Zuhörerraum des Verhandlungssaales im Prozeß gegen Otto begeben wollte und dafür nicht den vorgesehenen Weg über die rückwärtige Treppe, sondern quer durch den Saal nahm, wurde er zunächst vom Gerichtspersonal angehalten, woraufhin seine reichlich in den Sitzreihen vorhandene Gefolg*schaft den Ruf: „Platz für den Nach*folger Ernst Thälmanns" anstimmte.

Das Ost-Berliner „Neue Deutschland" brachte zum Krefelder Prozeß einen außergewöhnlich sachlichen Bericht von der Eröffnung und daneben eine „Dokumentation" unter dem Titel „Wie der Prozeß jahrzehntelang verschleppt wurde". Die Anwesenheit von Thälmanns in der „DDR" lebenden Tochter Irma, die nach dem Tode ihrer Mutter Rosa Thälmann in Krefeld die Nebenklage vertritt, macht das Verfahren gegen Otto für die „DDR" zur wirklichen Staatsaffäre, denn betroffen von dem Mord vor 41 Jahren war, so das „Neue Deutschland", der „unsterbliche Sohn des deutschen Volkes und Held der Arbeiterklasse", nach dem ein großes Wohngebiet im Ostberliner Bezirk Prenzlauer Berg benannt ist und für den zum bevorstehenden 100. Geburtstag ein von dem sowjetischen Bildhauer Lew Kerberl geschaffenes monumentales Denkmal am Eingang zum „Ernst-Thälmann-Park" aufgestellt werden soll.

Opfer von „Säuberungen"

Thälmann, 1886 in Hamburg geboren und später dort als Transportarbeiter beschäftigt, trat 1903 in die SPD und anschließend in die KPD ein, für die er seit 1919 der Bürgerschaft, dem Hamburger Stadtparlament, angehörte. Seit 1924 war er kommunistischer Reichstagsabgeordneter. Für Stalin war er so wichtig, daß sich der sowjetische Diktator erfolgreich für seine sofortige Rückholung ins Amt einsetzte, als Thälmann im Zusammenhang mit einem Unterschlagungsprozeß als KPD-Chef abgesetzt worden war. Hermann Remmele und Heinz Neumann, die von diesem Zeitpunkt an zusammen mit Thälmann die KPD führten, sind später als Emigranten in der Sowjetunion bei „Säuberungen" verschollen. Thälmann wurde sofort bei der Machtübernahme durch Hitler festgenommen, durch verschiedene Zuchthäuser und Konzentrationslager geschleift, und wurde nach NS-Darstellung bei einem alliierten Bombenangriff auf das KZ-Buchenwald getötet.

Daß es sich anders verhielt, bekundete in den ersten Nachkriegsprozessen gegen das SS-Personal dieses Lagers der inzwischen verstorbene nach eigenem Bekunden einzige Tatzeuge Marian Zgoda. Er will, so auch eine im Krefelder Prozeß verlesenen früheren Aussagen, der Erschießung Thälmanns in Buchenwald versteckt hinter einem Schlackenhaufen (ein anderes Mal sagte er: aus einem Luftschacht des Krematoriums heraus) heimlich beigewohnt haben. Wolfgang Otto sei dabei als Mitwirkender deutlich in Erscheinung getreten.

Burt spricht von neuer Partnerschaft mit Bonn

US-Botschafter sieht eine „Kooperation unter Gleichen"

BERNT CONRAD, Bonn

Für eine weltweite Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland in allen politischen, sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und technologischen Fragen hat sich der amerikanische Botschafter in Bonn, Richard Burt, ausgesprochen. Dazu gehört nach seinen Worten auch eine gemeinsame Strategie zur Verbesserung der Ost-West-Beziehungen, basierend auf „Realismus, Stärke und Dialog".

In einem Vortrag vor der Konrad-Adenauer-Stiftung umriß Burt die von ihm bejahte Zusammenarbeit als eine „reife Partnerschaft", eine „Kooperation unter Gleichen", die sich von der Partnerschaft früherer Jahrzehnte unterscheide. „Es ist eine aus*gewogenere Partnerschaft mit ausge*glicheneren Rechten und Verantwortlichkeiten auf beiden Seiten", sagte der Botschafter.

Amerika hat nach der Darstellung Burts seine wachsende Bereitschaft demonstriert, Macht und Verantwortung zu teilen. Er betonte: „Wir nehmen Deutschland und seine Interessen ernst. Die Amerikaner bemühen sich sehr darum, Entwicklungen innerhalb Deutschlands zu verstehen. Wir akzeptieren auch die zunehmende Besinnung auf eine deutsche nationale Identität, auf nationale deutschen Interessen, die mit jenen der Vereinigten Staaten vereinbar, aber keineswegs identisch sind."

Die Bürger der Bundesrepublik würden sich allmählich darüber klar, „daß ihr Staat nicht länger klein und schwach ist, sondern wieder zu einem führenden Mitglied der internationalen Gemeinschaft geworden ist. Deutschland ist natürlich eine europäische Macht. Aber regionale Verantwortlichkeiten haben nichts mit Kirchtumspolitik zu tun. Deutschlands weltweite Rolle beeinträchtigt nicht seine europäischen Ziele."

Aus dieser Diagnose zog der Botschafter konkrete Schlußfolgerungen für eine größere Rolle Bonns außerhalb des eigenen Kontinents, vor allem in den Entwicklungsstaaten. Die Bundesrepublik habe bisher schon viel getan, aber sie sollte mit den USA noch stärker zusammenarbeiten, um in den Entwicklungsländern Enttäuschung über die Sowjetunion auszunutzen und den Trend in Richtung auf mehr Demokratie und mehr Humanität zu unterstützen.

„Wir müssen aggressiv sein – nicht im militärischen, sondern im menschlichen Sinn, dürfen uns nicht vor der Erkenntnis fürchten, daß unsere Gesellschaften wirklich dynamischer, vitaler und reaktionsfähiger *gegenüber neuen Herausforderungen* sind, als die nach dem sowjetischen Modell konstruierten", erklärte Burt.

Mit Nachdruck stellte der Botschafter fest: „Wir müssen darauf vorbereitet sein, die territoriale Integrität von Staaten zu verteidigen, deren Unabhängigkeit von vitaler Bedeutung für den Westen ist." Es sei auch wichtig, nicht zu vergessen, daß diejenigen, die gegen die heute gegen die Sowjetmacht in Afghanistan, Kambodscha, Angola, Nicaragua und anderswo kämpften, die Freiheit wollten.

Seltsamerweise interessiere ein Land wie El Salvador, das den Kräften der Gewalt eine Abfuhr erteilt habe, die Medien und die Öffentlichkeit in vielen westlichen Ländern nicht mehr, fuhr Burt fort. „Dies spiegelt vielleicht eine natürliche Abneigung wider, in die kostspielige und gefährliche Aufgabe der Sicherung freiheitswilliger Länder irgendwo in der Welt verwickelt zu werden. Es gibt hier eine Tendenz, diese Aufgabe den Vereinigten Staaten zu überlassen und selber die traditionellen Verbindungen zu den Entwicklungsländern zu pflegen." Aber die Frage, wie *die starke und prosperierende Bun*desrepublik besser zu globalem Frieden und globaler Stabilität beitragen könne, bedürfe ständiger Überprüfung.

Enge Kooperation zwischen Deutschen und Amerikanern bejahte Burt auch wirtschaftlichem Gebiet, vor allem bei der Ausnutzung der großen Chancen der Hochtechnologie. Dabei sei es entscheidend, dem Protektionismus zu widerstehen und bestehende Schranken einzureißen.

In Bezug auf die Ost-West-Beziehungen bezeichnete der Botschafter Realismus als ebenso wichtig wie Stärke und Dialogbereitschaft. Wenn diese drei Elemente kombiniert würden, bestehe eine gute Chance, das Verhältnis zur Sowjetunion zu verbessern. Allerdings müßten die Europäern dabei über ihre engen regionalen Grenzen hinwegschauen und auch die realen Gefahren des sowjetischen Expansionismus in Zentralamerika und anderen Teilen der Welt in Betracht ziehen.

Lilo Berger wird heute 65 Jahre alt
FOTO: DPA

Lilo Berger – eine Mutter Courage in Bonn

E. N., Bonn

Ihr selbstgemachter Spruch „Hast *Du mit Behörden Ärger – wende Dich* an Lilo Berger" machte Furore. Ihr „Kummerkasten der Nation", der von ihr seit zwölf Jahren als Vorsitzende betreute Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages, konnte sich über Arbeitsmangel nicht beklagen. Seit 14 Jahren ist Lilo Berger aus Berlin als CDU-Abgeordnete Mitglied des Deutschen Bundestages, heute wird sie 65 Jahre alt.

Ob es um verfaulte Blumenzwiebeln geht, für deren jämmerlichen Zustand eine neugebaute NATO-Straße verantwortlich gemacht wurde, *um Familienzusammenführung* oder fast unergründliche Zivilprozesse – der Petitionsausschuß ist dran und schafft überall Remedur, wo es nur angeht. Rund 15 Prozent der eingereichten Petitionen werden „positiv erledigt", was wirklich etwas heißen will, denn rund hundert Briefe täglich gehen im Jahresdurchschnitt bei Lilo Berger und ihrem Ausschuß ein.

Man braucht Energie, um diesem Ansturm bedrängter Bürger gewachsen zu sein, die laut Artikel 17 des Grundgesetzes die Möglichkeit haben, „einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten und Beschwerden" an die Volksvertretung herankommen zu können. Auch die durch Bonner Tätigkeit vom Wahlkreis etwas abgehobenen Bundestagsabgeordneten erfahren *so, was an der Basis wirklich los ist.*

Energie bringt Lilo Berger, gelernte Redakteurin und 1948 Mitgründerin der „Freien Universität Berlin", in gehörigem Maße mit ins politische Geschäft. Nach dem Studium der Soziologie, Philosophie und Publizistik schrieb Lilo Berger, heute eine Art „Mutter Courage" nicht nur in ihrer Fraktion, für Zeitungen und arbeitete im Gesamtdeutschen Rat des damaligen Verbandes Deutscher Studentenschaften mit. Die Berliner Union erkannte ein politisches Talent und eine Stimme, auf die gehört wurde. Lilo Berger ging in die Politik und blieb da zu Hause. Seit 1973 ist sie stellvertretende Landesvorsitzende der CDU in Berlin, einer Stadt, deren kesse Sprache sie in unnachahmlicher Weise bei der täglichen Arbeit einsetzt.

Kieler Vorstoß beim TV-Sat

geo. Kiel

Die drei norddeutschen Länder Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein müssen nach Ansicht von Ministerpräsident Uwe Barschel ihren Anteil am Rundfunksatelliten TV-SAT sichern. In einer Regierungserklärung zur medienpolitischen Situation in der Bundesrepublik Deutschland formulierte Barschel dies als Ziel des Mediengesprächs, zu *dem er seine Kollegen Ernst Albrecht* und Klaus von Dohnany für den 21. November eingeladen hat. Den Vorstoß begründete er mit dem Scheitern der Verhandlungen über einen Staatsvertrag in Saarbrücken. Barschel sagte, es bestehe kein Zweifel, daß die Länder nach Saarbrücken rechtlich frei seien, um ihre Nutzungsanteile an den vier Fernsehkanälen des TV-SAT auch ohne eine staatsvertragliche Regelung beim Bundespostminister zu beantragen.

Der Christdemokrat rechnete vor, daß die drei Länder nach dem Schlüssel des Staatsvertragsentwurfes einen Anspruch auf 94 Prozent eines Fernsehkanals hätten. Damit stehe den drei Ländern ein ganzer Fernsehkanal zu.

Eine ähnliche Rechnung machte Barschel für die Verteilung der 16 Stereokanäle für den digitalen Hörfunk auf. Auf der Basis des Vertragsentwurfes könne hier jedes Land über einen Kanal verfügen, während den vier größten Bundesländern zwei Kanäle zugestanden werden sollte.

Um die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des Nordens zu sichern, müsse der NDR gestärkt und Norddeutschland seinen Teil an den neuen Techniken, gerade an der Satellitentechnik, sichern.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632

Hoher Besuch aus der Türkei in Moskau

E. ANTONAROS, Ankara

Mit erstaunlicher Zurückhaltung berichtet die türkische Presse über den mehrfach verschobenen viertägigen Besuch des türkischen Generalstabschefs Necdet Urug in die Sowjetunion, der jetzt mit militärischen Ehren in Moskau empfangen wurde. In Ankara wird Wert auf die Feststellung gelegt, daß es sich dabei um einen protokollarischen Gegenbesuch ohne politische Bedeutung handele. Der heutige Staatspräsident Kenan Evren hatte Moskau bereits 1976 als stellvertretender Generalstabschef besucht.

Westliche Beobachter in Ankara verfolgen allerdings Urugs Gespräche mit großem Interesse, weil die Türkei die längste gemeinsame Grenze aller NATO-Staaten mit der Sowjetunion hat. Hinzu kommt, daß Urugs Moskau-Reise unmittelbar nach Beginn der türkisch-amerikanischen Verhandlungen über die Verlängerung eines fünfjährigen Stützpunktabkommens stattfindet. Ankaras Regierungschef Oezal hat bereits mehrfach betont, daß er eine höhere US-Militärhilfe als Gegenleistung für die Nutzungsrechte amerikanischer Basen in der Türkei erwarte.

Auf Urugs Programm stehen auch Gespräche mit dem sowjetischen Generalstabschef Marschall Sergej Achromejew. Über die Thematik dieser Beratungen wird in Ankara strengstes Stillschweigen gewahrt. Diese Haltung ist typisch für die Einstellung der Türken gegenüber der Sowjetunion. Ihnen geht es darum, möglichst alles zu unterlassen, was die Kreml-Herren verärgern könnte. Diese Rücksichtnahme geht so weit, daß sie das Grenzgebiet entlang der 610 Kilometer langen gemeinsamen Grenze zum Sperrgebiet erklärt und seit 1982 die Flüge von ausländischen Flugzeugen in eine Entfernung von 120 Meilen von der Grenze verboten haben.

Darüber hinaus sprechen die türkischen Politiker nur in verklausulierter Form über die federführende Rolle der Sowjetunion beim Aufbegehren der kurdischen Separatisten in Südost-Anatolien. Zwar ist der türkische Geheimdienst mittlerweile fest davon überzeugt, daß Moskau und Damaskus die Destabilisierung der Osttürkei gemeinsam betreiben. Doch während Ankara die syrische Haltung immer wieder anprangert, wird über Moskaus Rolle öffentlich kaum gesprochen.

Dieses Wohlverhalten der Türken wird von den Sowjets großzügig belohnt: Nach türkischen Statistiken hat die Türkei in den Jahren 1954–1979 mit 3,33 Milliarden Dollar mehr sowjetische Hilfe als jedes andere Land außerhalb des Comecon erhalten. Investiert wurden diese Mammutbeträge vor allem in sogenannten Prestigeobjekten (Aluminium- und Stahlhütten in der Osttürkei).

Ebenfalls unterzeichnete der damalige sowjetische Ministerpräsident Tichonow während seiner Türkei-Reise im September 1984 mehrere langfristige Wirtschaftsabkommen, die ein Handelsvolumen von sechs Milliarden Dollar bis 1990 so wie die Lieferung von sowjetischem Erdgas an die Türkei regeln. Über eine Erdgas-Pipeline, die 1987 fertiggestellt werden soll, werden der Türkei jährlich sechs Milliarden Kubikmeter Erdgas zufließen.

Kontakte Jerusalems zu Amman werden enger

Bemühungen mit dem Ziel umfassender Friedensregelung

E. LAHAV, Jerusalem

Israel und Jordanien führen seit Monaten direkte Kontakte über eine umfassende Friedensregelung. Dies berichtet der israelische Rundfunk. Das israelische Außenministerium weigerte sich jedoch, dazu Stellung zu nehmen. Und im Amt des Ministerpräsidenten wären plötzlich alle Beamten abwesend, die sich dazu hätten äußern können. Dies scheint ein Anzeichen dafür zu sein, daß die diplomatischen Aktivitäten im Nahen Osten auf Hochtouren laufen.

Als ebenso bedeutsam wird empfunden, daß Israels Ministerpräsident Peres Glückwünsche an König Hussein zu dessen 50. Geburtstag geschickt hat. Auf die Frage, wie er sie übermittelt habe, ließ Peres mitteilen, er habe „dieselben Kommunikationsmittel benützt, die zur gegenseitigen Verständigung über die Friedensinitiative dienen".

In Israel ist weiter aufgefallen, daß König Hussein zunehmend Kritik an Arafats Politik übt. Man glaubt, daß der jordanische König eine Trennung von Arafat ansteuert, während er gleichzeitig eine Annäherung an das Arafat-feindliche Syrien in die Wege leitet. Nach zehn Jahren der Feindschaft zwischen beiden Ländern hat der jordanische Ministerpräsident Said Rifai Vorbereitungen zu einem Flug nach Damaskus getroffen, um ein Treffen zwischen Hussein und Assad zu initiieren.

Hussein hat Peres klargemacht, daß er gegebenenfalls bereit wäre, einen Frieden mit Israel auch ohne Beteiligung der PLO zu schließen. Das heiße aber nicht Frieden ohne die Palästinenser. Hussein könnte sich nur auf eine Gesamtregelung einlassen, die auch Syrien mit einbezieht.

Dazu ist Peres durchaus gewillt, und darauf zielen jetzt seine diplomatischen Bemühungen ab.

In demselben Licht ist seine Einwilligung zu sehen, im nächsten Monat die Verhandlungen mit Ägypten über die umstrittende Enklave von Taba wieder aufzunehmen. Gleichzeitig jedoch hat Peres in einer Verbalnote an Präsident Mubarak seine Enttäuschung darüber ausgesprochen, daß Mubarak an der Unterstützung für Arafat so sehr festhält.

Um Friedensverhandlungen in Gang zu bringen, ist Peres nun auch bereit, eine internationale Konferenz zu dulden. Um die Israelis nicht vor den Kopf zu stoßen, gebrauchen er und seine Mitarbeiter jedoch lediglich die Umschreibung einer Konferenz mit „internationaler Begleitung". Doch die Minister des Likud-Blocks wissen genau, was sich hinter dieser Bezeichnung verbirgt: sie attackieren Peres bereits auf das Heftigste. Die massivsten Angriffe kamen von Handelsminister Ariel Sharon, der eine „Katastrophe wegen der schwachen und schlappen Außenpolitik von Shimon Peres" prophezeite.

Peres selbst weigerte sich, auf diese Attacke unmittelbar zu reagieren. Er läßt sich Zeit. Sharon kämpft gegen eine Verständigung mit Hussein. Er möchte stattdessen Jordanien zum Staat der Palästinenser machen, „nachdem dessen Bevölkerung ohnehin eine palästinensische Mehrheit" habe.

In der kommenden Woche wird der stellvertretende amerikanische Außenminster Richard Murphy wieder in den Nahen Osten reisen, um sich erneut in die Verhandlungen einzuschalten. (SAD)

Das Regime in Nicaragua rutscht immer tiefer in die regionale Isolation

Mittelamerika: Hoffnungsvolle Zeichen der Demokratisierung / Revolution nur in Managua

WERNER THOMAS, San José

Managuas Staatschef Daniel Ortega übermittelte gerade herzliche Grüße nach Moskau. „Der Sieg der bolschewistischen Revolution hat die nationalen Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika inspiriert", schrieb er an KP-Führer Gorbatschow zum 68. Jahrestag.

Nicaragua steht heute fest im sozialistischen Lager. Zum ersten Mal besitzt die Sowjetunion einen Brückenkopf auf dem lateinamerikanischen Festland, in einer strategisch brisanten Zone dazu: im Norden liegen die mexikanischen Ölfelder, im Süden der Panama-Kanal. „Unsere Freundschaft mit der Sowjetunion ist nicht mehr Gegenstand von Verhandlungen", sagte der sandinistische Funktionär Julio Lopez dieser Tage.

Der Außenministerkonferenz in Luxemburg über das Thema Mittelamerika präsentiert sich ein kompliziertes Panorama. Die Situation ist noch schwieriger geworden als vor einem Jahr, als die erste Veranstaltung dieser Art in der costaricanischen Hauptstadt San José stattfand. Auch ein verstärktes politisches und wirtschaftliches Engagement der Europäischen Gemeinschaft kann die Problematik einer Lösung nicht näher bringen.

Die Ost-West-Konfrontation überschattet einen Konflikt, dessen Ursache sozialer Natur waren. Während die demokratischen Kräfte die Lage durch Reformen verbessern wollen, forcieren die Marxisten revolutionäre Veränderungen. Der mexikanische Dichter Octavio Paz hat einmal gegenüber der WELT betont, daß die Zeit rechter Militärdiktaturen in Lateinamerika zu Ende sei. Um das Machtvakuum würden sich Demokraten und Marxisten streiten.

Mittelamerika ist typisch für diese Entwicklung. In Honduras und El Salvador sind Demokratisierungsprozesse in Gang. Guatemala, Schlüsselnation der Region, wird Anfang Januar eine zivile Regierung erhalten. Costa Rica gilt als Ausnahmefall, weil die demokratischen Traditionen bis Ende der vierziger Jahre zurückreichen. In Nicaragua konnten dagegen Marxisten ein rechtes Regime ablösen.

Die sandinistischen Comandantes in Managua brachten mit ihrer Machtübernahme (19. Juli 1979) die Ost-West-Komponente in den Konflikt. Sie betrachten ihre Revolution als Exportprodukt. Sie schüren das revolutionäre Feuer in der Region. In Managua befindet sich die Kommandozentrale der salvadorianischen Rebellenbewegung „Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti" (FMLN). Der kubanische General Arnaldo Ochoa, Castros ehemaliger Angola-Stratege, drillt auf nicaraguanischen Militärstützpunkten Guerrilleros aus allen Teilen Lateinamerikas. Unter ihnen Honduraner und Guatemalteken, angeblich auch Costaricaner. Die Sandinisten fühlen sich als revolutionäre Führungselite Mittelamerikas. Da sie sich auch isoliert sehen, halten sie den Expansionsdrang für notwendig, um selbst zu überleben.

El Salvador, Nahziel auf dem revolutionären Fahrplan der Comandantes, ist deshalb nicht gefallen, weil Washington massive militärische und wirtschaftliche Hilfe gewährte. In Guatemala konnten die Streitkräfte allein den blutigen Krieg gegen die Guerrilla zwischen 1981 und 1983 gewinnen. Honduras und Costa Rica profitierten dagegen wiederum von einer großzügigen Unterstützung der Vereinigten Staaten.

Die einst vom Geheimdienst CIA finanzierten antisandinistischen Rebellen, die heute nur noch eine nichtmilitärische Hilfe erhalten, brachten die Comandantes in Bedrängnis. Sie können sie aber nicht stürzen, wenn sich die Kräfteverhältnisse nicht dramatisch ändern. Die Partisanenarmeen umfassen wohl 12 000 bis 14 000 Kämpfer. Die Sandinisten unterhalten jedoch die weitaus größten Streitkräfte Mittelamerikas, 120 000 Soldaten, mit modernen Ostblockwaffen augerüstet.

Der sandinistische Staat gerät in eine immer tiefere regionale Isolation. Das Verhältnis zu El Salvador hat sich durch die Entführung der Duarte-Tochter Ines noch weiter verschlechtert. Präsident Duarte richtete nach der Freilassung der Tochter scharfe Angriffe gegen die Comandantes, die er als Drahtzieher des Guerrilla-Konfliktes bezeichnete. Honduras, wo Ende des Monats Präsidentschaftswahlen anstehen, wird auch in Zukunft einen antisandinistischen Kurs steuern. Aber nirgendwo anders in Mittelamerika sind die Marxisten in Managua so verhaßt wie in Costa Rica. Ganz gleich ob der sozialdemokratische oder christdemokratische Kandidat die Wahlen im Februar 1986 gewinnt – zwischen Nicaragua und Costa Rica droht eine Eskalation.

Isolation oder nicht, die Comandantes werden ihren politischen Kurs nicht korrigieren. Sie werden weiter den Revolutionsexport versuchen und auf das Scheitern der demokratischen Experimente setzen. Und sie können auch in Zukunft mit der Schützenhilfe westlicher Kreise rechnen. Das Argument, in Mittelamerika sei lediglich ein sozialer Konflikt zu lösen, zieht noch immer. (SAD)

US-Indianer im Krieg gegen die Sandinisten

WERNER THOMAS, San José

Der amerikanische Indianerführer Russell Means unterstützt die Rebellion der Miskitos gegen die Sandinistische Regierung in Managua. Er will „90 bis 100 Krieger" rekrutieren und an die Front schicken. Nach einem Nicaragua-Besuch ist Means davon überzeugt, daß den Indios dort nur noch „das Gewehr als einzige Alternative" bleibe.

Bei einer Pressekonferenz in der costaricanischen Hauptstadt San José sprach der 46jährige Chef der „American Indian Movement" von dem „wichtigsten Kampf eingeborener Menschen in der Welt". Die Hilfe seiner Organisation werde „das Einheitsstreben der roten Völker des amerikanischen Kontinentes" fördern. In einer schriftlichen Erklärung, die von zwei anderen amerikanischen Indianer-Aktivisten unterschrieben war, Glenn Morris und Hank Adams, wurde die „fortgesetzte Unterdrückung" der Miskitos, der Rama- und der Sumu-Indios in Nicaragua verurteilt. Die sandinistischen Comandantes würden das Land und seine Menschen einem „gewissenlosen rassistischen und seelenlosen marxistischen Experiment unterziehen".

Die amerikanischen Indianer arbeiten mit der Misurasata-Bewegung zusammen, die von Brooklyn Rivera, 36, geführt wird. Riveras Rebellen wollen nicht die Sandinisten stürzen, sondern lediglich eine Autonomie erkämpfen. Bisherige Verhandlungen mit den Comandantes brachten jedoch keine Fortschritte. Rivera mißtraut auch dem von Innenminister Tomas Borge für Anfang nächsten Jahres angekündigten Autonomie-Gesetz. Russell Means, der bekannteste amerikanische Indianer-Führer, wehrte sich gegen den Vorwurf, er verfolge heute die Ziele der von ihm oft kritisierten Reagan-Regierung, die ebenfalls antisandinistischen Partisanen hilft. Means: „Ich bin konsequent. Ich unterstütze nirgendwo eine rassistische Politik. Weder in den Vereinigten Staaten, noch in Nicaragua."

Erneut Anschlag in Beirut

Kamikaze-Aktion gegen christliche Politiker / Vier Tote

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Bei einem Sprengstoffanschlag eines Selbstmordkommandos sind gestern in Beirut namhafte christliche Politiker nur knapp dem Tod entgangen. Ein mit angeblich 400 Kilogramm Sprengstoff beladener Landrover hatte einen Kontrollposten der libanesischen Armee vor dem Kloster Saint Georges durchbrochen und war auf das Kloster zugerast, in dem die Führungsspitze der „Libanesischen Front" gerade zusammengekommen war, um über die politische Entwicklung im Zusammenhang mit dem unter syrischer Schirmherrschaft geplanten Friedensabkommen zwischen den verfeindeten Gruppen im Libanon zu beraten. Die zwei Soldaten, die den Fahrer vermutlich erschossen und somit die Beschleunigung des Wagens noch drosseln konnten, wurden bei der Explosion ebenso getötet wie eine Passantin. Nach Informationen der WELT aus Beirut wurden 14 Personen verletzt, unter ihnen der Vorsitzende der sozialdemokratischen Kataeb-Partei, Elie Karame. Das Kloster ist etwa 300 Meter von der amerikanischen Botschaft entfernt.

Die „Libanesische Front" ist die politische Allianz aller christlichen Parteien im Libanon. Aus ihr waren kritische Stimmen zu dem Friedensabkommen lautgeworden. Insbesondere der ehemalige Staatspräsident Camille Schamun und sein Sohn Dani, der seit wenigen Monaten die nationalliberale Partei führt, hatten Bedenken angemeldet. Politische Beobachter vermuten, daß hinter dem Sprengstoffanschlag syrische oder prosyrische Kräfte stehen, die die Kritiker des Abkommens ausschalten oder einschüchtern wollten. Der 85jährige Schamun erklärte nach dem Anschlag, die „Libanesische Front" werde sich auch weiterhin dem Friedensplan widersetzen.

Ein anonymer Anrufer bekannte sich im Namen einer „Freien christlichen Jugendorganisation" zu dem Anschlag. Es ist jedoch sehr unwahrscheinlich, daß eine christliche Gruppierung Anschläge dieser Art durchführt. Bisher haben nur schiitische Gruppen Selbstmordkommandos ausgebildet. Die Vermutung, daß mit diesem Anschlag zum einen Widersacher aus dem Weg geräumt und zum anderen Zwietracht im Lager der Christen gesät werden sollte, möglicherweise im Auftrag von Damaskus, trifft nach Ansicht westlicher Diplomaten wohl eher zu als die Annahme, daß sich jetzt auch bei den Christen fanatische Kommandos formieren.

Sri Lanka kommt nicht zur Ruhe

Täglicher Bruch des Waffenstillstands / Föderation als letztes Angebot an die Rebellen?

PETER DIENEMANN, Neu-Dehli

Trotz eines Waffenruhe-Abkommens zwischen militanten Tamilen und der Regierung Sri Lankas und trotz intensiver indischer Vermittlungsbemühungen um Beilegung des ethnischen Konflikts zwischen singhalesischer Mehrheits- und tamilischer Minderheitsbevölkerung scheinen die Chancen um eine friedliche Beilegung des Konfliktes zur Zeit so gering wie vor zwei Jahren bei dem offenen Ausbruch der Feindseligkeiten. Bei Überfällen und Kämpfen wurden in den letzten Tagen mehr als vierzig Menschen getötet.

„Die Waffenruhe" so kommentiert einer der militanten Tamilen im indischen Exil in Madras, „hätte gar nicht erst vereinbart werden müssen. Die Armee ist bei ihren Säuberungs- und Verhaftungsaktionen gegenüber tamilischen Zivilisten so brutal wie immer zuvor." Tatsächlich existiert die zwischen Armee und Militanten vereinbarte Waffenruhe nur auf dem Papier. Täglich kommt es zu Übergriffen der Armee, täglich liefern militante Tamilen-Extremisten Polizei und Armeegruppen Feuergefechte, täglich sterben dabei Menschen, oft unschuldige Zivilisten.

Angst und Verunsicherung herrscht in der Bevölkerung der Nord- und Ostprovinz Sri Lankas. 120 000 Tamilen sind bisher in den indischen Bundesstaat Tamil Nadu geflüchtet, andererseits haben rund 25 000 Singhalesen ihre Wohnungen in den ceylonesischen Distrikten Trincomalee, Anuradhapura, Batticalao Vavuniya und Mannar und 12 600 in weiteren 13 Distrikten aus Angst vor Mordanschlägen tamilischer Rebellen verlassen.

Sri Lankas Präsident Junius Jayewardene, entschlossen, „sehr bald" sein Land zu befrieden, ist mit seiner Politik des Ausgleichs zwischen singhalesischen Hardlinern und tamilischen Rebellen zwischen die Fronten geraten. Mitglieder seiner eigenen United National Party, die größte Oppositionspartei, die Sri Lanka Freiheitspartei und vor allem der bhuddistische Klerus als die stärkste soziale Macht im Lande, greifen ihn wegen seiner zu laschen Haltung gegenüber Extremisten an. Sie fordern eine „militärische Lösung", Brechen des Widerstandes der Tamilen und notfalls in letzter Konsequenz deren Vertreibung von der Insel. Auf der anderen Seite ist es Jayewardene zwar gelungen, mit indischer Hilfe zwei Tamilen-Gruppen zu Mäßigung ihrer Forderungen zu überreden und auf seine Seite zu ziehen, doch geben sich die übrigen vier Gruppen, zusammengeschlossen in der „Eelam Nationalen Befreiungsfront", nur zufrieden mit einer Verbindung der Nord- und Ostprovinz (Jaffna und Trincomalee), die später einmal zum unabhängigen Staat Eelam führen kann.

Eine Verbindung zwischen Nord- und Ostprovinz kann Jayewardene gegen singhalesischen Widerstand den Tamilen nicht anbieten, ohne den Bestand seiner Regierung zu gefährden. Zumindest den „Charakter des Föderalismus" soll nun ein weiterer Vorschlag Colombos enthalten, der nach Erwartungen in Neu-Delhi im Dezember den Tamilen-Gruppen vorgelegt werden soll. „Als letztes Angebot", so ein ceylonesischer Diplomat, soll ein Zusammenschluß der beiden Provinzen über ein „Koordinations-Komitee" vorgeschlagen werden, die Provinzen selber aber sollen eigenständig bleiben. Auch gegen den Widerstand einiger Tamilen-Gruppen soll diese „Lösung" durchgesetzt werden. Tamilen, die dem nicht zustimmen, werden dann als Terroristen mit einer inzwischen neu gerüsteten und personell verstärkten Armee samt einer neu ins Leben gerufenen Wehrpflichtigen-Armee mit bis zu 250 000 Angehörigen bekämpft werden.



Ein Achtzigjähriger, der für die Mehrheit der Deutschen nach wie vor der bedeutendste Sportler aller Zeiten ist. Max Schmelings Stabilität als Sport-Idol ist beispiellos. Er ist eine lebende Legende. Was den ersten deutschen Boxweltmeister im Schwergewicht auszeichnete, war aber nicht nur die genial eingesetzte Körperkraft, sondern eine Bescheidenheit, die kein Starruhm korrumpieren konnte.

FOTOS: KEYSTONE/SVEN SIMON

Neben Musikstars sind es vor allem Sportler, die zu Idolen aufsteigen. In Stadien und Sporthallen werden all jene hemmungslos, das heißt lautstark bewundert, die mit Hilfe ihres Willens dem Körper Höchstleistungen abringen. Jeder hat ihn schon gehört, den kollektiven Jubelschrei, der aus Fußballstadien zum Himmel steigt. Seit einigen Monaten reichen in Deutschland Tennisplätze aus, um dieses akustische Phänomen Wirklichkeit werden zu lassen. Zwei Namen für viele: Max Schmeling und Boris Becker. Moderne Gladiatoren oder klassische Volkshelden? Kämpfen sie wirklich für uns oder nicht doch in Wirklichkeit nur für sich selbst?

Im Grunde seines Herzens blieb Schmeling immer Amateur

Von RAINER NOLDEN

WELT SERIE Idole gestern heute

Die Deutschen haben auf ihn gewartet. Er ist zu einer Persönlichkeit geworden", sagt sein Manager Ion Tiriac von ihm. Er – das ist ein siebzehnjähriger Junge, dessen Namen die wenigsten Deutschen vor ein paar Monaten kannten. Leimen bei Heidelberg heißt der Geburtsort eines Tenniswunders namens Boris Becker. Seine Mitbürger haben ihn stolz zur „Legende" emporgejubelt. Daß er sich fürs erste in Leimen kaum noch sehen lassen wird, mag die Leimener bekümmern, aber das schert den Rest der Republik wenig. Denn Becker ist kein „Leimener" mehr, er ist jetzt nur noch „Deutscher".

Mit seinem Sieg in Wimbledon am 7. Juli dieses Jahres hat er es geschafft, die Nation im Geiste des Sports zu vereinen. Seit jenem Sommersonntag ist der Name Becker 91 Prozent seiner Mitbürger ein Begriff; 87 Prozent finden ihn sympathisch. Er ist zu einer Identifikationsfigur geworden in einem Land, in dem das Fußballfieber auf eine normale Temperatur zurückgefallen ist und welches stattdessen seine Tennisleidenschaft entdeckt hat.

Anders als Michael Groß, der den Vermarktungsstrategen die kalte Schulter zeigt und daher im Mediengeschäft nie so recht zum Zuge gekommen ist, weiß Becker mit seinem Pfund zu wuchern. „Ich hasse es, zu verlieren", hat er offenherzig verkündet, und: „Wenn ich 23 oder 24 bin, dann bin ich der Becker, der die Gegner abschießt." Der Centre Court als Schützengraben – daß Sport die verfeinerte Form von Krieg ist, haben Psychologen schon längst herausgefunden. Da kommt so ein Kerl und zeigt dem Gegner mal, was Sache ist, und seine flotten Sprüche sind recht aggressiv: „Ich will die Gegner abschießen ... Nur wenn ich nach einem Match blute, habe ich mich richtig eingesetzt."

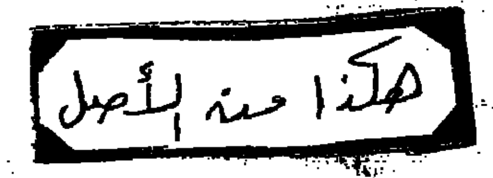
Allein diese Inkongruenz zwischen Form und Inhalt bei Becker ist an sich schon ein Faszinosum. Er sehe aus wie der ältere Bruder von Pippi Langstrumpf, meinte ein Rundfunksprecher, und in Amerika wurde er beschrieben als einer, der gerade aus dem Gruppenbild der Wiener Sängerknaben herausgefallen sei. Dennoch: „Für uns in den USA projiziert Becker ein geradezu unwirklich positives Rollenbild", sagt der amerikanische Sportpsychologe Bruce C. Ogilvie. „Er tritt als grundanständiger Kerl auf, offenherzig, dabei ernsthaft, er verprellt die Presse nicht, er ist zu Kindern nett. Er *ist* Mr. Saubermann." Natürlich imponiert dieser frischwärts gerichtete Teenager auch den Erwachsenen hierzulande – wahrscheinlich sogar mehr als seinen Altersgenossen. Aus dieser Gruppe wird er ohnehin vorwiegend von jenen bewundert, die sich mit Tennis beschäftigen. „Mein Sohn soll wie Boris Becker werden", wurde eine Mutter zitiert – sie steht stellvertretend für viele, die ihren Nachwuchs auch gerne in der Rolle eines Popularitäts-Bolzen sähen.

„Fans haben ein unbewußtes Bedürfnis, sich mit Leuten zu identifizieren, die ihren Weg machen", erläutert Ogilvie. „Sie übertragen ihre eigenen Hoffnungen auf den aufstrebenden Jungstar. Sie sind grundsätzlich darauf aus, daß ein Star ihr Ego füttert." Der Hunger kann notfalls auch mit Fetischen gestillt werden, die fehlende Talente wettmachen müssen: Das Geschäft mit Boris-Becker-T-Shirts und -Tennisschlägern, Hosen und Schuhen blüht.

Eine Illustrierte kürte ihn flugs zur „Symbolfigur der Wende". Er sei ein Leitbild geworden in einer Zeit, die viele Leid-Bilder habe, war zu lesen. Sein Name stehe für die Abkehr von Grundsätzen, die eine weinerliche Generation geprägt habe, der alles zu viel gewesen sei: Anstrengung, Fleiß, Ehrgeiz. „Und der eines verdächtig war: Erfolg", setzte eine Illustrierte noch eins drauf.

Das ist eine unzulässige Verallgemeinerung, die ein arg verzerrtes Bild von der Jugend zeichnet. Und es ist eine wenn nicht gar falsche, so doch tendenziös hingebogene Aussage: Kein Jugendlicher, der bislang auf dem „Null Bock" geritten ist, wird durch Beckers Leistung zum Gegenteil inspiriert; kein Punker wird sich wegen Becker die Sicherheitsnadel aus der Backe ziehen, stattdessen die Krawatte umbinden und – zwecks Steigerung des Bruttosozialproduktes – in die Hände spucken. Das „Phänomen Becker" macht keinem flinke Beine, der nicht ohnehin leistungswillig ist. Hier wird jemand geschickt von einer gewissen Gruppe zum Leittier ernannt, dessen Funktion immens überbewertet wird.

Es ist vielmehr so, daß ein paar Spritzer von der Jubelbrause über Becker jetzt auch jene treffen, die – Becker hin, Tennis her – immer schon der „No Future"-Philosphie abhold waren, für die das Wort „Leistung" noch nie einen sauren Beigeschmack hatte. Insofern erfüllt Becker als Idol in der Tat eine



wichtige Funktion: Im Kielwasser seiner Popularität ist man auch auf jene Jugendlichen aufmerksam geworden, die sich nicht auf einem rund 195 Quadratmeter großen, von Millionen beobachteten Platz präsentieren können, um zu beweisen, daß auch sie durchaus in der Lage und willens sind, etwas zu leisten. Ihr Pech, daß ihre Leistungen nicht in Tennis, sondern in „Durchschnittlichem" bestehen; denn so schlecht, wie die Jugend „vor Becker" angeblich war, ist sie nie gewesen.

Die Inanspruchnahme durch die Nation, so Ogilvie, gehöre zu den Unannehmlichkeiten, denen ein Idol ausgesetzt sei. Sie wolle der restlichen Welt durch den allgemein Bewunderten beweisen, wie tüchtig, überdurchschnittlich und kraftvoll sie sei. Ein anderer Sportler hat genau die gleichen Erfahrungen gemacht: Max Schmeling.

Der ehemalige Boxer, der vor kurzem seinen 80. Geburtstag feierte, ist – trotz Boris Becker, trotz Michael Groß – immer noch das größte Sportidol in der Bundesrepublik Deutschland: 50 Prozent der Bundesbürger halten ihn für den „bedeutendsten Sportler aller Zeiten"; für 70 Prozent ist er der Inbegriff des „fairen Sportlers". Von den über 55jährigen glauben das sogar 88 Prozent. Auch bei den Leuten vom Fach genießt er ein überaus hohes Ansehen: Deutschlands Sportjournalisten haben ihn zum „Sportler Nr. 1 auf Lebenszeit" gewählt.

„Unser Max"

Natürlich – viele seiner Bewunderer sind dieselben geblieben, sind mit ihrem Idol gealtert. Aber auch den Jungen und Jüngsten im Lande sagt der Name etwas – einer der wenigen, mit dem sie noch etwas verbinden können, der eine Brücke zum Sport der (Groß-)Väter darstellt. Es ist nach wie vor „unser Max", der 70, 75, 80 Jahre alt wurde. Ein Menschenleben lang populär zu sein, ohne Fehl und Tadel – das will im Geschäft des schmutzigen Lorbeers schon einiges heißen. Max Schmeling war der erste deutsche Weltmeister im Schwergewicht – so wie Becker der erste deutsche Wimbledon-Sieger war. Das prägt. Aber Schmeling hatte es damals schwerer als Becker heute – in jeder Beziehung. Er ist „anständig" geblieben in einer Zeit, in der es schwer war, so zu sein. Das prägt sich ins Bewußtsein ein. Schmeling ist über alle politischen Fährnisse und Systeme hinweg ein Idol geblieben – eines der nationalsozialistischen Jugend ebenso wie der heutigen. Wenn er von Gewinnen beim Wettkampf redet, meint er nie die materiellen. In seinem Sportverständnis hat die Gleichung Sport = Geld keinen Platz. Im Grunde seines Herzens ist Schmeling immer Amateur geblieben. Auch das trägt mit zur Idolisierung bei in einer Zeit, in der Sportler wie Börsenaktien gehandelt werden.

„Ich wollte nie der große Maxe sein", meinte er. Und genau das ist es, was die Leute an ihm mögen, seine Bescheidenheit, sein Understatement. Schwer vorstellbar, daß aus seinem Munde ein „Deutschland hat auf mich gewartet" kommen könnte. Diese großspurige Art ist nicht sein Tonfall. Und auch das sagt er ohne falsches Pathos: „Ich liebe mein deutsches Vaterland und bin ein stolzer Deutscher, und als solcher habe ich immer meine Steuern hier in Deutschland gezahlt." Schmeling ist nicht der Typ für Penthouse-Wohnungen in steuerfreundlichen Ländern.

Kurt Tucholsky schrieb über ihn zu Beginn der 30er Jahre: „Wir brauchen einen Diktator wie Max Schmeling." Ein anderer hat unglückseligerweise das Rennen gemacht, aber nicht zuletzt dessen Sieg war der Sockel für das Denkmal Schmeling.

„Daß ich zum Idol wurde, verdanke ich mehr der Zeit als mir selber", schreibt er in seinen „Erinnerungen" betitelten Memoiren. „Denn die Zeit verlangte nach Helden, und sie schuf mich." Der Sportpsychologe Fritz Stemme erklärt Schmelings Erfolg so: „Das Bild, das alle von ihm haben, ist gleichbedeutend mit dem Image des einfachen, bescheiden gebliebenen Mannes, dem die großen sportlichen Erfolge nie zu Kopf gestiegen sind.

Gegnern Achtung gezollt

Seine Popularität hat er nicht selbst gemacht, und sie ist auch nicht von anderen gemacht worden. Sie hat sich aufgrund zeitgeschichtlicher und sozialpsychologischer Konstellationen ergeben, zu der Schmeling nur insoweit selbst beigetragen hat, als er in diese Popularität einwilligte. Seinen Gegnern zollt er immer Achtung. Man schätzt an ihm die Treue zu sich selbst, die in sich ruhende Persönlichkeit, die auch nicht durch schicksalswidrige Umstände ins Wanken geriet."

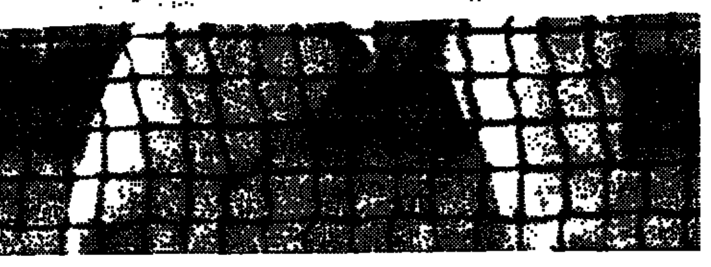
Sein Erfolg war den Deutschen in unruhigen Zeiten hochwillkommen, konnten sie doch auf Schmeling verweisen als den „anderen Deutschen", der ein faires, besseres Deutschland verkörperte, ein Deutschland, das nicht unter den braunen Horden zu ersticken drohte. So einem hält man die Treue – auch, wenn er mal, wie im Kampf gegen Joe Louis, unterliegt. Auch das ist eine Treue, die ein Idol selten zu spüren bekommt.

Was wird aus Boris Becker geworden sein – in fünfzig, zwanzig, vielleicht auch nur zehn Jahren? Vorläufig kann er sich noch in der Bewunderung seiner Fans sonnen. Ob er, wenn seine Glanzzeit vorbei ist (das ist nach Meinung von Fachleuten bald der Fall), auf einen so großen Sympathiebonus zurückgreifen kann wie der Boxweltmeister aus Klein-Luckow bei Prenzlau? Es darf gezweifelt werden.

Morgen in der WELT
John F. Kennedy und Lech Walesa







Ein Siebzehnjähriger, der es „haßt, zu verlieren". Diese Grundeinstellung trägt gewiß nicht unwesentlich dazu bei, daß Boris Becker, das Tennis-Wunder aus Deutschland, in der Tat nicht nur von Sieg zu Sieg eilt, sondern auch Niederlagen verkraften kann. Dies macht ihn den einen noch verdächtiger, den anderen zusätzlich sympathisch. Aber vorbei kommt keiner an diesem Jugendlichen, dessen kämpferische Haltung das gängige Bild von der reinen „No future"-Generation konterkariert. FOTOS: DPA/BONGARTS

WELT-Interview mit dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht

„Wir wollen stärker werden als SPD und Grüne zusammen"

WELT: Herr Ministerpräsident, Sie [illegible]

Albrecht: [illegible] SPD und Grüne zusammen. [illegible] FDP [illegible]

WELT: [illegible]

Albrecht: [illegible]

WELT: [illegible]

Albrecht: [illegible]

Der Eindruck, der daher vermittelt wird, ist, daß die Sozialdemokraten in Wahrheit in der Linie unserer Politik [illegible] übereinstimmen, es auch nicht wesentlich anders machen möchten, aber das übliche Spiel der Opposition betreiben, nämlich zu sagen, es hätte alles schon [illegible] gestern getan sein müssen. Und natürlich mit dreimal so viel Geld.

WELT: Und die Grünen? Welche Rolle spielen sie künftig in Niedersachsen?

Albrecht: Sie hatten eine relativ starke Position aufgrund jener Mischung aus ehrlich besorgten Umweltschützern, [illegible] Systemveränderern und Protestwählern. Aber seit sie im Parlament sind, zeigt sich hier wie in Bonn, daß sie zunehmend in Schwierigkeiten geraten, weil sie sich nun nicht mehr auf ein oder zwei Themen spezialisieren können. Sie müssen die ganze Breite der Politik abdecken. Das können sie nicht. Und in dem Maße, wie sie versuchen, es zu tun, werden sie den anderen Parteien immer ähnlicher. Sie verlieren also an Reiz gerade für die Protestwähler. So muß man für Niedersachsen, wenn der derzeitige Trend anhält, sagen, sie sind auf dem absteigenden Ast. Sie kommen gefährlich in die Nähe von fünf Prozent.

WELT: Herr Ministerpräsident, im Februar sind Sie zehn Jahre im Amt. Mit welcher Leistungsbilanz treten Sie vor Ihre Wähler?

Albrecht: In unserem Land sind die wirtschaftlichen Probleme sehr vielfältig, denn wir sind von Haus aus eines der strukturschwächeren Länder. Jeder von uns weiß, daß es lange Zeit braucht, um Strukturen zu ändern. Dennoch sehen wir jetzt, daß die Maßnahmen, die wir vor zehn Jahren eingeleitet haben, greifen. Vier Ziele kennzeichnen unsere *Strukturpolitik*:

1. Die abgelegenen Räume nun tatsächlich ans Autobahnnetz anzubinden und die „Autobahn der Zukunft", nämlich das kommunikationstechnologische Netz, auf den Weg bringen;
2. durch Abdeckung der Grundlast in der Stromerzeugung aus Kernenergie eine drastische Verbesserung der relativen Wettbewerbslage Niedersachsens. Wir haben früher immer sehr viel höhere Strompreise gehabt als Nordrhein-Westfalen. Heute liegen wir niedriger.
3. Wir haben den in den 60er Jahren aufgrund der Versäumnisse der sozialdemokratisch geführten Landesregierungen zu verzeichnenden Rückstand bei den Forschungseinrichtungen, vor allem soweit sie für die Zukunftsindustrien von Bedeutung sind, voll aufgeholt. Wir sind jetzt Forschungsland. Das wurde bei der Eureka-Konferenz sehr deutlich. Wir zählen in der Bundesrepublik Deutschland wieder mit zur Spitzengruppe bei der Mikroelektronik, der Lasertechnologie, Biotechnologie, auch den Geowissenschaften. Und wir haben die große Freude zu sehen, daß jetzt um diese starke Forschungsstruktur herum tatsächlich die Industrie sich ansiedelt.
4. Wir haben auch unseren Mittelstand sehr *stark gefördert*. Das Beispiel von Baden-Württemberg und Bayern hat ja gezeigt, daß das der richtige Weg ist. Und unser Mittelstand ist inzwischen sehr technologiebewußt geworden.

Es ist natürlich für uns eine Freude, sagen zu können, daß trotz einer Geburtenrate, die bei uns um 50 Prozent über dem Bundesdurchschnitt liegt, wir jetzt wieder sinkende Arbeitslosigkeitszahlen haben. Wir haben seit September niedrigere Zahlen als in den Vorjahresmonaten. Also ich darf wirklich sagen: Wirtschaftlich sind wir auf gutem Wege.

WELT: Und welchen Rang nimmt *daneben* der Umweltschutz ein?

Albrecht: Die Verbesserung der *Umweltbedingungen* war der zweite Schwerpunkt unserer Regierungsarbeit. Niedersachsen hat hier einen natürlichen Vorteil: Wir haben eine bessere Umwelt, bessere Luft, auch besseres Wasser als die meisten anderen Bundesländer. Doch es soll noch besser werden. Bis 1988 wird der Schwefeldioxid-Ausstoß in Niedersachsen insgesamt um zwei Drittel gesenkt. In meiner letzten Regierungserklärung hatte ich gesagt, wir wollen die Naturschutzgebiete verdoppeln. Dazu haben wir einen Ausgleich mit der Landwirtschaft gefunden, der das relativ konfliktfrei möglich macht. Wir erkennen an, wenn der Landwirt belastet ist durch Naturschutzmaßnahmen, daß er eine Leistung erbringt für die Gesamtheit; dafür bekommt er eine angemessene Ausgleichszah*lung. Wir werden zum 1. Januar den* Nationalpark Wattenmeer schaffen, 240 000 Hektar, der dieses einzigartige Gebiet über Generationen hinweg mit seiner Gesundheit und Schönheit erhält.

Der dritte große Schwerpunkt war unsere Sozialpolitik, die dem christlich sozialen Gedankengut verpflichtet ist. Wir haben uns immer gefragt: Wo sind Menschen in unserer Mitte, die in Not sind oder Hilfe brauchen. Das Land Niedersachsen, das nicht zu den finanzstärksten der Bundesrepublik gehört, wendet auf dem sozialen Gebiet auch rein finanziell mehr als fast alle anderen Bundesländer auf. Wir haben die größte Zahl von Behindertenwerkstätten im bundesweiten Vergleich. Wir haben Hunderte von Millionen Mark investiert in die Landeskrankenhäuser, obwohl da niemand eine Lobby hat. Wir haben den sozialen Wohnungsbau konzentriert auf die Behinderten und die kinderreichen Familien. Es gibt kein anderes Bundesland, das je 1000 Einwohner so viel Wohnungen hat wie Niedersachsen.

Und dann die *Konsolidierung des Landeshaushalts*. Wir waren schwer verschuldet. 15 Prozent des Haushalts wurden 1976, als die CDU in die Regierung kam, über Schulden finanziert. Wir haben, ohne daß es Brüche und Verwerfungen gab, Schritt für Schritt diese Deckungslücke reduziert, so daß wir jetzt mit etwas über sechs Prozent an drittbester Stelle unter den Bundesländern zu finden sind.

WELT: *Angesichts einer solchen* Leistungsbilanz dürfte eigentlich die absolute Mehrheit keine Frage sein. Ist diese Bilanz den Wählern ausreichend zu vermitteln?

Albrecht: Mein Eindruck ist: Ja. Auch die Umfragen zeigen, daß die Zustimmung zur Politik des Ministerpräsidenten noch sehr viel höher ist als etwa die Zustimmung zu unserer Partei. Es herrscht eine positive Grundstimmung in diesem Land. Wir sind frei von wehleidigem Lamentieren über das „Süd-Nord-Gefälle". Wir wissen, daß wir zu den Aufsteigern unter den Bundesländern gehören. Das ist natürlich auch für Wahlen bedeutsam.

WELT: Wie werden Sie Ihren Wahlkampf führen?

Albrecht: Wir werden natürlich reden von dem, was in den letzten zehn Jahren in diesem Land getan wurde. Aber dann werden wir vor allem den Blick in die Zukunft richten und uns den Aufgaben zuwenden, die noch zu leisten sind. Da ist nach wie vor die Frage: Wie können wir es zu Wege bringen, daß die jungen Leute einen Arbeitsplatz finden, nicht nur einen Ausbildungsplatz. Hier haben wir eine eigene Beschäftigungsinitiative entwickelt, die vor allem darauf abstellt, jungen Menschen die Chance zu geben, sich etwa zu viert drei Arbeitsplätze zu teilen.

Das zweite große Problem für uns ist die Landwirtschaft. Wir sind das zweitgrößte deutsche Agrarland nach Bayern. Wir produzieren 20 Prozent der gesamten Agrarproduktion der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben eine Agrarstruktur, die es bisher möglich gemacht hat, daß unsere Landwirte ein durchschnittliches Familieneinkommen bezogen, das weit oberhalb des Bundesdurchschnittes lag. Aber heute gibt es da große Probleme, um die wir uns kümmern müssen.

WELT: Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen hat ja gezeigt, daß die Landwirte zur Zeit eine schwierige Wählergruppe für die Union sind …

Albrecht: Das fundamentale Problem heißt: Wie werden wir mit der Überproduktion fertig? Wenn die frühere Bundesregierung nicht so konsequent die Augen vor dem Problem verschlossen hätte, wenn sie dafür gesorgt hätte, daß die Milchmengenregelung in der Europäischen Gemeinschaft schon 1981 statt 1983 erst eingeführt worden wäre, dann hätte es überhaupt keinen Quotenabzug gegeben. Dann wären nur die Zuwächse begrenzt worden. *Jetzt haben wir* eine überproportionale Einkommensminderung, zudem eine plötzlich veränderte Perspektive für getätigte Investitionen, die sich nun als finanzielle Last erweisen.

WELT: Was sagen Sie konkret den Bauern, wenn Sie jetzt auf Wahlveranstaltungen gefragt werden, wie es weitergeht?

Albrecht: Da das Hauptproblem die Überproduktion ist, muß man die Lösung auf diesem Feld suchen. Eine Mengenregulierung ist bei den pflanzlichen Produkten, Kartoffeln und Getreide nicht durchführbar. Und wenn man eine drastische Preis*senkung, wie sie auch von der SPD* gefordert wird, vermeiden will, dann geht das nur, wenn man einen dritten Weg eröffnet. Den sehe ich in den nachwachsenden Rohstoffen.

Wir sind hier, glaube ich, führend in Niedersachsen. Wir wollen ganz bewußt Schrittmacherdienste für die EG leisten. Unsere Untersuchungen zeigen, daß die Umwandlung von Getreide, Rüben oder Kartoffeln zu Äthanol (Treibstoff) schon heute mit geringeren Kosten möglich ist als der Export dieser Erzeugnisse auf den Weltmarkt. Zudem wird Erdöl zwangsläufig wegen der Erschöpfung der Reserven künftig wieder erheblich teurer werden, die Agrarproduktion aber nicht.

> Wir sind jetzt Forschungsland. Das wurde bei der Eureka-Konferenz sehr deutlich. Wir zählen in der Bundesrepublik Deutschland wieder mit zur Spitzengruppe bei der Mikroelektronik, der Lasertechnologie, Biotechnologie, auch den Geowissenschaften.

Wir haben eine erste Versuchsanlage in Betrieb genommen. Wir werden mit der Zuckerindustrie eine zweite bauen. Niedersachsen engagiert sich da auch finanziell. Wenn wir erst die genaue Kostenrechnung haben, dann ziehe ich damit nach Brüssel, um die EG-Kommission zu überzeugen, daß dies die Lösung für die Überschußproblematik der europäischen Agrarwirtschaft ist.

Zwei Probleme der Landwirtschaft sind damit aber noch nicht gelöst: Wie können wir den älteren Landwirten, deren Altersversorgung durch den Hof nicht mehr gesichert ist, eine *Hilfestellung geben; und wie können* wir den Betrieben, die grundsätzlich gesund sind, doch durch die Entwicklung in eine hohe Verschuldung geraten sind, helfen, ihre Schulden zu konsolidieren? Hier kann Nieder*sachsen finanziell nicht allein* einspringen. Das sind bundespolitische Probleme. Deshalb habe ich mich auch bundespolitisch so stark in die Diskussion eingeschaltet und auch den Vorsitz erhalten in der Agrarkommission der CDU/CSU.

WELT: Noch einmal das Thema Umweltschutz. Haben Sie eine Meinung, was geschehen muß, um die Schadstoffbelastung durch den Autoverkehr zu mindern?

Albrecht: Das Wichtigste ist *wohl*, daß die Bürger begreifen, daß nicht allein der Staat die Umwelt sanieren kann, sondern daß sie selbst gefordert sind. Der Staat hat, was die Automobile angeht, eine Steuerbefreiungsregelung ausgearbeitet, die außerordentlich großzügig ist. Deshalb ist es nun wirklich an der Zeit, daß die Bürger ihre Autos umrüsten oder beim Neukauf ein umweltfreundliches Auto anschaffen. Allerdings könnte nach meiner Überzeugung dieser Prozeß auch gefördert werden durch eine differenzierte Geschwindigkeitsbegrenzung – immer vorausgesetzt, daß der Großversuch als klares Ergebnis haben sollte: Langsames Fahren bewirkt eine erhebliche Schadstoffminderung. Jedenfalls haben die Autofahrer schon jetzt eine Bringschuld.

WELT: Herr Ministerpräsident, Sie sind nicht nur Regierungschef eines großen Landes. Sie tragen ja auch bundespolitische Verantwortung, etwa in der Parteispitze der Union. Haben Sie einen Wunsch an Bonn?

Albrecht: Mein Hauptwunsch an Bonn war und ist, daß alle politisch Verantwortlichen der Koalition begreifen, daß wir gemeinsam Erfolg oder Mißerfolg haben werden. Meinungsverschiedenheiten sind natürlich sogar notwendig. Aber dafür sind die Gremien da, die wir geschaffen haben. Das heißt, die Debatte muß intern stattfinden. Und es ist nicht gut, wenn wir uns in der Öffentlichkeit gegenseitig kritisieren. Die Bürger mögen das nicht. Das tut einer Regierung nicht gut. Es ist inzwischen besser geworden, und prompt werden auch die Umfrageergebnisse besser.

Aber sonst muß ich doch sagen, bin ich sehr zufrieden. Wer mir gesagt hätte vor drei Jahren, daß wir nach der schwersten Wirtschaftskrise, die die Bundesrepublik kennengelernt hat, nun zumindest vier volle Aufschwungjahre haben würden, den hätte ich eher etwas ungläubig betrachtet.

WELT: Der Ministerpräsident Ernst Albrecht steht in Niedersachsen, was die Sympathie, den Respekt der Bürger betrifft, höher im Kurs als seine Partei. In Bonn ist das eher umgekehrt. Es gibt eben die Ansehensprobleme des Kanzlers. Woher rührt das, wie kann man das korrigieren?

Albrecht: Ich finde, daß das auch ein Problem von uns selbst ist. Wenn wir *unseren ersten Mann*, der ja mit seinem Amt besonders im Schußfeld steht, stärker unterstützen und verteidigen würden, nicht nur durch Taten, sondern auch durch Worte, dann wäre das sehr schnell anders.

WELT: Ist Helmut Kohl auch Kanzlerkandidat 1987? Und freut es Sie, daß auch Franz Josef Strauß sich in dieser Richtung geäußert hat? Daß endlich wieder mal ein Kanzlerkandidat nominiert wird, ohne das es große Krache in der Union gibt?

Albrecht: Ja. Helmut Kohl wird mit Sicherheit unser Kanzlerkandidat 1987 sein, und wenn man berücksichtigt, *was ich über den Erfolg seiner* Politik, dieser Koalition gesagt habe, dann ist das auch voll verdient.

WELT: Ihr Land und Ihre Regierung haben starke Bezugspunkte zur „DDR". Haben Sie eine Reise vor in den anderen Teil Deutschlands?

Albrecht: Ich gehöre nicht zu den Leuten, die, wenn sie reisen, das nun lange vorher ankündigen. Ich werde sicherlich in den nächsten zwei Jahren noch ein- oder mehrmals in die DDR fahren. Aber erst mal muß ich mich um mein Land kümmern.

WELT: Nun haben Sie ja mit der „DDR" einige Probleme im Umweltschutz. *Was ist da bisher geschehen?*

Albrecht: Das ist minimal. Mit der Reinhaltung der Weser und der Elbe sind wir noch nicht zu einem Durchbruch gelangt. Wir hoffen, daß die Schrittmacherdienste, die wir hier tun, nun auch drüben Folgen haben werden. Ich werde einen Fachbeamten der niedersächsischen Landesregierung nach Prag senden, damit wir unsere Entschwefelungsverfahren dort vorstellen können. Die Kontakte sind gut auf diesem Gebiet, aber das technische Know-how muß auch in die Tat umgesetzt werden.

WELT: Stichwort Elbe: SPD-Kandidat Schröder *möchte die Strom*mitte als Grenzlinie anerkennen, um mit der „DDR" beim Umweltschutz voranzukommen. Ist hier eine Positionsveränderung auf unserer Seite möglich?

Albrecht: *Nein. Wir haben das sehr* sorgfältig studiert. Ich habe schon zur Zeit der Regierung Schmidt Wert darauf gelegt, daß die Bundesregierung der Landesregierung alle Unterlagen diese Frage betreffend ausnahmslos *zur Verfügung* stellt. Und aus diesen Unterlagen geht eben sehr deutlich hervor, daß die Briten und die Sowjets 1945 die Grenze am Ostufer der Elbe gezogen haben. Wir haben gar nicht das Recht, die Grenze konstitu*tiv festzusetzen. Bei dieser Rechtsla*ge könnte auch keine andere Regierung eine Änderung vornehmen, auch wenn Herr Schröder da große Sprüche macht. Er würde spätestens vorm Bundesverfassungsgericht scheitern.

WELT: Nichtsdestoweniger bindet die „DDR" eine saubere Elbe neuerdings an die Erfüllung von Erich Honeckers „Geraer Forderungen".

Albrecht: Immer wenn die DDR Moskaus Billigung für Fortschritte in den deutsch-deutschen Beziehungen nicht bekommt, dann werden die Geraer Forderungen hervorgezogen. Gewissermaßen als Begründung dafür, daß man nicht vorankommt. Im übrigen ist es meine politische Überzeugung und Erfahrung: Es ist immer ein Fehler, in der Politik grundsätzliche Positionen, staatspolitische Positionen wegen anderer Vorteile zu verkaufen.

Das Interview führten Michael Jach und Manfred Schell FOTO LOTHAR KUCHARZ

هكذا في الأصل

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Glaubenskrise

„Die Kirche wird kleiner, aber das Engagement der Treuen wächst"; WELT vom 4. November

Der scheidende Ratsvorsitzende der EKD, Landesbischof Lohse, hat gegenüber der WELT die Tatsache „einer langsam kleiner werdenden Kirche" eingeräumt. Er hat der Sache nach bejaht, daß es „vielfach die bislang besonders Kirchentreuen" sind, „die austreten".

Auf der Synode in Worms im November 1983 wurde von höchster Stelle der EKD bestätigt (WELT v. 3. 11. 83), daß gerade „entschiedene, bewußte Christen" die Kirche verlassen. Bischof Lohse zeigte sich damals über diese Entwicklung „außerordentlich beunruhigt". Er bemerkte, viele Menschen sähen das, was die Kirche eigentlich zur Kirche mache, nicht mehr gewährleistet. Ihn mache die „Qualität" der Austretenden besorgt. Wenn Bischof Lohse jetzt ausführt, es handele sich um einen „Prozeß der Säkularisierung", es sei zu beobachten, daß „bei den Mitgliedern, die der Kirche die Treue halten, das Engagement" zunehme, muß er sich fragen lassen, was er unter „Treue" versteht. Die „Treue" zu einer Kirche des politischen Abfalls ist nicht die Glaubenstreue zu Jesus Christus und seiner Botschaft.

Der Pfarrer von St. Martini in Bremen, Professor Huntemann, fragt (WELT v. 26. 10.): „Warum sind die Kirchen heute so? Die Antwort ist womöglich: Die Verpolitisierung der Kirche ist Ausdruck einer Glaubenskrise. Diejenigen, die das Christentum politisieren, glauben nicht mehr an das ‚Es steht geschrieben' ...".

Professor Dr. Ernst-Wolf, Marburg/Lahn

Dank des Mimen

„Der Deutschen Lieblingsspielzeug"; WELT vom 2. November

Sehr geehrter Herr Schmidt-Mühlisch,

lassen Sie sich Dank sagen von einem inzwischen alt oder doch wenigstens älter gewordenen Schauspieler, der die Dinge ziemlich genau kennt, das heißt, kannte, weil er sich der Deutschen Lieblingsspielzeugs seit geraumer Zeit versagte.

Bei aller, wie ich meine, liebevoller Schärfe führen Sie die „Macher" am langen Zügel vor, wie man es sich treffender nicht wünschen konnte.

Sobald wieder der Schauspieler Herr der Bühne geworden ist, wird es wieder aufwärts gehen. Und wenn dann die Jungen wieder richtig theaterspielen können, mit Sprechenkönnen (Parlando und gepflegt, ohne pathetisch zu sein) wieder anfangen und Spielen, dann haben wir wieder „Theater", das man lieben kann.

Mit freundlichen Grüßen
Hartwig Berthold, Ratingen 6

Ohne Einsicht

„Zurück zu den kleinen und mittleren Leuten"; WELT vom 4. November

Sehr geehrte Redaktion,

beim Aufzählen der Management-Fehler wurde meines Erachtens ein ganz gravierender Punkt außer acht gelassen. Man hat anscheinend versäumt – jedenfalls gehen meine Beobachtungen in den Warenhäusern dahin – die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Verkauf immer wieder dahingehend zu motivieren, daß der Umsatzerfolg und damit die Sicherung der Arbeitsplätze weitestgehend *in ihren Händen liegt*. Die Betriebsräte wären gut beraten, wenn sie die Geschäftsführungen bei der Vermittlung dieser Einsicht unterstützen würden.

Mit freundlichen Grüßen
Eduard Depmer, Bremen 1

Standessitte

„Patienten mißbraucht?"; WELT vom 6. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn von Wissenschaft oder Industrie eine neue, Hilfe und Heilung versprechende Droge entwickelt worden, im Laboratorium und an Versuchstieren erprobt ist, gibt es immer einen, meist einige Patienten, bei denen sie dann zum ersten Mal angewendet wird. Dies berechtigt aber keinesfalls, die Patienten, die als Erste den Vorzug hatten, Nutznießer eines Fortschrittes der Medizin zu sein, als Versuchskaninchen zu bezeichnen.

Im allgemeinen übernehmen größere Kliniken die Einführung solcher neuen Heilmittel in die Praxis, in denen das nötige Personal und Gerät vorhanden sind, etwaige noch verborgene Nebenwirkungen zu erkennen. Das geschieht aus wissenschaftlichem Interesse mit dem einzigen Vorteil der „Priorität", zu den Ersten zu gehören, die an diesem Fortschritt beteiligt sind.

In den Jahrzehnten meiner aktiven Arbeit als Arzt hätte es als Verstoß gegen die Standessitte gegolten, ein Honorar für solche Einführungsarbeiten zu *fordern oder anzunehmen*. Der geschilderte Fall läßt allerdings vermuten, daß auch auf diesem Gebiet sich die Zeiten gewandelt haben. Doch kann ich nicht glauben, daß der Einzelfall verallgemeinernde, ungünstige Rückschlüsse zuläßt.

Mit freundlichen Grüßen
Professor Dr. med. Gerhard Rose, Obernkirchen

Beispielhaft

„Entzerrte Optik"; WELT vom 5. November

Das deutsche Nachkriegswunder. Leid und Leistung der Vertriebenen. Zu Ihrer Kritik über diesen Film im ZDF von Ekkehard Kuhn möchte ich als Betroffene hinzufügen, daß es sehr dankenswert ist, dem Publikum immer wieder einmal das Schicksal der ostdeutschen Bevölkerung vor Augen zu führen in der beispielhaften Haltung beim Überwinden des Leides durch die aufbauende Eingliederung ohne einen Gedanken an Revanchismus.

Ruth Storm, Wangen im Allgäu

Wort des Tages

» Lernen ist wie Rudern gegen den Strom. Sobald man aufhört, treibt man zurück. «

Benjamin Britten, englischer Komponist (1913–1976)

Personalien

AUSZEICHNUNG

Die Hamburger Stiftung F.V.S. hat die Freiherr-von-Stein-Medaille in Gold für das Jahr 1985 dem 48jährigen Bonner Staatsrechtler Professor **Josef Isensee** zuerkannt. Die Stiftung ehrt damit „den Lehrer und Forscher des Verfassungs- und Staatsrechtes, der in Wort und Schrift um das Verständnis der Bürger für die wechselseitige Abhängigkeit von Rechten und Pflichten als der Grundlage ihrer Freiheit in dem Staat, in dem er lebt, wirbt". Der Preis wird am Freitag im Berliner Rathaus Schöneberg überreicht werden.

KIRCHE

Von der Konferenz der Kirchlichen Datenschutzbeauftragten in der Bundesrepublik Deutschland wurde **Hartmut Junkes**, Justitiar im Katholischen Büro Saarland, zu ihrem Vorsitzenden gewählt.

VERÄNDERUNG

Als neuer Verbindungsoffizier Großbritanniens in der Berliner Regierungs- und Parlamentszentrale, dem Rathaus Schöneberg, hat **Edward C. Glover** seinen Dienst angetreten. Er ist Nachfolger seines Kollegen **C. H. Salvesen**.

*

Admiral **Wesley L. McDonald**, Oberster Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte Atlantik (Saclant), kam nach dreijähriger Amtszeit zu einem Abschiedsbesuch nach Bonn. McDonald, dessen Dienstsitz Norfolk in Virginia ist, wurde von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker**, Bundeskanzler **Helmut Kohl**, Verteidigungsminister **Manfred Wörner** und vom Inspekteur der Marine, Vizeadmiral **Dieter Wellershoff**, empfangen. Am 27. November wird Admiral **Lee Baggett** seine Nachfolge antreten.

WAHL

Mit der Wiederwahl des ersten Vorsitzenden des Marburger Bundes, **Jörg D. Hoppe** (Düren), ist in Köln die 68. Hauptversammlung der Ärztevereinigung zu Ende gegangen. Der Hamburger Radiologe **Frank-Ulrich Montgomery** wurde zum neuen ersten stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

VERANSTALTUNG

In der Vertretung des Landes Niedersachsen in Bonn wurde die aus Anlaß des 70. Geburtstages von Dr. **Herbert Hupka** (MdB) von **Helmut Neubach** und **Hans Ludwig Abmeier** im Verlag Langen-Müller, München, herausgegebene Festschrift „Für unser Schlesien" der Öffentlichkeit vorgestellt. Zu den 25 Autoren der Festschrift gehören unter anderem Jesuitenpater **Johannes Leppich**, Ministerpräsident Dr. **Ernst Albrecht**, Dr. **Erich Mende**, der inzwischen verstorbene Staatsminister Dr. **Alois Mertes** und Bundesminister **Heinrich Windelen**, der an der Buchpremiere teilnahm. Unter den Gästen sah man auch den Abt von Maria Laach, **Adalbert**, den Parlamentarischen Staatssekretär Dr. **Ottfried Hennig**, die Bundestagsabgeordneten **Franz Möller** und Dr. **Herbert Czaja**, gleichfalls Mitautor der Festschrift. Über den Schriftsteller Herbert Hupka sprach Professor Dr. **Eberhard Schulz**, Universität Duisburg, für den Ostdeutschen Kulturrat.

STAND PUNKT

Zwischen Kögl und Kuntz im Fettnäpfchen

Die hohe Kunst der Diplomatie war sicherlich noch nie die Stärke von Franz Beckenbauer, im Gegenteil. Manchmal, so hat der Nationalmannschafts-Teamchef vor kurzem in einem Fernseh-Interview bekannt, „rede ich einen ganz schönen Blödsinn daher". So viel offenherzige Einsicht mag ihn zwar ehren, aber sie kann auch nicht als Entschuldigung dafür herhalten, daß Beckenbauer die sich bietenden Gelegenheiten wahrnimmt, in irgendein Fettnäpfchen zu treten. Jetzt hat er den VfL Bochum verärgert, weil er Torjäger Stefan Kuntz (*der mit 14 Treffern* die Torschützenliste anführt) erst ins Aufgebot der Nationalmannschaft für das Weltmeisterschafts-Qualifikationsspiel am Sonntag gegen die CSSR in München geholt, dann aber kurzerhand in den Junioren-Kader abgeschoben hat. Kuntz wird jetzt vom Münchner Ludwig Kögl ersetzt. Bochums Trainer Rolf Schafstall spricht davon, daß sein Schützling „eiskalt abserviert" worden sei.

Tatsächlich wähnen die Bochumer wohl nicht zu Unrecht, daß weniger sportliche, denn finanzielle Aspekte den Ausschlag für Beckenbauers *plötzlichen* Sinneswandel gegeben haben. Für München sind nämlich bisher erst – das war nach der 0:1-Pleite gegen Portugal abzusehen – 8000 Eintrittskarten verkauft worden. Da liegt der Verdacht nahe, daß durch mehr Bayern-Spieler in der *Mannschaft* – Libero Klaus Augenthaler hatte seinen Platz schon seit langem sicher – der Kartenverkauf neu belebt werden soll. Mit Speck fängt man eben Mäuse.

Aber der Zweck heiligt nicht alle Mittel. Beckenbauer setzt ein gehöriges Stück eigener Glaubwürdigkeit aufs Spiel, wenn er plötzlich außer Kraft setzt, was er bisher immer mit Nachdruck propagiert hat: Nur die *Leistung zählt. Schafstall meint:* „Kögl hat in dieser Saison bei den Bayern nicht einmal einen Stammplatz behaupten können. Kuntz ist seit Wochen in Superform. Hier stimmen die Relationen vorne und hinten nicht".

Ob sich das Münchner Publikum durch Kögls Nominierung am Sonntag wirklich in Scharen ins Stadion locken läßt, bleibt abzuwarten. Sicher aber ist: *Heute abend beim* Pokalspiel von Bayern München in Bochum steht Kögl ein Spießrutenlaufen bevor. Dank Beckenbauer.

BERND WEBER

TENNIS

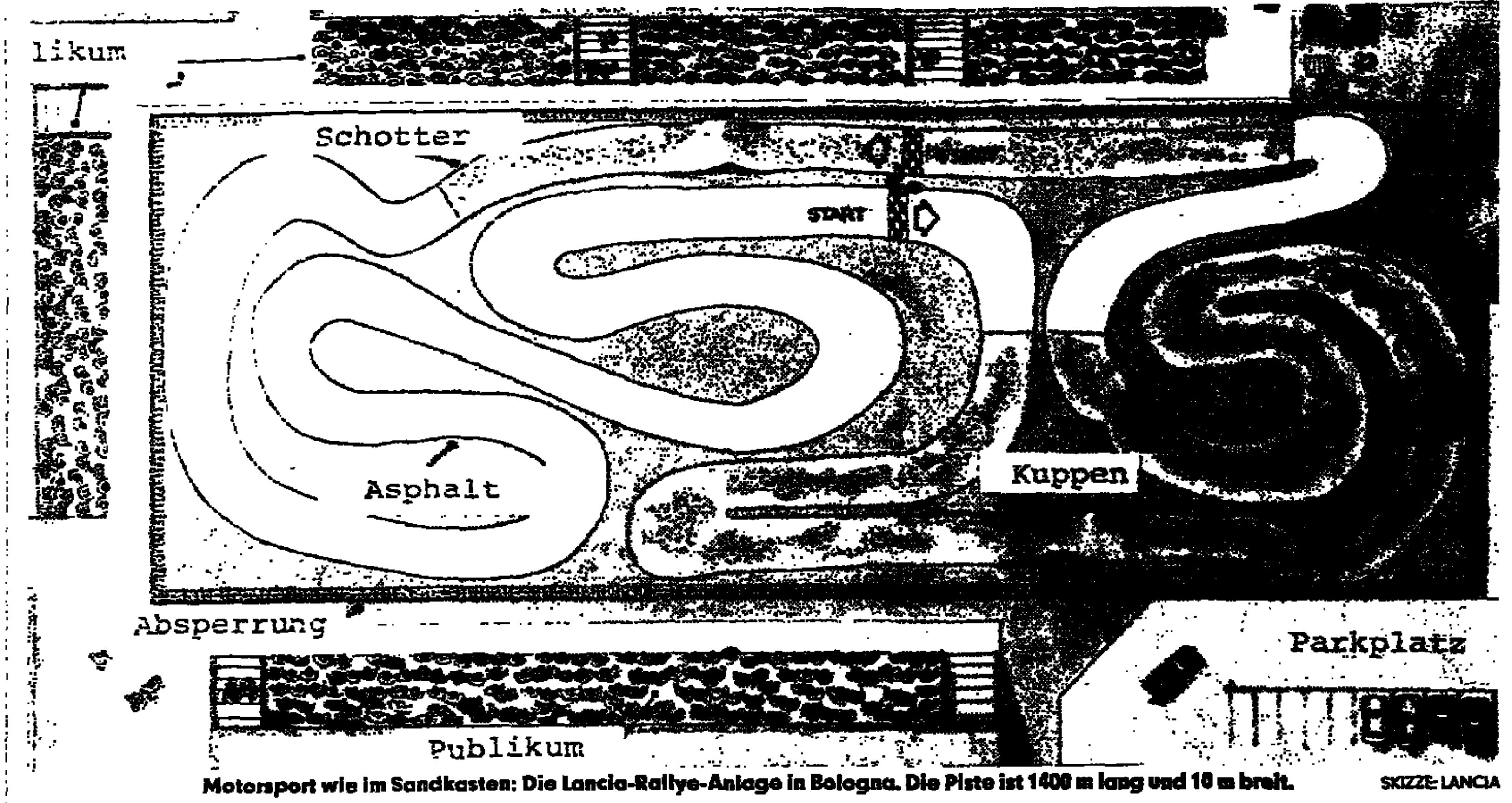
Wieder Lendl gegen Becker?

sid/SAD, **London**

129 Tage nach seinem Wimbledon-Sieg am 7. Juli tritt Boris Becker erneut in England an. Heute spielt er beim „Empire Pool" im Londoner Vorort *Wembley das erste Match* beim mit 375 000 Dollar dotierten Grand-Prix-Turnier. Acht Tage vor seinem 18. Geburtsstag trifft Becker zunächst auf den 27 Jahre alten Israeli Shlomo Glickstein. Der 1,88 m große und 89 kg schwere Glickstein, *als Sergeant der israelischen Armee* Teilnehmer am Jom-Kippur-Krieg und mit der Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet, sagt: „Ich bin es gewohnt, in der ersten Runde stets auf die Großen zu treffen, warum soll es also nicht auch mal Becker sein."

Nach den Absagen von Connors, Curren (beide USA), Leconte (Frankreich), Wilander und Sundstroem (Schweden) läuft wohl alles auf ein Finale zwischen Wimbledon-Sieger Becker und dem Weltranglisten-Ersten Ivan Lendl hinaus. Der Tschechoslowake trifft im ersten Spiel auf den Amerikaner Larry Stefanki.

MOTORSPORT / Premiere für neuen Wettbewerb auf einer neuartigen Piste



Motorsport wie im Sandkasten: Die Lancia-Rallye-Anlage in Bologna. Die Piste ist 1400 m lang und 10 m breit. SKIZZE: LANCIA

Rallye im Stadion – immer rundherum

KLAUS BLUME, **Bonn**

Es war am 2. Mai, kurz hinter Ajaccio auf Korsika: Attilio Bettega, 32 Jahre alt, Südtiroler, seit 1978 Rallye-Werksfahrer bei Lancia, wird aus seinem Auto geschleudert, prallt mit dem Kopf gegen eine Felswand und stirbt noch am Unfallort. Lancia-Sportchef Cesare Fiorio kommentiert: „Attilio war immer etwas zu *schnell, er war eben ein Fatalist."* Starb Bettega nur deshalb?

Wohl nicht, denn nun wird in Bologna eine von Lancia organisierte Veranstaltung seinen Namen tragen – nämlich das „Bettega Memorial" –, bei der es vor allem um die Sicherheit im Rallye-Sport geht. Austragungsort der neuen „Formula Rallye" wird auf dem *Gelände einer Automobils*how ein abgesperrtes und gut zu überblickendes Areal mit gemischter Schotter-, Sand- und Asphaltpiste sein, gesäumt von gut gesicherten Zuschauer-Tribünen für 50 000 Besucher. Warum sich Lancia bei dieser von der englischen „Formula Rally Organisation" (F.R.O.) ins Leben *gerufenen neuen Motorsportserie engagiert*, beschreibt ein Firmensprecher so:

„Moderne Rallye-Fahrzeuge der Gruppe B (davon muß es mindestens 200 identische Exmplare geben, an denen erhebliche technische Veränderungen erlaubt sind, die Red.) verfügen heute über Leistungswerte zwischen 400 und 600 PS, haben Allradantrieb und wiegen weniger als 900 Kilogramm. Mit ihnen lassen sich Beschleunigungszeiten realisieren, die denen der Formel 1 mindestens ebenbürtig sind – und das alles auf Pisten, die seit zehn Jahren nicht verändert wurden. Die Zuschauermassen *entlang der Strecken bergen vor* diesem Hintergrund ein Sicherheitsrisiko."

So wie am Wochenende im südfranzösischen Montbrison, wo bei einer Rallye zwei Zuschauer getötet *und ein weiterer schwer verletzt wur*den. Ein Rallye-Fahrzeug war in einer Kurve von der Straße abgekommen und in eine Zuschauergruppe gerast.

Die kaum kontrollierbaren Zuschauer am Straßenrand und die Aufrüstung der Rallye-Fahrzeuge zum beinahe reinrassigen Rennwagen hat diese Motorsport-Sparte in überaus gefährliche Grenzbereiche gebracht. Fast jeder in der Branche zittert vor dem scheinbar Unvermeidlichen, *nämlich vor der Rallye-Katastrophe*, bei der fünfzig oder mehr Zuschauer ihr Leben lassen müssen. Das wäre das Ende der Rallye-Veranstaltungen, für geraume Zeit wäre es wahrscheinlich sogar das Ende für den gesamten Automobil-Sport. Und das würde auch unvorstellbare Folgen für die Automobil-Hersteller haben, denen Rallyes bislang als hervorragende Instrumente der Verkaufsförderung dienen. Von Lancia-Rallyechef Cesare Fiorio ist wohl auch deshalb der Satz überliefert: „Was tue ich an dem Tag, an dem so etwas passiert?"

Damit dieser Tag niemals zur furchtbaren Gewißheit wird, soll etwas unternommen werden – zum Beispiel auch mit jener „Formula Rally", wie sie nun in Bologna Premiere haben wird und wie sie sich in Frankreich (Grenoble und Divonne), Deutschland (Essen) und Italien (Sestriere und erneut Bologna) fortsetzen soll. Die Zusagen der großen Rallye-Teams liegen vor: von Lancia, Audi, Peugeot, Austin Rover, Renault und Ford. Gefahren wird dann auf einer Piste von 1400 Meter Länge *und zehn Meter Breite. Das Regle*ment erinnert ein wenig an die Verfolgungsrennen der Radrennfahrer: Von zwei gegenüberliegenden Startplätzen aus gehen jeweils nur zwei Fahrzeuge ins Rennen. Wer die vorgegebene Strecke in der schnellsten Zeit zurücklegt oder gar den Kontrahenten einholt, ist Sieger und somit *eine Runde* weiter. Der *Unterlegene* scheidet aus dem Wettbewerb aus. So geht es dann bis zum Finale.

Weil auf den künstlichen Rallye-Pisten charakteristische Streckenteile klassischer Rallyes – von der Rallye Monte Carlo bis zur San-Remo-Rallye – nachgebaut werden, weil aus Sicherheitsgründen die Zuschauer weit entfernt vom Geschehen untergebracht sind, weil durch die Überschaubarkeit der Piste der Unterhaltungswert steigt, hofft man zumindest bei Lancia auch auf werblichen Profit: nämlich auf mehr Sendezeit beim Fernsehen und damit auf ein Mehr an kostenlosen Werbespots.

Das Manko solcher Veranstaltungen: Sie sind in erster Linie eine neue Form von Autorennen, aber kaum noch Rallyes im herkömmlichen Sinn. „Ich glaube nicht, daß solche Veranstaltungen die klassischen Rallyes verdrängen können", sagt denn auch Audi-Rallyechef *Roland* Gumpert. Aber Gumpert hat zugleich auch eine Idee, wie man die neue Formel für die allzu gefährlich gewordenen Rallyes nutzen kann. Er sagt: „Man könnte doch so etwas durchaus kombinieren. Nehmen wir folgendes Beispiel: Es gibt in Italien Rallyes, bei denen der Veranstalter *ganz schlicht überfordert ist*, 800 Spezial-Kilometer lückenlos abzusperren. Wenn er jetzt statt einer solchen Rallye eine Formula Rally auf gesichertem Areal mit 150 Kilometern gesicherter Sonderprüfungen in der Toscana kombiniert, kommen er und der gesamte Rallye-Sport einen ganzen Schritt weiter."

SPORT-NACHRICHTEN

Keine Einschränkungen

Berlin (sid) – Die Motorsport-Veranstaltungen in Berlin sollen trotz aller Umweltbelastungen nicht eingeschränkt werden. Das stellte der Aus*schuß für Schule und Sport des Berli*ner Abgeordnetenhauses fest. Berlin verfügt über sechs Motorsport-Anlagen, die nach neuen Bestimmungen genehmigungspflichtig sind, weil an mehr als fünf Tagen im Jahr Veranstaltungen durchgeführt werden.

Reck nach Bremen

Bremen (sid) – Torhüter Oliver Reck (20) vom Fußball-Amateur-Oberligaklub Kickers Offenbach unterschrieb einen Vertrag beim Bundesliga-Verein Werder Bremen. Der frühere Bremer Nationaltorwart Dieter Burdenski wird seine Laufbahn am 30. Juni 1986 beenden.

Ohne drei Weltmeister

Rom (sid) – Italiens Fußball-Na*tionaltrainer Enzo Bearzot verzichtet* beim Test-Länderspiel gegen Polen *auf drei Spieler der Weltmeister-Elf* von 1982. Für Conti, Tardelli und Rossi nominierte Bearzot mit Baldieri (Pisa), Vialli (Genua) und Galli (Mailand) drei Neulinge.

Teilnehmer komplett

Zürich (dpa) – Das Teilnehmerfeld für die 11. Handball-A-Weltmeisterschaft der Männer in der Schweiz ist komplett. Mit Kuba qualifizierte sich die 16. und letzte Mannschaft für das Turnier, das vom 25. Februar bis 8. März 1986 *ausgetragen wird*. Die Sitzplatzkarten für das Finale in Zürich sind bereits ausverkauft.

Hohe Versicherung

London (dpa) – Die englische Fußball-Nationalmannschaft, die 1986 an der Weltmeisterschaft in Mexiko teilnimmt, wird für den Rekordbetrag von 20 Millionen Pfund (80 Millionen Mark) versichert. Die Versicherung *deckt alle Risiken inklusive* Naturkatastrophen und normale Fußball-Verletzungen. Sie kostet jährlich 240 000 Mark.

Supercup im Fernsehen

Frankfurt *(dpa) – Das Erste* Deutsche Fernsehen (ARD) wird vom Handball-Supercup in der nächsten Woche am Dienstag (22.30 – 23 Uhr), Mittwoch (23.00 – 23.45) und Freitag (23.00 – 23.35) sowie am Samstag innerhalb der Sportschau (18.03 – 19 Uhr) berichten. Es geht um die Spiele der deutschen Mannschaft gegen Dä*nemark*, die CSSR und die UdSSR und um das Halbfinale des Turniers.

Johannsen Teamchef?

Zürich (dpa) – *Der frühere Bundes*liga-Trainer Helmuth Johannsen (65) soll neuer Trainer der Schweizer Fußball-Nationalmannschaft werden. Johannsen wird – so der Zürcher „Sport" – am Mittwoch beim Länderspiel gegen Norwegen als Nachfolger von Paul Wolfisberger vorgestellt.

ZAHLEN

FUSSBALL

Deutscher Pokal, Achtelfinale, heute spielen: VfL Bochum – Bayern München, VfB Stuttgart – Werder Bremen, Alemannia Aachen – Schalke 04.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Helsinki (Preisgeld 50 000 Dollar), 1. Runde: Kühnen (Deutschland) – van Patten (USA) 7:5, 4:6, 6:4, Jelen (Deutschland) – Kalovelonis (Griechenland) 4:6, 6:3, 6:3, Eriksson (Schweden) – Beutel (Deutschland) 6:7, 1:6. – **Damen-Turnier** in Brisbane (150 000 Dollar), 1. Runde: Holikova – Marsikova (beide CSSR) 6:4, 6:7, 7:6, Tschernewa (UdSSR) – Fernandez (Puerto Rico) 6:2, 5:7, 6:1, Durei (Großbritannien) – Jaggard (Australien) 7:5, 6:4, Henrickson (USA) – Tobin (Australien) 7:5, 4:6, 6:4, Hobbs (Großbrtannien) – Gerken (USA) 6:4, 6:4, Fairbanks (Südafrika) – Thompson (Australien) 7:5, 6:3.

GEWINNQUOTEN

Lotto: *1: 1 805 439,40* Mark, 2: 68 129,70, 3: 10 039,50, 4: 153,80, 5: 10,50. – **Toto**, Elferwette: 1: 12 201,90, 2: *199,60, 3: 15,30. – 6 aus 45: 1: 1 557 713,50*, 2: unbesetzt, Jackpot 98 843,90, 3: 5776,50, 4: 93,50, 5: 7,80. – **Rennquintett**, Rennen A: 1: 13,20, 2: 2,00. – Rennen B: 1: 678,40, 2: 100,30. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 14 246,40 Mark. (ohne Gewähr)

FUSSBALL / Die Hauptstadt steht im Abseits

Traum vom „FV Berlin" wird zerstört vom Egoismus der Vereine

DIETER DOSE, **Berlin**

Der Bedarf muß vorhanden sein, sonst könnte es sich eine Fluggesellschaft nicht erlauben, Billig-Flüge anzubieten. Alle fußballinteressierten Berliner nämlich lockt sie mit dem Slogan: „Live. Zum Schottentarif." Gemeint sind dabei Trips zu Bundesligaspielen, nach Hamburg oder Bremen, *Stuttgart oder München*. Berlin ist in der obersten deutschen Spielklasse nicht mehr vertreten, zuletzt gab Hertha BSC in der Saison 1981/82 ein einjähriges Gastspiel. Dafür tummeln sich gleich drei Klubs der Stadt vom Mittelfeld abwärts in der Zweiten Liga: Blau-Weiß 90 (Tabellenplatz zehn), Hertha BSC (16.) und Tennis Borussia (19.). Der große Fußball rollt vorbei, es gibt in der Saison dreimal Bayreuth, nicht einmal Bayern, dreimal Homburg, niemals Hamburg.

Die Situation in der Stadt mit den einst höchsten Zuschauerzahlen (86 000 bei einem Spiel Hertha BSC gegen den 1. FC Köln) ist trist, nicht nur sportlich, auch finanziell. Alle drei Vereine sind in Nöten, eine Konzentration der Kräfte, seit langem Gedankenmodell von Senat, Berliner Verband und Fans, scheitert immer wieder am Vereinsegoismus.

Ausgerechnet Tennis Borussia, Aufsteiger in die Zweite Liga, geht es noch am besten. Im Durchschnitt kommen zwar weniger als *2000* Zuschauer zu den Spielen (am letzten Sonntag 1657 gegen den Spitzenklub Fortuna Köln), aber ein millionenschwerer Wirtschaftsrat kauft Spieler und deckt Defizite. Wie da gearbeitet wird, zeigt eine bisher im deutschen Fußball einmalige Aktion: die Zahlung einer Ablöse für einen Trainer. Um Eckhard Krautzun aus seinem Vertrag bei Union Solingen loszueisen, wurden 40 000 Mark an die westdeutsche Konkurrenz überwiesen. Der Trainer wurde mit einem Dreijahresplan geködert, an dessen Ende der Aufstieg in die Bundesliga stehen sollte. Garantie des Vereins: Am Geld soll's nicht scheitern.

Ganz uneigennützig fließen die Mittel auch nicht. Die Mäzene inve*stieren mit der Hoffnung auf Gewinn*. Wird ein Spieler an einen anderen Verein abgegeben, teilen sich Geldgeber und Verein die Ablöse. Auf diese Art wurden vor der Saison 1,3 Millionen Mark für Spieler ausgegeben.

Tennis Borussia, das schon zweimal zur Bundesliga gehörte, gleich wieder abstieg und sein Schuldenkonto dabei auf zeitweise 4,6 Millionen Mark anwachsen ließ, hat sich auf einen Alleingang festgelegt. Der Berliner Fußball-Verband erhielt eine Absage bei seinen Bemühungen, die Gründung eines „FV Berlin" voranzutreiben.

Ebenso stur verhält sich Hertha BSC, der Verein, mit dem der Berliner Fußball jahrelang identifiziert wurde. Er wurde sogar im fernen Osten aktiv, um sportliche Mißerfolge, rund fünf Millionen Mark Schulden (Präsident Wolfgang Holst: „Es sind nur 3,2 Millionen"), lokale Konkurrenz und die mögliche Gründung eines „FV Berlin" abzuwehren. Rudi Gutendorf (die WELT berichtete) soll die Talfahrt bremsen. Um mit ihm reden zu können, schlug Präsident Holst sogar eine Einladung nach Cap Caneveral aus – zum Start der Raumfähre „Challanger" mit seinem *ehemaligen Schwiegersohn* Reinhard Furrer an Bord. Er flog lieber nach Tokio zu Weltenbummler Gutendorf.

Alle Zweifler wehrt Holst ab: „Das ist kein Gag, wir brauchen Gutendorf." Dennoch kann sich niemand so recht vorstellen, warum der Trainer mit dem Hauch des Exotischen einen hochdotierten Vertrag (50 000 Mark *im Monat*) mit einem unsicheren Engagement bei Hertha BSC tauschen sollte. Gutendorf soll am 1. Januar „nach englischem Vorbild" Sportdirektor werden und an den Einnahmen beteiligt werden. Diese Einnahmen liegen derzeit bei 70 000 Mark im Monat und reichen nicht aus, die Spieler zu bezahlen. Auch hier muß *ein Wirtschaftsrat* immer wieder einspringen.

Aus Tokio aber verlautet inzwischen, daß zumindest der Termin für Gutendorfs Arbeitsübernahme fraglich ist. *Die japanische Saison dauert* bis März 1986, früher will der Verein ihn nicht freigeben. Holst aber fühlt sich sicher: „Wenn der Rudi ein Ehrenmann ist, steht er uns wie abgesprochen im Januar zur Verfügung."

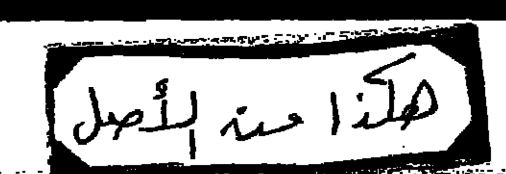
Aber mit Rudi Gutendorf an der Seite würde Holst eben am 25. November bei der Jahreshauptversammlung noch einmal als Präsident kandidieren. Er hatte bereits seinen Rücktritt angekündigt und einen bestimmten Nachfolger favorisiert: den Immobilien-Makler Peter Gayda (38). *Doch der zog sich zurück*, nachdem sein Konzept – Bildung einer Kommanditgesellschaft zur Rettung des Vereins – vom Deutschen Fußball-Bund abgelehnt worden war. Holst sagt: „Ich versuche, Gayda noch umzustimmen. Aber wenn das nicht gelingt, sich kein anderer Kandidat findet und der Wirtschaftsrat mich bittet, stehe ich zur Verfügung." Viele Worte. *Dabei wird in Berlin* gemunkelt, der Immobilien-Makler Gayda habe ohnehin nur das Ziel verfolgt, ein wenig Werbung für sich und sein Geschäft zu machen. Denn eines ist auch klar: Ob Präsident, oder nicht – ohne Gastwirt Holst würde im Verein ohnehin nichts laufen ...

Bleibt Blau-Weiß 90, der zur Zeit leistungsstärkste Berliner Fußball-Verein mit knapp 8000 Zuschauern pro Heimspiel. Präsident Manfred Kursawa hat die freiwillige Rückgabe oder die Übergabe der Lizenz angedeutet, wenn es zu einem Vereinszusammenschluß unter dem Namen „FV Berlin" kommen sollte. Da Tennis Borussia und Hertha BSC für diese Fusion aber nicht zur Verfügung stehen, sind jetzt Klubs aus dem Lager der Amateure die *Ansprechpartner*. Zum Beispiel der SC Charlottenburg, der auch schon in der Zweiten Liga spielte und als finanzstärkster Berliner Verein gilt (rund eine halbe Million Mark Bankguthaben und reiche Mäzene aus der Baubranche im Rücken). „*Noch eine Saison halten wir nicht durch*", sagt Kursawe. Und sein Charlottenburger Kollege Olaf Ruhts deutet verstohlen Interesse an: „Als Grundkapital werden fünf bis sechs Millionen Mark benötigt. Aber die sind in der Berliner Wirtschaft sicherlich aufzutreiben. Bei einem vernünftigen, klaren Konzept machen wir auch mit und bringen unsere finanzielle Potenz ein."

Der „FV Berlin", der Billig-Flüge zu Bundesligaspielen überflüssig macht, immer wieder nur Traum?

Bundesliga-Team nur aus Berlinern

So ist es ja nicht, Berlin bringt ja gute Fußballspieler hervor, zum Teil Stars der Bundesliga. Eine aktuelle Mannschaft aus Berlinern könnte so aussehen (verstärkt durch zwei Profis, die aus dem Ostteil der Stadt kommen: Tor: Vollborn (Leverkusen/Heimatverein FC Traber), Abwehr: Siegmann (*von Bremen in dieser* Saison zu Fortuna Köln gewechselt/Wacker 04), Sidka (Bremen/Berliner SV), Schlegel (Leverkusen/Dynamo Ost-Berlin), Mittelfeld: Drews (Leverkusen/SC Marienburg), Herbst (M'gladbach/SC Tegel), Häßler (Köln/Reinickendorfer Füchse), Zechel (Leverkusen/Blau-Weiß 90), Angriff: Littbarski (Köln/VfL Schöneberg), Götz (Leverkusen/Dynamo Ost-Berlin), Gründel (Hamburg/Rapide Wedding).



Ford macht hochwertige Technologie erschwinglich.

❞ Bei mir, dem Ford Scorpio 2.0i mit serienmäßigem Anti-Blockier-System,

Serienmäßig: Das integrierte Anti-Blockier-System. Der Scorpio bleibt auch bei einer Vollbremsung lenkfähig.

können Sie endlich auch hinten Ihre Beine bequem ausstrecken.



Nehmen Sie sich Zeit, mich mal ganz kennenzulernen. Und fahren Sie mich in Ruhe probe. Bei Ihrem Ford-Händler. ❞

Scorpio Ford

Jugendabend in der ARD: Pop, Sketche, Prominente und der Nachwuchs

Die Romantik wird wiederentdeckt

Wenn dereinst, vielleicht so um 1999 herum, das „Jahr der Maus" ausgerufen wird, dann werden ARD und ZDF (hoffentlich) ihre Medien- und Macher-Erfahrungen von gestern zumindest so weit ausgewertet und qualitativ eingeordnet haben, um mit den daraus gewonnenen Ansichten und Einsichten der Maus jene Darstellungs-Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die wir der Jugend von heute größtenteils schuldig geblieben sind.

Doch nicht nur das: Mitunter muß der aufmerksame, also der kritische TV-Zuschauer sogar annehmen, daß in beiden deutschen Sendeanstalten – bewußt? – das Bild einer Jugend gezeichnet wird, die es als Mehrheit so überhaupt nicht gibt. Das betrifft lautstark inszenierte Rock-, Pop- und Politspektakel ebenso wie ideologisch deformierte Fernsehspiele.

In sieben Folgen hatten sich auch die ARD mit der Frage auseinandergesetzt: Wie ist die Jugend von heute denn nun wirklich? Trotz aufwendiger Sendungen, mit internationalen Show- und Unterhaltungsstars nur so gespickt, stehen die Antworten noch immer aus. Liegt es vielleicht an den Fragestellungen einer Minderheit, die, wie anfangs bereits erwähnt, in den elektronischen Medien das Bild einer Jugend entwirft, das es mehrheitlich nicht gibt? Wie ernsthaft oder wie wirklichkeitsfremd bzw. wirklichkeitsverfälschend – wie teilweise in den bisherigen Folgen der Fall – sind denn die Fragen und persönlichen Statements jener jugendlicher

Jugendliebe – Zweierkiste, 20.15 Uhr, ARD

Medienmaker, die Jugend oftmals nur im Zusammenspiel von Rock und Pop, von Drogen und Demos, von *Null Bock* und *No-Future-Generation* darstellen. Jugend also allein als Jugend in der Krise definieren?

Doch von Katastrophen und Krisen soll heute abend in der ARD-Sendung „Jugendliebe – Zweierkiste" einmal nicht die Rede sein, „wenngleich", so Helmut Kampf, verantwortlicher NDR-Redakteur für diese Live-Sendung aus der Kaltenkirchener Diskothek Micmac, „Liebe als Triebmotor zwischenmenschlichen und sozialen Verhaltens stets auch in eine Katastrophe führen kann". Liebe damals, Liebe heute, Zärtlichkeit und wiederentdeckte Romantik, nicht abgestorbene Ängste und Sehnsüchte, Hoffnungen und Enttäuschungen, die ganze Skala also denkbarer, definierbarer menschlicher Empfindungen zum Thema Liebe soll hier vorgeführt, „ausdiskutiert" werden im Pro- und Kontra-Dialog zwischen Alt und Jung, zwischen Gästen im Saal und Starvätern wie dem Zaubergeiger Helmut Zacharias und seinem Sohn Stephan, zwischen dem Bandleader Peter Herbolzheimer und seiner Tochter Micke sowie Udo Jürgens und seiner auch singenden Tochter Jenny.

Es wäre gar zu schön und gewiß *auch wichtig für unsere Jugend*, daß sie nicht nur Sendezeiten erhält, sondern auch den Mut aufbringt, sich im Medium Fernsehen so darzustellen, *wie sie wirklich ist.*

AXEL MICHAEL SALLOWSKY

KRITIK

Soldaten, die nicht nur „funktionieren"

Wie wohltuend war da zweierlei am langen Fernsehabend über die Bundeswehr: Zum einen zeigte sich, die Truppe kann über sich selbst herzhaft lachen und stellt in gar nicht so schlechter kabarettistischer Manier die Probleme dar, mit denen sie sich – Stichwort Pillenknick – in den nächsten Jahren wird herumschlagen müssen. Zum anderen aber – überraschend und sicher wohl noch sehr viel wichtiger – kann das Fernsehen offensichtlich auch einmal fast ganz unverkrampft über unsere Soldaten und die Streitkräfte berichten und sich dabei sogar um Auflockerung und Spannung zugleich bemühen.

Die Sendungen **Tagesbefehl: Weitermachen** (ZDF) und **Die Republik und ihre Armee** (ARD) setzen Maßstäbe für die künftige Arbeit der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Sie haben mit ihnen bewiesen, daß es bei ihnen auch Redakteure gibt, die sich dem Thema Bundeswehr und Landesverteidigung ideologisch weniger verklemmt als früher zu nähern vermögen. Ironisch müßte man fragen, sollen erst wieder 30 Jahre vergehen, bis die Bundeswehr für wert befunden wird, so im Fernsehen dargestellt zu werden, wie sie wirklich ist?

Beide Sendungen verfolgten unterschiedliche Konzepte. Die im ZDF spulte sich an einem roten Faden ab, dargestellt vom Schützenpanzer und seiner Besatzung. Die in der ARD wirkte dagegen etwas mühevoll zusammengehalten durch die Einblendung der Generale, Schmückle, den a. D., und Altenburg, den amtierenden Generalinspekteur, die ein bißchen hastig durch das weite Problemfeld Sicherheitspolitik und Bundeswehr geleitet wurden. So kamen die Soldaten im Schützenpanzer besser beim Zuschauer auch als Menschen an. Nach drei Viertel Stunden sagte jener sich: Aha, da ist er ja wieder, mein Bekannter. Sympathisch, wie der engagiert seine Aufgaben darstellt und trotzdem zeigt, daß er nicht nur „funktioniert", sondern auch denken und fühlen kann.

Dem ZDF gelang es gar, dem Generalinspekteur eine Neuigkeit zu entlocken. Altenburg kündigte an, er werde auf der im nächsten Monat in Karlsruhe stattfindenden Kommandeurtagung den Truppenführern sagen, sie müßten zur Minderung der Dienstzeitbelastung ihrer Soldaten Wege suchen. Einige klagten vor der Kamera ja unverhohlen darüber, daß sie durch ihren Dienst in der Kaserne im Verhältnis zu ihrer zivilen Umwelt unvergleichlich mehr Wochenarbeitsstunden hätten. Die Ankündigung des Generalinspekteurs dürfte wie eine Schockwelle durch die Kasernen gehen. Sie trifft den Nerv der Soldaten, denn sie sehen sich zunehmend als „Stiefkinder der Nation".

Wer sich am Montagabend die zweieinviertel Stunden „Bundeswehr satt" auf dem Bildschirm zugemutet hat, ist nicht enttäuscht worden. Das dargebotene Kaleidoskop war informativ, bunt, umfassend.

RÜDIGER MONIAC

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ARD-Ratgeber
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Theaterwerkstatt
Minetti. Lear
11.40 Augsburg
12.10 Panorama
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

10.30 30 Jahre Bundeswehr
Vom Truppenübungsplatz Bergen-Hohne
16.00 Tagesschau
16.10 Mit Gott in die Tiefe
Porträt eines „U-Boot-Pfarrers"
16.55 Das Haus der Krokodile (2)
17.25 Lilingo
Ein Dorf in Afrika
2. Teil: Lambouna – In den Gärten Ahamadou ist Stuhlmacher, er hat vor sechs Jahren „umgesattelt", früher war er Jäger und Büchsenmacher: „Ich jagte alle Wildtiere. Früher waren viele Bäume im Busch; wenn man hinging, konnten die Tiere den Jäger nicht mehr sehen. Aber jetzt ist kein Baum mehr da ..."
17.50 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Jugendabend
Jugendliebe – Zweierkiste
Der heutige Jugendabend beschäftigt sich mit neuen Trends in der Partnerschaft: Alte Werte wie Treue und Romantik kommen wieder in Mode. Für Unterhaltung sorgen unter anderen Alison Moyet, Felix de Luxe und Kabarettist Thomas Freitag.
22.00 ARD-Sport extra
DFB-Pokal
Achtelfinale
22.45 Tagesthemen
23.15 Ohne Filter
Musik pur
0.15 Tagesschau
0.20 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Bettkantengeschichten
Der unvergessene Schwur
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Tao Tao
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Trio mit vier Fäusten
Die geplagte Schönheit
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 Hitparade im ZDF
Präsentiert von Viktor Worms
20.15 ZDF Magazin
Moderation: Gerhard Löwenthal
21.00 Hotel
Außenseiter
21.45 heute-journal
22.05 Tegtmeier
Mit Jürgen von Manger
Die Zeiten, in denen der Kunde sich in dem Glauben wiegen konnte, er sei ein König, gehören wohl endgültig der Vergangenheit an. Aus dem König nämlich ist ein Kuli geworden, der sich in seiner knapp bemessenen Freizeit zwangsläufig in verschiedenen Berufen üben muß.
22.35 Das kleine Fernsehspiel
Tödlich – gilt nicht
Eine Revue mit vielen bekannten Rollen
Menschen aus einer psychiatrischen Anstalt spielen Rollen in einem Spiel, das der Familienfehde der Montagues und Capulets in „Romeo und Julia" nachempfunden ist.
0.00 heute



Hildegard Knef als ehemalige KZ-Insassin in dem berühmten Film „Die Mörder sind unter uns" – 21.45 Uhr, Nord III FOTO: HIPP-FOTO

III.

WEST

18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Recklinghausen
Informationen und Unterhaltung aus der Stadt der „Ruhrfestspiele"
21.45 eff-eff
Freizeit und Fitneß
22.30 Schatten der Vergangenheit
Französischer Spielfilm (1946)
Mit Louis Jouvet, Gaby Morlay, Jean Brochard u. a.
Regie: Christian-Jaque
0.10 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Englisch für Fortgeschrittene
19.00 Arbeitsplätze
Heidepark Soltau
19.30 Landwirtschaft aktuell
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Die schwierige Nation (2)
21.45 Die Mörder sind unter uns
Deutscher Spielfilm (1946)
Mit Hildegard Knef u. a.
23.05 Actualités
23.20 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Denk und Dachte
18.50 Wieso – Weshalb – Warum?
19.05 Was tun mit der Zeit!
19.45 Herrchen gesucht
20.15 Parlament, Parteien, Perspektiven
21.00 Schwerpunkt
21.30 Drei aktuell
22.00 Machen Sie Ihr Spiel
Schweizer Fernsehfilm
Mit Omar Sharif u. a.
Regie: Alain Bloch
23.30 Schach dem Weltmeister

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 45 Fieber
Ein Jugendmagazin
20.15 Museen der Welt
Die Pinacoteca di Brera in Mailand
21.00 O. K. Nero
Italienischer Spielfilm (1952)
Mit Carlo Campanini, Walter Chiari, Gino Cervi u. a.
Regie: Mario Soldati
22.45 Die Herren der Welt (5)
Ankunft in Eldorado: Spanien
23.30 Nachrichten

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Bayern-Kini '85
19.45 Mad Movies oder Als die Bilder laufen lernten
20.15 Christians Wanderbretti
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Ein Liebesdrama (3)
Italienischer Fernsehfilm in vier Teilen
22.50 Kinder in der Krise
Die Kinder der Arbeitslosen
23.35 Rundschau
23.40 News of the Week

SAT 1

13.30 Trickfilmzeit mit Adelheid
Mr. Magoo und Schneewittchen
14.00 Big Valley
Vertrauen gegen Vertrauen
15.00 Maggey
Der starke Mann
15.30 Musicbox
16.30 Drei Mädchen und drei Jungen
Wer schrieb den Brief?
17.00 Kultur, Natur und Wissenschaft
Die gefährlichste Qualle der Welt
18.00 Es darf gelacht werden
Kuh auf zwei Beinen
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
Nachrichten und Reise-Quiz
18.45 Zahlen und Buchstaben
Das Konzentrationsspiel
19.10 Sport auf SAT 1
Anschließend: Das Skatturnier der „Bildwoche"
20.00 Offen gesagt
Curth Flatow im Gespräch mit Reni Walther
Anschließend: Wetter-Bericht
20.30 Love Boat
Anschließend: Ihr Wochenhoroskop
21.30 APF blick
Aktuelles,
Show und Künstler,
Sport und Wetter
22.15 Django und die Bande der Bluthunde
Italienischer Spielfilm (1969)
23.45 APF blick
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Galerie für Kinder
5. Diether Kressel
Die lieben Haustiere
4. Alle Vögel sind schon da!
19.00 heute
19.30 Die Michael Schanze Show
Ein musikalisches Rendezvous der *guten Laune*
21.00 Die Mittwochsgeschichte
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 1000 Jahre Ladiner Prozession
Die kleinste Minderheit in Südtirol sind die Ladiner. Sie leben vor allem im Grödnertal und in dem noch unberührten Gadertal.
22.30 Sportreport
„Es kommt drauf an, wie man Weiblichkeit sieht ..."
Frauen im Sport
23.15 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.53 7 vor 7 – Newsshow
19.20 Karlchen
19.30 Delvecchio
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Symphonie eines Lebens
Deutscher Spielfilm (1942)
Mit Harry Baur u. a.
Regie: Hans Bertram
22.05 Wer bin ich?
22.30 Horoskop
22.35 Betthupferl

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Für italienisches Mineralwasser und venetianische Markenweine suchen wir zum 1. 1. 1986 einen

GETRÄNKE-GROSSHANDEL

Das Mineralwasser wird mit einer neuen, konkurrenzlosen Angebotsform vertrieben. Absoluter Gebietsschutz wird zugesichert.

Bevorzugt werden Bewerber mit Erfahrungen in der italienischen Gastronomie.

Schriftliche Bewerbungen bitte an:



INTERCAMPO
Handelsgesellschaft mbH
Billwerder Neuer Deich 228
2000 Hamburg 28

Steigen Sie ein in das erfolgreiche SoftwareCity Konzept

Wir bieten:
- Standard-Software
- Branchenlösungen
- Erstklassige Hardware (Made in Germany) mit ausgebautem Service-Netz
- Gebietsschutz
- Starke Einkaufsgemeinschaft
- Marketing-Konzepte

Wir erwarten:
- Vertriebserfahrung
- EDV-Kenntnisse
- Leistungsbereitschaft
- Willen zum Erfolg
- Eigenkapital

software city Vertriebs-GmbH
Spiekerhof 31 · D-4400 Münster
Tel. 02 51 – 4 08 66-69

Für ein international bekanntes Unternehmen sind innerhalb der BRD Partnerschaftsverträge abzuschließen, *die eine Investition von jeweils ca. 60 – 80 TDM* erfordern.
Dabei bietet sich für

Spitzenverkäufer

die seltene Möglichkeit zu einem außergewöhnlich hohen Provisionseinkommen von

DM 150.000,– bis 200.000,– p.a.

Die Tätigkeit ist jedoch nur geeignet für wirkliche Könner mit Erfahrung aus den Bereichen des Direktvertriebs, des Investitionsgüter– oder Franchiseverkaufes. Bewerben Sie sich bitte nur schriftlich bei der von uns beauftragten Agentur. Sperrvermerke werden selbstverständlich berücksichtigt.

**LIFE Werbeagentur, z. Hd. Herrn D. Behnsen
Grüneburgweg 149, 6000 Frankfurt/Main**

Funk-Alarm-System
Wir haben das technisch perfekte Produkt der Sicherheitstechnik. Hinter diesem System steht eine *Erfahrung von über 12 Jahren.* Wir suchen seriöse Vertriebspartner für einen expansiven Markt in allen „PLZ-Gebieten". Unser Angebot: hohe Rendite, geringer Investitionsschub.
INAU-Elektronik
Postfach 50 13 09, 5000 Köln 50

Kaufe aus Konkursmassen und Lagerbeständen Heizung- + Sanitär-Material
R. Meyer GmbH & Co. KG
Am Allerufer 8, Telefon (0 42 31) 20 94
2810 Verden (Aller)

EIN SOLIDES ZWEITES EINKOMMEN
Übernahme einer Reiseagentur
Erforderl. Eigenkapital 6000,- DM
Zuschr. unter H 6744 WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Jurist
übernimmt für Sie Vertragsverhandlungen im In- und Ausland sowie Ausarbeitung von Verträgen. Zuschr. erb. u. K 4949 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Indonesien
Ein Land mit enormem Wachstum und entsprechenden Bedürfnissen. Wenn Sie der Hersteller oder die Vertriebsorganisation eines soliden deutschen Produktes sind und ohne die in Asien üblichen Startschwierigkeiten exportieren wollen, nehmen Sie bitte Verbindung auf unter I 6719 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl

Wer will ein solches Haus
kaufen oder beim Kauf mitwirken? Ein öko-biologisches Haus nach der *in aller Welt bewährten Bauweise* aus langsam gewachsenen skand. Hölzern. Z. B.: Rohbausatz für 94 m² WF bei Eigenleistung nur 59 000,– DM. Modernste Energieeinsparung. MF-GmbH, PF 885, 493 Detmold 0 52 31 / 2 02 44. Selbständer Vertriebspartner gesucht.

Geben Sie bitte die *Vorwahl-Nummer* mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen.

CITY BÜROS
Hamburg-Innenstadt
mit Fullservice: Tel., Telex u. -fax., Schreib- u. Postdienst, Konferenzräume, möbl. Büros als Firmensitz od. Repräsentanz, sof. verfügbar.
Tel. 0 40 / 23 11 75

Vertretungen übernimmt
aktives Verkaufsteam, auch exportorientiert, f. den ges. nordd. Raum. Einrichtung von Auslieferungslägern mögl.
Tel. 0 41 31 / 5 01 41, Tx: 2 182 285

BILLIGFLÜGE u. Gruppenreisen ☎ 05 11 / 63 13 13

FV AKTUELL — Bundesanstalt für Arbeit

1927
Betriebswirt (grad.)
35, verh., Industriekaufmann, Studium FH Bielefeld, Teilnahme am DV-Seminar (8 Monate), 3 J. betriebswirtschaftl. Sachbearbeiter und 4 J. Gruppenleiter Buchhaltung; sucht Tätigkeit in der kaufm. Verwaltung: Rechnungswesen, Betriebswirtschaft, Organisation; in Norddeutschland.
Auskünfte erteilt: Herr Gründemann
Fachvermittlungsdienst Bielefeld, Friedenstraße 19, 4800 Bielefeld 1, ☎ 05 21/5 87-3 48, -3 55, FS 9 32 344

1928
Leiter Betriebsabrechnung/Buchhaltung
43, verh., Industriekaufmann, grad. Betriebswirt, langjährige Berufserf. in Finanzbuchhaltung, Bilanzierung, kurzfristige Erfolgsrechnung, Kostenrechnung, Kalkulation, Steuern, Statistik, Personalwesen; sucht neue verantwortliche Position.
Auskünfte erteilt: Herr Gründemann
Fachvermittlungsdienst Bielefeld, Friedenstraße 19, 4800 Bielefeld 1, ☎ 05 21/5 87-3 48, -3 55, FS 9 32 344

1929
Betriebswirt, staatl. gepr.
38, Industriekaufmann, Fachschule Bremen 9/77. 7 Jahre Erfahrung in der Rohkaffee-Importabwicklung, mehrj. Praxis im industriellen Einkauf, Schwerpunkte Möbelstoffe und Holz. 2 Jahre Aufenthalt in Großbritannien als Managing Director in Sitzmöbelproduktionsges., Englisch und Holländisch; sucht mögl. leitende Tätigkeit im industriellen Einkauf.
Auskünfte erteilt: Frau Rudolph
Fachvermittlungsdienst Bremen, Außer der Schleifmühle 4, 2800 Bremen 1, ☎ 04 21/30 77-5 93, -5 95

1930
Diplom-Kaufmann
36, gelernter Landwirt, fundierte Kenntnisse in der Landwirtschaft sowie im Verkauf und Handel von Futtermitteln an Industriekunden; sucht Aufgabenbereich im Agribusiness im In- und Ausland.
Auskünfte erteilt: Frau Krauel
Fachvermittlungsdienst Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee 16, 2000 Hamburg 1, ☎ 0 40/2 48 44-23 31, FS 2 163 213

STELLENANGEBOTE

Wir sind ein süddeutsches Konzernunternehmen der **SALZGITTER-GRUPPE** mit ca. 1800 Mitarbeitern in Würzburg und planen, fertigen und montieren in den Produktbereichen

- **ANLAGENTECHNIK**
  (Stahl- u. Maschinenbau/Kranbau/schlüsselfertiger Anlagenbau/Lager- und Fördertechnik)
- **KERNTECHNIK**
  (Kraftwerkskomponenten, Entsorgung usw.)
- **WASSERKRAFTANLAGEN**
  (Schleusen- und Wehranlagen/Staudämme/Rohrleitungsbau)
- **UMWELTTECHNIK**
  (Rauchgasführung, Müllbehandlung, Wassertechnik)

Wir sind eine Beteiligungsgesellschaft der **NOELL GMBH** in Würzburg und planen und konstruieren in den Bereichen

- **RAUCHGASENTSCHWEFELUNG**
  (komplette Anlagen im Trocken- und Naßverfahren)
- **ENTSTICKUNG**
  (Denox)
- **ENTWICKLUNGSAUFGABEN**
  (Rauchgasreinigung)

Für unsere technischen Abteilungen suchen wir für

PROJEKTIERUNG/PLANUNG/INBETRIEBNAHME/MONTAGE

**Diplom-Ingenieure TH/TU bzw. FH
Techniker/Konstrukteure/Inbetriebnehmer**
der Fachrichtungen VERFAHRENSTECHNIK/CHEMIE/STAHL-/MASCHINENBAU/UMWELTTECHNIK/ELEKTROTECHNIK-ELEKTRONIK/ROHRLEITUNGSBAU
für besonders interessante technische Aufgabenstellungen; Sprachkenntnisse und die Bereitschaft zu Auslandseinsätzen erwünscht.
Interessierten, fachlich versierten Bewerbern können wir leistungsorientierte Bezüge und die Vergünstigungen eines Großunternehmens bieten.
Bitte nehmen Sie zunächst schriftlich mit Unterlagen Kontakt auf.



Ein Unternehmen der Salzgitter-Gruppe

NOELL GMBH
Postfach 62 60
8700 WÜRZBURG
Tel. 09 31 / 90 32 06



KNAUF-RESEARCH-COTTRELL GMBH & CO
UMWELTTECHNIK KG
Alfred-Nobel-Str. 20
8700 WÜRZBURG
Tel. 09 31 / 90 32 06

Spitzenprodukt, Riesenmarkt

Suchen selbständigen Vertreter als

Spitzenverkäufer (PLZ 2)

Unser Produkt: – handgeführte, hydraul. Drehmomentmaschinen zum Lösen/Anziehen größerer Schraubverbindungen bei höchster Präzision, Marktführer.

Wir bieten:
- Verkaufsexklusivität
- umfangreiche Schulung
- hohes Provisionseinkommen

Sie sind:
- ein Außendienst-Verkäufer bis ca. 38 J.
- dynamisch, fleißig, mit Biß und Einfühlung
- bereit und fit, das Werkzeug am Kundenproblem zu demonstrieren und so zu verkaufen.

Interessiert? Rufen Sie uns an.

HYTORC EUROPE
Niederlassung Deutschland
Jürgensplatz 60, D-4000 Düsseldorf 1, Tel. 02 11 / 39 51 91

SULZER ANLAGEN- UND GEBÄUDETECHNIK GMBH

Die Chance für den Jungingenieur

Sind Sie Ingenieur oder Techniker mit absatzorientierter Neigung? Haben Sie erste Erfahrungen im Verkauf oder im Vertrieb gesammelt? Wollen Sie mithelfen, zusammen mit dem Verkauf, Drehzahlregelungen von Drehstrommotoren am Markt zu plazieren? Dann können wir Ihnen in unserer Hauptverwaltung in Stuttgart eine interessante Stelle anbieten als

Assistent

der Marketingleitung Leistungselektronik

Sie arbeiten dort, wo alle Informationen produkt- und absatzorientiert zuerst eintreffen, an der Nahtstelle zwischen Produktion und Verkauf. Ihre Aufgaben berühren alle Bereiche des Marketings. Dazu kommt die technische Abklärung von Anfragen, die Erstellung von Leistungsverzeichnissen sowie die Produktbetreuung. Etwas zu uns . . .
Wir gehören zu den führenden Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland, die Anlagen der Technischen Gebäudeausrüstung und Energietechnik bauen und warten. Im Inland wie im Ausland. In den letzten Jahren verstärkt auch im Bereich der Umwelttechnik und Leittechnik.
Interessiert Sie diese Tätigkeit, dann richten Sie bitte Ihre Bewerbung unter dem Stichwort „Assistent" an die Zentrale Personalabteilung bei

SULZER ANLAGEN- UND GEBÄUDETECHNIK GMBH
Furtbachstraße 4 · 7000 Stuttgart 1 · Telefon (0711) 64 84-0



Ein Unternehmen der Sulzer-Gruppe

Automobilzubehör (Reifen – Räder)

Wir sind ein in Süddeutschland in landschaftlich reizvoller Lage angesiedeltes führendes Vertriebsunternehmen der Automobilzubehörbranche und suchen zum nächstmöglichen Eintrittstermin den dynamischen, engagierten, im In- und Ausland längjährig in der Automobilindustrie und im Zubehörhandel eingeführten erfolgreichen

Verkaufsleiter

mit persönlichem Format, überdurchschnittlich leistungsbereit, fließenden Englisch- und Französischkenntnissen in Wort und Schrift, mit hoher Belastbarkeit und ausgeprägtem Verhandlungsgeschick.

Herren bis Anfang 50 mit entsprechendem Werdegang und Fähigkeiten werden gebeten, ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen (Lebenslauf, Zeugniskopien, Lichtbild, Handschriftprobe, Gehaltsvorstellung, Eintrittstermin) unter Y 6759 einzusenden an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen. Absolute Diskretion und die Einhaltung von Sperrvermerken werden selbstverständlich zugesichert.

Nach mehr als 30 J. „Leitender" kenne ich die Werkzeuge zum Erfolg und
den Stoff, aus dem die Pleiten sind.
Persönliche Schwerpunkte: Entwicklung von Unternehmenszielen u. -philosophien; Personalpolitik, Umgang m. Betriebsräten u. Gewerkschaften; Aufbau, Führung u. Kontrolle v. Verkaufsorganisationen; Planung v. Betriebsneubauten m. modernster Büro-, Lager- u. Fördertechnik; Steuerung gr. Fuhrparks.
Branchen: Mittel- u. Großbetriebe des Groß- u. Versandhandels; Unternehmensberatung.
Ich denke an Mitarbeit auf Zeit, Erledigung v. speziellen Aufträgen, Beirat zunächst in Norddeutschland.
Angeb. unt. W 6757 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Erfahrener Export-Fachmann
45 J., übernimmt für Sie Ihre Kundenpflege und Kontakte im europäischen und außereuropäischen Ausland.
Sprachen: Englisch, Französisch. Verhandlungs- und vertragssicher.
Ich löse Ihre Probleme zu Ihrer Zufriedenheit.
Angeb. u. P 6751 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

**INTERNATIONALER VERTRIEBSMANAGER
Export / Handel / Kompensation**
- 25 Jahre Praxis im internat. Ein- u. Verkauf bei Produktion und Handel.
- Spezialisiert auf Realisierung von Auslandsaufträgen in Afrika/Nah-/Fernost/Südamerika durch **Kompensationsabkommen** mit entspr. Marktkenntnissen, Kontakten und langjähr. Auslands-/Akquisitionserfahrung
- Umfassende Rohstoff- u. techn. Produktenkenntnisse (auch Öl/Chemie).
- Management- u. Marketingerfahrung, internat. Bankpraxis (Export) sucht geeign. Position bei internat. Industrie/Handel/Bank.

Zuschriften unter L 6722 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebsfachmann
Lateinamerika
- Langjährige Auslandserfahrung
- Int. Handel, Ausschreibungen Maschinen u. Anlagen
- Große Umsatzverantwortung
- Führungserfahrung
- Spanisch perfekt, gute Englischkenntnisse

Deutscher (42), verh., drei Kinder, nicht ortsgebunden sucht neuen Wirkungskreis, langfristige Zusammenarbeit in leitender Position im In- oder Ausland.
Zuschriften unter V 6910 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kolumbien
und für angrenzende Staaten. 48jähr. Untern., verh. mit Kolumbianerin, sucht neue Betätigung. Langjähr. erfolgr. Erfahrung im kfm. u. *handw. Bereich vorhanden. Ebenso sehr gute geschäftl. Kontakte in* den verschiedensten Geschäftssparten.
Angebote an:
P. Huhn, Postfach 13 23, 2240 Heide

Export-Führungskraft
44 J., langj. Auslandserf. mit Schwerpunkt Fernost (Niederlassungsleiter einer intern. Handelsfirma), erfahren in Steuerung von Auslandsaktivitäten, auch bewährt *als trouble shooter mit Blick für* unternehmerische Zusammenhänge, sucht Aufgabe im Raum HH. Zuschr. unt. Y 6913 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Handelsvertreter
gut eingeführt in Nord- u. Westdeutschland, sucht neue, interessante Produkte oder Alleinvertretung. Auch dental-medizinisch oder technischer Bereich. Zuschr. erbeten unter W 6911 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Kaufmann
37 J., 3 J. Prüfungsassistent b. WP-Ges., gt. Kenntn. d. Ablauforganisat., fortgeschr. Rechtskenntn. (Rechtsbeistand), EDV-Grundkenntn., Engl. u. Franz. gut, sucht Aufg. i. Rechnungswes. u. Bilanzierung, Wirtschaftspr., Revision o. Organisation.
Angeb. unt. V 6756 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsleiter
56 J., verh., langjährige Warenhaus-Erfahrung, sucht z. 1. 4. 86 neuen Wirkungskreis, Zeitvertrag möglich.
Zuschr. u. D 6918 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufs- und Werbeleiter
39 J., in ungekündigter Stellung, 13 J. in leitender Position (chemische Industrie). Betreuung der Kunden im In- und Ausland, gute engl. Kenntnisse, unternehmerisch denkend, verhandlungssicher, EDV, sucht verantwortliche Tätigkeit im Raum Hamburg.
Ang. unt. K 6747 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Apotheker
mit Sprachkenntnissen, sucht Forschungsarbeit.
Zuschr. u. K 6857 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENGESUCHE

Dipl.-Kaufmann/ Landwirtschaftsmeister
39 J., Erfahrung im Agribusineß, gute engl. Sprachkenntnisse, kontakt- u. umsatzfreudig, sucht neue qualifizierte Aufgabe im Vertrieb/Export v. Investitionsgütern u. -anlagen. Ang. unt. M 6749 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Arzthelferin
47 J., sucht Tätigkeit im Pflegebereich. Ausland bevorzugt. Zuschr. unter [illegible] 6750 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Gebietsverkaufsleiter
Mitte 40, Domizil HB, ungek., seit 10 J. bei Firmen der PLZ: 27, 28, 29, z. T. 21 bek. Lukrative Veränderung *im Laufe 1986 geplant.* Zuschr. u. X 6912 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

VERKAUFSLEITER / EDV
37 J., verh., ungek., langjährig erfolgreich im *MDT + PC-Vertrieb, erfolgreiche* Praxis in Führung von Verkäufern, kooperativer Führungsstil, motivierungsstark und selbst stark im Verkauf sucht neuen Wirkungskreis in leitender Funktion im Großraum Hamburg.
Zuschr. u. B 6916 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kundendienstleiter
38 Jahre, 13 Jahre in leitenden Positionen im In- und Ausland der Baumaschinenbranche tätig. Erfahrung in der Schulung und Dokumentationserstellung, sucht leitende Position im Kundendienst oder Schulungs-/Dokumentationswesen.
Angeb. u. J 6746 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Gebildete, mehrsprachige
Dame
m. Kultur, Savoir-faire, Charme, großem Einfühlungsvermögen gegenüber älteren Menschen, möchte Ihre **Gesellschafterin** und/oder **Reisebegleiterin** sein (Kunst, Konzerte, Kulturreisen etc.). Interessenten sind um Kontaktaufnahme *unt. A 6915 an WELT-Verlag, Post*fach 10 08 64, 4300 Essen, erbeten.

Merger & Akquisitions/ Unternehmensbeteiligungs-Gesellschaften/Venture-Fonds
Dipl.-Kfm., 35 J., amerik. Broker-Lizenz, weitreichende Kenntnisse und Erfahrungen in Wirtschafts- u. Steuerrecht, Unternehmensanalyse, -bewertung und -akquisition, sucht unterneh*merische Herausforderung.*
Zuschr. unter C 6917 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

In der Gastronomie versierte und in den Sprachen Englisch/Französisch gewandte junge Frau (25 J.) interessiert sich ab sofort für eine
Beschäftigung in der Touristikbranche
(nach Möglichkeit auf Kreuzfahrtschiffen). I. Hoffmann, 4300 Essen 18, Zur Kanzel 2, Tel. 0 20 54 / 8 15 57

Elektromeister, Ausland
technisch u. kaufmännisch einsetzbar, engl. Sprach- u. Basiselektronik-Kenntnisse, mehrjährige Auslandserfahrung in Westafrika und Nahost, sofort verfügbar.
Zuschr. u. L 6858 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Monteur
gelernter Klempner und Installateur, 35 J., 6 J. Auslandserfahrung, viele Jahre in Klima-, Heizungs- u. Sanitär-, Kunststoffschlosserei sowie Labormed. Anlagenbau tätig. Kenntnisse: Wasseraufbereitungsanlagen, med. Gas- + Luftversorgung, Pumpen (Kreisel + Kolben) Dampferzeugungsanlagen, sucht lukrative Tätigkeit im außereuropäischen Ausland. Englischkenntnisse und arabischer Führerschein vorhanden.
Angeb. u. I 6745 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Personalreferent
verh., 40, Dipl.-Volkswirt mit Schwerpunkten Personalwesen, Arbeitsrecht u. mehr als 12 J. Industrie-Erfahrung, sucht neue verantwortungsvolle Aufgabe.
Zuschr. u. J 6720 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Suche für meine Tochter, Abiturientin, 18, eine
Lehrstelle als Damenschneiderin.
Zuschriften unter F 6716 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Vertrauensstellung
In Privathaushalt, In-/Ausl. gesucht. In Funktion: Sekretär, Gesellsch. + Fahrer, Hauswart. Akad., 40 J., mehrsprachig, handwerkl. geschickt. Zuschr. unt. Z 69 14 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Exportmanager auf Zeit
43, frei für Sonderaufgaben, Projektleitung, freie Mitarbeit (keine Prov.-Vertr.), perf. Engl./Franz. erf. in Exp.fin./Risikoabs./Medienberatung.
Ang. unt. L 6748 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Bundespräsident wirbt für Dienst in der Bundeswehr

● Fortsetzung von Seite 1

allem der Sicherungssoldat: „Es ist eben interessanter, ein Flugzeug zu führen, als den Flugplatz zu bewachen. Aber beides muß sein."

Heute findet auf dem Truppenübungsplatz Bergen-Hohne vor dem Bundeskanzler und dem gesamten Kabinett eine Feldparade statt, die von 10.30 Uhr an vom Ersten Deutschen Fernsehen übertragen wird. Die Serie der Bonner Feierlichkeiten hatte am Mittag mit der Eröffnung der Wanderausstellung „Friedenssicherung im Bündnis – 30 Jahre Bundeswehr" im Bundeshaus begonnen. Dabei hob Bundestagspräsident Philipp Jenninger die geglückte Einordnung der Streitkräfte in die Gesellschaft hervor. Zur Eröffnung der Ausstellung sagte er, die Soldaten stünden nicht abseits. Besonders lobte der Parlamentspräsident die Institution des Wehrbeauftragten. Er als Organ des Parlaments habe sich zum Wohle der Bundeswehr und seiner Soldaten bewährt.

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner stellte in seiner Ansprache vor den Gästen aus Politik und Bundeswehr deren besondere Leistung als Garant unserer Freiheit und unserer Sicherheit heraus. Sie sei ein loyaler und geachteter Partner in der NATO und habe sich in den 30 Jahren *ihres Bestehens* „durch Leistungsfähigkeit und innere Haltung zum stärksten Eckpfeiler der europäischen Verteidigung entwickelt". Ihre besondere militärische Bedeutung umriß der Minister mit den Worten: „Ohne die Bundeswehr ist eine wirksame Abschreckung und Kriegsverhinderung ebensowenig möglich wie eine zusammenhängende Vorneverteidigung unseres Landes und damit des gesamten Bündnisgebietes."

Der preußische General Scharnhorst, auf dessen Bedeutung für das Entstehen der Bundeswehr die Ausstellung eingeht, wurde von Wörner mit den Worten gewürdigt: „Scharnhorst kam es auf die innere Verbundenheit der Bürger des Landes und der Soldaten an. Darum ging es auch bei der Gründung der Bundeswehr. Darum geht es noch heute." Dieser Forderung des preußischen Reformers sei die Bundeswehr gerecht geworden, fügte der Verteidigungsminister hinzu: „Sie ist eingeordnet in unseren demokratischen Staat und in unsere Gesellschaft."

Auffällig war, daß auch die Ostberliner Medien den 230. Geburtstag von Scharnhorst, den gestrigen 12. November, zum Anlaß nahmen, den preußischen General als „Schöpfer der Volksbewaffnung im Kampf gegen Napoleon" zu feiern. ADN verwies darauf, daß die höchste militärische Auszeichnung der „DDR" den Namen Scharnhorsts trage. Das SED-Organ „Neues Deutschland" schrieb, daß militärischer und gesellschaftlicher Fortschritt für Scharnhorst eins gewesen seien. „Er wollte die Einheit von Volk und Armee, Volksbewaffnung und Volkskrieg zur Verteidigung des Vaterlandes", schrieb die Zeitung.

In Bonn zitierte Bundespräsident von Weizsäcker in der Feierstunde vor dem Zapfenstreich den Satz Scharnhorsts: „Alle Bewohner des Staates sind geborene Verteidiger desselben." Vorher in der Ermekeil-Kaserne in Bonn, wo vor 30 Jahren die ersten 101 Soldaten an diesem Tage ihre Ernennungsurkunden erhalten hatten, sagte Verteidigungsminister Wörner, als er fast 50 Soldaten, Reservisten und zivilen Mitarbeitern Ehrenzeichen der Bundeswehr verlieh, Scharnhorst habe gewollt, daß der Nation das Gefühl der Selbständigkeit *eingeflößt* werde. „*Man muß* ihr Gelegenheit geben ... daß sie sich ihrer selbst annimmt", zitierte der *Minister aus einem* Brief von Scharnhorst an Clausewitz.

Vor der Ermekeil-Kaserne und abends auch in der Nähe des Ministeriums auf der Hardthöhe zogen sogenannte Mahnwachen von Protestierern auf, die sich gegen die „Jubelfeiern" wandten, weil sie davon ablenkten, daß die gültige Sicherheitspolitik in einer tiefen Glaubwürdigkeitskrise stecke.

Kruse: „Christen haben es leichter, über Grenzen hinweg zueinander zu finden"

Neuer Ratsvorsitzende der EKD betont enge Verbindung zur Kirche in der „DDR"

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Der neue Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Martin Kruse, hat als Bischof von Berlin-Brandenburg (West) auf die „besondere Gemeinschaft" der Christen in beiden deutschen Staaten hingewiesen. In einem Gespräch mit der *WELT* sagte er: „Sie drückt sich zu allererst im gemeinsamen Gesangbuch, der gemeinsamen Liturgie, *dem gemeinsamen Luther*-Text und der wechselseitigen Fürbitte, Beratung und Hilfe aus."

Zugleich betonte Kruse die „Eigenständigkeit der Entscheidungen" in beiden Kirchen. Sie sei die notwendige Voraussetzung für die „Bewährung und Bewahrung der besonderen Gemeinschaft".



Der neue Ratsvorsitzende der EKD: *Bischof Martin Kruse*

FOTO: DPA

Durch die *Aufgabe* als EKD-Ratsvorsitzender werde die „brüderliche Gemeinschaft" mit seinem Bischofs-Bruder in der Ost-Region „in keiner Weise beeinträchtigt", erklärte Kruse. Eine derartige enge Verbindung ist im Bischofswahlgesetz beider Regionen unter dem Dach der Kirche von Berlin-Brandenburg ausdrücklich vorgeschrieben.

Zur Frage der Eigenständigkeit von EKD und Kirchenbund sagte Kruse, diese Selbständigkeit sei die Grundlage des „partnerschaftlichen Miteinanders". Zu aufgetretenen Mißverständnissen und Einmischungsversuchen der „DDR"-Kirchen in aktuelle politische Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland (beispielsweise während der Debatte über die Stationierung amerikanischer Atomwaffen) merkte Kruse an: „Wir haben keine Scheu mehr, uns gegenseitig Fragen zu stellen. Ich sehe darin keine Gefahr, sondern eher eine Chance zu vertiefter Verantwortung."

Ausdrücklich wies Kruse den Vorwurf kirchlicher Friedensgruppen im Westen zurück, die EKD habe eigen*mächtig Änderungen am verabredeten* gemeinsamen Text für die Bittgottesdienste in Ost und West wäh*rend der laufenden* „Friedensdekade" vorgenommen: „Ich bestreite entschieden, daß es bei der Erarbeitung der Liturgie des Friedensgebetes gravierende Unterschiede gegeben hat. Die Mängel lagen im Verfahren und im Zeitdruck."

Zur Vermittlungsposition beider deutscher Kirchen bei der Friedenssicherung sowie der Verwirklichung der Menschenrechte und der Akte von Helsinki erklärte der Ratsvorsitzende: „Christen und Kirchen haben es leichter, über machtpolitische und ideologische Grenzen hinweg zueinander zu finden. Denn sie haben eine gemeinsame Botschaft und eine gemeinsame Verantwortung gegenüber Gott. Darum können sie nicht mit dem Rücken zueinander leben, sondern müssen zum Wohl und zum Frieden helfen. Von bleibender Bedeutung sind die positiven Erfahrungen mit der KSZE-Erklärung von Helsinki."

Berlins Bischof ging in dem Ge*spräch auch auf die unterschiedli*chen Voraussetzungen der evangelischen und katholischen Kirche in bei*den deutschen Staaten ein und nahm* dabei zu der Aussage von Kardinal Joachim Meisner Stellung, der das *Bistum Berlin (es umfaßt beide Teile* Berlins und die Mark Brandenburg) als „Modellfall für den Zusammenhalt des christlichen Europa" bezeichnete.

Dazu meinte Kruse: „Niemand kann übersehen, daß die katholische Kirche und die evangelischen Kirchen in dieser Frage unterschiedliche Wege geführt worden sind. Ich sage es bewußt in dieser Weise, weil ich meine, daß beide den Glaubensgehorsam bewährt haben. Die Ausgangslage für die Entscheidungen (beispielsweise der Trennung beider deutschen Kirchen 1969, d. Red.) waren nämlich sehr unterschiedlich. Ich glaube nicht, daß man den Weg des anderen einfach kopieren kann." Kruse spielte dabei offensichtlich auf die Grundhaltung der katholischen Kirche an, die auch die katholischen Christen in der „DDR" lediglich als Ortskirche und somit Teil der auf den Nachfolger Petri und den Vatikan orientierten Weltkirche betrachtet.

Der neue Ratsvorsitzende sieht bestimmte Entwicklungen in der mitteldeutschen Kirche durchaus als lehrreich an: „In der DDR sind zwei Grundübel des Protestantismus weitgehender überwunden als bei uns: Der Individualismus, der so tut, als käme der evangelische Christ ohne Gemeinschaft und ohne Kirche aus; und das anonyme Christentum, das sich scheut, öffentlich für den Glauben einzustehen." Die Zukunft der Kirchen drüben erscheint Kruse durchaus positiv: „Die innere Solidarität, also die Kraft, über bestehende Unterschiede hinweg gemeinsam als Kirche zu leben, ist in der DDR wohl größer als bei uns. Und schließlich: Auch eine kleinere Kirche hat eine große Verheißung."

Kruse nimmt mehrmals im Jahr in regelmäßigen Abständen an den Treffen der „Evangelischen Kirche *der Union" (EKU) teil, die jeweils in* Ost-Berlin stattfinden und Bischöfe aus beiden Teilen Deutschlands zusammenführen. *Auf westlicher Seite* gehören dazu Rheinland, Westfalen und Berlin-West der Kirche Berlin-Brandenburg, *auf der anderen Seite* fünf der acht mitteldeutschen Landeskirchen.

Fall BND: Union verweist auf SPD-Verantwortung

Vor der Kontrollkommission verteidigt Kinkel Spenden

GÜNTHER BADING, Bonn

Schwere Versäumnisse bei der Unterrichtung des für die Kontrolle der Geheimdienste zuständigen Bundestagsgremiums hat der stellvertretende Vorsitzende der *CDU/CSU*-Fraktion, Karl Miltner, der früheren sozialdemokratisch geführten Bundesregierung *unter Helmut Schmidt* vorgeworfen. Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel kritisierte dagegen seinerseits die *Informationspolitik* der heutigen Bundesregierung. Es sei „skandalös", wenn die Parlamentarische Kontrollkommission für die Geheimdienste (PKK) des Bundestages unter dem Siegel der Vertraulichkeit informiert werde, sich jedoch *gleichzeitig* die gleichen Angaben mit allen Details in Zeitungen wiederfänden. Dazu *sagte* Miltner, der der PKK angehört, Vogel unternehme den „dreisten Versuch, von der Verantwortung der damaligen, SPD-geführten Bundesregierung für die Geldzuwendung von Wirtschaftskreisen an den BND abzulenken". Vogel kritisiere zu Unrecht die jetzige Information der PKK durch die Bundesregierung „und verschweigt dabei absichtlich, daß damals die PKK überhaupt nicht über die Geldzuwendungen unterrichtet worden ist, obwohl dies zwingend *hätte geschehen müssen*". Wäre die SPD-geführte Regierung damals dieser Informationspflicht nachgekommen, *so würde sich heute jeder Streit* über die Transaktion erübrigen. „Der Zweck dieses Manövers ist klar: Die Verantwortung der *damaligen* von Helmut Schmidt geführten Bundesregierung, der Herr Vogel als Justiz*minister angehörte*, soll vernebelt werden."

Miltner erklärte weiter, der dama*lige Chef des Bundeskanzleramtes*, Staatssekretär Schüler, habe von diesen Zahlungen in Höhe von 400 000 *Mark* an den *Bundesnachrichten*dienst (BND) nicht nur gewußt, „er hat sie gebilligt". Selbst wenn der frühere Bundeskanzler Schmidt von den Vorgängen tatsächlich nichts gewußt haben sollte, so befreie ihn dies nicht von der politischen Verantwortung. „Darin werden wir ihn festhalten."

Wie aus Parlamentskreisen verlautete, hatten sowohl der frühere Kanzleramtschef Schüler als auch der damalige Präsident des Bundesnachrichtendienstes und heutige Staatssekretär im Justizministerium, Klaus Kinkel, die Zahlung von Spenden aus der Wirtschaft an den BND in der *Sitzung der PKK am Montagabend* verteidigt. Diese Gelder waren verwendet worden, um die Aktion des Privatdetektivs Werner Mauss zu finanzieren, der ins Ausland geflüchtete Terroristen der „Rote Armee Fraktion" (RAF) aufspüren sollte. Mauss, der auch unter dem Decknamen Claude arbeitete, hat schon mehrfach in der Vergangenheit für das Bundeskriminalamt und Landeskriminalämter gearbeitet. So war er offenbar in die Suche nach den von Jugoslawien Ende 1978 aus vorübergehender Haft freigelassenen vier deutschen RAF-Terroristen Rolf Clemens Wagner, *Peter Boock*, *Sieglinde Hofmann* und Brigitte Mohnhaupt eingeschaltet worden. Der erste Hinweis an den Bundesnachrichtendienst, daß Mauss in diesem Zusammenhang Hilfe leisten könnte, ist dem Vernehmen nach von dem früheren *Abteilungsleiter* im Bundesministerium des Innern, Smoydzin, gekommen. Dieser leitete *unter dem damaligen Innenminister* Gerhart Baum die Abteilung für Innere Sicherheit.

Die Bonner *Staatsanwaltschaft* hat gestern *bestätigt*, daß der frühere Chef des BND, Klaus Kinkel, im Zusammenhang mit den *Zahlungen* aus der Wirtschaft an den Nachrichtendienst bei ihr interveniert hat. Die *Staatsanwälte* waren *darauf gestoßen*, daß der ehemalige *Chef* der Dresdner Bank, Hans Friderichs, *auf dem Umweg über die auch in die* Parteispendenaffäre verwickelte „Staatsbürgerliche Vereinigung" *Geld an den BND geleitet hat.* Oberstaatsanwalt Johannes Wilhelm sagte, der damalige BND-Präsident Kinkel habe darum gebeten, diese Angelegenheit vertraulich zu behandeln. Im Herbst 1984, sei dieser Teilkomplex *aus der Gesamtanklage gegen* Friderichs wegen Steuerhinterziehung „ausgeschieden".



DAG gegen ÖTV-Taktik

Für unterschiedliche Löhne bei verschiedenen Anforderungen

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Tarifgemeinschaft der Angestellten des Öffentlichen Dienstes unter Führung der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) wendet sich gegen die von der Konkurrenz-Organisation Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) immer wieder betriebene Tarifpolitik der Einkommensnivellierung. „Wir sind gegen eine Politik mit dem Breilöffel. Wir wollen nicht allen das Gleiche geben, sondern wir wollen jedem das Seine geben," sagte DAG-Bundesvorstandsmitglied Gerhard Halberstadt im Gespräch mit der WELT. „Wir meinen, daß es notwendig ist, zwischen den verschiedenen Funktions- oder Tarifgruppen zu differenzieren, weil die Anforderungen durch die einzelnen Tätigkeiten sehr verschieden sind. Also muß man auch mit verschieden hohen Gehältern differenziert antworten."

Die DAG fordert für die am 16. Dezember beginnende Tarifrunde im Öffentlichen Dienst eine lineare Anhebung der Gehälter um 5,5 Prozent. Außerdem sollen die für die Beamten mit Wirkung vom 1. Januar 1986 vorgesehenen Strukturverbesserungen noch vor der Tarifrunde auch auf vergleichbare Angestellten-Einkommen übertragen werden.

Als Beispiel für eine verfehlte Nivellierungspolitik der Gewerkschaft (ÖTV) nannte Halberstadt den zur Zeit laufenden Streik der ÖTV bei der Lufthansa. Die DAG hat sich mit der differenzierten, an die Gehaltsstruktur angelehnten Staffelung der Gewinnbeteiligung für die Mitarbeiter einverstanden erklärt; die ÖTV fordert einen einheitlichen Betrag für alle, wobei sich maximal ein „zu erstreikender Betrag" von 75 Mark im Jahr ergibt. DAG-Vorstandsmitglied Halberstadt dazu: „Wir haben es begrüßt, daß anders als in vergangenen Jahren bei der Gewinnausschüttung durch die Lufthansa erstmals wenigstens zum Teil differenziert worden ist zwischen den verschiedenen Gruppen. Das hat die DAG akzeptiert und die ÖTV zunächst auch. Die große Tarifkommission und dann auch der Vorstand der ÖTV haben es allerdings nachträglich abgelehnt, weil es in ihre Nivellierungspolitik offenbar nicht hineinpaßt. Sie wollen eben für alle das Gleiche."

Diese unterschiedliche Grundeinstellung komme auch in den getrennten Verhandlungen mit den öffentlichen Arbeitgebern zum Ausdruck. Er halte diese Doppelverhandlungen, *auf der einen Seite die DAG-Tarifgemeinschaft* und parallel dazu die ÖTV, für „sehr unzweckmäßig." Zwar *habe* die Arbeitgeberseite in den Tarifrunden dadurch die doppelte Belastung, „aber sie haben ande*rerseits den Vorteil*, als einzige auf der Höhe der Informationen zu sein, weil nur sie immer genau wissen, was *da jeweils der andere* gewerkschaftliche Partner eingebracht hat." Die Gewerkschaftsseite könnte stärker auftreten, *sagte Halberstadt*, „wenn sie an einem Tisch wirklich synchron und gleichzeitig verhandeln würden." Allerdings *scheine* die ÖTV eine Art unüberwindliche Abneigung gegen die DAG entwickelt zu haben, die „*dazu geführt hat, uns zu einer gegne*rischen Organisation zu erklären. Das mag zwar aus deren Sicht begründet sein, weil ich den Eindruck habe, *daß* die ÖTV, aber auch andere DGB-Gewerkschaften, die Angestellten insgesamt nicht so sonderlich mögen. Sie stören sie." Die DGB-Gewerkschaften wollten am liebsten die Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten beseitigen. Zwar höre man von verantwortungsbewußten Gewerkschaftern, etwa DGB-Vorstandsmitglied Bleicher, andere Töne. Die Praxis aber spreche für sich.

„Neue Welle der Christenverfolgung"

DW. Straßburg

Mit der „verschärften Verfolgung" von Christen in den sozialistischen Staaten soll sich, nach dem Willen des CSU-Abgeordneten Franz Ludwig Graf Stauffenberg, das Europa-Parlament beschäftigen. „Die Entspannungsbotschaft eines Herrn Gorbatschow wird Lügen gestraft", wenn neben dem litauischen Priester Jonas-Kasfytis Mastulionis zwei weitere Geistliche noch immer im Gefängnis säßen und in Lodz Kirchgänger verhaftet würden. Das Europa-Parlament soll sich in der bevorstehenden Debatte über „Faschismus und Rassismus" mit dieser „neuen Welle der Christenverfolgung" befassen, verlangt Graf Stauffenberg, denn im Hinblick auf Religionsfreiheit bestünden zwischen Rechts und Links nur graduelle Unterschiede.

Aus Bibeln wurde Toilettenpapier

idea, Bukarest

Bibeln für die ungarische Minderheit wurden in Rumänien zu Toilettenpapier verarbeitet. Amerikanische Menschenrechtsorganisationen stellten jetzt „Beweisstücke" vor. Auf den Papierrollen waren noch deutlich Texte zu lesen und auch der Name der Papierfabrik „*Bistrita Prundul* Birgaului".

Der frühere US-Botschafter in Bukarest, David *Funderbunk*, *hatte* der rumänischen Regierung schon im Sommer vorgeworfen, sie habe die Verarbeitung von 20 000 Bibeln zu Toilettenpapier gebilligt, die der Reformierte Weltbund in Genf der ungarischen Minderheit in Siebenbürgen zukommen lassen wollte. Der rumänischen Regierung wird eine rücksichtslose Rumänisierungspolitik gegenüber den Minderheiten im Lande vorgeworfen.

„Außenpolitik" Barschels stößt auf Skepsis

GEORG BAUER, Kiel

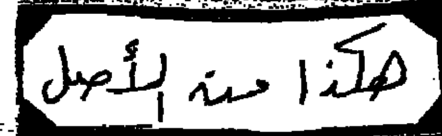
Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, Uwe Barschel (CDU), markierte das Gebiet seiner Interessen. Beim Deutschen Tag des Bundes deutscher Nordschleswiger (BdN) den Blick fest auf den wenige Meter vor ihm sitzenden Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kopenhagen, Rudolf Jestaedt, gerichtet, betonte der Ministerpräsident: „Die Funktion Schleswig-Holsteins als Brücke zum Norden will ich auch als kleinen Beitrag der Landesregierung verstanden wissen, den Zielen der Friedenssicherung und des Brückenschlags in der Außenpolitik zu dienen." Die Zuhörer nahmen die Worte Barschels mit Beifall auf. Nur eine Hand rührte sich nicht – die von Botschafter Jestaedt.

Mit wachsendem Unmut verfolgt der Botschafter das forsche Auftreten von Mitgliedern der Landesregierung und des Landtages in Kiel auf einem Gebiet, auf dem die Vertreter des nördlichsten Bundeslandes seiner Meinung nach nichts zu suchen haben. Demgegenüber argumentiert Barschel: In seiner Brückenfunktion vertrete Schleswig-Holstein die Anliegen der nordischen Staaten und mache sie in der Bundesrepublik transparent.

Seinen Ärger über das Wildern der Schleswig-Holsteiner in fremden Revieren soll *Jestaedt, wie in der Lan*deshauptstadt zu vernehmen ist, bereits wiederholt in Briefen auch an die Adresse von Bundesaußenminister Genscher formuliert haben. Bisher ohne sichtbaren Erfolg. Im Auswärtigen Amt ist man über die „Kieler Außenpolitik" zwar nicht erfreut, doch wird die Kontaktpflege den Schleswig-Holsteinern zugestanden.

Die deutschen Nordschleswiger profitieren von diesem Tauziehen. Im Bewußtsein, daß Geschenke die Freundschaft erhalten, fließen die Gelder aus Kiel seit dem Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten von Stoltenberg zu Barschel recht üppig in ihre Kassen. In diesem Jahr erhalten sie rund 2,1 Millionen Mark aus Kiel, ein Betrag, der sie dazu bewog, Barschel in Tingleff fast wie einen Landesvater zu feiern. Der Regierungschef weiß, daß diese Summe, um die Bonn entlastet wird, ihm den Handlungsspielraum gegenüber den Vorstößen des Botschafters zusätzlich sichert.

Die Sympathiewelle des BdN für Barschel nahm schon fast komische Züge an. Als Dankeschön für ein im vergangenen Jahr geschenktes Klavier brachte *ihm der Leiter der Nach*hochschule – Jugendvolkshochschule Tingleff, Horst Jacobsen, ein Ständchen. Jacobsen meinte, er wolle es „Maiengrüße aus Tingleff" nennen, obwohl er zuerst daran gedacht habe, den Gruß in Anlehnung an die Klavierphantasie von Beethoven „Für Elise" den Titel zu geben: „Für Uwe".



Heikle Stelle

J.Sch. (Paris) – Von der Reprivatisierung zur Renationalisierung darf es nicht kommen. Diese Auffassung äußerte jetzt in einem Figaro-Interview kein geringerer als Jean-Yves Haberer, langjährige Chef des französischen Schatzamtes unter Präsident Giscard und der derzeitige Präsident der von den Sozialisten verstaatlichen Finanzgruppe Paribas. Er legt damit den Finger auf die heikle Stelle der Nationalisierungsdebatte.

Schon 1981/82 waren die auf der Verstaatlichungsliste der Linken stehenden Unternehmen international ins Gerede gekommen. Sie verbuchten damals nachweislich deshalb größere Verluste, weil ihre Auftraggeber abwarten wollten, wie weit sich der staatliche Einfluß auf die Geschäftsführung ihrer Partner verstärkte.

Heute fragt man sich, ob die von den bürgerlichen Parteien für den Fall ihres Wahlsiegs versprochene Reprivatisierung nicht die Eigenkapitalbasis dieser Unternehmen gefährdet. Denn wegen der beabsichtigten Beschränkung ausländischer Beteiligungen (Chirac sprach von zehn bis 20 Prozent) dürfte der französische Kapitalmarkt gerade den Verkauf der bestehenden staatlichen Aktien (innerhalb von vier Jahren) erlauben, jedoch kaum Neuemissionen.

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor wäre, wenn die Linke nicht auf eine spätere Renationalisierung verzichten würde, meint Haberer. Als Ausweg aus diesem Dilemma fordert er einen „historischen Kompromiß" über die Abgrenzung des öffentlichen vom privaten Sektors. Aber Ansätze dafür gibt es zur Zeit nicht.

Gesundheitsjahr

Wh. – Deutsche Manager, die aus Japan zurückkehren, berichten meist leicht belustigt von den Gymnastik-Pausen, mit denen dortige Unternehmen versuchen, die Fitness ihrer Mitarbeiter zu fördern. Freilich: Steigende Krankheitskosten- und Arbeitsausfälle zeigen, daß Gesundheit auch in deutschen Werkshallen und Büros ein Thema sein sollte. Ein Mittelstandsunternehmen, der Automobil-Schalterhersteller Franz Kirsten Elektrotechnische Spezialfabrik in Bingen, zieht die Konsequenz daraus und ruft für seine 1600 Mitarbeiter ein „Aktionsjahr zur Gesunderhaltung" aus. Geplant sind Fitness-Übungen am Arbeitsplatz, Unterstützung von Freizeitaktivitäten und sogar Aktionen zur Verbesserung der Ernährungsgewohnheiten. Und weil deutsche Mitarbeiter kaum auf ein dezentes Glockensignal hin eilfertig ihr Pensum absolvieren dürften (wie die japanischen Kollegen), gibt es Prämien und Preisausschreiben als zusätzliche Anreize. Vielleicht *sollte man auch anderswo das Kollektiv-Gestrampel der Japaner* nicht nur belächeln.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Bonn zieht Zwischenbilanz der Reformbemühungen

Die Bundesregierung will Kurs für den Luxemburger Gipfel abstecken

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Eine Zwischenbilanz der Bemühungen um die EG-Reform will Bundeskanzler Helmut Kohl heute in Beratungen mit den zuständigen Bonner Ressortminister ziehen. Dabei soll der Kurs der Bundesregierung für die entscheidende Phase der Luxemburger Verhandlungen abgesteckt und nach Möglichkeiten gesucht werden, durch ein Nachgeben bei einigen bisherigen deutschen Positionen die Einigungschancen auf dem Anfang Dezember geplanten Treffen der Staats- und Regierungschefs zu erhöhen.

Bonn ist sich mit Paris und anderen EG-Partnern darin einig, daß es wenig Sinn hätte, die Entscheidungen über die geplanten Ergänzungen der europäischen Verträge weiter *hinauszuschieben*. Eine Vertagung der Reformbeschlüsse auf dem Gipfel würde den Verhandlungen nur den politischen Schwung nehmen. Auf der anderen Seite zwinge die Notwendigkeit, schnell zu handeln, jedoch auch zur Konzentration auf einige vordringliche und politisch realisierbare Reformen.

Bundesaußenminister Hans Dietrich Genscher ventiliert in Gesprächen mit seinen Kollegen die Idee, dem Gipfel ein „Konklave" der Au*ßenminister vorzuschalten. Dabei sol*len noch einmal Anstrengungen zu Kompromissen unternommen werden. Die Einigung auf ein Gesamtpaket von Reformen gilt inzwischen als weniger unwahrscheinlich als noch vor einigen Wochen. Hoffnungen auf grundlegende Fortschritte in Richtung auf eine europäische Union dürften jedoch enttäuscht werden.

Ausgangspunkt der Reformbemühungen ist die Notwendigkeit, die Entscheidungsstrukturen der Gemeinschaft zu bessern und durch einen Ausbau der Mitspracherechte des Europaparlaments stärker demokratisch abzusichern. Nur so kann nach vorherrschender Meinung der europäische Binnenmarkt bis 1992 vollendet und das Ziel erreicht werden, der EG durch eine engere technologische Zusammenarbeit den Anschluß an die amerikanische und japanische Konkurrenz zu ermöglichen.

Strittig sind nicht nur der Grad der Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip und der Einschaltung des EG-Parlaments, sondern auch die Frage, wie weit der Begriff Binnenmarkt gefaßt werden muß. Für Paris hat zum Beispiel die von der Kommission vorge*schlagene „monetäre Dimension"* der Vertragsergänzung hohe politische Priorität. Eine Reihe von anderen EG-Ländern drängen auf Maßnahmen zur Stärkung der „wirtschaftlichen und sozialen Kohärenz", was im Klartext die Forderung nach mehr Ressourcentransfer zwischen armen und reichen Mitgliedsländern bedeutet.

Die Bundesregierung hat auf den Vorschlag von EG-Präsident Delors, das europäische Währungssystem (EWS) in die Römischen Verträge zu *integrieren, bislang kühl reagiert.* Sie fürchtet unter anderem durch die vertragliche Absicherung neuer währungspolitischer Passagen eine gefährliche Akzentverschiebung zu Lasten der mindestens ebenso wichtigen Bemühungen um mehr wirtschaftliche Konvergenz. Trotzdem wird sie wohl um einen Kompromiß nicht herumkommen.

Auch zum Thema Steuerharmonisierung wird der revidierte EWG-Vertrag nur allgemeine Zielumschreibungen enthalten. Die Mehrheit der EG-Staaten beharrt darauf, daß Ratsbeschlüsse nur einstimmig gefaßt werden dürfen. Grundsätzlich auf qualifizierte Mehrheit umschalten will die EG hingegen im Bereich der *Rechtsharmonisierung und* der Sicherung des freien Dienstleistungsverkehrs. Auf beiden Gebieten sind allerdings erhebliche Einschränkungen geplant.

Bonn wünscht zum Beispiel, daß *sich die Mehrheitsregel bei der tech*nischen Rechtsharmonisierung nur auf Sachverhalte erstreckt, die unmittelbar den Handelsverkehr betreffen. Umweltstandard soll nur dann abgesenkt werden können, wenn das Land mit den höchsten Anforderungen dieser Verschlechterung zustimmt. Im Niederlassungsrecht soll gesichert werden, daß substantielle Grundzüge von Berufsrechten nicht angetastet werden. Gemeint ist damit die deutsche Handwerksordnung.

DEUTSCHE BANK

Hervorragender Start für die Kapitalerhöhung

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Die größte Kapitalerhöhung in der *Geschichte der deutschen Börse,* die der Deutschen Bank, hatte gestern einen hervorragenden Start. Mehr als eine Milliarde Mark mobilisiert die Nummer eins unter den Großbanken mit dieser Mammutkapitalerhöhung, mit der die Deutsche Bank ihre Spitzenstellung weiter ausbaut. Mit dieser eindrucksvollen Stärkung ihrer Kapitalkraft rüstet sich die Bank mit ihren Konzernunternehmen für solide fundierte Aktivitäten bei der Finanzierung des weiteren Aufschwungs der deutschen Wirtschaft.

Das Grundkapital der Deutschen Bank wächst zwar durch die Kapitalerhöhung im Verhältnis 15 zu 1 nur um 117 auf 1586 Millionen Mark. Doch die Bank kann es sich bei ihrem herausragenden *Standing an der Bör*se erlauben, für die jungen Aktien einen Kurs von 450 Mark, also 900 Prozent zu verlangen. Dadurch kassiert sie mehr als 900 Millionen Mark Aufgeld zur Stärkung ihrer offenen Reserven. Und das ist für die Bank die besondere Attraktion: Für dieses zusätzliche Eigenkapital, das sie natürlich für die geschäftliche Expansion einsetzt, muß sie keine Dividende zahlen. Andere Banken können ihren größten Konkurrenten um so *billiges Eigenkapital nur beneiden.*

Für die Aktionäre ist zwar der Bezugspreis von 450 Mark „optisch" teuer, und die Bank ist jetzt von der Gepflogenheit abgegangen, den Bezugskurs am Bilanzkurs zu orientieren; sie geht jetzt um knapp 200 Mark darüber hinaus, nachdem die Aktie inzwischen mit knapp dem Dreifachen des Bilanzkurses bewertet wurde. Doch nach dem Motto „Es war schon immer etwas teurer, einen guten Geschmack zu haben". betrachten die Anleger. wie sich gestern an der Börse zeigte, den Bezugskurs nicht als Hürde.

Die Aktionäre, die an den bisherigen Kapitalerhöhungen der Deutschen Bank teilgenommen haben *und den Bezug der jungen* Aktien durch den Verkauf von Bezugsrechten finanziert haben, sind schließlich sehr gut gefahren. So sind aus 30 Deutsche-Bank-Aktien, die ein Anleger am 1. April 1975 zum Kurs von 324 Mark gekauft hat – dafür mußte er rund 10 000 Mark hinblättern – inzwischen 56 Aktien geworden, die jetzt einschließlich der inzwischen kassierten Dividenden knapp 44 000 Mark wert sind. Das gibt eine jährliche Durchschnittsverzinsung von stolzen 15 Prozent.

Allein in diesem Jahr hat sich der Kurs der Aktie, die zum Jahreswechsel mit 384 Mark notiert wurde, fast verdoppelt. Gestern lag der Kurs bei 718.50 Mark, dazu kommen noch 18.40 Mark für das Bezugsrecht. Damit ist die Aktie der Bank einer der Spitzenreiter der Börse. Die Anleger wissen, warum sie solche stolzen Preise zahlen.

Die Deutsche Bank gehört nicht nur zu den Spitzenverdienern im Gewerbe. Sie hat mit der Börsenhausse auch mächtig an innerem Wert hinzugewonnen. Schließlich verfügt sie über ein umfangreiches industrielles Beteiligungsvermögen, das extern allein auf eine Größenordnung von 13 *Milliarden Mark geschätzt wird. Und* das ist mehr als die Hälfte des Börsenwertes der Deutschen Bank von gut 21 Milliarden Mark.

Der Aktionär erwirbt also mit dieser Aktie zugleich einen Investmentfonds. Allein aus diesem Vermögen könnte die Deutsche Bank wohl ihre Dividende zahlen. Für das letzte Jahr wurden übrigens 12 Mark Bardividende plus 6.75 Mark Steuergutschrift ausgeschüttet. Daß es für das laufende Geschäftsjahr mehr gibt – und auch für die Bezieher junger Aktien, die für das ganze Jahr dividendenberechtigt sind –, ist vorerst nur eine Hoffnung.

Die Uhren gehen schneller

Von WERNER NEITZEL

Für die deutsche Uhrenindustrie scheinen bessere Zeiten anzubrechen. *Einem Jubelruf gleicht* jedenfalls die vom Verband der Deutschen Uhrenindustrie unlängst veröffentlichte Halbzeitbilanz 1985. Erstmals seit 1979 zeigen Umsatz- und Produktionszahlen wie auch die Exportzif*fern auf dem Gebiet der Armband*uhren nach oben. Nach der jahrelangen Schrumpfkur ist das Aufatmen verständlich, liegt doch die Kleinuhr vergleichsweise stärker im Blickfeld öffentlichen Interesses als die Großuhr.

Wenn man jetzt in der Branche wieder Optimismus an den Tag legt, so ist hierfür zweifellos der starke Auftrieb des Exportgeschäfts das tragende Element. Die günstige Währungsrelation zum Dollar stellt für die deutschen (wie auch für die schweizerischen) Uhrenproduzenten eine wichtige Triebfeder dar. Umgekehrt tun sich beispielsweise die japanischen Uhrenkozerne auf den internationalen Märkten wegen der Erstarkung des Yen etwas schwerer.

Nippons Innovations- und Marktoffensive war es, die vor mehr als einem Jahrzehnt die Uhrenmärkte aufzurollen begann. Japans Quarzuhrentechnik und Qualitätsarbeit wurde zusammen mit günstigen Preisen im Armbanduhrenbereich ein durchschlagender Erfolg. Hinzu kam einige Jahre später eine wahre Importflut aus Hongkong. Aufgrund der lohnkostenmäßigen Standortnachteile der europäischen *Uhrenfabriken sahen* diese keine Möglichkeit, der aus dem südostasiatischen Stadtstaat anbrandenden Welle billiger Digitaluhren Paroli zu bieten.

Die strukturellen Folgen insbeson*dere für die eidgenössischen* Uhrenindustrie sind bekannt. In einem *schmerzhaften Konzentrationsprozeß* wurden Tausende von Arbeitsplätzen abgebaut. Nach einer erfolglosen Hinhaltetaktik, in der versucht wurde, der mechanischen Armbanduhr ihre Märkte zu erhalten, mußten auch die schweizerischen Uhrenfabrikanten die Dominanz der Quarzuhr anerkennen und sich von Entwicklung und Produktion her auf sie einstellen.

Ähnlich, wenngleich nicht so stark ausgeprägt, verlief der *Prozeß* der Umstrukturierung in der Bundesrepublik. Seit Ende der siebziger Jahre hat sich hier die deutsche Armbanduhrenproduktion mehr als halbiert, obwohl versucht wurde, auch in der *Quarzuhren-Technologie Zeichen* zu setzen und vor allem die eigene Stärke in geschmackvollem Design in die Waagschale zu werfen.

Auf diesem Felde sehen die deutschen (wie auch die schweizerischen) Armbanduhrenhersteller ihre Hoffnungen bestätigt, daß der Käufertrend weg von der digitalen LCD-Uhr hin zur Analoguhr (mit Zifferblatt und Zeiger) geht. Da sich bei letzterer ein größerer Gestaltungsspielraum bietet, können die Stylisten ihr Können auch besser ausspielen. Die Produktphilosophie, die der schweizerischen „Swatch" und ihren vielen Nachahmern zugrundeliegt, zeigt mit den erzielten hohen Verkaufsresultaten, daß *hier* ein richtiger Ansatz ist.

Nicht so recht zufrieden sind Uhrenproduzenten und Handel mit dem Verlauf des Inlandsgeschäfts. Hier gibt es starke Differenzierungen in den Preiskategorien. Relativ gut gehen Armbanduhren im unteren Preisbereich (bis 250 Mark). Auch in den teuren Klassen (ab 1500 Mark) laufen die Geschäfte einigermaßen zügig. Flau sieht es hingegen im großen mittleren Preissegment aus. Immer klarer schält sich deshalb auch eine Firmenkonjunktur heraus: Wer sich von den Produzenten nicht rechtzeitig über Rationalisierung und große Stückzahl die Möglichkeit der Kostendegression erschlossen hat und überdies nicht auch den modischen Trends durch rasche Kollektionsumstellungen gefolgt ist, dürfte es schwer haben, in der Rentabilität und Markterschließung den richtigen Takt zu halten.

*Wenn von der deutschen Uhrenin*dustrie die Rede ist, dann übersieht man sehr häufig die in Innovation und Produktivität hoch im Kurs befindlichen Großuhrenhersteller. In der Bundesrepublik wurden im vergangenen Jahr 51 Millionen Großuhren gefertigt. Die Armbanduhrenproduktion belief sich lediglich auf drei Millionen Stück. Der hohe Stellenwert der deutschen Großuhren – die Bundesrepublik zählt hier zu den größten Herstellerländern – zeigt, daß *beim Einsatz von Kreativität und Mut* zum Risiko der Zeitmessung auch weiterhin Chancen winken. Sie müssen halt genutzt werden.

AUF EIN WORT

» *Unternehmerische* Verantwortung besteht in erster Linie darin, Unternehmenserfolg zu schaffen. Alle weiteren Verantwortungsbereiche, eingeschlossen die Sorge um Menschen, sind abgeleitet und können in Wahrheit nur realisiert werden, wenn das Wirtschaftsunternehmen Erfolg hat, wenn die Zahl unterm Strich, der Gewinn nämlich, stimmt. «

Alexander Koch, Vorstandsmitglied der *Grundig AG, Fürth.* FOTO: DIE WELT

VEREINIGTE STAATEN

Ländersteuer für Multis soll abgeschafft werden

Sbt. **Washington**

Viel Beifall hat in Europa die Ankündigung gefunden, Präsident Reagan werde mit einem Bundesgesetz die Unitary Tax, eine Ländersteuer auf die Gewinne multinationaler Unternehmen, abschaffen. Ob sie sich auf diesem Wege beseitigen läßt, ist jedoch fraglich. Die amerikanischen Bundesstaaten protestieren laut, und auch im Kongreß baut sich eine starke Opposition auf.

Auf das Recht der US-Bundesstaaten, eine eigene Steuerpolitik zu betreiben, wiesen die Dachverbände, zu denen sich die Gouverneure und Länderparlamente zusammengeschlossen haben, sowie ein Dutzend Senatoren aus beiden Parteien hin. Es ist zu erwarten, daß sich die Auseinandersetzung jetzt noch zuspitzen wird.

Das von sechs US-Bundesstaaten – Alaska, Idaho, Kalifornien, Montana, New Hampshire und North Dakota – angewendete Gesetz, das bei der Besteuerung ansässiger „Multi"-Töchter die Weltbilanzen der Muttergesellschaften zugrunde legt, hat in Großbritannien schon zu Vergeltungsmaßnahmen geführt. London ist aber zu einem Aufschub bereit, falls Washington bis zum 1. Januar 1987 ein Verbot durchsetzt.

Angesichts eines Steuerverlustes von 500 Mill. Dollar hat die kalifornische Legislative die Streichung der Unitary Tax in diesem Jahr abgelehnt. Dieser Fall zeigt, daß andere Wege vielversprechender sind. Dazu gehört nicht nur der Hinweis auf den investiven Abschreckungseffekt; sichergestellt werden muß auch, daß die „Multis" ihre im jeweiligen Bundesland erzielten Gewinne voll versteuern. *Ihnen wird „Verschleppung"* ins Ausland vorgeworfen.

Der Handel ist optimistisch

VWD, **Bonn**

Der Handel blickt wieder optimistisch in die Zukunft. Das ergab eine Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT). Der Konjunkturaufschwung beginne auch den Handel zu erfassen. Der Anteil der Unternehmen, der die Entwicklung mit „gut" oder „befriedigend" einstufe, sei gestiegen. Derzeit dominiere aber noch die Firmenkonjunktur. Merklich belebt hat sich die Nachfrage nach modisch orientierten Textilien und Schuhen. Skeptische Stimmen kommen vor allem aus dem Handel mit Möbeln, Hausrat, Metallwaren, Tapeten und Bodenbelägen.

AKTIENFORUM

„Bei der Geldanlage kommt es auf die Mischung an"

tb. **Berlin**

Die Renaissance der Aktie ist keine Fata Morgana. Die Dividendenpapiere sind auf dem besten Weg, den ihnen zukommenden Stellenwert der Vermögensanlage zurückzugewinnen. Das beweist nicht nur die Kurs*entwicklung an den deutschen Bör*sen, sondern auch das große Interesse eines breiten Publikums am „Aktienforum '85" gestern in Berlin mit mehr als 3000 Teilnehmern.

Dabei gibt es für die Geldanlage kaum ein Patent-Rezept, erklärte Wolfgang A. Burda (Westdeutsche Landesbank) vor dem Forum. Es komme vielmehr auf die richtige Mischung an. Das beste Rezept für eine erfolgreiche Anlagestrategie sei immer noch eine Streuung – aber nicht *Verzettelung – mit wechselnder* Akzentsetzung.

Auf die verbesserten Rahmenbedingungen, die die Aktie wieder attraktiver gemacht haben, wies Klaus *Piltz (Veba AG) hin. Die Börsenhaus*se sei nicht alleiniger Gradmesser. Anleger würden auch nicht durch Einmalaktionen, wie die Privatisierung von Preussag, VW oder Veba an die Aktie herangeführt. Hier sei viel*mehr Kontinuität im Rahmen einer* weiter verbesserten Förderung der Vermögensbildung wirksam.

Daß sich das Engagement in Aktien schon immer gelohnt habe, machte Klaus Pohle (Schering AG) dem Publikum an zwei deutschen „blue chips" deutlich. Bei der Anlage 1951 von jeweils 10 000 DM in Siemens- und Schering-Aktien und der Wiederanlage aller Erträge sei man inzwischen Millionär. Die durchschnitt*liche Gesamtrendite* belaufe sich auf 15 Prozent und liege damit deutlich über dem Niveau festverzinslicher Papiere.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Beteiligt sich BMW an MBB?

München (rtr) – Die Bayerische Staatsregierung hat mit dem Vorstand der Bayerische Motoren Werke AG Gespräche über einen möglichen Einstieg des Automobilherstellers bei dem Luft- und Raumfahrtunternehmen Messerschmitt-Bölkow- Blohm GmbH aufgenommen. Dies bestätigte ein BMW-Sprecher. Es gäbe aber gegenwärtig keine Verhandlungen mit anderen Gesellschaftern von MBB. Weiterhin gelte die Aussage von *BMW-Chef* Eberhard von Kuenheim, daß BMW kein Interesse daran habe, bei MBB „Juniorpartner" zu werden. Sollte sich aber herausstellen, daß eine Mehrheitsbeteiligung zur Verfügung stehe, dann sei ein Einstieg von BMW nicht *ganz* ausgeschlossen. Aus Kreisen der Landesregierung verlautete, daß es bei den Gesprächen mit BMW nicht um den knapp 25-prozentigen MBB-Anteil des Freistaates Bayern gehe, sondern um die Kapitalbeteiligungen anderer Gesellschafter, die möglicherweise verkaufen wollten. Die bayerische Regierung würde es begrüßen, wenn solche Anteile dann von BMW erworben würden.

Mehr US-Konkurse

Washington (Sbt.) – In der US-Wirtschaft ist die Zahl der Konkurse in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 6,4 Prozent auf 42 356 gestiegen. Im Dienstleistungsbereich nahmen die Pleiten um 24.7 Prozent auf 12 082, in der Landwirtschaft um 30 Prozent auf 2074 und im Finanzsektor um 8,4 Prozent auf 1984 Betriebe zu. Gesunken ist die Zahl der Firmenzusammenbrüche im Handel sowie im verarbeitenden Gewerbe.

Kohlebeihilfen verlängert

Brüssel (dpa/VWD) – Der EG-Ministerrat hat das Beihilfensystem für den *Steinkohlenbergbau in Deutsch*land, Großbritannien, Frankreich und Belgien bis zum 30. Juni 1986 verlängert. Die EG-Kommission hatte ursprünglich eine spürbare Kürzung der Kohlesubventionen angestrebt, die allein 1983 ingesamt 10,4 Mrd. Ecu (22,8 Mrd. Mark) erreichten.

EG verhängt Geldbußen

Brüssel (AFP) – Die EG-Kommission hat 14 Stahlbetriebe der Gemeinschaft mit *Geldbußen* von insgesamt 5,85 Mill. Ecu (13 Mill. Mark) wegen Überschreitung der Produktionsquoten belegt. Die Betriebe, darunter die Badischen Stahlwerke (4.5 Mill. Mark) und Thyssen (652 000 Mark), werden wegen *unerlaubter Überpro*duktion in den Jahren 1982 und 1983 belangt. Sie können beim Europäischen Gerichtshof Einspruch erheben.

Wochenausweis

	7.11.	31.10.	7.10
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	63.3	63.4	64.6
Kredite an Banken	97.2	100.4	95.4
Wertpapiere	4.1	4.5	3.3
Bargeldumlauf	109.7	110.1	110.6
Einl. v. Banken	48.5	44.9	48.5
Einlagen v. öffentl. Haushalten	3.0	2.2	2.5

MITTELAMERIKA

Kooperationsabkommen mit Brüssel geschlossen

Ha, **Brüssel**

Ein Kooperationsabkommen hat die EG gestern mit sechs mittelamerikanischen Staaten (Costa Rica, Guatemala, Honduras, Nicaragua, El Salvador und Panama) *geschlossen.* Bis auf Panama gehören alle dem regionalen Staatenverbund „Gemeinsamer Zentralamerikanischer Markt" (MCCA) an, bei dessen Gründung die EG bereits Pate gestanden hatte.

Wie der Rahmenvertrag mit der südostasiatischen Ländergruppe Asean zielt auch das neue Abkommen auf die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit der Gemeinschaft ab. Die EG will durch ihre wirtschaftliche Unterstützung zur Stabilisierung der unruhigen Region beitragen.

In den letzten Jahren betrug die Finanzhilfe der EG freilich durchschnittlich nicht mehr als etwa 40 Mill. ECU jährlich (rund 89 Mill. DM). Versuche, die Gemeinschaft zu höheren Zahlungen zu veranlassen, brachten den Vertragsunterhändlern keinen rechten Erfolg. Zwar erklärte sich die EG bereit, ihre Unterstützung „in substantieller Weise" aufzustocken, ließ sich jedoch auf keine genauen Zahlen festlegen. Die Kommission hatte eine Verdoppelung der bisherigen Summe vorgeschlagen.

Der Handel zwischen der EG und Mittelamerika wird auf nichtpräferenzieller Grundlage abgewickelt. Auch sorgt die einseitige Exportstruktur (Kaffee und Bananen) dafür, daß die mittelamerikanischen Staaten kaum in den Genuß der Handelsvorteile gelangen, die die EG sonst den Entwicklungsländern einräumt. Trotzdem ist die EG nach den USA mit rund 20 Prozent der Exporte der zweitgrößte Absatzmarkt.

STEUERSCHÄTZUNG / Einnahmen des Bundes noch unterdurchschnittlich

„Ausgabendisziplin bleibt streng"

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Nur mit strenger Ausgabendisziplin sind nach Ansicht von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg die Ziele der Steuersenkung und der Konsolidierung gleichzeitig zu erreichen. Denn bei der jüngsten Steuerschätzung habe sich gezeigt, daß die Steuereinnahmen des Bundes gegenüber denen der Länder und Gemeinden weiterhin unterdurchschnittlich wachsen.

Das Ergebnis der jüngsten Steuerschätzung entspricht mit 207,4 Milliarden *Mark* für den Bund nahezu voll dem Haushaltsansatz von 207,7 Milliarden Mark. Gegenüber der letzten Steuerschätzung vom Juni bedeutet dies zwar insgesamt Mehreinnahmen von 1,9 Milliarden Mark, für den *Bund jedoch Mindereinnahmen von* 0,3 Milliarden.

Bei der Steuerschätzung 1986 hat der zuständige Arbeitskreis erstmals die finanziellen Auswirkungen der Steuerreform und anderer Erleichterungen berücksichtigt. Daher blieben die Schätzungen insgesamt um 9,2 Milliarden hinter der von Juni zurück, wovon 6,3 Milliarden auf den Bund entfallen.

Die Nettokreditaufnahme wird in diesem und im nächsten Jahr geringer *ausfallen, als im Haushaltsent*wurf der Bundesregierung vorgesehen. Nach Angaben des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium, Friedrich Voss, rechnet sein Haus für 1985 noch mit einer Neuverschuldung von 22,3 Milliarden, 2,7 Milliarden weniger als geplant. Trotz der Steuerreform werde die Nettokreditaufnahme 1986 mit 24 Milliarden um 0,9 Milliarden niedriger ausfallen als vorgeshen.

In diesem Jahr dürften die Ausgaben vor allem durch die Kürzungen im Verteidigungsetat und durch eine geringere Inanspruchnahme aus Bürgschaften um 1,5 auf 257,8 Milliarden Mark sinken. Die geringeren Steuereinnahmen werden durch höhere *Verwaltungseinnahmen*, insbesondere durch den um 440 Millionen auf jetzt 12,9 Milliarden Mark höheren Bundesbankgewinn mehr als kompensiert.

Beim Etat 1986 zeichnen sich gegenüber dem Entwurf Mehrausgaben vor allem bei der Kokskohlebeihilfe von 700, bei der Kriegsopferfürsorge von 100 und bei der landwirtschaftlichen Altersversicherung von 90 Millionen Mark ab. Diesem stehen Min*derausgaben von 560 Millionen* bei der Arbeitslosenhilfe, von 390 Millionen im Verteidigungsetat, von 150 Millionen bei der Wohnungsbauförderung und von 200 Millionen bei Gewährleistungen gegenüber. Auf der *Einnahmeseite* schlägt der Erlös aus der geplanten Teilprivatisierung der VIAG AG und der Prakla-Seismos GmbH mit 400 Millionen Mark zu Buche.

ZINN

Die Beratungen gehen weiter

fu, London

Die schwere Krise am Zinnmarkt hat die Handelsfirma MMC Metals veranlaßt, ihren gesamten Metallhandel an der London Metal Exchange auszusetzen. MMC Metals gehört mehrheitlich der staatlichen Malaysia Mining Corporation, dem größten Zinnproduzenten der Welt. Wie es in London heißt, hat MMC Metals rund 3000 Tonnen Zinn in Termingeschäften an den Internationalen Zinnrat verkauft.

Der Zinnrat, dem 22 Produzenten- und Verbraucherländer angehören und der mit Hilfe eines Ausgleichslagers versucht, den Zinnpreis in politisch vereinbarten Bandbreiten zu kontrollieren, hatte am 24. Oktober erklärt, daß ihm das Geld ausgegangen sei, und daß infolgedessen keine Stützungskäufe mehr vorgenommen werden könnten. Die Londoner Metallbörse hat daraufhin den Zinnhandel ausgesetzt. Bis zu 1 Mrd. Pfund schuldet der Zinnrat Metallhändlern und Gläubigerbanken.

MMC Metals handelt zwar in erster Linie in Zinn, aber in nicht unerheblichem Umfang auch in anderen NE-Metallen wie Aluminium und Kupfer. Der Vorstand der Metallbörse hat für die ausstehenden MMC-Kontrakte in NE-Metallen, ausgenommen Zinn, Liquidierungspreise festgesetzt.

Außerdem hat er beschlossen, am kommenden Montag den Zinnhandel zu einem mit den Mitgliedern abgestimmten Abrechnungspreis wieder aufzunehmen. Inzwischen hat sich das Konsortium aus 16 internationalen Gäubigerbanken des Zinnrats mit 20 weiteren Banken, die den Zinnhandel durch Kredite an Händler mitfinanziert haben, in London getroffen. Die Banken beraten weiterhin über geeignete Möglichkeiten, wie der Zinnhandel nach seiner Wiederaufnahme am Montag über die bereits angebotenen Kreditverlängerungen hinaus unterstützt werden kann.

Sie haben außerdem damit begonnen, Zinnvorräte, die als Sicherheiten für Kredite an den Internationalen Zinnrat gehalten werden, aus nicht registrierten Lagerhäusern in die offiziellen Läger der Londoner Metallbörse zu transferieren. Damit ist das Metall sofort verfügbar, wenn der Zinnhandel wieder aufgenommen wird. Die offiziellen Zinnvorräte der Metallbörse sind daraufhin auf die Rekordmenge von 50 000 Tonnen angewachsen.

VERSCHULDUNGSKRISE / Gläubiger und Schuldner nur im Grundsätzlichen einig – Symposium der Dräger-Stiftung

Müssen die Banken noch tiefer in die Tasche greifen?

KAREN SÖHLER, Malente

Die internationalen Geschäftsbanken, die Weltbank und die regionalen Entwicklungsbanken müssen auch in den nächsten Jahren Geld in die hochverschuldeten Entwicklungsländer pumpen. Voraussetzung für die neuen Kredite ist, daß die Schuldner-Regierungen sich an ein von der Weltbank mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ausgearbeitetes wirtschaftliches Konzept halten. Das gemeinsame Wachen der multilateralen Organisationen über die Anpassungsprogramme dient als Sicherheit für die Kreditinstitute. So weit vertraten die Vortragenden auf dem Malenter Symposium zur internationalen Verschuldungskrise, ausgerichtet von der Dräger-Stiftung, eine einheitliche Meinung. Sie entspricht dem, was der US-Finanzminister Baker Anfang Oktober in Seoul vorschlug: ein gemeinsames Krisenmanagement aller betroffenen Parteien. Die Eintracht ging jedoch verloren, als es um Details ging.

So pochten die Vertreter Mexikos, Argentiniens und Brasiliens auf eine gerechte Lastenverteilung; sie stellten die Wirtschaftspolitik der Industrieländer an den Pranger, beklagten die nach wie vor hohen Zinsen in den USA, den weit verbreiteten Protektionismus und die fehlenden Auslandsinvestitionen in den eigenen Ländern. All dies, betonte der argentinische Botschafter in Bonn, S. E. Hugo Boatti Ossorio, müsse geändert werden.

Kein Wort sagte der Botschafter zu den Anstrengungen, denen sich diese hochverschuldeten Länder unterziehen müßten, um wieder kreditwürdig zu werden, um wieder Attraktivität für ausländische Investoren zu gewinnen. Das bemängelte Werner Blessing, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank. Dabei blicken die internationalen Kreditinstitute genau auf diesen Punkt mit Argusaugen. Schließlich stehen die 60 Länder, die ihren Zahlungsverpflichtungen im Augenblick nicht mehr ordnungsgemäß nachkommen können, mit rund 300 Mill. Dollar in den Bilanzen der Banken, rechnete Blessing vor. So viel Kreditunwürdigkeit stimmt unsicher. Das Vorstandsmitglied der Deutschen Bank ließ durchblicken, daß die internationalen Geschäftsbanken aus heutiger Sicht nicht bereit sind, in den kommenden sechs Jahren wesentlich mehr als 40 Mrd. Dollar in diese hochverschuldeten Länder zu stecken. Andererseits haben die Volkswirte der Deutschen Bank errechnet, daß alle Entwicklungsländer insgesamt bis 1990 einen Kreditbedarf von rund 250 Mrd. Dollar haben werden; vorausgesetzt, der Ölpreis verharrt bei durchschnittlich 28 Dollar je Barrel, der Libor bei knapp 8,5 Prozent und das Bruttosozialprodukt der Industrieländer wächst im Jahr um durchschnittlich 2,5 Prozent. Den bei weitem größten Teil *dieser Summe benötigten die* verschuldeten Länder.

Die Frage zwängt sich auf, wer außer den Banken diesen Kreditbedarf decken wird. Von der Weltbank einschließlich der regionalen Entwicklungsbanken sind nicht mehr als neun Mrd. Dollar pro Jahr zu erwarten. Es würde also weiterhin eine erhebliche Lücke klaffen. Die Regierungen der Industrieländer werden kaum in die Bresche springen. Sie verweisen, wie der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Hans Tietmeyer, auf die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds, die beide vor allem mit Mitteln der Industrieländer ausgestattet sind. *Müßten* die Banken nicht doch tiefer in die Tasche greifen? Professor Armin Gutowski, Direktor des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg, meinte ja. Zwar sei die Zurückhaltung der Banken verständlich; sie sei für die betroffenen Länder aber nicht sehr hilfreich. Die Aufforderung an die Banken, ihr Engagement in den verschuldeten Ländern nicht so stark wie vorgesehen einzuschränken, begründete Gutowski mit seiner eher optimistischen Haltung in der Verschuldungsfrage. Der Wissenschaftler glaubt nicht an den großen Zusammenbruch und ist überzeugt, daß vor allem auch die Länder Lateinamerikas ihre Kreditwürdigkeit in absehbarer Zukunft wiedererlangen können. Voraussetzung dafür sei allerdings eine wachstums- und stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik. Im einzelnen würde das bedeuten: Entzerrung der Preisrelationen, der Zins- und Lohnstrukturen, Förderung der privaten Wirtschaft, qualitative Verbesserung der heimischen Ressourcen, um sie bei den Investitionen besser einsetzen zu können, Erhöhung des Ausbildungsstandes und Ausbau der Infrastruktur. Diese Punkte sollten in jedem Anpassungsprogramm berücksichtigt werden.

Gutowski warnte allerdings davor, die Produktion exportfähiger Massenwaren in den verschuldeten Schwellenländern zu unterstützen. Das führe auf längere Sicht nur zu einer Schwemme auf dem Weltmarkt und damit zu einen Preisverfall. Es dauerte eben seine Zeit, bis diese Entwicklungsländer Produkte erzeugten, die auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig abgesetzt werden können.

LONDON / Investmentfonds für deutsche Aktien

Neue Werte wecken Interesse

WILHELM FURLER, London

In Großbritannien ist ganz plötzlich großes Interesse an deutschen Aktien wach geworden. Neben den rapide zunehmenden Käufen institutioneller britischer Anleger, die sich von den jüngsten Börseneinführungen deutscher Unternehmen eine gute Investition versprechen, und die darüberhinaus durch den allgemeinen Höhenflug der Kurse zur verstärkten Anlage in deutschen Werten veranlaßt wurden, ist auch das Potential für britische Privat- und Kleinanleger erkannt worden.

So sind in den letzten Wochen in London Investmentfonds zur Anlage in deutschen Aktien beinahe wie Pilze aus dem Boden geschossen. Die Lloyds Bank etwa, eine der vier führenden Geschäftsbanken in Großbritannien, hat Mitte Oktober einen Investmentfonds namens German Growth Unit Trust gegründet, der schon in den ersten Wochen des Bestehens sehr erfolgreich gewesen ist. Verwaltet wird er mit Hilfe der Anlage-Spezialisten des Bankhauses Schroeder, Münchmeyer, Hengst und Co, das zur Lloyds Bank-Gruppe gehört.

Im Prospekt für den German Growth Unit Trust heißt es, daß Deutschland zwar zu den vier größten Wirtschaftsnationen zähle und daß der deutsche Aktienmarkt der fünftgrößte der Welt sei, aber daß bis vor kurzem die deutschen Börsen nicht in der Lage gewesen wären, das Interesse der britischen Wertpapier-Anleger zu wecken. Doch in den letzten drei Jahren seien die deutschen Aktienkurse um 116,3 Prozent gestiegen, ein Ausdruck verbesserter Unternehmensergebnisse. Auch für 1986 seien die Aussichten gut. Mit einer Inflationsrate von nur etwas mehr als zwei Prozent erscheine die Mark deutlich unterbewertet. Entsprechend werden die Chancen für den Investmentfonds als „excellent" bezeichnet.

Mit exakt der gleichen Begründung hatte kurz zuvor die Londoner Anlagefirma Brown Shipley Fund Management den „ersten deutschen Investmentfonds in Großbritannien", den Brown Shipley German Fund, vorgestellt. Er wird vom Hamburger Bankhaus M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co. verwaltet.

Als vorerst letztes Institut hat jetzt die Bank in Liechtenstein über ihr Londoner Haus und in Zusammenarbeit mit Savory Milln Limited einen deutschen Investmentfonds aufgelegt, den German Securities Investment Trust. Als Anlageberater für den Fonds fungieren zwei Investmentspezialisten der Bank in Liechtenstein GmbH, Frankfurt.

USA / Deutsche Autos bleiben weiterhin ein Renner

Die Lager leer gekauft

dpa/VWD, New York

Die Beliebtheit für deutsche Luxuslimousinen scheint in den USA keine Grenzen zu kennen. Die Daimler-Benz AG hat mit ihrem 190 E, den die Amerikaner „Baby-Benz" getauft haben, anscheinend einen neuen Markt entdeckt. Dennoch rutschten die Stuttgarter im Oktober gegenüber Oktober 1984 stark ins Verkaufsminus. Nicht etwa, weil sich keine Kunden fanden, sondern weil nach Auskunft der Vertriebstochter Mercedes Benz of North America die Lager leer gekauft waren. So fielen die Verkäufe im Oktober um 35,2 Prozent auf 4467 Autos zurück. Doch von Januar bis Oktober verkaufte Daimler-Benz in den USA 69 473 (61 467) Wagen, 13 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die Bayerischen Motoren Werke AG, München, sind den Stuttgartern auf dem hartumkämpften US-Markt dicht auf den Fersen. Im Oktober kauften prestige- und qualitätsbewußte Amerikaner 7507 (5971) BMW, 25,7 Prozent mehr als vor einem Jahr. Damit haben die Münchner im bisherigen Jahresverlauf 73 801 (57 728) Autos verkauft.

Auch bei der VW-Tochter Audi erwartet man im Amerika-Geschäft in diesem Jahr bessere Ergebnisse. Im Oktober wurden mit 6253 Autos 3,9 Prozent mehr abgesetzt als im Oktober 1984, der Zehnmonatsumsatz stieg um 2,7 Prozent auf 61 607 (59 960) Audis. Die Prognose für 1985 lautet auf 73 000 Modelle gegenüber 71 000 im Jahr zuvor. Porsche Cars North America, die US-Tochter des Stuttgarter Sportwagenherstellers, verkaufte im Oktober 2407 (1740) ihrer Modelle und im Zehnmonatsabschnitt 20 280 (16 845) Stück.

FRANKREICH / Arbeitszeit-Gesetz ist unpraktikabel

Vorschriften nicht beachtet

J. Sch. Paris

Die von der sozialistischen Regierung wesentlich verschärften arbeitsrechtlichen Bestimmungen werden von den französischen Unternehmen immer weniger beachtet. Vor allem über die Arbeitszeitreglementierung setzen sie sich fortschreitend hinweg. Nach den Feststellungen des Arbeitsministeriums wurden seit Anfang dieses Jahres mindestens 60 innerbetriebliche Absprachen „an der Grenze der Legalität" getroffen. Es geht dabei vor allem um den Überstunden*ausgleich*.

Auf Grund der Regierungsverordnung vom 16. Januar 1982 über die Verkürzung der gesetzlichen Arbeitszeit von 40 auf 39 Wochenstunden (bei *vollem Lohnausgleich) müssen* Überstunden nicht nur teurer bezahlt, sondern auch durch zusätzliche Freizeit kompensiert werden. Die Regierung will auf diese Weise die Unternehmen veranlassen, zusätzliches Personal einzustellen. Angesichts der in Frankreich extrem hohen Sozialabgaben und wegen des strengen Entlassungsschutzes sind aber vor allem die Unternehmen, die nur vorübergehend zusätzliches Personal benötigen, an Neueinstellungen wenig interessiert. *Andererseits verzichten die Arbeitnehmer* lieber auf mehr Freizeit als auf hohe Überstundenzuschläge.

Um diesen Prozeß einzudämmen und in legale Bahnen zu lenken, will Arbeitsminister Michel Delebarre im Rahmen eines Gesetzentwurfs über die Flexibilität der Arbeitszeit das Überstundenproblem wie folgt lösen: Für über 41 Wochenstunden dürfen nur *dann Überstundenzuschläge* bezahlt werden, wenn die effektive Arbeitszeit im Jahresdurchschnitt 38 Wochenstunden nicht überschreitet.

Europaparlament kritisiert Ministerrat

dpa/VWD, Straßburg

Scharfe Kritik hat das Europaparlament in Straßburg an den Haushaltskürzungen des Ministerrates für das Jahr 1986 geübt. In der Etatdebatte *warfen Abgeordnete dem Rat vor*, mit seinen Ansätzen könnten die Verpflichtungen aus der Süderweiterung der Gemeinschaft um Spanien und Portugal nicht abgedeckt werden. Beobachter gehen davon aus, daß das Parlament bereit ist, einen neuen schweren Haushaltskonflikt mit dem Rat in Kauf zu nehmen.

Der Rat hatte in seiner ersten Lesung den Kommissionsentwurf von 35,05 Mrd. Ecu (78,5 Mrd. DM) auf 31,7 Mrd. Ecu (71,2 Mrd. DM) zusammengestrichen. Der Parlamentarische Berichterstatter, der Grieche Efthimios Christodoulou, brachte in Straßburg einen Haushaltsentwurf mit einem Gesamtvolumen von 34,05 Mrd. Ecu (76,2 Mrd. DM) ein.

Deutsche Experten für die Dritte Welt

DW. Bonn

Der Senioren-Experten-Service (SES) geht ab 1. Januar 1986 vollständig in die Verantwortung der privaten Wirtschaft über. Zu diesem Zweck *gründeten* die Trägerinstitutionen Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Carl-Duisberg-Gesellschaft (CDG) und Deutscher Industrie- und Handelstag (DIHT) jetzt in Bonn eine gemeinnützige Gesellschaft. Vorher hatte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit den SES mitfinanziert.

Über den SES werden pensionierte Führungskräfte in Entwicklungsländer entsandt, um ehrenamtlich an Ort und Stelle beim Aufbau von Betrieben zu helfen. Allein für 1986 sind über 100 Einsätze geplant. Jeder zweite der 1500 auf der Liste stehenden Senioren beherrscht einen technischen Beruf. Die Einsatzdauer beträgt maximal sechs Monate.



SALZGITTER / Der Schiffbau bleibt unbefriedigend

Besserung im Konzern

dos, Salzgitter

Eine gegenüber dem Vorjahr deutliche Besserung der Geschäftsentwicklung verzeichnet der bundeseigene Salzgitter-Konzern. Zwar verzichtet der Vorstand auf Aussagen zur Ertragsentwicklung; auch in dieser Hinsicht aber dürfte das Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) eine Trendumkehr hin zum Positiven gebracht haben. Bereits vor geraumer Zeit hatte Salzgitter-Vorstandschef Ernst Pieper avisiert, daß der Vorjahresverlust (422 Mill. DM) ganz wesentlich reduziert würde, wenngleich mit einem ausgeglichenen Ergebnis noch *nicht zu rechnen sei.*

In der jüngsten Mitarbeiterzeitschrift, die auf die ersten neun Monate 1984/85 abstellt, heißt es, die Lage in wichtigen Unternehmensbereichen habe sich deutliche gebessert. In besonderem Maße gilt dies offensichtlich für den Stahlbereich. Während der Konzernumsatz im Berichtszeitraum um 12,6 Prozent auf 9,17 (8,15) Mrd. wuchs, ergab sich bei der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG ein Umsatzplus von 19 Prozent auf 2,3 (1,9) Mrd. DM.

Die Rohstahl-Produktion nahm um 13 Prozent auf 2,9 Mill. t zu und die von Strangguß um 15 Prozent auf 2,4 Mill. t. Mit einer Walzstahl-Erzeugung von 2,6 Mill. t wurde der entsprechende Vorjahreswert um 19 Prozent übertroffen. Bei der Salzgitter Stahl GmbH wurde der Umsatz um 18 Prozent auf 2,66 gesteigert.

Als nach wie vor unbefriedigend wird die Situation auf dem Schiffbau-Markt bezeichnet, obwohl die Tochter Howaldtswerke-Deutsche Werft AG den Auftragsbestand bis Ende Juni auf 2,7 (2,3) Mrd. DM erhöhen konnte. Ein bedeutender Anteil der Aufträge sei von den deutschen Werften generell aber angesichts des weltweit zurückgegangenen Bestellvolumens zu ungünstigen Bedingungen hereingenommen worden.

Überwiegend positiv entwickelten sich die übrigen Geschäftsbereiche. So hätten im Anlagenbau fast alle Gesellschaften mit Gewinn abgeschlossen. Die Beschäftigung des Waggon-Herstellers Linke-Hofmann-Busch sei bis 1986 gesichert. Weniger günstig sehe es bei der Luitpoldhütte und bei Stankiewicz aus.

K+S-Aktionäre wollen Auskunft

dos, Hannover

Zu einer Aktionärsversammlung, auf der über aktuelle Entwicklungen der zum BASF-Konzern gehörenden Kali+Salz AG, Kassel, diskutiert werden soll, hat eine Schutzgemeinschaft freier *Kali+Salz-Aktionäre* für den 18. November nach Hannover eingeladen. Ein Sprecher der Schutzgemeinschaft kündigte an, daß unter anderem die Neuordnung der K+S-Geschäftspolitik auf den Überseemärkten sowie die Preisspaltung bei Kali-Sulfat zu den Hauptthemen der Versammlung gehören werden.

Dem Vorstand wirft die Schutzgemeinschaft vor, daß K+S aus „offenbar strategischen Gründen auf Überseegeschäfte verzichtet", um statt dessen die neue Kali-Grube in Kanada (Potocan) voll auszufahren. Die damit verbundene Verlagerung der Geschäfte nach Kanada werde das K+S-Ergebnis 1985 negativ beeinflussen. Die vorgenommene Preisspaltung bei Kali-Sulfat – hier halte K+S einen Weltmarktanteil von rund 40 Prozent – und andere Maßnahmen ließen einen finanziellen Schaden von rund 100 Millionen DM befürchten.

Otto Wolff in den Aufsichtsrat

DW. Düsseldorf

Der Stahlindustrielle und Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Otto Wolff von Amerongen (67), wird Mitte nächsten Jahres vom Posten des Vorstandsvorsitzenden der Kölner Otto Wolff AG in den Aufsichtsrat des Unternehmens überwechseln. Das wurde gestern von einem Unternehmenssprecher bestätigt.

Als Nachfolger im Vorstand ist Wolffs Schwiegersohn Dr. Arend Oetker (46) vorgesehen. Oetker ist Vorsitzender der Geschäftsführung der Schwartauer Werke GmbH & Co., Bad Schwartau, und Vorsitzender des Verbands der Ernährungsindustrie.

Der Familienkonzern, der in den Bereichen Stahlhandel und -weiterverarbeitung, im Maschinen- und Anlagenbau tätig ist, hatte 1984 weltweit einen Umsatz von 5,5 Mrd. DM (einschließlich nicht konsolidierter Unternehmen) und beschäftigt rund 300 000 Menschen. Die Otto Wolff AG, deren Mehrheitsaktionär Otto Wolff selbst ist, hat knapp 1,9 Mrd. DM Umsatz.

BAYERISCHE LANDESBANK / Ludwig Huber nimmt erstmals zu Mega Petrol Stellung

„Wir wurden belogen und betrogen"

DANKWARD SEITZ, München

„Ich verhehle nicht, daß die Bank das Engagement bei Mega Petrol nicht erst aus heutiger Sicht als einen unerfreulichen Fall betrachtet." Doch wenn er auch „mit Detailvorgängen selbst nie etwas zu tun" hatte, klopft sich *Ludwig Huber*, Präsident der Bayerischen Landesbank, heute auf die Brust: „Ich trage die Verantwortung für die gesamte Bank und werde mich auch davor nicht drücken." Doch: „Es gibt keine Vorwürfe, die man der Bank in ihrem Außenverhältnis zu Mega Petrol machen könnte."

Zum ersten Mal hat der Landesbank-Präsident nach wochenlangem Schweigen zu einem Fall Stellung bezogen, mit dem das Institut selbst in die Schlagzeilen der Boulevardpresse geraten ist. Dabei entbehrt dieser Fall jeglicher spektakulären Brisanz, zumal die Vorgänge um die Öl- und Gasexplorationsgesellschaft Mega Petrol aus den Jahren 1979 bis 1982 schon längst abgehakt waren.

Entschieden wendet sich Huber gegen den Vorwurf, aus dem die Mega-Petrol-Zeichner heute wenigstens einen moralischen Schadensersatzanspruch geltend machen wollen, daß die Landesbank die Anleger rechtzeitig hätte warnen und damit vor Schaden bewahren müssen. Denn wie mehrfach berichtet, hatte die Bank Anfang der 80er Jahre gegenüber der Mega Petrol die Zwischenfinanzierung von bereits gezeichnetem, aber noch nicht fälligem Kommanditkapital übernommen.

Finanziert worden seien dabei, so Huber, aber nicht die Anleger oder Zeichner selbst, sondern die Gesellschafter der Mega Petrol als unmittelbare Kreditnehmer. Das Finanzierungsvolumen der Landesbank habe „in der Spitze" im Jahr 1981 rund 42 Mill. DM betragen. Zur Sicherstellung dieser Beträge habe sich die Bank dann von der Gesellschaft die Ansprüche auf Einzahlung des Kommanditkapitals abtreten lassen.

Am Vertrieb der Kommanditanteile, so *Huber*, *sei die Bank* nie beteiligt gewesen. Dieser habe ausschließlich in den Händen des Mega-Petrol-Initiators Ernst Willner gelegen, der nach eigenen Angaben bei ungefähr 1300 Zeichnern rund 260 Mill. DM plazieren konnte, von denen derzeit etwa 170 Mill. DM eingezahlt sein sollen. Die Landesbank habe also auch nie Gespräche mit diesen, ihr unbekannten Anlegern führen und sie auf die Risiken ihrer Engagements hinweisen können.

Auch dafür, daß die Zeichner nicht an der Bonität von Mega Petrol zweifelten, weil die Landesbank sich bei Mega Petrol engagiert hatte, kann der Bank nach *Ansicht* von Huber *kein* Vorwurf gemacht werden. Huber: „Die Kreditgewährung an einen Kunden der Bank macht die Bank nicht zum Aufpasser über den Kreditnehmer." Darüber hinaus habe die Bank nie die werbliche Verwendung ihres Namens bei der Akquisition von Mega-Petrol-Zeichnern zugelassen. Soweit Verstöße bekannt geworden seien, habe man abgemahnt.

Doch auch die Bank selbst, so Huber, sei ihr Mega-Petrol-Engagement nur im Hinblick auf die positiven Auskünfte über den renommierten Joint-Venture-Partner der Mega Petrol, die amerikanische Bow Valley, sowie den fachkundigen „technischen" Geschäftsführer und der Bürgschaftsübernahme für die Kredite durch den noch immer angesehenen Ingolstädter Textilfabrikanten Schleicher eingegangen. Huber: „Wie wir heute wissen hat dies leider nicht ausgereicht. Wir sind von Ernst Willner getäuscht und von dem technischen Geschäftsführer nicht richtig informiert worden. Im Herbst 1981 mußten wir feststellen, daß wir belogen und betrogen worden sind."

Entschieden weist Huber auch Anschuldigungen zurück, daß nichtkreditwürdige Kleinanleger, Rentner und Studenten – die Mindestzeichnung betrug immerhin 10 000 DM – indirekt durch die Landesbank-Zwischenfinanzierung bei Mega Petrol einsteigen konnten. Zum einen seien diese Personen schon mit ihrer Unterschrift zu Kommanditisten geworden. Zum anderen habe die Bank aber immer die Bonität der Anleger geprüft, deren Zeichnungen sie beleihen sollte. Bei einem negativen Ergebnis habe man die Kreditgewährung abgelehnt und Mega Petrol um „bessere" Zeichner gebeten. Und überhaupt, *für Spekulationsverluste* könne die Bank nicht verantwortlich gemacht werden.

Wenn schon die Landesbank eines Tages die von ihr zwischenfinanzierten Anleger nicht freiwillig zu einem gewissen Teil entschädigt, um aus den Schlagzeilen herauszukommen, bleibt Huber einige Fragen schuldig: Warum hat sich „sein" so auf Integrität bedachtes Institut überhaupt mit der Mega Petrol und Ernst Willner eingelassen? Und warum wurde die Bonität zwar der Anleger so genau unter die Lupe genommen, nicht aber die Mega Petrol? Es mag ja sein, daß man belogen und betrogen worden ist. Das aber kann den Vorstand der Landesbank nicht von seiner Mitverantwortung entheben, daß die Bank ins Gerede gekommen ist. Wenigstens zu einem Bruchteil bescheinigt man sich damit selbst Unfähigkeit.

GERLING GLOBALE RÜCK / Mit Verlustausgleich

„Der Tunnel ist noch lang"

HARALD POSNY, Köln

Zum zweiten Mal hintereinander mußte die Holding des Gerling-Konzerns, die Gerling-Konzern Versicherungsbeteiligungs-AG (GKB) ihrer Tochter Globale Rückversicherung (GKR) mit 30 (25) Mill. DM zu Hilfe eilen, um ihr für das Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) zu einem ausgeglichenen Ergebnis zu verhelfen.

Und nicht nur das: Auch die Schwester, die Kompositversicherung GKA, mußte einiges aus glücklicherweise guten Erstversicherungsergebnissen beisteuern. Und weil auch das noch nicht reichte, wurden *10 Mill. DM aus den Rücklagen mobi*lisiert, der Gewinnvortrag (1,1 Mill. DM) des Vorjahres ausgekehrt. Ein weiteres Mal ist natürlich die Dividende, zuletzt für 1982/83 zwölf Prozent, ausgefallen.

Ganz so schlimm wie es derzeit in den USA aussieht, ist es bei Gerling, der Nr. 4 unter den größten professionellen Rückversicherern in der Welt nicht. In einem Gespräch mit der WELT drittelte GKR-Vorstandssprecher Richard Woltereck die Verlustquellen: USA, Australien (ein inzwischen gekündigtes Arbeiter-Unfall-Rückversicherungsgeschäft) und das übrige Inlands- und Auslandsgeschäft. Dabei sehen die Inlandsergebnisse vor allem in der Kredit- und Feuerversicherung, wesentlich besser aus als die Ergebnisse des Auslandsengagements. Die Erfolge haben sich jedoch nicht so recht niedergeschlagen.

Die GKR hat ihr USA-Geschäft weiter stark reduziert. Dennoch schlugen die Schäden aus dem dortigen Produkthaftpflicht-Geschäft und aus den Exportrisiken in die USA voll durch. Die europäischen Versicherer, die erst spät die Tragweite des Problems erkannt haben, verhalten sich jetzt immer restriktiver gegenüber US-Risiken.

Gleichwohl: Gerling hat für alle vermutlichen Fälle hohe Reserven gelegt. Die Rückstellungen sind doppelt so hoch wie die Nettoprämie. Auch an der Eigenkapitalausstattung wurde etwas getan, „nicht nur der Optik wegen", sagt Woltereck. Vor Ende des Geschäftsjahres wurde das Grundkapital um 10 auf 61 Mill. DM erhöht. Das 10 Mill. DM Agio ging in die Rücklagen. Im Oktober folgte ein zweiter warmer Kapitalregen mit der Erhöhung auf 70 Mill. DM, hier gehen 15 Mill. DM Agio in die Rücklagen. Die Einzahlung wurde durch die Einbringung der Holding-Tochter Gerling-Konzern Standard Versicherungs-AG (GKS) erbracht.

Woltereck sieht ein „Licht am Ende des Tunnels, aber der Tunnel ist noch lang". Im laufenden Jahr wird das Engagement in USA und Australien weiter reduziert, das Prämienvolumen dürfte wohl um fünf Prozent zurückgehen, die technischen Verluste um zehn bis 15 Prozent abgebaut werden. Erst 1986/87 würde man die Auslandsverluste im Ergebnis kaum noch sehen. Schon übers Jahr sei keine mütterliche Hilfe mehr nötig.

Gerling Global		1984/85	± %
Bruttoprämie (Mill.DM)		2 175	+ 5,2
Auslandsanteil (%)		44,7	(44,7)
Nettoprämie[1])		1 361	+ 5,1
Selbstbehalt (%)		62,6	(62,6)
Anfw.f.Vers.Fälle		1 079	+ 11,7
Vers.-techn. Ergebn.[2])		- 202	(- 152)
Kapitalanlagen[3])		1 833	+ 5,4
Kapitalerträge[4])		155	- 4,3
in % d.Nettoprämie	84/85	83/84	82/83
Vers.techn.Ergebn.	-14,8	-11,8	-11,3
Vers.techn.Rückst.	201,8	197,1	181,5
Eigenkapital	11,1	10,9	9,9

1)Bruttoprämie minus Rückversicherungsbeiträge; [2])nach Zuführung von 4 (19,3) Mill. DM zur Schwankungsrückstellung; [3])ohne Depotford.; [4]) netto

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Kolbenschmidt wächst

Frankfurt (VWD) – Auf der Woge der guten Automobilkonjunktur steht die im Frühjahr 1984 an der Börse eingeführte Kolbenschmidt AG, Neckarsulm, (KS), in einer ausgeprägten Wachstumsphase. Das Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) hat den mehrheitlich zum Metallgesellschaftkonzern gehörenden Automobilzulieferer kräftige zweistellige Zuwachsraten gebracht. Wie von Vorstandsseite zu hören ist, stieg der Umsatz der AG um gut 14 Prozent auf 780 Mill. DM – der Weltumsatz liegt jetzt bei über 1,1 Mrd. DM nach rund 1 Mrd. DM im Vorjahr. Noch stärker als das Umsatzplus ist die Ertragssteigerung dank der deutlich besseren Kapazitätsauslastung ausgefallen. Den KS-Aktionären scheint *eine höhere Dividende zu* winken, nachdem für 1983/84 sechs DM pro 50-DM-Aktie ausgeschüttet wurden.

Investitionen in Berlin

Berlin (dpa/VWD) – Die Osram GmbH, Berlin/München, will das ursprünglich vorgesehene Investitionsprogramm in Berlin von 90 Mill. DM in den Jahren 1985 bis 1987 mehr als verdoppeln. Wie der Vorsitzende der Geschäftsführung der hundertprozentigen Tochtergesellschaft der Siemens AG, Berlin/München, Helmut Plettner, in Berlin anläßlich des Richtfestes für *ein Lampenwerk in* Berlin-Spandau bekanntgab, will man nunmehr in diesem Zeitraum etwa 200 Mill. DM investieren. Osram beschäftigt in Berlin 2803 Mitarbeiter.

Vor Auflösung

Hamburg (dpa/VWD) – Die Hemmoor Zement AG, Hemmoor, die Ende 1983 Produktion und Versand eingestellt hatte, soll aufgelöst werden. Die Muttergesellschaft, die Alsen-Breitenburg Zement- und Kalkwerke GmbH, Hamburg, hat von ihrem Kündigungsrecht für den bestehenden Unternehmensvertrag Gebrauch gemacht und diesen Vertrag mit Wirkung vom 1. Dezember gekündigt. Noch vor Ende dieses Jahres soll eine außerordentliche Hauptversammlung stattfinden, die über die Auflösung beschließen soll.

Stärkerer Bergeversatz

Borken (dpa) – Die Bergbau AG Lippe will Investitionen von 200 Mill. DM hauptsächlich für einen stärkeren „Bergeversatz" verwenden, also für die Verlagerung von mehr Abraum nach Untertage. Wie Vorstandsmitglied Herbert Kleinherne in Borken betonte, werde die Ruhrkohle die Verminderung des Schadstoffausstoßes ihrer Kernkraftwerke wahrscheinlich bereits bis 1986/87 „früher erfüllen", als nach der Großfeuerungsverordnung - bis 1988 - vorgesehen sei. Kleinherne erklärte, daß sich *die Jahresförderung der Ruhrkohle* in diesem Jahr um 2,8 Mill.Tonnen auf etwa 58,5 Mill. Tonnen erhöhen werde.

LSI-Engagement

Hannover (hb.) – LSI Logic, ein *amerikanisches Unternehmen* der *Hochtechnologie*, wird mit Hilfe der niedersächsischen Landesregierung in Braunschweig eine Fabrik zur Herstellung von elektronischen Schaltkreisen errichten. Mit einem veranschlagten Investitionsvolumen von 150 Mill. DM werden dadurch vorerst 300 Arbeitsplätze geschaffen. Der Bau der Fabrik soll Anfang 1986 begonnen werden.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Arnsberg: Brauckmann Möbel GmbH & Co. KG, Schmallenberg-Gleidorf; **Berlin-Charlottenburg:** Ga-Da-Wa-Sanitärdienst GmbH; KEB Kommunikations-Elektronik GmbH; Gert Engeler, Nachl. d. Charlotte Rampold; Nachl. d. Helma Margarete Lehmann; **Bielefeld:** ROBI Möbel-, Schuh- und Bekleidungshandel GmbH; Köster Kfz.-Karosserie- u. Fahrzeugbau GmbH; **Braunschweig:** Rolf Stanislawska; **Dortmund:** JUNO-Baugesmbh; **Düsseldorf:** Ulrich Winterstein, Inh. e. Wäscherei; Stimorol Kaugummi GmbH; **Duisburg:** Nachl. d. Karl-Wilhelm August Wilmsen; Zimmerei Johann Thissen GmbH; **Hamburg:** Dr. Klaus Wilhelm Dieter Barnbeck, Kaufm., Wentorf; ARTU-Containerdienst GmbH; **Landau:** Montbero Rohrleitungs- Stahl- u. Metallbauges. mbH, Wörth 2; **Ludwigsburg:** KG i. Marketbau Elfriede Schmid & Manfred Mollenhauer GmbH & Co. KG, Neckarweihingen; **Mainz:** Spandau Repro GmbH, Bretzenheim; **Mannheim:** AWIG Allgemeine Wirtschafts- u. Anlageberatungsges. mbH; **Mayen:** Patrick Loscheider, Andernach; **Nürnberg:** Hans Zipf; Nachl. d. Erwin Rieger, Burgthann; **Remscheid:** Nachl. d. Klaus Triesch, Solingen; **Siegburg:** Ali Afzal Mughal GmbH; **Ulm:** CI-Fotolabortechnik GmbH; **Winsen/Luhe:** Dolling GmbH; **Witten:** Intermaille GmbH – Kunststoff u. Textil.

Anschlußkonkurs eröffnet: Hannover: Maec Sports Handelsges. mbH; **Siegburg:** Kubus-Wohnbau GmbH, St. Augustin 2.

Vergleich eröffnet: Duisburg: Pape Fruchtimport KG.

Vergleich beantragt: Aachen: Rudolf Thelen GmbH & Co. KG, Alsdorf; **Beckum:** Westhues & Gröne GmbH & Co. KG, Ahlen; **Berlin-Charlottenburg:** Wolfgang Dorasil, Kaufmann; **Dortmund:** KG i. Georgi & Bartsch; **Flensburg:** Hartmut Schlieker; **Vaihingen:** Eugen Schassberger, Knittlingen-Freudenstein.

LLOYD'S

„Kontrolleur" zurückgetreten

fu. London

Die in den letzten Jahren von einigen Skandalen und Mitgliederverfehlungen betroffene Versicherungsbörse Lloyd's of London ist erneut in die Schlagzeilen geraten. Ausgerechnet der Mann, der vor drei Jahren von der Bank von England gebeten wurde, die Selbstkontrollorgane innerhalb des Lloyd's-Versicherungsmarktes zu stärken, ist jetzt von seinem Posten als Hauptgeschäftsführer von Lloyd's zurückgetreten. Zwischen ihm, Ian Hay Davison, und dem Rat der Versicherungsbörse unter Lloyd's-Chairman Peter Miller war es in letzter Zeit zunehmend zu Spannungen gekommen.

Nach der Novellierung des Lloyd's-Gesetzes vor gut drei Jahren mit der Maßgabe, die Selbstkontrolle zu verstärken und damit weiteren Verfehlungen und Skandalen wirksam zu begegnen, hatte man sich mit der Bank von England darauf geeinigt, *einen Außenseiter mit dieser* Aufgabe zu betreuen. Um seine Autorität zu stärken, wurde ihm der Posten des Hauptgeschäftsführers und Stellvertreters des Vorsitzenden des Lloyd's-Rates eingeräumt.

Doch offenbar kam es im Lloyd's-Rat zusehends zu Unstimmigkeiten über die Exekutiv-Befugnisse des Hauptgeschäftsführers, die dieser so weit wie möglich wahrzunehmen suchte. Weil Ian Hay Davison kein Versicherungsfachmann, sondern Wirtschaftsprüfer ist, nachdem die Bank von England darauf bestand, einen Außenseiter zur Stärkung der Selbstkontrollorgane zu bestellen, wurde seine Kompetenz und sein Status von führenden Lloyd's-Managern *immer häufiger in Zweifel gezogen.*

ZINSEN / Nach der Kurserholung am Rentenmarkt gewähren einige Banken wieder günstigere Hypotheken

Weitere Institute wollen Baugeld verbilligen

LEO FISCHER, Bonn

Seit Wochen beherrscht ein Wortungetüm die Diskussion am Renten- und Hypothekenmarkt, das wir offensichtlich bald wieder vergessen können, der „Zinsbuckel". Gemeint war damit der mitten in einem offenbar intakten Zinssenkungsprozeß plötzliche und wie sich jetzt offenbar zeigt, nur kurzfristige Anstieg der Zinsen, dem nun wieder ein wenn auch erst leichter Zinsrückgang folgt.

Nur einen Tag, nachdem der Bundesverband Deutscher Banken die Erwartung äußerte, daß der Zinsbukkel bald überwunden sei, teilt die Deutsche Pfandbriefanstalt, Wiesbaden, mit, daß sie ihre Hypothekenzinsen herabsetzt. Mit sofortiger Wirkung sinkt der Nominalzins bei zehnjähriger Zinsbindung und 100prozentiger Auszahlung von bislang 7,95 auf 7,75 Prozent und der anfängliche effektive Jahreszins von 8,3 auf 8,1 Prozent.

Bei fünfjähriger Bindung und 100prozentiger Auszahlung beträgt der neue Nominalzins 7,35 (7,65) Prozent und der anfängliche effektive *Jahreszins 7,6 (8,0) Prozent.*

Aber die Depfa war diesmal, wiewohl führend in der Wohnungsbaufinanzierung, nicht der Zinsführer. *Bereits einen Tag zuvor hatte das* gemischte Institut (Hypothekar- und Bankgeschäft) Bayerische Vereinsbank in München die Konditionen für den Hypothekennehmer verbessert. Bei der zehnjährigen Bindung liegt das Münchner Institut bei 100prozentiger Auszahlung im Nominalzins ebenfalls bei 7,75 Prozent nach 8,10 zuvor. Bei fünfjähriger Zinsbindung und 100 Prozent Auszahlung liegen die Münchner mit 7,40 (vorher 7,75) leicht über dem Satz der Pfandbriefanstalt von 7,35 Prozent.

Wie eine Umfrage der WELT bei einer Reihe von Realkreditinstituten ergab, sind auch bei anderen Hypothekenbanken Überlegungen im Gange, mit den Hypothekenzinsen herunterzugehen. Ebenfalls gestern teilte die DSL Bank, Bonn, mit, daß sie ab Donnerstag bei jeweils *100* Prozent Auszahlung für fünfjährige Zinsbindung von 7,70 auf 7,50 Nominalzins (anfänglicher effektiver Jahreszins 7,80 Prozent) und bei zehn Jahren *von 8,10 auf 7,95 Nominalzins* (effektiver anfänglicher Jahreszins 8,30 Prozent) heruntergehen.

Bei der DG Hyp, deren Zinsentscheidungen für den Genossenschaftssektor von starker Signalwirkung sind, will man noch die weitere Entwicklung abwarten. Ähnlich äußerten sich andere Institute, die nicht nur den weiteren Trend am Rentenmarkt beobachten, sondern auch abwarten wollen, wie sich die anderen Institute in ihrer Konditionengestaltung verhalten werden.

Nach dem Zinsanstieg am Rentenmarkt seit dem 30. September ist man offensichtlich vorsichtig geworden und will abwarten, ob der am 30. Oktober wieder begonnene Zinssenkungstrend nun eine größere Stetigkeit aufweist. Immerhin ist die Rendite der Anleihen von Bund, Bahn und Post seit Ende September von 6,24 auf 6,83 Prozent am 29. Oktober gestiegen. Seither ermäßigte sich die *Rendite wieder auf 6,53 und bildete* damit den berühmten Buckel.

Ausgelöst worden war der Zinsanstieg am Rentenmarkt durch die Tagung der Großen Fünf in New York, *in der beschlossen worden war,* den Dollarkurs durch Interventionen am Devisenmarkt zu drücken. Tatsächlich gelang es auch, innerhalb kurzer Zeit den Dollarkurs von 2,90 auf 2,65 herabzuschleusen. Als Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl erklärte, daß ein Dollarkurs von 2,65 durchaus tolerierbar sei, gab er der Spekulation gleichsam einen Freifahrschein. Die Aufwertungsspekulation auf die D-Mark war damit beendet und die Ausländer, die zuvor durch ihre Rentenkäufe den Zinssenkungstrend in der Bundesrepublik unterstützt hatten, stiegen nun aus deutschen Renten aus. Die Folge war der Anstieg der Renditen am Rentenmarkt.

Bei den Hypthekenzinsen schlug sich *die Rentenmarktentwicklung so* nieder: Nachdem die Hypotheken bei 100prozentiger Auszahlung mit fünjähriger Zinsbindung vom Jahreshöchststand Februar/März von 8,2-8,4 *bis August/September auf 6,8-7,1* und bei zehnjähriger Zinsbindung von 8,5-8,8 auf 7,4-7,6 Prozent zurückgegangen war, hatten sie sich zuletzt wieder auf 7,7 (fünf Jahre/100 Prozent) bzw. 8,10 (zehn Jahre) *erhöht.*

VEREINIGTE METALLWERKE / Krise überwunden

Erstmals wieder ein Gewinn

INGE ADHAM, Werdohl

Hansjürgen Hauck, seit Mai Vorsitzender im nunmehr dreiköpfigen Vorstand der Vereinigten Metallwerke AG (VDM), läßt keinen Zweifel daran: Das Unternehmen wird wachsen und dies bei vernünftigem Ertrag. Grund für die neuen Töne aus dem langjährigen Sorgenbereich Verarbeitung, der die Mutter, die Frankfurter Metallgesellschaft AG (MG) im Laufe der Jahre runde 300 Mill. DM gekostet hat, sind die ersten Erfolge einer umfassenden Neukonstruierung.

In diesem Jahr, so der Vorstand bei einer Vorstellung der „neuen" VDM AG, die Nickel-Technologie, Nickelbasiswerkstoffe und Sonderedelstähle produziert, wird erstmals seit Ende der sechziger Jahre wieder ein Gewinn an die Mutter abgeführt. Auf netto 6 Mill. DM veranschlagt Finanzchef Josef Weiler das Ergebnis der VDM AG im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.), dazu kommen etwa 12 bis 16 Mill. DM Beteiligungserträge, so daß die VDM-Gruppe etwa 18 bis 20 Mill. DM Gewinn zeigen wird. Für das vorangegangene Jahr hatte die Metallgesellschaft nochmals 60 Mill. DM Verlust übernehmen müssen.

Es hätte noch besser ausgesehen, wenn die NE-Metallpreisentwicklung in den letzten Monaten nicht negativ durchgeschlagen hätte: Das Betriebsergebnis gibt der Vorstand mit 18 Mill. DM an. Die Metall-Abschreibungen dürften freilich im nächsten Jahr zu Buchgewinnen führen.

Die Wende zum Besseren im letzten *Geschäftsjahr sei keine Eintagsfliege,* betont Hauck. Erstmals in der VDM-Geschichte steht jetzt eine Produkt- und Werkstruktur, die einen in sich geschlossenen Fertigungs- und *Materialfluß erlaubt. Das Schmelz*werk für Nickel und Edelstahl in Unna versorgt heute die Werke Altena, Werdohl, Bärenstein sowie die Beteiligungsgesellschaft Mannesmann *Edelstahlrohr in Langenfeld mit* Vormaterial. Zur Erinnerung: In der „alten" VDM arbeiteten zu Beginn der andauernden Talfahrt noch 14 eigenständige Werke.

Mit 700 (466) Mill. DM Umsatz (1984/85) und 35 000 Tonnen Jahresausstoß (davon 85 Prozent Nickelhalbzeug) präsentiert sich die VDM AG als zweitgrößter Nickel-Halbzeug-Produzent der Welt mit einem gewichtigen Anteil am 150 000 Tonnen großen Weltmarkt. Gut 70 Prozent ihrer Geschäfte macht die VDM AG außerhalb der Bundesrepublik.

Am US-Markt, mit 75 000 Tonnen pro Jahr größter Einzelmarkt und zugleich Domäne des größten Nickel-Halbzeug-Herstellers, der Firma Huntington (INCO-Gruppe), erzielt das Unternehmen ein Viertel seines Umsatzes, zweitgrößter Markt ist Japan, gefolgt von der Bundesrepublik. Weltweit ist VDM in knapp 20 Industrieländern mit eigenen Verkaufsorganisationen präsent. Das sei zwar teuer (der Vertrieb verschlingt rund 40 Mill. DM im Jahr), aber notwendig, betont Hauck.

Bei der Konzentration auf hochwarmfeste Nickelhalbzeuge – vom Haartrockner bis zum Hubschrauber ist VDM dabei – ist es dem Unternehmen offenbar gelungen, in durchaus profitable Nischen vorzustoßen. Dabei ist nicht nur die Zulieferung von Katalysatoren zu nennen, auch bei allen zwanzig bisher in der Bundesrepublik erstellten Rauchgasentschwefelungsanlagen liefert VDM mit.

Mit einem Auftragspolster für fünf Monate sieht der Vorstand auch für das kommende Jahr die Basis für anhaltenden Erfolg gelegt; die Mitarbeiterzahl (am Jahresende 1600, im Vorjahr 2200 Beschäftigte) zeigt wieder leicht steigende Tendenz. Das endgültige Ende der Dauerkrise bei VDM? Der Vorstand zeigt sich überzeugt.

Freilich sind auch nach seiner Ein*schätzung innerhalb der nächsten* fünf Jahre noch Feinarbeiten in Gestalt von rund 100 Mill. DM Investitionen nötig, um für die ausreichende Widerstandskraft auch gegen eine *einmal widrigere Konjunktur zu sor*gen. Die aber will der „Legierungsweltmeister" (200 Varianten von Nikkellegierungen) aus Abschreibungen finanzieren. Der Mutter will man *nicht mehr auf der Tasche liegen.*

„Recycling statt Dirigismus"

dos, Hannover

Im Gegensatz zur Einschätzung der Bonner Bundesregierung, die eine Novellierung des Abfallbeseitigungsgesetzes für erforderlich hält, um den Anstieg der Einwegverpakkungen bei Getränken zu bremsen, besteht nach Ansicht von Helmuth K. Albrecht, dem Vorstandsvorsitzenden der Schmalbach-Lubeca AG, Braunschweig, und Vorsitzenden des Verbandes Metallverpackungen Feinstblech, von staatlicher Seite kein Handlungsbedarf.

Vor der Presse in Hannover sagte Albrecht, gerade in diesem Bereich sei die Entwicklung schon seit mehreren *Jahren konstant. Seit 1981 habe* die Einwegverpackung am gesamten Getränkemarkt einen Anteil von 25 Prozent. Die Getränkedose, die im Rahmen der Umweltdiskussion eine *besondere Rolle spiele, habe 1984* sogar Anteile eingebüßt und mache lediglich 5,7 Prozent aller Verpakkungsarten aus.

Anstatt dirigistische Maßnahmen anzuordnen, sollten die Bonner Politiker vielmehr stärkeres Augenmaß dem Recycling, also der Wiederverwendung der Rohstoffe, widmen, meinte Albrecht. Nach seinen Angaben ist die Abfallmenge aus Getränke-Einwegpackungen in den vergangenen zehn Jahren nur um 200 000 Tonnen auf 1,4 Mill. Tonnen gestiegen.

Durch Recycling-Verfahren seien während dieser Zeitperiode den Deponien wieder 900 000 Tonnen entzogen worden. Bei einer jährlichen Menge von 20 Mill. Tonnen an Hausmüll errechne sich so für die Getränkedosen ein Anteil von lediglich 0,5 Prozent.

Albrecht geht davon aus, daß es zu einem *Zwangspfand für gebrauchte* Einwegverpackungen nicht kommen wird. Ohnehin würde eine solche Maßnahme vor allem den mittelständischen Einzelhandel belasten. Er *hoffe, daß auch weitergehende Recy*cling-Modelle (Mehrkammer-Container) zu einer Änderung des Regierungsentwurfs führen werden. Die zweite Lesung werde für Februar *1986 erwartet.*

Montblanc-Simplo schreibt schwarz

Ze. Hamburg

„Wir werden auch künftig nur Schreibgeräte der oberen Preisklasse *herstellen." Das versicherte George* P. van Dijk, Geschäftsführer der Montblanc-Simplo GmbH in Hamburg. „Es hat sich für uns ausgezahlt, daß wir 1982 nicht in die Massenpro*duktion eingestiegen sind."* So wird das Unternehmen im Geschäftsjahr 1985/86 (31. 3.) wieder schwarze Zahlen schreiben. Dann sollen auch die letzten Verlustvorträge getilgt sein.

Für das laufende Geschäftsjahr erwartet van Dijk einen Umsatz von 130 (107) Mill. DM. Durch die Stärkung der Mutter Dunhill, die seit 1977 Mehrheitsgesellschafterin und seit *dem 1. Januar 1985 Alleineigentüme*rin ist, konnten auch alle langfristigen Verbindlichkeiten abgebaut werden. „Glänzend" im Geschäft ist der renommierte Hersteller von hochwertigen Schreibgeräten in der Bundesrepublik, Japan und Spanien.

Angesichts vieler stagnierender Märkte betrachtet der alleinige Geschäftsführer die Steigerung des Umsatzes um weltweit mehr *als 15* Prozent als einen besonders großen Erfolg. Als „unterentwickelt" sieht van Dijk den nordamerikanischen Markt an. Montblanc hält hier Umsatzstei*gerungen in den nächsten Jahren* von 70 bis 80 Prozent für realisierbar. Um den amerikanischen Markt besser in den Griff zu bekommen, überlegt die selbständige Dunhill-Tochter, ob sie in den USA *eine eigene Vertriebsge*sellschaft aufbaut, oder aber mit einem anderen Unternehmen kooperiert. Denkbar ist dabei eine enge Zusammenarbeit mit dem Zeichengerä*tehersteller Rotring, Hamburg.*

Im holsteinischen Wilster wird eine neue Anlage errichtet, um besonders kratzfeste Titan-Oberflächen für Metallschreibgeräte herzustellen. Damit *auch Arbeiten für Dritte ausgeführt* werden können, wurde in Wilster die Surpo GmbH gegründet. Außerdem wurde die bisherige Metallbearbeitung in Wilster in die neue Mont*blanc-Tochter Astoria-Metallverar*beitung GmbH eingebracht. Mit der Serie „Titano" bringt Montblanc noch in diesem Jahr ein neues Schreibgeräte-Set heraus. Die Markt*einführung erfolgt in Japan.*

RUHRGEBIET / Umfrage bei 1000 Unternehmen

Der Konjunkturmotor läuft jetzt auf vollen Touren

HANS BAUMANN, Essen

Der Konjunkturmotor läuft nun auch im Ruhrgebiet auf vollen Touren. Das haben die Industrie- und Handelskammern des Reviers in einer Umfrage bei weit über 1000 Unternehmen mit mehr als 420 000 Beschäftigten festgestellt. Die seit nun drei Jahren anhaltende positive konjunkturelle Entwicklung der Wirtschaft im Revier habe sich damit auch im Herst 1985 fortgesetzt.

Sehe man von den notwendigen Differenzierungen ab, so zeige sich das Ruhrgebiet als „ein konjunkturell *starkes Deutschland", sagte der Prä*sident der Kammer Essen, Curt Edeling, vor der Presse in Essen. Die Umfrage hat auch ergeben, daß die Wirtschaft des Reviers auch in den *kommenden sechs Monaten* nicht mit Ermüdungserscheinungen der Konjunktur rechne.

Doch diese positiven Daten dürften nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Ruhrgebiet strukturell anfällig bleibe. Die Anpassungsmaßnahmen beim Stahl und im Steinkohlenbergbnau hätten zwar ebenso wie die Einführung neuer Technologien die Strukturen verbessert. Dennoch müsse sich das Revier darauf einstellen, daß aus beiden Bereichen auch in Zukunft noch negative Einflüsse auf die konjunkturelle Entwicklung ausgehen könnten.

Vor diesem Hintergrund überrasche es nicht, daß der Arbeitsmarkt mit der konjunkturellen Entwicklung nicht schritthalten könne. Bisher habe sich lediglich die Zahl der Kurzarbeiter wesentlich reduziert, und die Zahl der offenen Stellen habe sich erhöht. Im Oktober – dem Zeitpunkt der Umfrage – wurden 7200 Kurzarbeiter gezählt. Das waren 91 Prozent weniger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Zahl der offenen Stellen nahm in der gleichen Zeit um 55 Prozent auf 7000 zu. Die absolute Zahl der Arbeitslosen aber, nämlich 250 000, und damit die Arbeitslosenquote stagnieren.

Die Kammern haben ermittelt, daß das Verhältnis der ins Erwerbsleben drängenden Jahrgänge zu den aus dem Erwerbsleben ausscheidenden etwa 2 : 1 betrage. Auf einen freiwerdenden Arbeitsplatz drängten somit zwei Stellensuchende. In absoluten Zahlen: Pro Jahr müßten etwa 20 000 Arbeitsplätze mehr ersetzt werden als frei werden.

Zum ersten Mal seit fünf Jahren stellen die Kammern fest, daß nun auch im Revier wieder Fachkräftemangel herrscht. 44 Prozent der Industriebetriebe haben Probleme, Arbeitsplätze mit geeigneten Fachfräften zu besetzten. Im Handel sind es 22 Prozent der Betriebe, denen Fachkräfte fehlen. Gesucht werden: Schlosser, Dreher, Fräser, Schweißer und Werkzeugmacher, aber auch Ingenieure der veschiedensten Fachrichtungen und Kräfte für den Bereich der elektronischen Datenverarbeitung. Die Kammern: Anforderungsprofil und Eignungsprofil weichen zunehmend von einander ab. Notwendig ist nach ihrer Meinung eine Qualifizierungsoffensive.

Die ersten Zeichen dafür sind sichtbar. Bei den Industrieunternehmen machen 71 Prozent von den Möglichkeiten des Beschäftigungsförderignsgesetztes Gebrauch. Vor allem die Investitionsgüterindustrie, die vom konjunkturellen Aufstieg am deutlichsten profitiert, will die Möglichkeit nutzen. Dabei steht der Abschluß befristeter Arbeitsverträge eindeutig im Vordergrund. Teilzeit- und Leiharbeit haben für die Industrie einen vergleichsweise niedrigen Stellenwert. Jedes zweite Unternehmen des Handels sieht im Beschäftigungsförderungsgesetzt eine Chance, die Beschäftigungssituation zu verbessern. Auch hier spielten befristete Arbeitsverträge die größere Rolle, gefolgt von der Teilzeitarbeit. Die Kammern sind sicher, daß sich diese Besserungstendenzen fortführen lassen, wenn sie nicht durch staatliche Maßnahemen konterkariert werden.

BILFINGER + BERGER / Konzernergebnis positiv

Lage am Bau bleibt schlecht

dpa/VWD, Mannheim

Die Bilfinger + Berger Bau-AG, Mannheim, sieht trotz leichter Nach*fragebelebung* keine grundlegende Besserung der Lage am Bau. Der zu erwartende Zuwachs im Wirtschafts- und öffentlichen Bau werde durch den anhaltenden Rückgang im Woh*nungsbau aufgezehrt, heißt* es in einem Zwischenbericht über die ersten neun Monate des laufenden Geschäftsjahres des drittgrößten deutschen Baukonzerns.

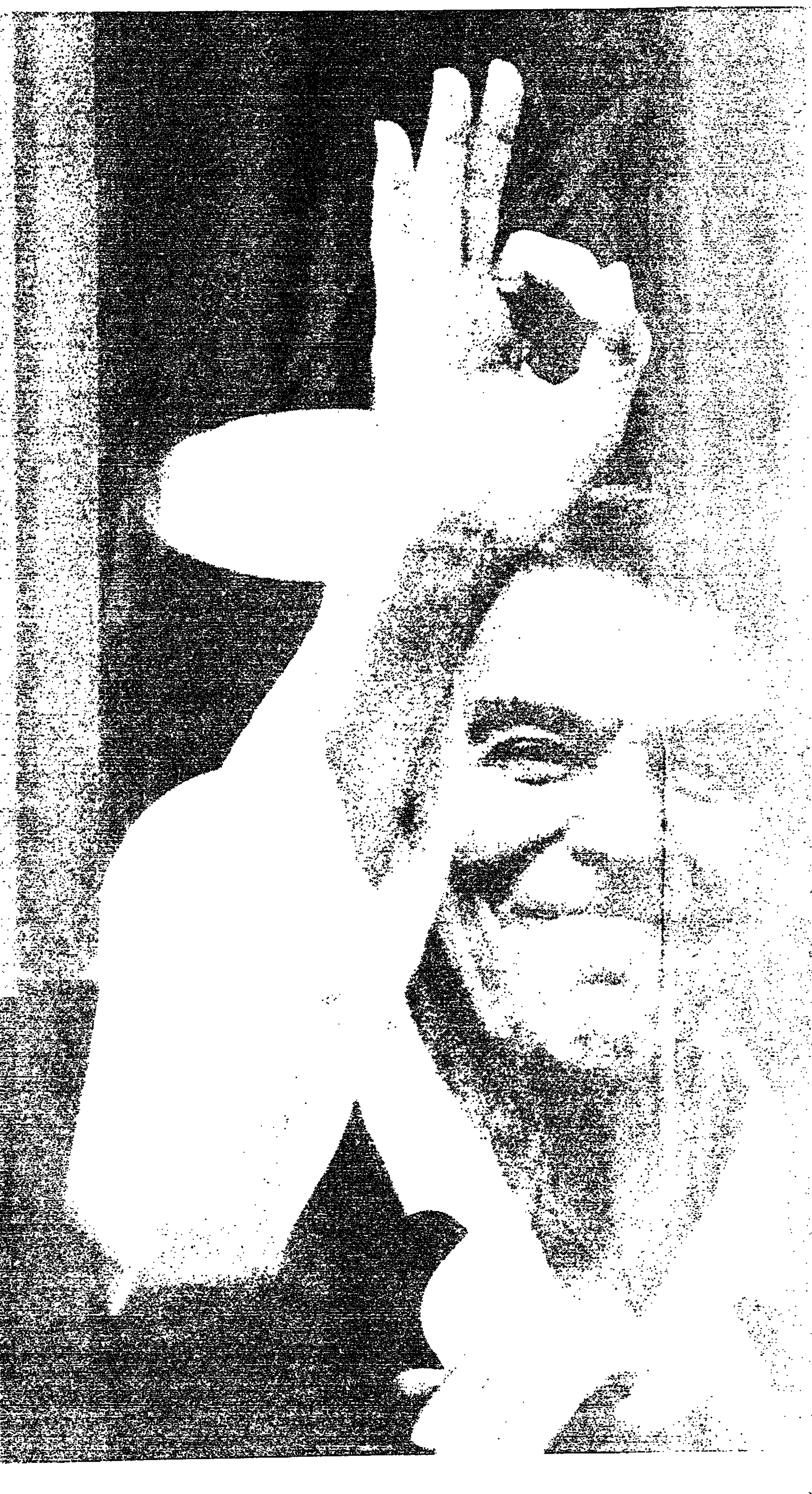
Die Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute, die für 1986 von einem Zuwachs von zwei Prozent ausgingen, erschienen kaum realistisch. Die deutsche Bauwirtschaft werde *nicht daran vorbeikommen,* sich langfristig auf ein niedrigeres Bauvolumen einzustellen und ihre Kapazitäten anzupassen, heißt es im Bericht für die Aktionäre.

Bilfinger + Berger konnte in den ersten neun Monaten 1985 die Produktion des vergangenen Jahres von 2,49 Mrd. DM wieder erreichen. Witterungsbedingt sei sie im Inland auf 927 (960) *Mill. DM zurückgegangen,* während im Ausland ein leichtes Plus auf 1,56 (1,54) Mrd. DM erzielt wurde. Für das Gesamtjahr wird den Angaben *zufolge eine Gesamtbauleistung* von wieder 3,4 Mrd. DM erwartet.

Durch die starke Orientierung des Unternehmens auf den Wirtschafts- und öffentlichen Bau *stieg der Auf*tragseingang im Inland auf 1,08 (0,94) Mrd. DM, während sich im Ausland mit Bestellungen von 0,62 (1,77) Mrd. DM die finanziell bedingte Abschwächung der Bautätigkeit in Opec- und Entwicklungsländern niederschlug. Insgesamt standen Ende September Aufträge von knapp 3,35 Mrd. DM in den Büchern, davon entfielen 1,21 Mrd. DM auf das Inland und 2,14 Mrd. DM auf das Ausland, schreibt der Vorstand weiter.

Die Ertragslage des Konzerns wird infolge des wieder „positiven" Ergebnisses im Ausland als insgesamt zufriedenstellend bezeichnet. Beschäftigt wurden Ende September weltweit 25 133 Mitarbeiter (plus 2,3 Prozent) davon 8163 im Inland und 16 970 im Ausland.

WIE WÄR'S MAL WIEDER MIT ETWAS OPTIMISMUS?



Wenn man die Dinge genau untersucht, findet man immer wieder einen Grund, optimistisch zu sein. Der neueste steht morgen in BUNTE.

Aktien überwiegend im Plus

Deutsche Bank-Bezugsrecht sofort wieder aufgeholt

DW. – *Vorbörslich abgewickelte Kaufaufträge* aus dem Ausland sorgten für einen flotten Start am Aktiemarkt. Auch wenn sich nicht überall die Anfangskurse durchhalten ließen, schlossen doch die meisten Papiere mit Kursgewinnen. *Für eine Sensation sorgte die Entwicklung der Springer-Aktien,* die mit 630 DM ihren bisher höchsten Stand erreichten. Gegenüber dem Vortag bedeutet dies ein Anstieg um glatt 100 DM. Der Emissionskurs der Springer-Aktien lag bei 335 DM. Die Käufe *verteilten sich auf eine Vielzahl von Aufträgen.*

Eine weitere Sensation bildete das Bezugsrecht der Deutschen Bank. Mit 18,40 DM wurde es am 1. Notierungstag über der rechnerischen *Parität gehandelt. Und dies* obwohl der Aktienkurs der Deutschen Bank unter Berücksichtigung des Bezugsrechtabschlages um rund 23 DM heraufgesetzt worden war. Diese Bewegung läßt eine hohe Bezugsbereitschaft der Aktionäre der Deutschen Bank erkennen. Zeitweise um 20 DM fester lag der Schering-Kurs, der im Verlaufe aber rund die Hälfte dieses Gewinns wieder hergab. Unvermindert rege Nachfrage nach VW-Aktien, die nach Tagesgewinnen von sechs bis sieben DM neue Höchstkurse erzielten. Kräftig erholt waren auch BMW-Aktien. Auslandsnachfrage ließ den KHD-Kurs vorbörslich auf 350 DM(plus 11) anziehen. Der Schlußkurs lag indessen nur wenig über der Montagnotiz.

Frankfurt: Rheinmetall erhöhten um 30 DM und Rütgers um 29 *DM. Metallgesellschaft* verbesserte sich um 11 DM. Cassella verminderten um 21,50 DM und Hella gaben um 9,50 DM nach.

Düsseldorf: Balcke Dürr stockten um 10 DM, Heinrich um 4,50 DM und Kochs Adler um 5 DM auf. Nino verloren 2 DM und Dyckerhoff St. um 7 DM. Allianz Leben schlossen um 100 DM und Agrippina Rück um 90 DM fester.

Hamburg: Beiersdorf fielen um 4 DM zurück. Phoenix Gummi wurden mit 147 DM gehandelt. HEW verbesserten sich um 0,40 DM. Bremer Vulkan um 0,70 DM und Hapag Lloyd um 0,20 DM. NWK-Vz. gingen zu 268 Dm (plus 1 DM) aus dem Markt.

Berlin: Schering setzten ihren Kursanstieg um 10 DM fort. Orenstein holten 7 DM auf. Rheinmetall St. verbesserten sich um 5 DM, Berliner Bank um 1 DM. Während sich Herlitz St. behaupteten, büßten Herlitz Vz. 1 DM ein.

München: Bay. Hartstein verminderten um 10 DM, Erlus AG um 12 DM und Audi AG um 7 DM. Brauhaus Coburg stockten 8 DM und Otto Stumpf um 4 *DM* auf. Wanderer verminderten um 18 DM.

Stuttgart: Hesser mußten 20 DM höher zugeteilt werden. Fuchs erholten sich um 6 DM. DLW setzten ihre Aufwärtsbewegung um 15 DM fort. Kolbenschmidt verteuerten sich um 5,50 DM. Daimler machten 11 DM gut.

Nachbörse: gut erholt

WELT-Aktienindex: 250,14 (247,50)
WELT-Umsatzindex: 5428 (4075)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inland

		12.11.	11.11.
H	Aach M Betl. 10	1860	1870
H	Aach. M. Vers. 7	1340	1270
D	Aach. Rück. 9	3280	3300
D	Asseg *4	420T	420T
M	Ack-Gögg. 6	149,5	148,5
H	Adca 3	160	165
D	Adler 9	317G	317G
F	Adt 0	52,9	53
F	AEG 0	240,1	243
D	AEG KABEL 9	330,5	335T
S	Aesculap 9	480	477
D	Conc. Chem. 4,5+3	330G	330G
B	Conc. Spinne * 0	400T	400T
D	Contigas 7,5	330	340
D	Conti Gummi 3	164,5	164,8
D	Dahlb. St. 7,65	271	270
D	dgl. Vz. 14,55	420G	420G
S	Daimler 10,5	1240	1229
M	Deckel AG 0	209	209
D	Dt. Atl. Tel.10+1	590T	590T
H	Doag 5	346	348
D	Dt. Babcock St. 3	222	223
D	dgl. Vz. 3,5	215	206
F	Dt. Bank 12	718,5xB	714,5
H	Hb.Hochb.*4+0,64	100	98,5
H	HEW 5	117,5	118,6
H	Hdl. Lüb. 9	420G	425
Hn	Hann. Papier 5,5	134,9	135
H	Harmstorf 0	109	112
D	Harpener 11	354	356
F	Harm. & B.Sl. 4	870G	875
F	dgl. Vz. 4	750G	755
M	Hasen-Bräu 9	1050G	1050G
S	Heidelb. Zem. 7	395G	395G
M	Helit & W. 5	290G	290G
D	Hein. Lehm. *0	285bB	280T
D	Heinr. Ind. *14+4	580	575,5G
H	Hemmoor 12,5	ausg.	ausg.
D	Henkel	412	412
F	MAB 6,5+1	355bG	365T
F	dgl. Vz. 6,5+1	340	335T
D	Mannesmann 4	260,5	255,5
F	Mannh. Vers. 8	880bG	840
H	Markt & K. 7	218	220
F	MAN St. 0	208	205
F	dgl. Vz. 0	188	182,5
F	MAN-Rol. 20,2	580T	560T
S	M.Mill.Weing. *8	308	312bG
D	Mauser 0	110	113
F	Mercedes 10,5	1128	1115
F	Metallges. 0	310	299
S	Met. u. Lack 0	118	124
S	Milag 6,5	420bG	420bG
F	Moenus 0	102,5	104

Freiverkehr

Ungeregelter Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

DANKE, HERR CLAUSIUS.

Rudolf Emanuel Clausius war theoretischer Physiker. Lärm, Gestank und Rauchwolken eines Labors waren nicht seine Sache: er analysierte die Experimente anderer.

Im Jahre 1850 beschäftigte er sich mit Carnots und Kelvins Arbeiten über Energieumwandlung. Er stellte fest, daß in einer Eisenstange, die an einem Ende erhitzt, am anderen kalt ist, die Wärme von selbst vom heißen zum kalten Ende fließt, während der umgekehrte Vorgang ausbleibt. Seine Folgerung, daß Wärme von einem kälteren auf einen wärmeren Körper nicht ohne Intervention eines externen Hilfsmittels übergehen kann, wurde als „Zweiter Hauptsatz der Thermodynamik" bekannt. In anderer Form besagt das Gesetz, daß es in einem geschlossenen System nicht möglich ist, Wärme vollständig in Bewegungsenergie umzuwandeln.

Mit seinem Hinweis auf die Begrenzung der Energieumwandlung in geschlossenen Systemen hat Clausius uns einen Weg zur Messung des Wirkungsgrads unserer Maschinen gewiesen. Die Wissenschaftler von United Technologies, deren Tochtergesellschaften kraftvolle Maschinen wie Pratt & Whitney Düsentriebwerke, Otis Aufzüge und Sikorsky Hubschrauber herstellen, sind ständig bemüht, Bewegungsmittel zu erfinden und zu verbessern.

United Technologies: das sind Pratt & Whitney Düsentriebwerke, Otis Aufzüge, Carrier Klimaanlagen und Sikorsky Hubschrauber.

In Deutschland gehören Flohr Otis, Telefunken Electronic, Eurosil Electronic und United Technologies Grundig dazu.



Ausland

Amsterdam

	12.11.	11.11.
ACF Holding	246	247
Aegon	110,5	108,5
Akzo	131,5	128,3
Alg. Bk. Nederl	550	545
Ahev	78,5	78,4
Amro Bank	100	99,5
Berkel's Patent	40,5	40,5
Bijenkorf	80,1	82,5
Bols Lucas	104,1	103,5
Bredero	177	176
Buehrmann	121	121,5
Dessaux	114	118,5
Fokker	79,5	79
Gist Brocades	245	246
Océ-v. d. Grinten	369	363
Hagemeijer	52,8	50,8
Heineken Bierbr	192,5	188,8
KLM	50,7	52,2
Hoogovens Kon.	75,6	73,2
Nationale Ned.	82,8	80
Ned. Lloyd Groep	186,5	185,2
Ommeren van	28,6	28,6
Pakhoed	80,4	80,4
Philips	55,6	52,4
Rijn-Schelde	11,75	11,5
Robeco	80,3	79,5
Rolinco	72,9	72,4
Royal Dutch	183,5	185
Credit Lyonnais Bk.N	96,5	96
Unilever	365	365,5
Ver. Masch.	243,5	243,5
Volker Stevin	31	31
Westland Utr. Hyp.	94,5	94,5
Index: ANP/CBS	233,60	232,60

Brüssel

Arbed	2890	
Brux. Lambert	2645	
Cockerill Ougrée	213	
Ebes	3790	
Gevaert	4695	Börse geschlossen
Kredietbank	12000	
Petrofina	6920	
Soc. Gén. d. Belg.	2350	
Sofina	8300	

Kopenhagen

	12.11.	11.11.
Den Danske Bank	373	374
Jyske Bank	715	720
Kopenh. Handelsbk.	330	332
Novo Industri	235	241
Privatbanken	325	325
Ostasiat. Komp.	245	238
Dan. Sukkerfabr.	485	475
For. Bryggerier St	1090	1100
Kgl. Porc. Fabr.	370	365

London

	11.11.	8.11.
All. Lyons	283	285
Anglo Am. Corp.$	9,69	9,125
Anglo Am. Gold $	54,25	53,25
Babcock Int.	157	155
Barclays Bank	439	437
Beecham Group	298	326
Bowater	313	313
B.A.T. Industries	298	303
BL	30	30
BLOC Int.	298	300
Britain Petroleum	550	553
British Aerospace	448	450
British Telcom	192	192
Britoil	210	213
BTR	375	373
Burmah Oil	300	304
Cable Wireless	625	613
Cadbury Schweppes	149	149
Charter Cons.	216	218
Cons. Gold. Fields $	479	482
Cons. Murchison	200	200
Courtaulds	164	168
De Beers $	4,13	4,13
Distillers	455	455
Driefontain $	13,875	13,875
Free St. Geduld $	19,625	19,75
General Electric	160	160
Guinness	315	314
Hawker Siddeley	423	427
ICI	667	674
Imperial Group	215	216
Lloyds Bank	479	479
Lonrho	166	164

Luxemburg

	12.11.	11.11.
ARBED	2860	2800
Arica	94	94
Audiofina	5500	5480
Bque Gen. du Lux.	8750	8700
Bque Int. du Lux.	8100	8100
Belgo Minera St.	20	20
Cegedel	2670	2650
Kredietbank Lux.	8700	8650
PAN Holding	9600	–
SCI Techn	590	580
SEO	850	800

Madrid

Banco de Bilbao	393	385
Banco Central	338	334
Banco Popular	403	390
Banco de Santander	382	381
Banco de Vizcaya	532	527
Const. Aux. Ferro	116	116
Cros	52	51
Dragados	142,5	141
El Aguila	238	231
Esp. del Zink	360	–
Fasa Renault	–	–
Esp. Petroleos	140,25	140
Union Fenix	1360	1500
Fecsa	63,25	61,5
Hidroelectr. Esp.	88,25	84,75
Huarte	–	–
Iberduero	106	102
Macosa	60	–
Papelera	47	45
Seda de Barcelona	281	280
Sevillana de El	83,75	81,5
Telefónica	135,5	129
Union Electrica	65,5	62,25
Explosivos RT	58,5	57
Urbis	70	68
Vallehermoso	71	67,5
Index	130,57	126,90

Mailand

Bastogi	420	421
Centrale Risp	–	–
Dalmine	719,5	720
Farmitalia C. Erba	13749	13670
Fiat	4600	4593

New York

Paris

Johannesburg

Toronto

Stockholm

Singapur

Tokio

Sydney

Oslo

Wien

Zürich

Hongkong

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Optionshandel

Frankfurt: 12. 11. 85

WELT-Aktien-Indices

Kursgewinner:

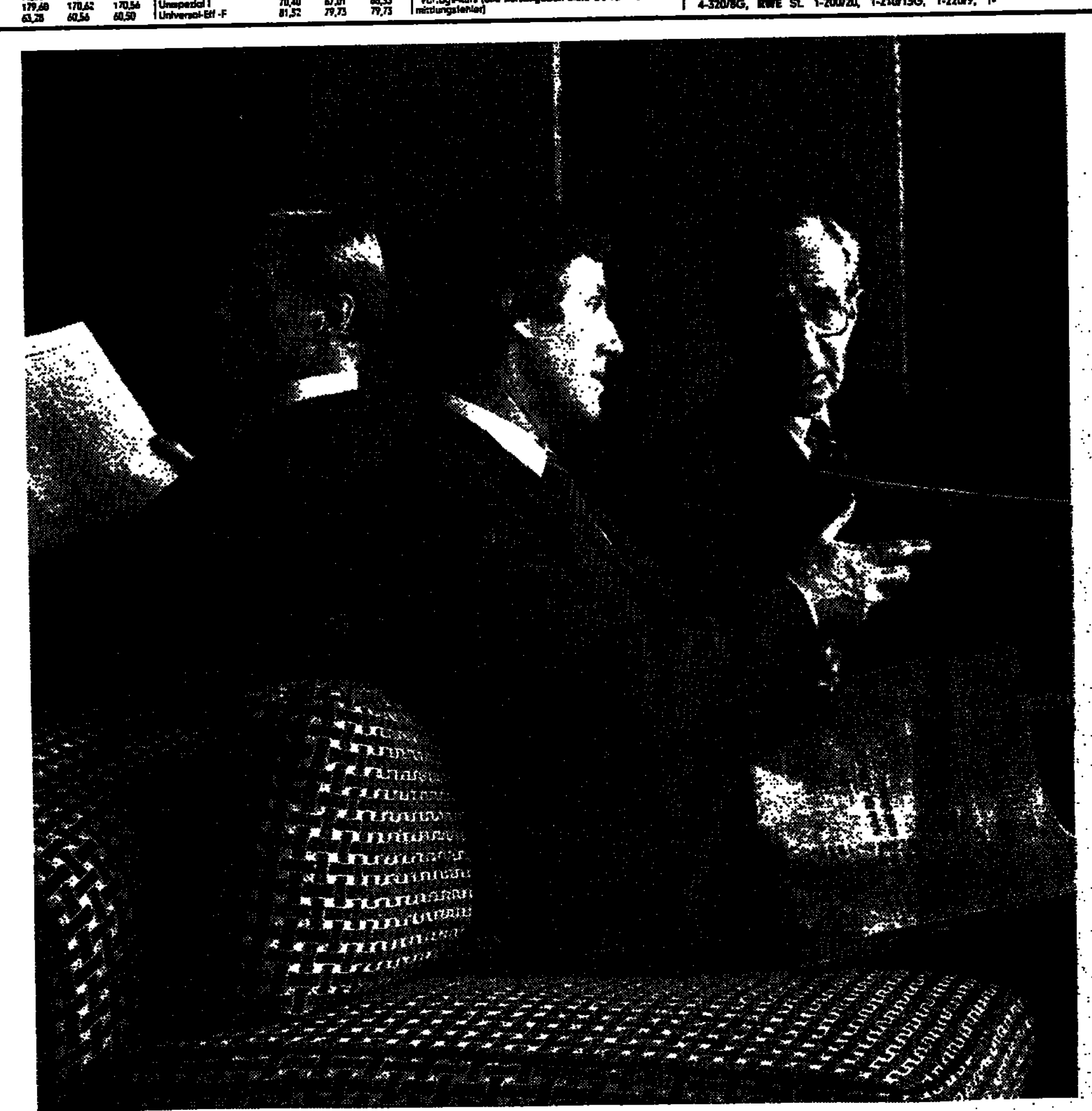
Kursverlierer:

Junge Aktien

Devisenmärkte

Devisen und Sorten

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.





DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Renten unter Abgabedruck

Bei den öffentlichen Anleihen kam es zu Kursabschlägen bis zu 0,75 Prozentpunkte. Offensichtlich besteht bei den Banken in den jüngeren vergleichsweise niedrig verzinslichen Emissionen ein gewisses Entlastungsbedürfnis. Da andererseits kaum noch Nachfrage aus dem Ausland vorlag und sich die Mehrzahl der Kreditinstitute wegen des nahenden Jahresschlusses mit Neuanschaffungen zurückhielt, waren auf breiter Front Kurseinbußen unvermeidbar. Dennoch werden der neuen Hessen-Anleihe bei Großanlegern gewisse Placierungschancen eingeräumt.

F 3½ Kansai Paint 84 m.O.	120	123T	8 dgl. 84/94	104,75G	104,75	7 Europarat 73/88	100,4G	100,4G
F 3½ dgl. 84 o. O.	91,1	91,75	7½ dgl. 85/97	105,75T	105,75bG	6¼ dgl. 77/87	100,25G	100,45
F 3½ Kaufhof 84 m. O.	134	134G	6½ dgl. 85/95	96,5G	96,5	6½ dgl. 78/88	100,1G	100,1G
F 3½ Kaufhof 84 o. O.	79,6	79,5bG	7½ Audi Fin. 84/94	104,25G	104,25	6¼ dgl. 78/88 II	100,1	100,1
F 3½ Linde Int. m. O.	153	155T	7½ Aumar 73/88	102G	101,5	6¼ dgl. 78/88 III	100	100G
F 3½ dgl. o. O.	78,5	78,25bG	7 Australien 72/87	100,75bG	100,25T	7½ dgl. 79/89	102,25	102,6T
F 3½ Mitsubishi 84 m. O.	148	184	5½ dgl. 77/89	99,7	100	7¾ dgl. 79/89	102,25	103
F 3½ dgl. 84 o. O.	92,5bG	92,2	6 dgl. 78/88	100,2	100,4	9¾ dgl. 80/90	105,25	105,75T
F 3½ Nippon Flour 84 m.O	118G	118G	8½ dgl. 80/90	105	102,75	10 dgl. 81/91	107,25G	107,25
F 3½ dgl. 84 o. O.	91,5T	91,25bG	9¾ dgl. 81/91	110G	110G	10¼ dgl. 81/91	108	108,25T
F 3½ Nipp. Shin. 85 m.O.	125	127G	9½ dgl. 82/91	109,5G	109,5G	10 dgl. 82/92	110,45G	110,45G
F 3½ Nipp. Shin. 85 o.O.	90bG	89,75G	7½ dgl. 82/92	106,75	105,75	8¾ dgl. 82/92	106,75	107,75G
F 5½ Rhythm Watch 85 m.O	127G	127G	6½ dgl. 85/95	101,2	101,1	8¼ dgl. 82/92	102,25	102,25T

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während Kaffee kräftig zulegen konnte, gab es bei Kakao bruchteilige Veränderungen nach beiden Seiten.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	11.11.	8.11.
Dez.	328,75	326,50
März	334,00	331,00
Mai	314,50	313,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	274,00	273,00
Am. Durum	270,94	269,94

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Dez.		118,10
März	geschl.	123,60
Mai		127,00

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Dez.		101,40
März	geschl.	102,60
Mai		–

HAFER Chicago (c/bush)		
Dez.	126,75	128,50
März	135,50	137,00
Mai	139,25	140,25

MAIS Chicago (c/bush)		
Dez.	237,75	237,00
März	244,50	244,50
Mai	247,50	248,00

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
Dez.		106,40
März	geschl.	112,00
Mai		115,20

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	11.11.	8.11.
Dez.	158,00	154,00
März	158,40	154,83
Mai	159,95	155,90

KAKAO New York ($/t)	11.11.	8.11.
Dez.	2062	2059
März	2158	2158
Mai	2209	2210
Umsatz	1594	2683

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Jan.	5,50	5,40
März	6,12	6,01
Mai	6,29	6,20
Juli	6,45	6,38
Sept.	6,62	6,57
Umsatz	6544	6486

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)		
	5,45	5,54

KAFFEE London (£/t) Robusta	11.11.	8.11.
Nov.	1795-1799	1830-1836
Jan.	1835–	–1852
März	1839-1842	1851
Umsatz	3964	6790

KAKAO London (£/t)		
Dez.	1645-1662	1666-1669
März	1689-1691	1707-1708
Mai	1717-1718	1731-1732
Umsatz	1858	4303

ZUCKER London (£/t) Nr.6	11.11.	8.11.
Dez.	144,00-146,80	140,00-144,40
März	159,00-159,40	156,20-156,60
Mai	163,00-163,40	159,40-160,00
Umsatz	1534	1735

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)	12.11.	11.11.
schw.		
Saraw.spez.	895,00	
weiß.Saraw.	1070,00	geschl.
weiß.Munt.	1080,00	

ORANGENSAFT New York (c/lb)	11.11.	8.11.
Nov.	114,00	114,00
Jan.	114,50	114,30
März	114,80	114,50
Mai	114,90	114,20
Juli	114,30	112,05
Umsatz	350	500

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	11.11.	8.11.
	43,00	43,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	21,00	21,00

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Dez.	20,66	20,65
Jan.	20,75	20,76
März	21,10	21,00
Mai	21,45	21,50
Juli	21,65	21,55
Aug.	21,60	21,60
Sept.	21,50	21,50

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	18,00	18,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	19,50	19,00
Choise white hog 4 % fr. F.	12,75	12,75

TALG New York (c/lb)		
top white	15,00	15,00
fancy	14,50	14,50
bleichf.	14,25	14,25
yellow max. 10% fr.F	10,75	10,75

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Dez.	47,00	46,75
Feb.	46,50	46,10
April	41,80	41,90

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Feb.	62,45	62,50
März	62,70	62,85
Mai	63,90	64,10

HÄUTE Chicago (c/lb)	11.11.	8.11.
Ochsen einh. schwere River Northern	65,00	65,00
Kühe einh. schwere River Northern	53,00	53,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Nov.	520,75	521,00
Jan.	530,00	530,00
März	540,25	539,50
Mai	547,50	547,00
Juli	552,50	552,00
Aug.	551,00	551,00
Sept.	533,00	535,50

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Dez.	147,70	147,50
Jan.	147,30	147,10
März	148,00	147,50
Mai	148,00	148,20
Juli	148,00	148,50
Aug.	147,00	148,40
Sept.	145,00	146,50

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	11.11.	8.11.
Dez.	ge-	302,90
März	schlossen	307,00
Mai		311,50

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	11.11.	8.11.
	18,00	18,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)	12.11.	11.11.
jegl. Herk. cif	935,00	920,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	535,00	550,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	350,00	350,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	140,00	142,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	410,00	415,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	250,00	250,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	11.11.	8.11.
Dez.	61,06	61,25
März	62,00	62,20
Mai	62,63	62,95
Juli	61,65	62,10
Okt.	54,40	53,80
Dez.	52,20	51,95

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	42,50	42,50

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	12.11.	11.11.
Dez.	446-448	445-452
Jan.	451-470	451
März	453	453-450
Umsatz	167	191

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	11.11.	8.11.
Dez.		
März	geschl.	uner-
Mai		hältlich
Juli		
Umsatz		
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	11.11.	8.11.
Dez.	595,00-596,00	595,00-596,00
März	614,00-618,00	–
Mai	622,00-625,00	–
Umsatz	14	6

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	12.11.	11.11.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	11.11.	8.11.
Nov.	12391	12390
Dez.	12405	12405

KAUTSCHUK London (p/kg)	11.11.	8.11.
Nr.1 loco	56,50-59,50	56,50-59,50
Dez.	–60,00	–60,00
Jan.	–	–
Febr.	–	–
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	11.11.	8.11.
Dez.		182,00-183,00
Jan.	ge-	183,00-184,00
Nr. 2 Nov.	schlos-	174,00-175,00
Nr. 3 Nov.	sen	171,50-172,50
Nr. 4 Nov.		166,50-167,50
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	12.11.	11.11.
BWC	375	375
BWD	350	350
BTC	375	375
BTD	350	350

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	12.11.	11.11.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	244,21-244,39	244,77-245,15
drittf. M.	254,61-254,99	256,36-256,73
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	103,33-103,70	112,86-113,60
dritt. M.	102,59-102,96	109,12-109,49
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	1059,35-1061,20	1053,85-1055,70
dritt. M.	1074,21-1076,07	1063,18-1063,92
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	147,94-148,68	139,76-140,14
Prod.-Pr.	176,06	176,28
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	12.11.	11.11.
	ausg.	ausg.

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	12.11.	11.11.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke		
DEL-Not.*	363,33-366,49	365,66-368,84
BLEI in Kabeln	111,25-112,25	120,75-121,75
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Randb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	12.11.	11.11.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	324-325	325-326
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	353-354	354-357
MS 63	344-347	346-348

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	12.11.	11.11.
Leg. 225	315	315
Leg. 226	317	317
Leg. 231	350-352	350-352
Leg. 233	360-362	360-362

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	12.11.	11.11.
PLATIN (DM/g)	29,70	29,68
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	27670	27670
Rückn.-Pr.	26920	26920
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	27820	27880
Rückn.-Pr.	27100	27160
verarbeitet	29190	29250
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	27280	27350
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	526,80	526,90
Rückn.-Pr.	511,10	511,20
verarbeitet	549,90	550,10

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze)	12.11.	11.11.
London 10.30	322,70	325,25
15.00	323,10	323,10
Zürich mit.	322,70-323,20	323,10-323,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	83600	85200
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	429,90	428,00
3 Mon.	441,90	439,80
6 Mon.	453,80	451,60
12 Mon.	477,10	474,65
PLATIN (£/Feinunze) London	11.11.	8.11.
fr. Markt	230,00	229,60
PALLADIUM (£/Feinunze) London	11.11.	8.11.
f. Händl.-Pr.	69,30	68,90

New Yorker Metallbörse

	11.11.	8.11.
GOLD H & H Ankauf	323,35	322,20
SILBER H & H Ankauf	608,00	600,00
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	332,00-334,00	332,00-334,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	98,00-99,00	98,00-99,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
SILBER (c/Feinunze)		
Nov.	607,80	610,20
Dez.	610,00	612,00
Jan.	614,70	617,20
März	622,00	624,50
Mai	632,00	633,50
Juli	640,00	642,10
Sept.	648,90	651,40
Umsatz	8500	14000

KUPFER (c/lb)	11.11.	8.11.
Nov.	60,55	61,20
Dez.	60,75	61,30
Jan.	61,10	61,80
März	61,70	62,25
Mai	62,15	62,95
Juli	62,55	63,40
Sept.	62,95	63,55
Umsatz	4800	12000

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (c/lb)	12.11.	11.11.
mitt. Kasse	657,00-657,50	661,00-665,00
3 Mon.	685,00-686,00	689,00-690,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	278,00-279,00	278,00-279,00
3 Mon.	276,00-277,00	277,00-278,00
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	957,00-957,50	958,00-958,50
3 Monate	985,00-986,00	985,50-986,50
ab. Kasse	–	958,00-958,50
3 Monate	–	985,00-985,50
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	936,50-937,50	938,00-940,00
3 Monate	967,00-969,00	967,00-968,00
ZINK (£/t)		
mitt. Kasse	398,00-400,00	378,00-382,00
3 Monate	–	–
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate	ausg.	ausg.
QUECKSILBER ($/Fl.)	–	270-280
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	60-65

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	11.11.	8.11.
Dez.	87,60-87,70	86,80-86,95
Jan.	87,65-87,80	86,70-86,95
Febr.	86,55-86,70	85,60-85,70
März	82,15-82,25	81,20

GASÖL – London ($/t)	11.11.	8.11.
Dez.	268,50-268,75	264,24-264,50
Jan.	264,75-265,00	261,50-261,75
Febr.	260,00-260,50	257,25-257,50
März	251,75-252,00	248,00-248,75
April	245,00-246,00	242,50-243,00
Mai	237,25-238,00	234,50-235,00
Juni	233,50-234,00	231,50-233,00
Juli	–	–

BENZIN – New York (c/Gallone)	11.11.	8.11.
Dez.	79,50-79,55	78,90-78,95
Jan.	77,50	76,90-76,95
Febr.	76,25	75,45
März	75,85	74,90-75,00
April	76,05-76,15	74,90-75,00

ROHÖL – New York ($/Barrel)	11.11.	8.11.
Dez.	30,68-30,70	30,42-30,46
Jan.	29,74-29,76	29,42-29,48
Febr.	28,99-29,00	28,68-28,74
März	28,36	28,10-28,12
April	27,85	27,60

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	11.11.	8.11.
Arabian Lg.	27,95	27,90
Arabian Hv.	25,60	25,60
Iran Lt.	26,95N	26,95N
Forties	29,15	29,00
N.Sea Brent	29,65	29,20
Bonny Light	29,30N	29,20N

Kartoffeln

London (£/t)	11.11.	7.11.
Febr.	67,30	69,90
April	78,10	78,30
Mai	84,10	84,20
Nov.	72,20	–

New York (c/lb)	11.11.	8.11.
Nov.	1,98-1,99	1,98-1,99
März	2,13-2,15	2,15-2,20
April	2,15-2,19	2,20
Mai	2,38	2,37

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	11.11.	8.11.
Nov.	142,30	141,80
Jan.	144,70-144,80	143,90-143,80
März	150,30-150,60	149,70-150,00
Mai	155,50-155,40	155,00

Devisenterminmarkt

Mit Notierungen wie am Vortag ergaben sich bei ruhigem Geschäftsverlauf am 12. November keine neuen Impulse.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,85-0,75	2,21-2,11	4,20-4,00
Pfund/Dollar	0,43-0,41	1,22-1,19	2,30-2,25
Pfund/DM	2,80-1,40	6,90-5,50	12,5-11,1
FF/DM	21-5	46-30	94-78

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 12.11.: Tagesgeld 4,50-4,60 Prozent; Monatsgeld 4,60-4,70 Prozent; Dreimonatsgeld 4,75-4,85 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,85 Prozent, 6 Mon. 4,90 Prozent.
Privatdiskontsätze am 12.11.: 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 12.11.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 12.11.85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7⅞-8⅛	4⅝-4¾	3¾-3½
3 Monate	7⅞-8⅛	4⅝-4⅞	4-4¼
6 Monate	8-8¼	4⅝-4⅞	4¼-4½
12 Monate	8⅛-8⅜	4¾-5	4¼-4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 12.11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 12.11. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1255,00	1613,10
5 US-Dollar (Indiana)**	825,00	989,75
5 US-Dollar (Liberty)	480,00	661,20
1 £ Sovereign alt	201,25	252,25
1 £ Sovereign Elizabeth II.	196,25	244,53
20 belgische Franken	150,75	202,36
10 Rubel Tscherwonez	200,75	256,22
2 südafrikanische Rand	188,25	236,27
Krüger Rand, neu	840,75	998,56
Maple Leaf	857,00	1016,88
Platin Noble Man	874,00	1038,54
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	214,75	273,32
20 schweiz. Franken „Vreneli"	166,80	217,74
20 franz. Franken „Napoléon"	160,75	211,76
100 österr. Kronen (Neuprägung)	795,00	970,14
20 österr. Kronen (Neuprägung)	158,25	205,21
10 österr. Kronen (Neuprägung)	81,25	109,73
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	372,25	458,57
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	84,75	119,42

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Nov. 1985 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/13 (Typ A) 4,00 (4,00) – 6,50 (5,22) – 6,75 (5,70) – 7,00 (5,99) – 7,50 (6,26) – 8,50 (6,57). Ausgabe 1985/14 (Typ B) 4,00 (4,00) – 6,50 (5,24) – 6,75 (5,74) – 7,00 (6,06) – 7,50 (6,34) – 8,50 (6,70) – 8,50 (6,95). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,55, 2 Jahre 5,48. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,50, Kurs 100,38, Rendite 6,43.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 12.11.85	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	52,320	6,95
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	100,541	6,95
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	53,52	6,70
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	37,91	6,85
Commerzbank	100,00	22.5.95	55,10	6,45
Commerzbank	100,00	4.8.00	38,41	6,81
Deutsche Bk. $	287,00	23.1.95	113,00	10,68
DSL-Bank R.264	937,01	2.7.90	102,27	6,05
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	74,65	6,05
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	51,80	7,00
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	103,04	7,00
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	48,08	7,04
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	53,66	6,73
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	37,34	7,00
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	53,18	6,83
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	25,65	7,13
SGZ-Bank 060	100,00	12.6.95	53,00	6,85
WestLB 600	100,00	2.5.95	53,70	6,79
WestLB 601	100,00	2.5.00	37,60	6,99
WestLB 602	100,00	3.10.05	25,35	7,14
WestLB 500	126,86	16.2.89	106,40	5,55
WestLB 501	137,01	14.2.90	106,85	6,01
WestLB 503	115,76	3.10.88	99,55	5,36
WestLB 504	141,85	1.10.91	99,80	6,30
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,8	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	–	10,19
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	55,00	10,06
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	51,125	11,33
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	54,00	10,35
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	53,25	10,50
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	50,25	9,938
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	42,00	11,08
Penney (A+)	100,00	17.2.94	43,125	10,70
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	42,625	10,49
Sears (AA)	100,00	27.5.94	41,50	10,79
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	42,00	9,76

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%(Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%
1	4,98 (4,90)	100,0	101,0	101,9	102,8	103,8
2	5,51 (5,49)	99,1	100,9	102,6	104,4	106,3
3	6,01 (6,00)	97,1	100,0	102,4	105,1	107,7
4	6,45 (6,42)	94,7	98,1	101,6	105,0	108,4
5	6,67 (6,63)	92,7	96,8	101,0	105,1	109,2
6	6,75 (6,72)	91,2	96,0	101,2	105,5	110,3
7	6,90 (6,90)	89,2	94,6	100,6	105,4	110,8
8	7,05 (7,03)	87,3	93,2	99,7	105,1	111,0
9	7,10 (7,08)	85,8	92,3	99,4	105,2	111,7
10	7,15 (7,12)	84,4	91,3	99,0	105,2	112,2
15	7,38 (7,34)	78,7	87,6	96,5	105,4	114,2

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 110,308 (110,376)
Performance-Rentenindex: 230,166 (230,219)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

		8. Nov.	
Fed Funds			7,75-7,875
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–119 Tage		7,80
	120–270 Tage		7,65
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage		7,80
	60 Tage		7,75
	90 Tage		7,75
Certificates of Deposit	1 Monat		7,70
	2 Monate		7,70
	3 Monate		7,70
	6 Monate		7,75
	12 Monate		7,75
US-Schatzwechsel	13 Wochen		7,22
	26 Wochen		7,37
US-Staatsanleihe	10 Jahre		9,83
	30 Jahre		10,13
US-Diskontsatz			7,50
US-Primerate			9,50
Geldmenge M1	28. Okt.		611,4 Mrd. $ (- 2,2 Mrd. $)

NYSE-Aktienindex (New York)		
Dezember	114,25	111,00
März	115,25	111,90

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	11.11.	8.11.
11½ EEC 90	104,375	104,25
10½ EIB 93	102,625	102,5
11 dgl. 91	104	103,875
11½ dgl. 90	106	105,875
11¾ dgl. 93	107,5	107,375
12 dgl. 95	108,5	108,375
12½ dgl. 90	109,375	109,25
12¾ dgl. 94	112,75	112,625
13 dgl. 96	111,875	111,75
10½ Wld Bk 95	98,875	98,75
10¾ dgl. 88	102,125	102
10¾ dgl. 90	103,625	103,5
10⅞ dgl. 95	105,25	105,125
11 dgl. 92	105,75	105,625
11¼ dgl. 98	105,375	105,25
11½ dgl. 88	104,5	104,375
11½ dgl. 98	105,5	105,375
11⅝ dgl. 89	104,625	104,5
11¾ dgl. 90	106	105,875
12 dgl. 93	108,75	108,625
12¼ dgl. 94	110,5	110,375
12⅝ dgl. 94	112,875	112,75

Euro-Yen

	11.11.	8.11.
6⅝ ALCorp 91	98,75	98,875
5⅞ ADB 88	96,25	96,5
7⅝ dgl. 94	101,125	101,375
8½ Austral.91	–	–
8¼ dgl. 92	–	–
7 Austria 95	99,25	99,375
6⅝ Avon 91	98	98,25
7 BP 92	101,25	101,375
6⅝ Denmark 92	97,875	98,125
7 Denm.Bk. 92	98,5	98,625
7 Dow Chem.94	99,875	100,125
6⅞ EDF 95	98,875	99,125
6⅝ Eurofima86	99,5	99,5
6⅛ dgl. 95	95,75	95,875
6⅝ dgl. 92	98,125	98,375
7⅛ dgl. 94	101,375	101,5
6⅝ Finl.Rep90	98,5	98,75
8⅛ dgl. 89	–	–
6⅝ GMAC 90	98,625	98,875
7⅛ Goodyear95	99,125	99,375
6⅞ dgl. 94	98,25	98,25
7⅛ IADB 94	–	–
7⅛ dgl. 93	–	–
6⅝ ITT 92	98,125	98,375
6⅝ McDonal.92	98,625	99
7⅛ N.Bruns.95	98,75	99
7⅛ N.Zeald.90	100,625	100,5

	11.11.	8.11.
7⅛ N.Zeald.89	101,5	101,875
7 Pac.Gas 94	99,75	99,875
6⅝ Penney 92	98,5	98,625
6⅞ Procter 92	99,25	99,375
6⅝ Sallie 92	97,5	97,625
6⅞ Sears 91	101,125	101,25
6⅝ Swed.Ex.91	98,5	98,625
7 TRW 94	99,375	99,375
6⅝ Un.Tech.92	98,75	98,75
6⅝ World Bk98	98,625	98,875

Lux. Franc Bonds

	11.11.	8.11.
9¾ Akzo 87	99,75	99,75
9¾ Asea 89	100,5	100,5
6½ Asian Dv87	97,25	97,25
10½ BFG Lux90	105	105
11 BNP 90	101,5	101,5
9 dgl. 95	101	101
10½ Paribas89	105	105
10½ Ceca 94	105	105
11 dgl. 92	105,75	105,75
13 dgl. 91	104	104
12½ Comalt92	105	105
8 Coptel 88	98,25	98,25
8½ dgl. 89	98,5	98,5
11 Cr.Lyon.88	100,5	100,5
13 dgl. 89	101	101
7½ Den.Mtg 88	94,5	94,5
10½ Euratom96	105	105
11 dgl. 93	103	103
12½ dgl. 88	102	102
12½ dgl. 92	102,5	102,5
10 Eurofima91	101,5	101,5
10 dgl. 94	103,25	103,25
10½ dgl. 87	103,5	103,5
11½ dgl. 89	102,5	102,5
8 EIB 91	98	98
9½ dgl. 95	102,75	102,75
9½ dgl. 88	101,25	101,25
9½ dgl. 93	102,875	102,875
10½ dgl. 94	106	106
11½ dgl. 88	101	101
12½ dgl. 90	102,5	102,5
9½ Hypo Bk.88	101,25	101,25
9¾ Ind.B.F.95	101,5	101,5
8 Kredietc 86	97	97
10 dgl. 90	102,75	102,75
11½ dgl. 89	105,25	105,25
8 Luxair 87	98,75	98,75
8½ dgl. 87	99	99
10½ Lux Bk.91	102,25	102,25
12½ dgl. 89	105	105
9 Met.Chim 95	99	99
12½ Nord LB9	102	102

	11.11.	8.11.
8 Norges 86	98,5	98,5
8 Oslo 89	98,25	98,25
8½ dgl. 87	98,5	98,5
8 Philips 89	97,75	97,75
7½ Renault 88	96,5	96,5
9½ Sogenal 92	101,25	101,25
8 Solvay 85	102	102
10½ dgl. 87	–	–
10½ Stockh.86	99,5	99,5
8 Sveriges 88	98,25	98,25
9¾ Volvo 87	100	100
10 WestLB 98	–	–
9¾ WorldBk.90	102,75	102,75
10¾ dgl. 89	103,5	103,5

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,60418

	11.11.	8.11.
8¾ Cap City91	97	97
8¾ CCA 91	97,5	97,5
9½ Gaz d Fr86	99	99
11½ Ned. G.88	102,5	102,5
9½ Queb. P.94	99,75	99,75
8¾ SDR 94	98,25	98,25

RE 9 DM 2,65627

	11.11.	8.11.
7 Bass 91	98	98
8½ Cp City 86	98,5	98,5
8½ Iceland 88	98	98
9½ dgl. 86	99,5	99,5
9½ SDR 87	100	100

RE 9 DM 2,62969

	11.11.	8.11.
7 Acaba 95	90	90
7 Cap.City 95	92	92
7 Ind.Bk.E.95	92	92
7½ KLI 95	92	92
7½ dgl. 95	92	92
8½ Panama 95	98	98
7 SDR 95	90	98

ECU

	11.11.	8.11.
11½ Aerop.95	104	104
9¾ ABN 92	102,75	102,75
9¾ ANZ 92	103,125	103,125
10¾ Austria95	107,5	107,375

	11.11.	8.11.
9¾ Bac.Fin 95	101,25	101,25
9 M.+Hope 92	100,75	101
10⅝ Bk.Tok.91	102,875	102,875
10½ dgl. 91	102,625	102,625
8¾ Bay.Vbk.88	100,625	100,625
10½ CEPME 87	101	101
11¾ dgl. 95	107	107
12½ dgl. 90	106	106
9¾ CNT 92	103	103
9¾ dgl. 95	103	103
12 dgl. 86	99,5	99,5
12½ dgl. 89	105	105
12¾ dgl. 92	108	108
11¾ CNE 95	107	107
10¾ CECA 89	107,25	107,25
10 Chrysl.91	102,25	102,125
10½ dgl. 95	102,25	102,25
11½ Citycp.98	100,5	100,5
13 dgl. 89	100,5	100,5
14½ Consol.80	109	109
9¾ dgl. 92	102	101,875
9¾ dgl. 95	102	101,875
11½ Cp City94	105	105
10½ Cop Tel95	104,75	104,75
13½ Cd.Fonc.89	106,75	106,75
11½ dgl. 96	108,5	108,25
11½ Cred N.91	106,5	106,5
12½ dgl. 95	107	107
10½ Denmark91	107	107
9½ Dresd.Bk95	102,125	102,125
12½ EDF 95	107	107
11½ EEC.93	106	106
11½ EEC 95	107	107
11½ ELF Nq.88	104	104
10 Euratom 97	104,25	104,25
12½ dgl. 90	103	103
9½ Eurofima95	102,125	102,125
11 dgl. 92	108,5	108,5
10½ EIB 94	104,75	104,75
11½ dgl. 94	110	110
11½ dgl. 91	105	105
13½ dgl. 89	102	102
14 dgl. 86	102	102
8½ Fiat 90	98,75	98,75
11½ Forsm. 98	103	103
13 G.d.Fr. 89	107	107
10½ Giroz. 95	107,5	107,5
8½ IBM 90	100,25	100,25
11½ IBD 95	103	103
12½ Ireland91	103,5	103,5
14½ ISPaolo88	102	102
14 IMI 89	102	102
11½ Italia 98	108,125	108,125
14 dgl. 89	107	107
11½ LTCB 90	107,5	107,5

	11.11.	8.11.
10¾ Megal 95	103,625	103,75
13½ Nacso 90	105	105
8½ Oliv. 93	98,75	98,75
10½ Peugeot90	105	105
9 Philips 95	101,625	101,625
11½ P.Bk. 91	106,625	106,625
11½ Queb.P.89	106,625	106,625
13½ Queb.H.89	107	107
9½ Robobk. 95	103,25	103,125
11½ R.Xer. 88	104	104
9 SAS 95	99,875	99,75
11½ SDR 90	106,5	106,5
14 dgl. 92	105	105
11½ SNCF 94	109,125	109,125
13 Softe 87	103	103
11½ S.Afr. 89	97	97
10½ SATS 2000	104,75	94,75
10½ Spark.91	104	104
9 Sumitomo 95	100,25	100,25
9½ dgl. 95	99,875	99,875
11 Swed.Ex.89	102	102
11½ dgl. 96	99,5	99,5
12½ Brandt 87	105	105
9 U.B Norw.95	99,5	99,625
11½ dgl. 90	104	104
9½ WestLB 90	104,5	104,5
10½ dgl. 91	104	104
9½ World Bk95	102,25	102,25
9½ dgl. 92	103	103
10½ dgl. 89	105,375	105,375
10½ dgl. 88	105,625	105,625
10½ dgl. 94	107,5	107,625
11 dgl. 93	107,5	107,625

ECU-Tageswerte

	11.11.	8.11.
Dollar	0,840735	0,84129
Bfr	44,6598	44,6473
DM	2,20819	2,20671
Hfl	2,48857	2,48779
£	0,592275	0,59434
Dkr	7,98908	7,98658
FF	6,72924	6,72654
Lira	1490,41	1488,24
I-£	0,714000	0,71386
Sfr	1,81330	1,81466
ÖS	15,5284	15,5154
Peseta	135,568	135,406
Skr	6,62541	6,62906
Nkr	6,63382	6,63358
Kan-$	1,15769	1,16056
Esc	136,619	137,551
Fmk	4,73502	4,72890
Yen	173,065	173,180
Drachme	129,843	129,782

Gott der Allmächtige
hat unsere geliebte Mutter, Großmutter und Urgroßmutter

Amelie Strunck

geb. Willems

* 6. 3. 1890 † 10. 11. 1985

nach einem erfüllten Leben zu sich gerufen.
Sie war der Mittelpunkt der Familie.

In stiller Trauer
Dr. Hans Joachim Strunck
Gertrud Strunck geb. Röser
Ronald A. Strunck
Amelie und Nicholas
Maria Graff

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 14. November 1985, um 11.15 Uhr im Nordfriedhof München statt.

Wir nahmen Abschied von

Dr. phil. Horst Mahnke

* 28. 10. 1913 † 8. 11. 1985

Im Namen der Familie
Lotte Mahnke
geb. Plew

Bad Honnef, im November 1985

FINANZANZEIGEN



UNILEVER N.V.
ROTTERDAM

DIVIDENDENBEKANNTMACHUNG FÜR DIE ZERTIFIKATE VON STAMMAKTIEN

Im Zusammenhang mit der Zahlbarstellung einer Interimsdividende von hfl. 4,66 je Stammaktie zu hfl. 20,– der UNILEVER N.V. für das Geschäftsjahr 1985 geben wir bekannt, daß auf die von uns ausgegebenen Zertifikate von Stammaktien der Gesellschaft eine entsprechende Dividende ausgeschüttet wird. Diese Dividende ist unter Abzug von 25 % niederländischer Dividendensteuer gegen Einreichung des Dividendenscheines Nr. 115 zu den Zertifikaten von Stammaktien ab 19. Dezember 1985 erhältlich.

Die Dividende wird in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin bei folgenden Banken gezahlt:

Dresdner Bank AG, Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt/Main, München
Deutsche Bank AG, Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt/Main, München
Bank für Handel und Industrie AG, Berlin
Deutsche Bank Berlin AG, Berlin.

Die Auszahlung erfolgt spesenfrei in Deutscher Mark, umgerechnet zum jeweiligen Tagesgeldkurs, insofern nicht ausdrücklich eine Auszahlung in holländischen Gulden gewünscht wird.

Von der niederländischen Dividendensteuer von 25 % werden aufgrund des deutsch-niederländischen Doppelbesteuerungsabkommens an Steuerinländer zwei Fünftel vergütet, sofern baldmöglichst ein vom Wohnsitz-Finanzamt bestätigter Antrag auf dem dafür vorgeschriebenen Formular „92 D" vorgelegt wird, der über die Zentralzahlstelle an die Gesellschaft geleitet wird.

Der endgültig in den Niederlanden verbleibende Teil der niederländischen Dividendensteuer ist auf die für diese Einkünfte zu zahlende deutsche Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer anrechenbar.

Amsterdam,
den 12. November 1985.

UNILEVER N. V.
N.V. NEDERLANDSCH-ADMINISTRATIE- EN TRUSTKANTOOR

LAND HESSEN

6¾ % Anleihe von 1985 (1995)

– Wertpapier-Kenn-Nummer 138 010 –

Verkaufsangebot

Das Land Hessen begibt zur Finanzierung von Investitionen eine 6¾ % Anleihe im Nennbetrag von

DM 500.000.000,–

Von der Anleihe werden DM 400.000.000,– von den unten aufgeführten Banken und deren Niederlassungen zum Verkauf gestellt.

Ausgabekurs:	99¼ %, börsenumsatzsteuer- und spesenfrei, unter Verrechnung von Stückzinsen.
Verzinsung:	6¾ % jährlich, zahlbar nachträglich am 15. Dezember eines jeden Jahres, erstmals am 15. Dezember 1986.
Nennbeträge:	DM 100,– oder ein Mehrfaches davon.
Laufzeit:	10 Jahre. Eine vorzeitige Kündigung ist ausgeschlossen.
Rückzahlung:	Am 15. Dezember 1995 zum Nennbetrag.
Mündelsicherheit und Deckungsstockfähigkeit:	Nach § 1807 Abs. 1 Ziffer 2 BGB mündelsicher und nach § 54 a Abs. 2 Ziff. 4 VAG deckungsstockfähig.
Lombardfähigkeit:	Gemäß § 19 Abs. 1 Ziffer 3 d des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank.
Börseneinführung:	Zum Handel und zur amtlichen Notierung an allen deutschen Wertpapierbörsen.
Lieferung:	Der Erwerber erhält eine Sammeldepotgutschrift bei einem Kreditinstitut oder auf Wunsch die Eintragung einer Einzelschuldbuchforderung in das Landesschuldbuch. Die Ausgabe von Einzelurkunden ist für die gesamte Laufzeit ausgeschlossen.
Verkaufsfrist:	**Vom 13. bis 15. November 1985.**

im November 1985

Hessische Landesbank
– Girozentrale –

Deutsche Bank Aktiengesellschaft zugleich für **Deutsche Bank Berlin** Aktiengesellschaft	**Dresdner Bank** Aktiengesellschaft zugleich für **Bank für Handel und Industrie** Aktiengesellschaft
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft	**Bankers Trust GmbH**
Bankhaus Gebrüder Bethmann	**Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank** Aktiengesellschaft
Bayerische Vereinsbank	**Berliner Bank** Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank	**Commerzbank** Aktiengesellschaft zugleich für **Berliner Commerzbank** Aktiengesellschaft
CSFB-Effectenbank AG	**Delbrück & Co.**
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –	**DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank**
Frankfurter Sparkasse von 1822 (Polytechnische Gesellschaft)	**Georg Hauck & Sohn Bankiers** Kommanditgesellschaft auf Aktien
Merck, Finck & Co.	**B. Metzler seel. Sohn & Co.**
Nassauische Sparkasse	**Sal. Oppenheim jr. & Cie.**
Stadtsparkasse Frankfurt am Main	**Südwestdeutsche Genossenschafts-Zentralbank** Aktiengesellschaft
Trinkaus & Burkhardt KGaA	**Vereins- und Westbank** Aktiengesellschaft

Bei Regen in die Uffizien

M. v. Z. – Wie es Athen bekam, für 1985 von der Unesco zur „Hauptstadt der europäischen Kultur" erklärt zu werden, wird man am Jahresende wissen. Für 1986 soll jedenfalls Florenz diese Ehre haben und nicht wenige Probleme dazu. Denn auch ohne Sonderfeiern, wie in diesem „Jahr der Etrusker", und ohne große Ausstellungen, wie im nächsten zum 600. Geburtstag Donatellos und den 500. Geburtstag von Andrea del Sarto, erstickt die Stadt am Massentourismus.

Der Denkmalspfleger für Umwelt und Architektur, Angelo Calvani, nannte ihn kürzlich neben der Umweltverschmutzung eine der größten Sorgen der Stadt: An Regentagen steigt dank der durchnäßten Besucher der Feuchtigkeitsgrad in den Uffizien so bedrohlich an, daß man die Museen ausgerechnet an Tagen des größten Andrangs zu schließen gezwungen ist.

Für das Jahr der Kulturhauptstadt soll Florenz nun ein neues Gesicht bekommen. Mit erweiterten Straßen, frisch gepflasterten Plätzen und einer (endlich) für den Verkehr gesperrten Innenstadt. Kostbare Kunstwerke im Freien, wie z. B. die „Paradiestüren" des Ghiberti am Baptisterium, die „Judith" Donatellos in der Loggia dei Lanzi und die Skulpturen der Boboligärten sollen in Museen gebracht und durch Kopien ersetzt werden.

Viele der Projekte und die schon begonnenen Arbeiten werden Florenz guttun. Der Plan, den Palazzo Pitti durch eine unterirdische Seilbahn mit der Fortezza Belvedere zu verbinden, gehört allerdings nicht dazu. Bislang zählte der Spaziergang zwischen Lorbeerhecken und Statuen der Boboligärten bergauf zu der ehemaligen Festung zu den schönsten Erholungen von der Überfülle der Kunstwunder.

Es bleibt zu hoffen, daß das auch die merken, denen erst der Festtitel „Hauptstadt der europäischen Kultur" bewußt macht, was wir an und in Florenz besitzen.

Die Show geht weiter: Das Warschauer Jazzfest

Wo war Baby Sommer?

Wes Geistes Kind die Warschauer Jugend ist, war in den letzten Oktobertagen wieder einmal deutlich auszumachen. „This is not America – it only looks like it" – „Dies ist nicht Amerika, es sieht nur so aus", prangten poppige Anstecker in den Stars-and-Stripes-Farben zum „Jazz-Jamboree Warschau 1985" an so manchem Jackenrevers. Denn auch dieses Mal waren die Musiker aus den USA – in einem Programmrahmen, der allen Budgetkürzungen zum Trotz die Publikumswünsche überaus zufriedenstellte – besonders umhegt.

Baß vor Staunen waren die Warschauer Jazzfreunde über das phänomenale Talent des farbigen Amerikaners Bobby McFerrin. Voller tänzerischer Artistik spielte er mit seinem gesamten Körper, entlockte ihm orchestralen Vielklang wie Jazz-gemäße Scat-Phantasien. Daß sich ihm die „Polin in Amerika", Urszula Dudziak, nach vielen Jahren der heimatlichen Absenz zur Seite gesellte, freute die Jamboree-Besucher besonders.

Ehrfürchtige Augen und Ohren trafen auch auf Keith Jarrett. Im Trio mit Schlagzeuger Jack de Johnette und Gary Peacock führte er filigrane Miniaturen auf, deren knappe, geschlossene Kompositionsrahmen wenig von den üblichen Ausschweifungen des Pianisten spüren ließen. Gemischter waren die Publikumsreaktionen dagegen auf die Musiker des seit kurzem nicht mehr gemeinsam musizierenden Ensembles „Weather Report". Die Jamboree-Organisatoren hatten bei einer Umfrage in der Zeitschrift „Jazz Forum" eben jenen Starwunsch registriert und Wayne Shorter samt Band sowie Joe Zawinul getrennt gebucht. Shorter entfachte mit Quintett ein inniges, hitziges Spiel, in das er einiges an Schmerz über den gerade vermeldeten Tod seiner Schwester legte – das Motto „The show must go on" regierte auch in Warschau unbarmherzig. Zawinul enttäuschte um so mehr durch allzu zuckrige Synthesizerspielereien.

So zahlreich auch die Westgarde des Jazz erschienen war, die Musiker aus den östlichen „Bruderländern" machten sich rar wie seit Jahren nicht. Allein aus der Tschechoslowakei, mit der Polens Jazzszene in diesem Jahr eine Spitzen-Bigband zusammengestellt hatte, waren einige Instrumentalisten gekommen. Günter „Baby" Sommer aus der „DDR" hatte seinen Solo-Auftritt abgesagt, angeblich, weil ihm der geplante Rahmen für sein Konzert zu bescheiden ausgefallen war. Das sowjetische „Ganelin-Trio" kam zum wiederholten Male nicht: Die Moskauer Staatsagentur Goskonzert ließ ausrichten, das Riesenpensum der bekannten Gruppe sei überbelastet.

Für die etwa 30 jugendlichen „DDR"-Jazzfans, die auf manchen offiziellen und inoffiziellen Pfaden den Weg zum Jamboree gefunden hatten, gab es derweil ein besonderes Thema: Dürfen wir, dürfen wir nicht? Die Aufnahme der „DDR" in den Vorstand der Internationalen Jazzföderation stand wieder einmal auf dem Programm, von allen Seiten gewünscht, außer offenbar von den „DDR"-Instanzen selbst, würde das doch Geld kosten und womöglich Westeinladungen an die „DDR"-Jazzfunktionäre. Ein Vertreter des Ostberliner „Komitees für Unterhaltungskunst" kam immerhin zum Jamboree angereist, um die schrägen Jazz-Gesellen aus aller Welt in des Kulturministeriums Namen persönlich in Augenschein zu nehmen. Über die Folgen darf man rätseln.

Die Fans tummelten sich derweil beim „Mickey Mouse"-Festival mit viel Musikjux und Luftballons für die Kleinen, bei nächtlichen Sessions in den Studentenclubs beispielsweise mit dem Bonner Schlagzeuger Michael Küttner oder bei den zahlreichen polnischen Newcomern wie etwa der modernen „Free Cooperation"-Band. Ein Vertreter des Jazzclubs Leipzig war sich sicher: „Für dieses Festival nehm ich den Formalkram mit der Delegierung gerne wieder in Kauf…"

HERMANN SCHMIDTENDORF

Frankfurter Schauspiel setzt Fassbinder-Stück ab

Nur „vorerst" verzichtet

Der Intendant des Frankfurter Schauspielhauses, Günther Rühle, hat (wie in einem Teil der gestrigen Auflage bereits gemeldet), die für heute geplante Premiere des Fassbinder-Stückes „Der Müll, die Stadt und der Tod" abgesetzt. Vorausgegangen war ein längeres Gespräch Rühles mit dem Oberbürgermeister der Mainstadt, in dem Walter Wallmann (CDU) die Erwartung aussprach, er hoffe, nicht aus polizeirechtlichen Erwägungen ein Verbot der Vorstellung anordnen zu müssen. Kulturdezernent Hilmar Hoffmann (SPD), der an dem Gespräch teilnahm, wandte sich dabei, wie zu erfahren ist, gegen die Forderung nach einem Rücktritt des Schauspielhaus-Intendanten, der mit der Stadt einen Fünfjahresvertrag abgeschlossen hat.

In der Begründung der Absage beklagt Rühle eine „Verfestigung der Standpunkte", durch die „eine erkennende Wahrnehmung des Stücks nicht mehr gewährleistet" sei. Er moniert, daß „die Auseinandersetzungen, die sich immer weiter verzweigen, sich zunehmend politisch motivieren" und wirft den Gegnern der Aufführung implizit „Irrationalismus" in der Argumentation vor. Auf die zahlreichen politischen Implikationen, die sich aus der Affäre im Inland wie im Ausland schon ergeben haben, geht er nicht ein.

Rühle verzichtet auch nicht völlig auf die Inszenierung. Er erklärt, „die Rücksicht auf den Frieden der Stadt" (eine Formulierung Wallmanns) veranlasse das Theater, „vorerst" auf eine Aufführung zu verzichten. Und die Erklärung schließt mit der Behauptung „Wir bedauern das umso mehr, als Rainer Werner Fassbinder als Autor von den Nazis ebenso verfolgt worden wäre wie ein großer Teil der Bürger, die jetzt gegen die Aufführung seines Stücks protestieren." Fassbinder ist Jahrgang 1946.

In der Erklärung des Intendanten wird wiederholt, daß „der Unternehmung vom Schauspiel Frankfurt der Vorwurf des Antisemitismus" nicht zu machen" sei. Mehrere Kritiker, die zu einer „Wiederholungsprobe" eingeladen worden waren (vergl. DIE WELT vom 6. November), waren zu einem entgegengesetzten Urteil gekommen.

Noch am Montag hatte die Frankfurter SPD-Fraktion die Jüdische Gemeinde, wie deren Referent für Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit, Michel Friedman, mitteilte, in einem Brief geschrieben, daß Fassbinders Stück „nicht antisemitisch", sondern „antifaschistisch" sei. Friedman trat in seiner Erklärung dem Vorwurf entgegen, die Protestierer hätten mit dem Theater den schwächsten Punkt für ihre Angriffe gewählt. Das Theater sei vielmehr die stärkste Bastion gewesen, denn „dem Theater wird von der Verfassung jede Schandtat erlaubt", sagte Friedman.

Der Verlag der Autoren, der die Bühnenrechte Fassbinders wahrnimmt, prüft inzwischen, wie der Verlagsdirektor Karlheinz Braun erklärte, ob die „Wiederholungsprobe" vor geladenen Journalisten am 4. November nicht rechtlich als Uraufführung zu werten sei, so daß das Stück damit auch von anderen Bühnen gespielt werden könne. Entsprechende Anfragen lägen z. B. aus Ulm, Bochum, Köln und Mailand vor.

Außerdem teilte Braun mit, es gebe keine schriftliche Verfügung von Fassbinder über den Uraufführungsort, er habe vor seinem Tode nur einmal mündlich geäußert, daß er sich Frankfurt am Main, New York oder Paris für die erste Inszenierung des Stückes wünsche.

P. D.

Leicht, zart, witzig – Das Pariser „Centre Georges Pompidou" präsentiert „Paul Klee und die Musik"

Eine ernsthafte Zwitschermaschine

Ein entzückendes Thema hat man sich im Pariser „Centre Georges Pompidou" einfallen lassen: „Paul Klee und die Musik". Jedem Kunstfreund leuchtet die Zusammenstellung von Paul Klee und Musik sofort ein, denn dieser große Künstler ist zweifellos der bei weitem musikalischste unter den Malern der klassischen Moderne gewesen. Nicht nur, daß er von Haus aus eigentlich Musiker war und daß er die unvergleichliche „Zwitschermaschine" geschaffen hat – sein Schaffen *insgesamt* wirkt wie eine Zwitschermaschine. Die Ideen zu seinen Kompositionen sind durch die Bank urmusikalisch, und die Ausführung ist in der Regel *derart leicht, zart und witzig, daß der* Betrachter jeden Augenblick gewärtigt, das ganze Bild werde sich lerchengleich in die Lüfte erheben und einen trillernden Gesang anstimmen.


Paul Klees Aquarell „Scherzo mit 13" (Feder und Tinte), aus dem Jahre 1922

FOTO: PRESTEL VERLAG

Die bis zum 1. Januar geöffnete Ausstellung zeigt im wesentlichen 150 Arbeiten aus dem umfangreichen Nachlaß des 1940 verstorbenen Künstlers, die sich im engeren und weiteren Sinne mit dem Thema Musik beschäftigen. Und man fällt beim Abschreiten der Objekte von einem Capriccio ins andere, hat am Ende, ohne daß man von Hinweistafeln oder sonstigem didaktischen Aufwand „eingeweiht" worden wäre, das stolze Gefühl, nun eine ganze Menge *über den geheimnisvollen Zusammenhang* zwischen Musik und bildender Kunst gelernt zu haben – nur *weiß man nicht genau, was. Auf jeden* Fall ist die Pariser Veranstaltung jener im letzten Sommer in Stuttgart zu besichtigenden Schau „Vom Klang der Bilder" (vergl. die WELT vom 12. Juli) weit überlegen.

Die Stuttgarter wollten dem Thema gewissermaßen auf Teufel komm 'raus zu Leibe rücken. Hinter jedem Bildtitel vom Schlage „Komposition in Blau" witterten sie unerhörte Zusammenhänge, was dann am Ende lediglich einen großen Gemischtwarenladen ergab, aus dem sich jeder das ihm Passende heraussuchen konnte. Die Pariser sind da viel bescheidener. Sie dokumentieren schlicht und genau die Äußerungen des Malers Klee zur Musik und zum Verhältnis von Musik und Malerei, und das gerade macht ihr Unternehmen so ertragreich.

Denn Paul Klee hat sich sein Leben lang intensiv mit der Musik beschäftigt, sei es, indem er eigene Theorien aufstellte, sei es, daß er die Theorien anderer malerisch oder zeichnerisch umzusetzen versuchte oder einfach seine musikalischen Erfahrungen mit graphischen Mitteln *„aufzeichnete"*. Lange hatte der 1879 geborene und zum Berufsmusiker ausgebildete junge *Mann sich nicht für einen* bestimmten künstlerischen Berufsweg entscheiden können. Er suchte die *Berufung,* war aber nicht *bereit, sich* von ihr künstlerisch einengen zu lassen.

Als er bereits Mitglied des Berner Orchesters war, entschied er sich dann doch noch für eine Ausbildung an der Münchner Kunstakademie. Aber er tat sich nie leicht mit dem Studium. Und erst als er die Farbe für sich entdeckte, wurde ihm endgültig klar, daß er *Maler* sein würde. In seinem Buch „Paul Klee, Kunst und Musik" (Cornell University Press, 1983) schreibt Andrew Cagan: „Klee hat mit Präzision definiert, wie Malerei weniger Plastik, viel mehr Musik sein konnte, in dem er die Bedeutung der Farbe neu interpretierte und erweiterte."

Ausgearbeitet wurde die Pariser Ausstellung von dem norwegischen Kunsthistoriker Ole Henrik Moe, der sich seit Jahren mit dem musikalischen Aspekt in Klees Schaffen beschäftigt und für die Stiftung Sonja Henie-Niels Ohnstadt schon einmal eine ähnliche Schau in Oslo inszeniert hat. In Paris werden Moes Osloer Arrangements mit den Neuankäufen des „Centre" in Sachen Klee kombiniert, z. B. mit dem Bild „Rhythmisches" aus dem Jahre 1930, *was einen sehr überzeugenden und* gediegenen Eindruck macht.

Man hat, wie gesagt, auf bemühte *Didaktik verzichtet,* läßt ganz überwiegend die Bilder und Dokumente selbst sprechen. Zwanglos gruppieren sich die Objekte zu einem ebenso poetischen wie lehrreichen Ereignis, wobei das eine das andere niemals ausschließt, sondern es im Gegenteil jeweils geradezu paßgenau ergänzt. Man könnte von der Ausstellung im Ganzen das sagen, was die Romantiker und Schopenhauer gern über die Architektur sagten: nämlich daß sie „gefrorene Musik" sei.

Die Schau ist grob in fünf Abteilungen gegliedert: Im ersten Teil werden die Ausstellungsbesucher mit Musikern und ihrer Tätigkeit, von der realistisch-karikaturistischen bis zur fast abstrakt verinnerlichten Interpretation, konfrontiert. Dazu sind die entsprechenden Gedanken Klees zu lesen. Neben dem Interpreten und seinem Instrument beschäftigten den Maler vor allem die Partituren in ihrer malerischen Transkription (als Malerei oder Graphik), wie in der zweiten Abteilung zu sehen ist.

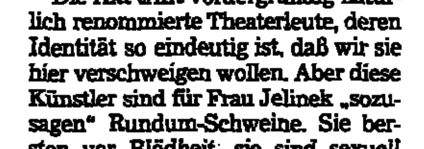
Die Polyphonie, ein Thema, das Klee ebenfalls ganz besonders wichtig war, *steht im Mittelpunkt* des dritten Teils. Mit Theorien der Polyphonie beschäftigte sich Klee seit 1917, *forcierte das einschlägige Studium* dann in den Bauhaus-Jahren, und während dieser ganzen Zeit widmete er sich auch praktisch ausübend der Musik, veranstaltete mit seiner Frau Lily Stumpf, der Pianistin und Freundin, Kammermusik-Abende, spielte allerdings vor allem Bach (das Thema des Kontrapunkts fasziniert ihn), Mozart und – Offenbach. Moderne, zeitgenössische Musik wird für ihn kein Thema.

Die Komposition als solche ist für ihn Schöpfung, Bewegung, Wachstum. Der enge Bezug zur Natur wird im vierten Teil der Ausstellung deutlich. Der letzte Teil, „Der Klang", beschäftigt sich schließlich mit dem Problem, akustische Reize malerisch aufzufangen und umzusetzen. Hier wird es freilich heikel, und es gelingen keine verallgemeinerbaren Einsichten. Musik und Malerei mögen ja eng beeinanderwohnen, aber jede Kunstart hat ihre eigenen, unverrückbaren Gesetze, und die *wußte* gerade ein Künstler wie Klee sehr wohl zu respektieren, zum Glück für seine Kunst und zum *Glück* für die *Nachwelt* (Katalog 198 Seiten, 125 Franc).

ADELHEID de BROÖNS

Trauma einer Dichterin – Elfriede Jelineks jüngstes Stück „Burgtheater" wurde in Bonn uraufgeführt

Der arme Alpenkönig stirbt um des Führers willen



Wien, Wien, nur du allein! Was wärst du ohne Sachertorte, ohne Burgtheater und ohne jene merkwürdige, masochistisch-besserwisserische Art, genüßlich im eigenen Dreck herumzuwühlen. Insofern hat die Dramatikerin Elfriede Jelinek durchaus Wiener Charme, obwohl sie aus der Steiermark stammt. Ihr jüngstes Stück „Burgtheater", das jetzt ausgerechnet bei der Bonner Konkurrenz uraufgeführt wurde, sah streckenweise aus, als sei eine Farce von Ionesco zunächst von Ernst Jandl *übersetzt* und *bearbeitet,* später von Thomas Bernhard politisch veredelt und dann von Peter Zadek inszeniert *worden.*

Burgtheater-Schauspieler zwischen 1941 und 1945 – was kann das politisch anderes sein *als eine Echter*nacher Springprozession, die man zum Salto mortale umfunktioniert hat. Erst *für Hitler, dann angeblich* Widerstandskämpfer – so was besonderes ist das schließlich nicht. Das hat es auch andernorts gegeben. Und neu ist es obendrein nicht.

Aber Elfriede Jelinek geht es offenbar auch gar nicht um Aufklärung oder etwas so lächerliches wie Katharsis. Tragik kommt ebensowenig vor wie Psychologie. Sie sagt selbst, sie wolle „sozusagen mit der Axt dreinschlagen". Worauf? Zu welchem Zweck? Mit welchem Ergebnis? Diese Fragen scheinen der Autorin wenig Kopfzerbrechen zu bereiten.

Die Axt trifft vordergründig natürlich renommierte Theaterleute, deren Identität so eindeutig ist, daß wir sie hier verschweigen wollen. Aber diese Künstler sind für Frau Jelinek „sozusagen" Rundum-Schweine. Sie bersten vor Blödheit, sie sind sexuell grundsätzlich pervers, sie prügeln ihre Hausangestellten, sie ziehen alten Frauen die Röcke aus, sie lassen ihre Kinder in die Suppenschüssel pinkeln, sie verbreiten Tomatencreme *und Nudeln sorgfältig über alle Ti*sche und Stühle. Es gibt kaum eine Schweinerei, die ausgelassen wird. Und alles hüllt sich in entzückende Walzerklänge, und zu allem gibts den passenden Heurigen-Schmalz.

So weit, *so* ist es schon blöde genug. Aber dann muß auch noch der Alpenkönig um des Führers willen sterben. Die Burgschauspieler reißen ihm zuerst die Hände aus, dann die Arme, treten ihm in den Unterleib, entfernen seine Beine vom Körper, berauschen sich an seinem abgetrennten Kopf. Das Blut fließt natürlich in Strömen, des Entsetzens wird hohngelacht.

Natürlich weiß jeder, daß hier ein literarisches Symbol umgebracht wird, das die Österreicher heiß und innig lieben. Aber warum dann wie beim Sauschlachten? Warum in Strömen von Blut? Warum dieser ekelhafte Sadismus, der zum reinen Schauerspektakel wird. Frau Jelinek kann sich doch nicht allen Ernstes mit ihrer „Axt"-Theorie rechtfertigen wollen. *Ich behaupte, hier formuliert* sich unter dem Schutzschild der Vergangenheitsbewältigung ein wahr*haft faschistischer Geist. Wenn man* Judenvernichtung und Bänkelsang-Melodramatik in einen Darstellungszusammenhang bringt, dann hat man meines Erachtens nach seine moralische Position aufgegeben.

Die Jelinek tut das schließlich auch sprachlich. Sie jandlt – übrigens zweitklassig – etwa folgendermaßen: „Das Haus Habswürg. A Gasmüch. Das Judensternderl. Mamsch und Papsch. Das Musikkazett. Die Safaladi." Als ob das alles dasselbe wäre. Als ob man so beliebig über alles daherparlieren könnte, wie einem grad der Sinn danach steht. Und wenn zum Schluß des Stückes auch noch der Liliputaner, mit dem man *1945* hofft, Widerstand beweisen zu können, auf dem Eßzimmertisch vergewaltigt wird – dann zeigt das, welch *Geistes* Kind *Frau* Jelinek ist. Sie sollte sich schnellstens zum Psychiater begeben. In Wien soll man da ja *einschlägige Erfahrung* besitzen.

Schade um das Bonner Ensemble: Vor allem Carmen-Renate Köper, *Luise Prasser, Wolfgang Kraßnitzer,* Robert Tillian und – als Zwerg – Karl-Heinz Tittelbach. Sie spielten *unter der Regie von Horst Zankl* teilweise Theater der Extraklasse. Gelegentlich gelang es ihnen sogar – wider ihre schwache Autorin – die innere Gefährdung von Kunst zu vermitteln, jene Amoralität, die glaubt, Ästhetik rechtfertige alles. Damit könnte auch Elfriede Jelinek gemeint sein. Herzlicher Beifall.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Schleswig: Grafische Meisterwerke des 20. Jahrhunderts auf Schloß Gottorf

Auch die Friesen lieben den Gesang


Vom Norden inspiriert: Conrad Felixmüllers „Helgoländer Fischer"

FOTO: KATALOG

Der Titel „Grafische Meisterwerke des 20. Jahrhunderts aus dem Schleswig-Holsteinischen Landesmuseum" klingt nach Museumsroutine. Aber die Ausstellung in der ehemaligen *Reithalle auf Schloß Gottorf* in Schleswig ist alles andere. Sie erweist sich als die bemerkenswerte Bilanz *der achtjährigen Museumsarbeit* von Gerhard Wietek, der Anfang 1978 von Hamburg als Landesmuseumsdirektor von Schleswig-Holstein nach Schleswig wechselte und nun zum Jahresende in den Ruhestand geht.

Wietek hat die neben dem Schloß gelegenen alten Gebäude nicht nur vor dem Abriß bewahrt, sondern aus der einstigen *Reithalle* der Herzöge ein einzigartiges Ausstellungsforum gemacht. Die teils restaurierte, teils neugestaltete *Reithalle* bot der stark angewachsenen modernen Abteilung des Landesmuseums wirkungsvolle Präsentationsmöglichkeiten. *Nun* wird hier mit 300 Aquarellen, Pastellen, Zeichnungen, Radierungen, *Holzschnitten, Lithografien* und Siebdrucken gleichsam die Quintessenz der 15 000 Blätter umfassenden Bestände des *Museums* gezeigt, die zum überwiegenden Teil von Wietek erworben wurden.

Doch nicht die Zahl ist entscheidend, die Qualität der Werke und das Auswahlprinzip sind es. Wietek wollte die Besonderheit des Standorts betonen. Mit diesem Bekenntnis zum „Regionalismus" entwickelte sich ein Kontrapunkt *zur Uniformität vieler* neuer Sammlungen.

Die Akzente, die Wietek aus der *spezifischen Umwelt Schleswig-Holsteins* heraus setzte, betreffen nicht nur die oft reizvollen lokalen Varianten der *europäischen* Stilbewegungen seit 1900, sondern auch die bedeutenden Wegbereiter des deut*schen Expressionismus,* die dort lange Zeit gelebt und aus der Natur des Nordens wesentliche Impulse *empfangen haben.* Das gilt *in erster* Linie für die Maler der „Brücke", die an der Flensburger Förde, auf Feh*marn, in Hohwacht oder* in Sierksdorf wichtige Werke schufen. So bilden die expressionistischen Grafiken von *Schmidt-Rottluff,* Kirchner, Heckel, Pechstein und Nolde Höhepunkte der Ausstellung.

Später hat Gotsch, der den größten Teil seines Lebens in St. Peter an der Nordseeküste verbrachte, den deutschen Expressionismus bis in unsere Tage fortgeführt. Namhafte Schleswig-Holsteiner wie Barlach und *Rohlfs stehen neben Künstlern wie* Richard Haizmann oder Cesar Klein, denen das Land zur Wahlheimat wurde. Der Berliner Otto Eglau fand in Kampen seinen endgültigen Standort und Conrad Felixmüllers „Helgoländer Fischer" von 1924 dienen als Plakat und Katalogtitel.

Doch auch ganz andere Strömungen, wie Konstruktivismus und Neue Sachlichkeit (Gottfried Brockmann), Surrealismus und Tachismus (Bernard Schultze schuf seine Frühwerke bis 1947 in Flensburg), neuer Realismus (Harald Duwe) und die Gruppe Zebra (Asmus, Nagel, Ullrich und Störtenbecker) gediehen in Schleswig-Holstein. Ein vermeintlich amusisches Bundesland („Frisia non cantat") kann sich dank Wieteks Spürsinn mit einer reichen Palette bildnerischer Ausdrucksmöglichkeiten vorstellen. (Bis 23. Febr. 1986; Katalog 25 Mark)

HANNS THEODOR FLEMMING

JOURNAL

Tate-Gallery zog Fälschung zurück

AP. London

Eine dem Dada-Künstler Kurt Schwitters *zugeschriebene Collage,* die von der Londoner Tate-Gallery sogar für die Titelseite ihres Ausstellungs-Katalogs ausgewählt worden war, ist als Fälschung enttarnt und zurückgezogen worden. Das Klebebild „Drossel", angeblich 1922 entstanden, gehörte zu einer Ausstellung, die das New Yorker Museum of Modern Art zusammengestellt und gezeigt hatte, ehe sie nach London kam. Schwitters' Sohn Ernst hat das Werk gesehen, es als Fälschung erkannt und um seine Entfernung gebeten.

Mecksepers Radierungen über Radierungen

DW. Salzgitter

„Radierungen über Radierungen" heißt eine Ausstellung in der ehemaligen Kniestedter Kirche" von Salzgitter-Bad, in der am Beispiel der Arbeiten von Friedrich Meckseper die Radiertechnik erläutert wird. Diese Ausstellung ist noch bis zum 21. November zu sehen. Das Beiheft mit Abbildungen ist kostenlos. Außerdem wurde die Ausstellung mit bildhauerischen Arbeiten von Vera Röhm im Park des Museums *Schloß* Salder bis zum 25. November verlängert.

Finden Sie das etwa komisch?

DW. Hannover

Politische und unpolitische Karikaturen, Witzzeichnungen und gezeichnete Kalauer von Loriot, Markus, Neugebauer, Papan, Tetsche, Wolf und Fotosatiren von Kortmann zeigt das Wilhelm-Busch-Museum in Hannover in der Ausstellung „Finden Sie das etwa komisch?". Die rund 220 Originale sind in Hannover bis zum 29. Dezember zu sehen, anschließend werden sie vom 26. Februar bis Ende März im Münchner Cartoon-Center ausgestellt (Katalog 15 Mark).

Verfolgte Künstler und Priester in der UdSSR

DW. Bonn

Der Schriftsteller Lew Timofejew wurde vom Moskauer Stadtgericht *zu sechs Jahren* Arbeitslager mit anschließender fünfjähriger Verbannung verurteilt, weil parteikritische Schriften von ihm im Westen veröffentlicht wurden. Das hat die Menschenrechtsgesellschaft Kontinent erfahren. Wie erst jetzt bekannt wurde, ist der Priester Michael Vinnitsky, der bereits acht Jahre in Lagern zubringen mußte, erneut in Lwow verhaftet worden. Dem Moskauer Bürgerrechtler Vladimir Albrecht, der eine dreijährige Lagerstrafe verbüßt, wurde, weil er Häftlinge juristisch beraten hat, zu zusätzlichen dreieinhalb Jahren verurteilt, und der ukrainischen Dichterin Irina Ratuschinskaja, die wegen ihre angeblich antisowjetischen Gedichte sieben Jahre Lager erhielt, sind von der Lagerleitung sechs Monate Isolierzelle zudiktiert worden, da sie sich an Protestaktionen der Häftlinge beteiligte.

Kulturkreis in BDI schreibt Förderpreis aus

DW. Köln

Der Kulturkreis im BDI schreibt seine Förderpreise 1986 zum Thema „Architekturale Plastik" aus. Die Auszeichnung besteht aus einem Geldpreis von 10 000 Mark und der Beteiligung an der Wanderausstellung ars viva 86/87, die im Herbst 1986 erstmals in der Bremer Kunsthalle gezeigt wird. Künstler bis 35 Jahre können vom 1. bis 31. Dezember 1985 formlose Bewerbungen mit Informtionsmaterial an den Kulturkreis richten.

André Thomkins †

André Thomkins ist gestorben. Das ist ein herber Verlust. Der Schweizer war eine der eigenartigen Gestalten der Moderne. Als alle riesige Papierflächen bemalten, begnügte er sich mit kleinen Formaten, als es modisch war, mit großem Pinsel große Gesten zu markieren, griff er zum zarten Blei und zeichnete Labyrinthe, die gleichermaßen aus dem Geist des Manierismus wie des Surrealismus geschaffen waren. *Thomkins, 1930 in Luzern geboren,* lebte seit 1954 mehr als zwei Jahrzehnte lang in Essen, kehrte dann in die Schweiz zurück, wollte sich jetzt in München etablieren. Er hat an der documenta 1977 teilgenommen, war davor schon und danach in einer Reihe von Ausstellungen zu sehen. Doch zuletzt wurden neben den lauten „Neuen Wilden" seine leisen Töne leicht überhört. Er liebte die Ironie, das Vexierbild, die Verschachtelung von Gegenständen zu einem sich scheinbar wiederholenden, doch meist variierten Ornament. Er hatte ein Faible für Anagramme, und mit Palindromen wie „Dogma: I am God", „Strategy: Get arts" oder „Nee, die Ideen" gewann er Lacher und die Aufmerksamkeit für sein filigranes Werk. André Thomkins war ein großartiger Zeichner, und da es davon nur noch wenige gibt, reißt sein Tod eine Lücke auf.

P. D.

„Begleiterkrankungen des Fortschritts meistern"

Symposion über Allergien und Umwelt in Frankfurt

PETER JENTSCH, **Bonn**

Sieben Millionen Deutsche leiden Jahr für Jahr unter der gleichen Krankheit: Heuschnupfen mit all seinen Begleiterscheinungen wie Niesanfälle, Augenbrennen oder Tränenfluß. Das Leiden ist Folge einer Allergie gegen Blütenpollen, und es wiederholt sich jährlich in der „Pollenflugsaison".

Doch gleich, ob der Organismus mit Migräne, Schnupfen, Asthma, einer Magen-Darmstörung oder Hautausschlag reagiert – die allergische Reaktion wird immer ausgelöst durch eine Substanz unserer Umwelt: Erdbeeren, Fisch, Formaldehyd, Kosmetika, Milch, ja sogar Kaviar oder Löwenhaare (und bei letzteren reicht zum Auslösen der Allergie schon ein Besuch im Zoo).

Aus Anlaß des heute in Frankfurt vom Verband der Chemischen Industrie veranstalteten Symposions „Allergie und Umwelt" weist der „Allergiker- und Asthmatikerbund e. V." darauf hin, daß es nicht darum gehen könne, jetzt die „Umwelt" zu verteufeln und Symposien zu veranstalten, die nur den Status quo darstellten.

„Die Entwicklung einer Allergie", so Wolfgang Jorde, beratender Arzt des Bundes, „ist abhängig von der Verbreitung des Allergens, von seiner Eigenschaft, eine allergische Reaktion auslösen zu können und von der jeweiligen Situation des menschlichen Organismus zum Zeitpunkt des Allergenkontaktes." So könnten etwa schwere Infektionen, Operationen oder Änderungen des Hormonsystems die Entwicklung allergischer Krankheiten begünstigen.

Zudem bedingten zahlreiche Umweltfaktoren die Entwicklung von Allergien. Jorde: „Wir machen Urlaub in allen Ländern der Welt, aus energiesparenden Gründen sind unsere Wohn- und Arbeitsräume anders gebaut, zum Teil zwangsbelüftet, schließlich essen wir uns durch die verschiedensten Eßkulturen. Auch die Zahl neuer chemischer Substanzen nimmt von Jahr zu Jahr zu." Die Folge davon ist, daß auch die allergischen Krankheiten zunehmen.

Da dem Allergiker aber nur geholfen werden könne, wenn er das auslösende Allergen, also die Substanz aus der Umwelt, meiden könne, sei es „wenig sinnvoll, Listen, Kataloge oder Register von Substanzen zu erstellen, sondern vielmehr notwendig, auch ihre Ökologie, ihre Verbreitung zu beschreiben". Das gelte etwa für Allergene, die in versteckter Form vorhanden sind, wie Lebensmittelzusatzstoffe. Denn erst durch die Beschreibung der Verbreitung der Substanzen erhielte der Kranke eine Hilfe zur Vermeidung seiner Allergene, der Arzt zugleich einen Wegweiser für seine Diagnose.

Aus diesen Gründen fordert der Allergiker- und Asthmatikerbund eine Dokumentation der Ökologie aller Allergene, eine Deklarationspflicht aller Inhaltsstoffe von Produkten unterschiedlicher Zusammensetzung (Nahrungsmittel, Arzneimittel), die Intensivierung der Erforschung von Innenraumallergenen (etwa Klimaanlagen) sowie Forschungsförderung zu den Themen „Epidemiologie allergischer Erkrankungen" und „Was sind häufige, was seltene Allergene im Alltag des Menschen?" Jorde: „Unsere Aufgabe muß es sein, die ‚Begleiterkrankungen' unseres Fortschritts zu meistern."

Palm Beach – Prinz Charles und Prinzessin Diana besuchen den mondänen Badeort der Millionäre

Nach einem mehrtägigen Aufenthalt in Washington traf das britische Thronfolgerpaar gestern in Florida ein. Prinz Charles will an einem Poloturnier teilnehmen. Für den Abend war eine Wohltätigkeitsveranstaltung unter der Regie des Millionärs und Kunstmäzens Armand Hammer geplant. Der Herausgeber des britischen Adelslexikons „Burke's Peerage" kritisierte den Besuch des Prinzenpaares in Palm Beach. Diese Stadt sei ein Symbol für „gedankenlose, vulgäre Neureiche, die sich nicht um die Sorgen anderer kümmern". Königin Elizabeth oder ihr Vater hätten bei ihren USA-Besuchen niemals einen solchen Ort in ihr Programm aufgenommen.



Exklusivität großgeschrieben: Einkaufsstraße in Palm Beach FOTO: HENNING CHRISTOPH

Die Royals in der Hochburg des Geldadels

WERNER THOMAS, **Miami**

Beide Städte liegen 150 Kilometer voneinander entfernt, etwa zwei Autostunden auf dem Highway I-95. Die eine ist übersichtlich geblieben, 10 000 ständige Einwohner, 40 000 während der kühleren Wintersaison. Die andere wächst dynamisch: 1,7 Millionen drängen sich bereits in diesem Ballungszentrum.

Die kleine und die große Metropole haben eines gemeinsam: Reichtum. Palm Beach profitiert vom alten Geld, Miami vom neuen. Palm Beach mag wohl über die weltweit höchste Konzentration von Dollar-Millionären pro Quadratkilometer verfügen. In Miami und Umgebung leben jedoch mittlerweile mehr Menschen mit einem Millionenvermögen.

Geld und Geld-Mentalität prägen den Charakter von Palm Beach. Von dem Eisenbahn-Tycoon Henry Morrison Flagler im Jahr 1903 gegründet, dominieren hier Tradition, Snobismus und Klassenbewußtsein. Die prächtigen, in dezenten Farben getünchten Paläste sind hinter hohen Mauern verborgen. Weiß-uniformierte Butler empfangen die Gäste.

Rolls-Royce-Limousinen rollen über blitzsaubere Straßen, die hohe Palmen säumen. Die Worth Avenue gilt als teuerstes Einkaufszentrum der Welt. Stadtverordnungen verbieten Neon-Reklame und die Auszeichnung von Waren von Oktober bis April. Die Busse verkehren lediglich für das Dienstpersonal, das immer einen Ausweis mit Foto und Fingerabdrücken bei sich tragen muß.

Die Bevölkerung umfaßt die glanzvollsten Namen des amerikanischen Geldadels: Die Rockefellers, die Vanderbilts, *die Dodges, die Kennedys.* Kosmetikkönigin Estée Lauder und Al Taubman, der Besitzer des Auktionshauses Sotheby's, residieren hier. Unter den ausländischen Palm-Beach-Bewohnern läßt sich europäischer Hochadel registrieren, so die Obolenskys und die Bourbon-Parmas. Der prominenteste Ausländer dürfte wohl Arndt Krupp von Bohlen sein, der seit 1980 in dieser Stadt die Wintermonate verbringt – und sich wohl fühlt. „Man kann tun, was andere tun, ohne kritisiert zu werden", sagt er. Die „Old Guard" (Alte Garde) akzeptiert den 47jährigen Deutschen. Sie lädt ihn ein zu gesellschaftlichen Veranstaltungen und akzeptiert seine Einladungen. Arndt Krupp von Bohlen gehört zu den Mitgliedern des exklusiven „Colette Clubs".

Ganz anders Miami. Die Stadt war Anfang der siebziger Jahre noch tiefste Provinz. Das Zentrum wirkte trostlos und verwahrlost. Die meisten Touristen machten einen großen Bogen um die Metropole und verbrachten ihre Urlaubstage in Miami Beach, dem nordwestlich gelegenen Küstenstreifen. Miami Beach florierte. In der Zwischenzeit hat sich die Situation verändert: Miami boomt, mit Miami Beach geht es abwärts.

Der britische „Economist" nannte Miami die „letzte Pionierstadt Amerikas" und eine „Stadt der Zukunft". Das „Esquire"-Magazin fällte gar das Urteil: „Die faszinierendste Stadt des Landes." Miami gleicht einer Großbaustelle. Hochhäuser schießen wie Pilze aus dem Boden. Der 280 Meter hohe Turm der Southeast-Bank beherrscht die Innenstadt. An der Brikkell Avenue entstand das größte Finanzzentrum außerhalb von New York: „Wall Street South".

Eine futuristische Hochbahn verbindet die Vorortbezirke mit der City. Statt voluminöser Rolls Royce bewegen sich schnittige deutsche Importe auf den Straßen: Porsche, BMW, Audi, Mercedes. Viele Fahrer ignorieren das Tempolimit. Überall Jachthäfen. Der Coconut-Grove-Bezirk, ein tropisches Pöseldorf, pulsiert an den Wochenendtagen mit jungem Schickeria-Volk, nach letzter Mode gekleidet. Hinter dem Mayfair-Komplex, dem extravagantesten Boutiquen-Zentrum, liegt das supermoderne Grand-Bay-Hotel mit Regine's Diskothek im Penthouse.

Das Geld stammt, in Palm Beach wär das anders, aus dem Süden. Miami entwickelte sich zur heimlichen Hauptstadt Lateinamerikas, in wirtschaftlicher Beziehung jedenfalls. Mehr als 100 Banken florieren an der Biscayne Bay; unter ihnen die Dresdner Bank und die Hamburger Vereins- und Westbank. Über 200 multinationale Konzerne etablierten ihre Lateinamerika-Hauptquartiere in diesem Raum. Die meisten arbeiten von Coral Gables, der gepflegten Nachbarstadt in der Nähe des betriebsamen internationalen Flughafens, aus. Miami ist ein Mekka des Fluchtkapitals geworden. Jede Krise in lateinamerikanischen Ländern bringt zusätzliche Bankeinlagen.

Groß-Miami, Wohnsitz abgehalfterter *lateinamerikanischer Politiker* und des spanischen Weltstars Julio Iglesias, wird nicht nur mit dem blühenden Welthandelszentrum Hongkong verglichen. Auch mit Casablanca. „Wir kennen das Problem der Rauschgiftdollar", konzediert Bürgermeister Maurice Ferre, ein gebürtiger Puertorikaner, „und wir sind nicht glücklich darüber." Der Rauschgifthandel, die lukrativste Branche, bringt Umsätze von zehn bis zwölf Milliarden Dollar pro Jahr.

Aber auch in Palm Beach ändern sich die Zeiten, wenn auch nicht so schnell wie in Miami. Die protestantische „Old Guard"-Aristokratie mußte nicht nur eine in England geborene Bürgermeisterin hinnehmen, Yvelyne de M. Marix. Letztes Jahr schaffte auch der erste Jude den Sprung in den Stadtrat, Alan Cummings. Der „Economist" registrierte eine „kleine Revolution unter den Palmen".

Die Deutschen leben sieben Jahre länger

AP, Berlin

Das Leben der Bürger in der Bundesrepublik Deutschland ist in den letzten 35 Jahren statistisch gesehen um rund sieben Jahre länger geworden. Einer gestern in Berlin veröffentlichten Studie des Bundesgesundheitsamtes über die Sterblichkeitstrends zufolge beträgt die mittlere Le*benserwartung heute 73,8 Jahre*, während sie 1950 noch bei 66,5 Jahren gelegen hatte. Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind dabei erheblich: Männer werden durchschnittlich 70,5, Frauen dagegen 77,1 Jahre alt. Das Bundesgesundheitsamt stellte in der Studie auch Vergleiche mit den USA und Japan an. Die Lebenserwartung, eine für die Leistungsfähigkeit des Gesundheitswesen wesentliche Größe, lag bei amerikanischen Männern bei 70,1 und bei Frauen bei 77,8 Jahren, in Japan bei 74,5 beziehungsweise 80,2 Jahren.

Erdbeben in der UdSSR

rtr, Moskau

Teile der Sowjetrepublik Tadschikistan sind am Montag nach einer Meldung des sowjetischen Fernsehens erneut von einem Erdbeben erschüttert worden. Das Beben ereignete sich wieder in derselben Gegend, in der im vergangenen Monat bei heftigen Erdstößen 29 Menschen ums Leben gekommen waren. Das Beben vom Montag habe eine Stärke von vier Punkten auf der zwölfstelligen Skala erreicht. Das Epizentrum befinde sich 20 Kilometer östlich von der Stadt Leninabad.

Hütten überschwemmt

dpa, Neu Delhi

Ein schweres Unwetter mit starken Regenfällen hat im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu 46 Tote gefordert, Häuser übeflutet und in den vergangenen vier Tagen große Ernteschäden angerichtet. Wie die indische Nachrichtenagentur UNI gestern berichtete, zerstörten die Regenfluten in den Vororten von Madras, der Hauptstadt des südindischen Staates, fast 50 000 Hütten armer Familien. Hunderte von Menschen, die ihre Unterkünfte verlassen mußten, wurden in Schulräumen untergebracht und mit Nahrungspaketen von der indischen Regierung versorgt. Im Staat Tamil Nadu stehen über tausend Hektar Reisfelder unter Wasser.

Brenner lawinensicher

AP, München/Innsbruck

Der Brennerpaß, die wichtigste Bahn- und Straßenverbindung zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und Italien, ist jetzt lawinensicher. Gestern wurde eine Mitteilung der Tiroler Landesregierung verbreitet, aus der hervorgeht, daß die Lawinenverbauung am Brenner nach vierjähriger Bauzeit abgeschlossen wurde. Der österreichische Staat habe für diese größte Lawinenverbauung Europas rund 53 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Offene Grenzen

gba, Bonn

An der Grenze der Bundesrepublik Deutschland zu Dänemark soll möglichst schon 1986 nach dem Beispiel der Kontroll-Erleichterungen an den Übergängen nach Frankreich, Österreich und in die Benelux-Staaten verfahren werden. Nach einer ersten Unterredung mit dem dänischen Regie*rungsbeauftragten für die Grenzfrage* äußerte sich der Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Schreckenberger, optimistisch, daß die jetzt folgenden Expertengespräche zu Erleichterungen im Grenzverkehr mit Dänemark führen werden.

Schäden gehen zurück

AFP, Wien

Mehr als ein Viertel des österreichischen Waldes, rund 900 000 Hektar, ist krank. Das geht aus einer in Wien veröffentlichten *Waldzustandsinventur* der Forstlichen Bundesversuchsanstalt hervor. Die Untersuchung läßt allerdings eine Verbesserung der Situation gegenüber dem Vorjahr erkennen: nur mehr 26 Prozent der Gesamtwaldfläche sind geschädigt; 1984 waren es noch 30 Prozent. Diese Verbesserung ist auf die Verringerung der Luftschadstoffe und ein günstigeres Klima zurückzuführen.

LEUTE HEUTE

Strafe

Der Schauspieler **Manfred Krug** (48) ist gestern vom Landgericht Berlin wegen Körperverletzung zu einer *Geldstrafe von 6000 Mark und einem* zweimonatigen Fahrverbot verurteilt worden: Er soll einem 23jährigen Autofahrer, über den er sich geärgert hatte, im August 1984 „mindestens eine gewischt" haben. Krug behauptete allerdings, daß er nur habe „zulangen" wollen.

Bitte

Auf dem Schreibtisch des Bürgermeisters von Tel Aviv, **Shlomo „Tschitsch" Lahat**, landete ein Brief aus der Stadt Sejny in Polen. **Eugeniusz Maciejka** (43), Vater von fünf Kindern, schrieb darin: „Meine Mutter ist 79 Jahre alt, krank, kann nicht gehen, und sie braucht eine Brille von sechs Dioptrien. Die kann man hier nicht bekommen. Ich bitte Sie, uns zu helfen." Tschitsch nahm an, daß sich der unbekannte Bittsteller an seinen zwei Jahre zurückliegenden Polenbe*such erinnerte, und* gab den Brief an den Tel Aviver Optiker **Zvi Riehl** weiter. Der lieferte die Brille kostenlos.

Wahl

Die Mormonen in Salt Lake City (*US-Bundesstaat Utah) haben ihren* 13. „Präsidenten und Propheten", **Ezra Taft Benson** (86), ins Amt eingesetzt. Der für seine ultra-konservativen Überzeugungen bekannte Benson, US-Landwirtschaftsminister von 1953 bis 1960 unter Präsident Dwight D. Eisenhower, erklärte, er werde nichts an der Politik seines Vorgängers Spencer Kimbal, der am Dienstag vergangener Woche mit 90 Jahren starb, ändern.

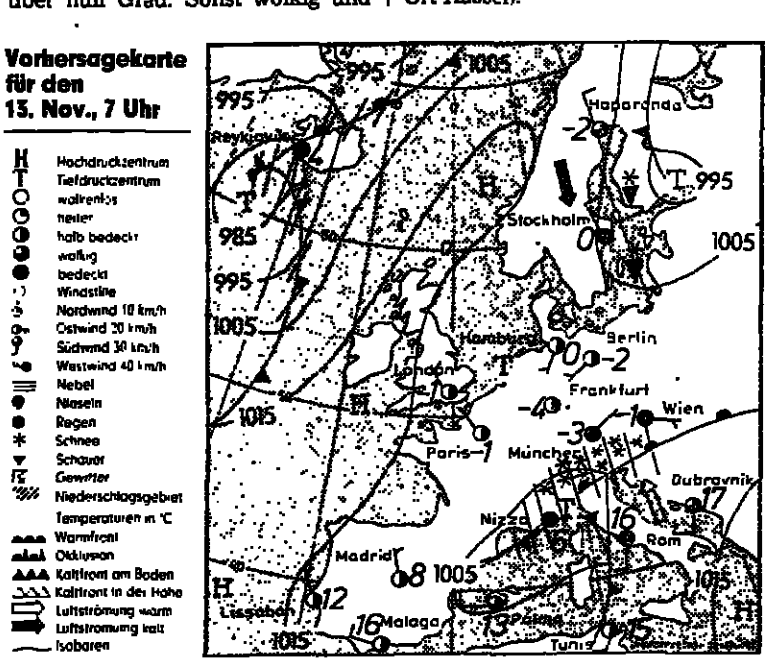
WETTER: Kaum Niederschlag, kalt

Lage: Bei nur geringen Luftdruckgegensätzen über Deutschland kommt die eingeflossene Polarluft zur Ruhe. *Lediglich der äußerste Süden wird* von dem Schlechtwettergebiet eines über Norditalien nach Ungarn ziehenden Tiefs beeinflußt.

Vorhersage für Mittwoch: Im südlichen Baden-Württemberg und in Südbayern zeitweise Schneefall. Tageshöchsttemperaturen hier kaum über null Grad. Sonst wolkig und weitgehend niederschlagsfrei. Höchsttemperaturen 3 bis 6 Grad. Nachts Rückgang auf null bis minus *4 Grad.* Schwachwindig.

Weitere Aussichten: Auch im Süden Übergang zu niederschlagsarmem aber kaltem Herbstwetter.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 7.38 Uhr*, Untergang: 16.35 Uhr; **Mondaufgang:** 10.24 Uhr, Untergang: 17.33 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	4	R
Bielefeld	2	bd
Braunlage	-2	S
Bremen	4	bw
Dortmund	2	bd
Dresden	3	he
Düsseldorf	3	bd
Erfurt	1	bw
Essen	1	bd
Feldberg/S.	-6	IW
Flensburg	7	he
Frankfurt/M.	4	he
Freiburg	3	he
Garmisch	2	bw
Greifswald	5	bd
Hamburg	5	bw
Hannover	4	bw
Kahler Asten	-4	Sr
Kassel	1	bd
Kempten	1	bw
Kiel	5	he
Koblenz	4	bw
Köln-Bonn	3	bd
Konstanz	4	he
Leipzig	4	bw
List/Sylt	8	he
Lübeck	5	bw
Mannheim	6	he
München	3	he
Münster	3	bw
Norderney	6	he
Nürnberg	3	bw
Oberstdorf	2	he
Passau	3	bw
Saarbrücken	2	he
Stuttgart	3	he
Trier	5	he
Zugspitze	-11	bw

Ausland:		
Algier	24	he
Amsterdam	6	he
Athen	19	he
Barcelona	10	bw
Belgrad	6	bw
Bordeaux	7	bw
Bozen	8	bd
Brüssel	3	bw
Budapest	13	bw
Bukarest	10	he
Casablanca	19	bw
Dublin	5	bw
Dubrovnik	18	R
Edinburgh	5	bd
Faro	20	he
Florenz	14	bw
Genf	5	bw
Helsinki	1	S
Hongkong	26	he
Innsbruck	4	bw
Istanbul	12	he
Kairo	26	he
Klagenfurt	2	Sr
Konstanza	10	bw
Kopenhagen	6	bw
Korfu	20	he
Las Palmas	22	bw
Leningrad	2	bd
Lissabon	15	bw
Locarno	6	R
London	4	he
Los Angeles	8	Rs
Luxemburg	1	he
Madrid	10	Gw
Mailand	8	Sp
Malaga	22	he
Mallorca	22	bw
Moskau	1	bw
Neapel	21	bw
New York	7	Sp
Nizza	13	R
Oslo	7	he
Ostende	1	Gr
Palermo	25	he
Paris	5	he
Peking	8	bw
Prag	3	he
Rhodos	22	he
Rom	20	bw
Salzburg	5	bd
Singapur	29	bw
Split	19	bw
Stockholm	2	bd
Straßburg	5	bd
Tel Aviv	23	he
Tokio	18	bw
Tunis	24	wl
Valencia	18	bw
Varna	14	bw
Venedig	11	bw
Warschau	3	bw
Wien	6	he
Zürich	4	bw

bd = bedeckt, [illegible] Sp = Sprühregen, Sr = Schneeregen, wl = wolkenlos

Zellkolonien ersetzen Tierversuche

E. N. Bonn

Eine zahlenmässig nicht zu erfassende Menge von Versuchstieren wird künftig nicht mehr gebraucht werden, weil zwei junge Wissenschaftler von der Medizinischen Universitätsklinik Freiburg, die Ärzte Heinz-Herbert Fiebig und Johannes Schmid, ein System entwickelt haben, mit dem die Prüfung neuer Substanzen auf antitumorale Wirksamkeit ohne Versuchstiere möglich ist.

Den beiden Forschern ist es gelungen, bereits mehr als 90 beim Menschen vorkommende Tumorarten in Form einer „Tumorbank" lebensfähig zu erhalten. Für diesen Fortschritt in der Krebsforschung erhielten die beiden Ärzte gestern aus der Hand der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Irmgard Karwatzki, einen mit 30 000 Mark dortierten Forschungspreis.

Krebspatienten, so Frau Karwatzki, werde jetzt „eine größere Aussicht eingeräumt", den möglichen Nebenwirkungen eines erfolglosen Therapieversuches zu entgehen. Da eine einzige der allein zu Testzwecken auf diesem Sektor brauchbaren Nacktmäuse 20 bis 30 Mark kostet, war es bisher außerdordentlich kostspielig und zeitaufwendig, Arzneimittel zur Behandlung eines Tumors vor der Anwendung am Patienten auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen.

Der Forschungspreis zur Einschränkung von Tierversuchen wurde 1981 erstmals und jetzt zum vierten Mal vergeben. Zu den bereits ausgezeichneten Arbeiten gehört ein Verfahren zur Prüfung von Tollwutimpfstoffen ohne Tierversuche und ein Hühner-Ei-Test zur Prüfung der Schleimhautverträglichkeit. Die chemische Industrie, so unterstrich Staatssekretärin Karwatzki, habe berichten können, daß in ihrem Bereich innerhalb der letzten zwei bis drei Jahre bereits 30 Prozent weniger Tierversuche durchgeführt werden.

Bei dem Verfahren der beiden Preisträger kommt es innerhalb von ein bis drei Wochen nach Eingabe von etwa 500 000 Tumorzellen in Schalen zum gewünschten Wachstum. Die Hemmung der Koloniezahl unter Medikamenteneinwirkung dient als Maß für die Wirkung.



Frisuren-Trend '86

In München präsentierten jetzt sechs Top-Friseurinnen *und Friseure den Haar-Trend für das Frühjahr und den* Sommer 1986: Spitzenreiter bleiben weiterhin kurze „gesoftete", mit Gel in Form gebrachte Köpfe – eine Mischung aus frechem Punk und Anlehnung an die zwanziger Jahre. Modebewußte tragen dazu – wie schon in diesem Sommer in Paris gesehen – riesige bunte Plastik-Ohrclipse. Beim „Designer-Haircut" wird munter drauflosgestylt. Der Phantasie der Haarkünstler sind hier keine Grenzen gesetzt, sie läßt ungewohnte Kombinationen aus klassischen Formen und kurzen franseligen Ponys entstehen, die dennoch durch ihre Ausgewogenheit bestechen. Besonderer Gag: In geometrisch geschnittene Frisuren werden lange Haarteile einfrisiert. FOTO: CLAUS HAMPEL

Mit Fatalismus in die Katastrophe

Bevölkerung in Sizilien und Kalabrien ist auf kommende Erdbeben nicht vorbereitet

KLAUS RÜHLE, **Rom**

Kalabrien und weite Teile Siziliens sind von schweren Erdbeben bedroht, wie Professor Mario Cosentino vom Erdwissenschaftlichen Institut der Universität Catania feststellt. Wann diese Erdbewegungen den Süden der Apenninenhalbinsel und Sizilien heimsuchen werden, ist nicht vorauszusehen. Sicher erscheint nur, daß dies jederzeit erfolgen kann.

Als Grund für diese bedrohliche Situation wird vom genannten wissenschaftlichen Institut angegeben, daß Kalabrien und große Teile Siziliens auf einer tektonischen Pufferzone liegen, in der riesige unterirdische Erdmassen Afrikas und Euroasiens aufeinanderstoßen. Die Elastizität dieser gigantischen Gesteinsschollen sei begrenzt. Wenn die Grenzwerte der geologischen Spannung überschritten würden, käme es zur Katastrophe.

Die kommenden Erdbeben werden nach den Angaben Professor Cosentinos die Maximalwerte der Richter-Skala erreichen und unvorstellbare Schäden anrichten. So wie die Dinge heute liegen, müsse mit 50 000 Toten und 220 000 Verletzten gerechnet werden.

Begreiflicherweise haben die Erklärungen des Erdwissenschaftlichen Instituts von Catania die betroffene Bevölkerung in Alarmzustand versetzt. Wie die staatliche Zivilschutzorganisation Italiens feststellt, ist es notwendig, sich mit der Wahrscheinlichkeit solcher Katastrophen vertraut zu machen, ohne den Kopf zu verlieren.

Die Folgen apokalyptischer Ereignisse des genannten Umfangs könnten gemildert werden, wenn man entsprechende Vorsorge treffe, wie das in anderen erdbebenreichen Zonen des Erdballs bereits seit geraumer Zeit geschehe. Als Vorbilder werden Japan und die Westseite der Vereinigten Staaten genannt. Es habe keinen Sinn, Vogel-Strauß-Politik zu treiben. Menschliche Irrtümer und Nachlässigkeiten seien schuld daran, wenn unvermeidliche Naturereignisse Verwüstungen anrichteten, während eine angemessene Bauplanung den Naturgewalten entgegengesetzt werden müsse. Öffentliche Bauten wie Schulen, Krankenhäuser, Ämter, Kasernen müßten erdbebensicher angelegt werden. Dasselbe gelte in zweiter Linie für Privathäuser. So lasse sich die Verwundbarkeit der erdbebenbedrohten Zonen verringern.

Die Ratschläge der Zivilschutzorganisation sind schwerlich geeignet, den Fatalismus und Pessimismus der Bevölkerung Süditaliens zu bekämpfen. Man braucht nur daran zu denken, daß die Zerstörungen im Gebiet von Belice in Südsizilien noch immer nicht durch erdbebensichere Neubauten ersetzt wurden und betroffene Familien 25 Jahre nach dem schrecklichen Erdbeben immer noch in behelfsmäßigen Baracken hausen müssen. Anders sieht es in Oberitalien aus, wo die völlig zerstörte Stadt Gemona in Friaul erdbebensicher wiederaufgebaut wurde.

ZU GUTER LETZT

„Politisches Engagement in der Kammermusik" (Ankündigung eines Podiumsgespräch in Schinkels Schauspielhaus, dem größten Konzertbau Ost-Berlins).

